



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**„Der Transformationsprozess in Estland und seine  
Auswirkungen auf die russischsprachige Minderheit“**

Verfasser

**Erich Größwang**

angestrebter akademischer Grad

**Magister (Mag.)**

Wien, 2011

Studienkennzahl: A057 390

Studienrichtung laut Zulassungsbescheid: Internationale Entwicklung

Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Mag. Brigitta Busch



	Seite
<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>1. Theoretische Überlegungen und thematische Eingrenzung</b>	<b>7</b>
1.1. Vorbemerkungen	7
1.2. Theoretische Überlegungen zur Minderheitenforschung	9
1.3. Theoretische Überlegungen zur Transformationsforschung	10
<b>2. Die Geschichte Estlands bis 1991</b>	<b>15</b>
2.1. Das russische Zarenreich in Estland	15
2.2. Die erste Republik	16
2.3. Estland während des Zweiten Weltkrieges	19
2.4. Die Estnische Sozialistische Sowjetrepublik	21
2.5. Die singende Revolution – Estland wird wieder unabhängig	23
2.6. Die Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte in Estland	25
<b>3. Die gesellschaftliche Transformation Estlands</b>	<b>31</b>
3.1. Die Bevölkerungsentwicklung Estlands	32
3.2. Die Russischsprachigen in einer neuen Rolle	38
<b>4. Die politische Transformation Estlands</b>	<b>45</b>
4.1. Die politische Entwicklung der letzten 20 Jahre	47
4.2. Russischsprachige in der Politik	52
4.3. Die estnische Staatsbürgerschaftspolitik	57
4.3.1. Phase der Exklusion – Die Russischsprachigen werden zu Staatenlosen	57
4.3.2. Folgen der estnischen Staatsbürgerschaftspolitik	61
4.4. Die estnische Sprachpolitik	65
4.4.1. Sprachpolitik in der UdSSR. Eine Gefahr für die estnische Sprache?	66
4.4.2. Exklusion der Russischsprachigen über die neue Sprachpolitik?	68
4.4.3. Die Konsequenzen der estnischen Sprachpolitik	72
4.4.4. Die estnische und die russische Sprache im Bildungssystem	76
<b>5. Die wirtschaftliche Transformation Estlands</b>	<b>81</b>
5.1. Das staatswirtschaftliche System bis 1991	82
5.2. Die Schocktherapie der 1990er Jahre	84
5.2.1. Die Folgen der Schocktherapie für die estnische Bevölkerung	90
5.3. Der baltische Tiger	93
5.3.1. Entwicklung für alle? Disparitäten in Estland	96
5.4. Die Krise 2009 – das Ende des Wirtschaftswunders?	104

<b>6. Inklusion oder Exklusion? Die estnische Integrationspolitik</b>	<b>109</b>
6.1. Estlands Integrationsprogramme	111
6.2. Externe Integrationsakteure	115
6.2.1. Der Einfluss von EU und OSZE	115
6.2.2. Der Einfluss der Russländischen Föderation	117
 <b>Conclusio - Aussichten</b>	 <b>121</b>
 Literaturverzeichnis	 125
Zusammenfassung	139
Abstract	141
Lebenslauf	143

## Einleitung

Die 1,34 Millionen EinwohnerInnen zählende Republik Estland an der Ostsee taucht nicht häufig in hiesigen Zeitungsartikeln auf. In der jüngeren Vergangenheit fiel vor allem der Streit um den „Bronzenen Soldaten“ 2007 auf, ein Ereignis in dessen Kontext die Situation der Russischsprachigen im Baltikum wieder europaweit diskutiert wurde. Auf den ersten Blick scheint deren Situation noch immer äußerst prekär: viele besitzen nach wie vor keine Staatsbürgerschaft, sind überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen und stärker armutsgefährdet als die estnischsprachige Mehrheitsbevölkerung. Als Folge davon herrscht in Österreich und in vielen anderen westeuropäischen Staaten die gängige Meinung, dass Estland ein Staat ist, in dem systematisch Minderheitenrechte verletzt werden. In dieser Diplomarbeit will ich der Frage nachgehen, inwieweit diese Einschätzungen zutreffen, ob und vor allem warum es zu sozioökonomischen Disparitäten zwischen der Mehr- und Minderheitsgesellschaft kommt. In vielen Publikationen, in denen man sich mit dieser Frage auseinandersetzt, wird dabei die estnische Politik oft aufs äußerst scharf kritisiert. In diesem Zusammenhang wird häufig nicht beachtet, dass es sich bei Estland um einen sehr spezifischen Fall handelt. Die Probleme der Minderheit werden immer wieder exkludiert von anderen Vorgängen des Transformationsprozesses betrachtet und geschichtliche Hintergründe werden zu wenig berücksichtigt. Diese Diplomarbeit versucht deshalb die Sicht eines objektiven Betrachters wiederzugeben, indem sie die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung der letzten zwanzig Jahre analysiert. Betrachtet man die Transformation Estlands von einem Staat mit einem sozialistischen Einparteiensystem zu einer marktwirtschaftlichen Demokratie und deren Ergebnisse, so wird evident, dass sich der Entwicklungsprozess für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ausgewirkt hat, die Gründe dafür sind allerdings vielfältig.

Die zentrale Forschungsfrage dieser Diplomarbeit ist deshalb, ob die russischsprachige Minderheit von den Problemen, die sich im Transformationsprozess ergaben, stärker betroffen war als EstInnen und was die Gründe für diese Ungleichheiten sind. Um diese Frage beantworten zu können, reicht es nicht alleine die Integrationsmaßnahmen und Regelungen, die die Russischsprachigen direkt beeinflussen, zu analysieren. Der Transformationsprozess muss als Ganzes betrachtet werden, weshalb ich auf die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Ebene eingehen werde. Darüber hinaus werde ich auch der estnischen Geschichte vor der Unabhängigkeit Raum geben, da viele politische Entscheidungen auf Ereignissen in der Vergangenheit fußen. Bevor jedoch der Blick einleitend auf die Geschichte Estlands gelenkt wird, ist es wichtig eine begriffliche Eingrenzung sowie theoretische Überlegungen zu den beiden zentralen Punkten, Transformations- und Minderheitenforschung, vorzunehmen.



# 1. Theoretische Überlegungen und thematische Eingrenzung

## 1.1. Vorbemerkungen

Die Minderheitensituation in Estland ist äußerst komplex, weshalb es sehr wichtig ist, thematische Eingrenzungen vorzunehmen. Diese Diplomarbeit wird sich hauptsächlich mit den russischsprachigen EinwanderInnen (und deren Nachkommen) in Estland beschäftigen, die zwischen 1945 und 1991 immigrierten. Auf autochthone Minderheitengruppen wie FinnInnen oder altgläubige RussInnen<sup>1</sup> wird, genauso wie auf Personen, die in den letzten zwanzig Jahren einwanderten, nur am Rande eingegangen. Aber auch die Situation innerhalb der Gruppe der russischsprachigen ImmigrantInnen gestaltet sich vielfältig. Hier wird vor allem hinsichtlich ihres Staatsbürgerschaftsstatus unterschieden. Auffallend ist, dass im wissenschaftlichen Diskurs über die russischsprachige Bevölkerung in Estland verschiedene Begriffe verwendet werden und es keine einheitliche Bezeichnung gibt. Es ist daher wichtig, die jeweiligen Begriffe vorzustellen:

„Ethnische RussInnen“: Dieser Begriff ermöglicht eine starke Präzisierung, weshalb Forscher wie Denis Gruber auf diese Bezeichnung zurückgreifen. Der Begriff umfasst sowohl RussInnen die die estnische Staatsbürgerschaft besitzen und Staatenlose, die sich in Estland aufhalten, als auch StaatsbürgerInnen der Russländischen Föderation (mit permanentem Aufenthaltsrecht in Estland) (vgl. Gruber 2008: 29f). Ein Problem dieser Präzisierung ist, dass Personen, deren Muttersprache Russisch ist, die sich aber als ethnische UkrainerInnen oder WeißrussInnen sehen, nicht berücksichtigt werden. Diese sind oft mit denselben Herausforderungen und ähnlichen Vorgeschichten konfrontiert wie ethnische RussInnen.

„Nicht-Este/Nicht-Estin“: Vor allem in estnischen Publikationen wird sehr häufig dieser Begriff verwendet, beispielsweise auch in den Integrationsprogrammen oder den Publikationen des Statistikamtes Estlands. Dieser Begriff bezeichnet jede Person, die nicht als ethnische/r Este/Estin gezählt wird. Er unterscheidet nicht zwischen der Minderheitsbevölkerung mit oder ohne Migrationshintergrund und berücksichtigt auch nicht die Staatsbürgerschaft (vgl. Gruber 2008: 29). In manchen Publikationen wird aber nur jener Teil der Bevölkerung als Nicht-EstInnen klassifiziert, der keine estnische Staatsbürgerschaft besitzt. Diese Bezeichnung wird durchaus kritisch gesehen und vor allem in Arbeiten, die außerhalb Estlands pu-

---

<sup>1</sup> Altgläubige bzw. Altorthodoxe flüchteten vor über dreihundert Jahren aus dem russischen Zarenreich in die Region westlich des Peipussees, bedienen sich zwar der russischen Sprache, unterscheiden sich selbst aber bewusst von den russischsprachigen EinwandererInnen, die nach 1945 kamen und werden auch durchwegs von den EstInnen als eigenständige Minderheit anerkannt. Im Gegensatz zu den Allochthonen leben die meisten Altgläubigen in ländlich-bäuerlichen Gebieten (vgl. Ponomariova).

bliziert wurden, abgelehnt. Durch das vorangestellte „Nicht“ wird ausgedrückt, welches Merkmal dieser Gruppe fehlt: Sie sind keine Esten. Diese Aussage kann man durchaus als exkludierend betrachten, denn viele besitzen bereits die estnische Staatsbürgerschaft. So werden sie durch Begriffe wie „Nicht-Este“ oder „Nicht-Estin“ bewusst nicht als Teil der (exklusiv ethnisch-estnischen) Gesellschaft gesehen (vgl. Downes 2003: 146). Aus diesem Grund vermeide ich diese Bezeichnung.

„Russischsprachige“: Dieser Begriff wird bewusst in vielen Publikationen gewählt. Er bezeichnet alle Menschen in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die als Muttersprache bzw. Umgangssprache Russisch verwenden, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Da sich auch der Großteil der anderen ImmigrantInnen, die nach 1945 nach Estland gekommen sind, der russischen Sprache bedient, ist diese Bezeichnung umfassender als „Russe/Russin“. Allerdings wird nicht zwischen autochthonen und allochthonen Russischsprachigen unterschieden und der Begriff gibt auch keine Auskunft über den Status der Person (estnische/russische Staatsbürgerschaft, staatenlos). Da es sich um die umfassendste Variante handelt, bevorzuge ich trotzdem diese Bezeichnung und werde in den jeweiligen Fällen präzise auf den Status eingehen.

Andere Bezeichnungen: Im Diskurs um die Russischsprachigen wurde vor allem in den 1990ern oft auch das Wort „*transient*“ (Durchreisender) verwendet, was dahingegen erklärt werden kann, dass zwischen 1940 und 1971 geschätzte sieben Millionen Russischsprachige nach Estland kamen, der Großteil aber wieder abreiste. Dabei handelte es sich hauptsächlich um militärisches Personal oder um Bauarbeiter und deren Familien. Für die heute in Estland lebenden Russischsprachigen ist dieser Begriff aber überholt. „*The language ,transient’, like that of ,colonist’, disguises the fact that many of them consider the Baltic republics their home*“ (Linz/Stepan 1996: 418). Mit „Alien“ (auf Estnisch „Muulane“, im Sinne von „Ausländer“) werden generell Personen bezeichnet, die nicht die estnische Staatsbürgerschaft besitzen. Gemäß dem „*Alien Law*“ vom 12. Juli 1992 wurden auch russische MigrantInnen, die zwischen 1945 und 1991 einwanderten, sowie deren Nachkommen als „Aliens“ kategorisiert (vgl. Gruber 2008: 16). Dieser Begriff ist allerdings oft unzureichend und teilweise werden auch alle Menschen, deren Ethnizität<sup>2</sup> nicht estnisch ist, zusammenfassend als „Muulane“ bezeichnet, weshalb diese Bezeichnung nicht geeignet ist. Abschließend ist zu erwähnen, dass jede Kategorisierung, auch die in „Russischsprachige“, Gefahren birgt, weshalb ich versuchen werde, behutsam mit diesen Bezeichnungen umzugehen.

---

<sup>2</sup> Unter einer „ethnischen Identität“ bzw. „Ethnizität“ versteht Gruber eine ethnische Gruppe, deren Gruppenmitglieder gemeinsame Zugehörigkeitsmerkmale und Identifikationsmuster zugeschrieben werden können, die sich auf den gleichen ethnischen Hintergrund beziehen (vgl. Gruber 2008: 26).



## 1.2. Theoretische Überlegungen zur Minderheitenforschung

Im Vorfeld ist es wichtig zu definieren was eine „Minderheit“ ist, was sie ausmacht, welche Merkmale sie hat und wie sie sich von der „Mehrheit“ unterscheidet. Laut Elwert unterscheidet sich eine Minderheit von der Mehrheitsbevölkerung zahlenmäßig und durch eines oder mehrere andere Merkmale wie Sprache, Abstammung, Herkunft, Organisation oder Religion (vgl. Elwert 1999: 254) Das erklärt aber nicht die Tatsache, dass die russischsprachige „Minderheit“ in Teilen Estlands zahlenmäßig eindeutig die Mehrheit stellt, trotzdem aber als Minderheit, wenn auch nicht autochthone, angesehen wird. Peuckert bezieht sich deshalb mehr auf einen diskriminatorischen Ansatz. Er versteht unter einer Minderheit eine „Bevölkerungsgruppe innerhalb einer Gesellschaft, die sich von der Bevölkerungsmehrheit durch bestimmte ethnische, religiöse, kulturelle, sexuelle oder andere Merkmale ‚negativ‘ unterscheidet, zumindest Vorurteilen und Diskriminierungen seitens der Mehrheit ausgesetzt ist und die partiell von der Kultur und den Institutionen der Gesellschaft, in der sie leben, ausgeschlossen ist“ (vgl. Peuckert 2003: 234f). Des Weiteren muss eine Minderheit aber nicht zwangsläufig von der Majorität ausgeschlossen, benachteiligt oder diskriminiert werden. Vielmehr kann eine Minderheitengruppe auch bewusst ihren Status als Minorität aufrechterhalten, um sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen. Laut Gruber kann das Bewusstsein einer Minderheit anzugehören durchaus entscheidend zur Identitätskonstruktion<sup>3</sup> beitragen (vgl. Gruber 2008: 29).

Die Russischsprachigen in Estland werden mit Ausnahmen wie beispielsweise den Altgläubigen von vielen nicht als nationale Minderheit Estlands gesehen. Von estnischer Seite wird dabei argumentiert, dass die russischsprachigen EinwanderInnen vergleichbar mit den GastarbeiterInnen in West- und Mitteleuropa seien, denen der Status als nationale Minderheiten ebenfalls verwehrt werde. Die Situation in Estland unterscheidet sich aber in einigen Punkten von der Situation in anderen europäischen Einwanderungsländern. Eine russische Minderheit gibt es in Estland bereits seit Jahrhunderten und das Gebiet ist geschichtlich eng verknüpft mit der russischen Geschichte. Vor allem aber die zahlenmäßige Stärke<sup>4</sup> der Russischsprachigen macht die Situation Estlands nicht vergleichbar mit jener anderer Länder in der EU<sup>5</sup>. Bei der Staatsbildung wurde deshalb diskutiert, welchen Status jene Personen, die nach 1940 nach Estland einwanderten, bekommen sollten. Es ging somit um die entscheidende Frage, ob diese Personen als Teil des estnischen Staates verstanden werden. Man

---

<sup>3</sup> Siehe dazu Kapitel 3.2. „Die Russischsprachigen in einer neuen Rolle“ und Kapitel 6. „Inklusion/Exklusion“.

<sup>4</sup> Siehe Kapitel 3.1. „Die Bevölkerungsentwicklung Estlands“.

<sup>5</sup> Ausgenommen Lettland, wo eine ähnliche Situation wie in Estland vorzufinden ist.

entschied sich dafür, dass sie nicht automatisch die Staatsbürgerschaft<sup>6</sup> erhalten sollten, mit der Begründung, dass sie keine nationale Minderheit sind, sondern ImmigrantInnen. Im Sinne der estnischen Definition<sup>7</sup> galten nur 8 % der Russischsprachigen als nationale Minderheit. Eine Klassifizierung der Russischsprachigen in Estland ist auch laut Lind schwierig. Einerseits handelt es sich um ImmigrantInnen, die zum Großteil aufgrund der besseren wirtschaftlichen Situation in die Estnische Sozialistische Sowjetrepublik gekommen sind. In dem Sinne wären sie GastarbeiterInnen. Man muss aber beachten, dass es sich zum Zeitpunkt ihrer Einwanderung um einen Staat gehandelt hat, die UdSSR, und ein größerer Teil von ihnen schon seit vielen Jahren in Estland lebt oder hier sogar geboren wurde. Außerdem existierte der Herkunftsstaat, die Sowjetunion, in dem Sinne nicht mehr. Deshalb kann nicht die Rede davon sein, dass sie „illegale EinwanderInnen“ seien. Lind beschreibt daher die Russischsprachigen als „*some sort of national minority*“, eine Art nationale Minderheit (vgl. Lind 2003: 42). Auf Minderheitenpolitik, speziell in den Bereichen der Staatsbürgerschafts- und Sprachpolitik werde ich in Kapitel 5 „Die politische Transformation Estlands“ genauer eingehen.

### 1.3. Theoretische Überlegungen zur Transformationsforschung

Transformation wird von Schrader verstanden als „[...] kein Projekt mit erreichbarbarem Kurzzeittitel, das nach nur wenigen Jahren erreicht werden kann, sondern ein Prozess der Modernisierung, der unter den spezifischen Gegebenheiten der osteuropäischen Geschichte nicht nur spezifische Übergangsprobleme beim Um- und Aufbau der Institutionen hervorbringt, sondern eine längere Dauer umfasst, viele gesellschaftliche Bereiche tangiert und dort auch Probleme hervorbringt“ (Schrader 2003: 82). Generell beschreibt man mit Transformation, Systemwechsel oder Systemwandel den Übergang von einem autoritären oder totalitären Regime zu einer Demokratie, also den Zeitabschnitt zwischen einem neuen und einem alten politischen System. Am Beginn steht die Auflösung des autoritären bzw. totalitären Systems. Der größte Unterschied zwischen autoritärer und totalitärer Herrschaft ist laut Hannah Arendt, dass erstere die Freiheit einschränkt, während eine totalitäre Form diese abschafft. Der Totalitarismus erhebt den uneingeschränkten Führungsanspruch gegenüber den Beherrschten, über ihre politische Existenz, ihre Alltagswelt und über das Bewusstsein jedes Einzelnen. Die „totalitäre Weltanschauungspartei“ bzw. ihr Führer legitimieren ihre Herrschaft aufgrund einer ideologischen Basis, etwa der „klassenlosen Gesellschaft“. Zur Erreichung

---

<sup>6</sup> Zur Staatsbürgerschaftspolitik in Estland siehe Kapitel 4.3.

<sup>7</sup> Im Zuge der Restaurierung der estnischen Republik der Zwischenkriegszeit, gelten alle als Bürger oder Bürgerin Estlands, die vor 1940 in Estland lebten (sowie deren Nachkommen). Diese Bedingungen gelten nicht nur für ethnische EstInnen, sondern auch für sämtliche andere Bevölkerungsgruppen.

eines idealen Endzustandes werden radikale Maßnahmen legitimiert, die sich gegen differenzierte Gruppen richten und für den Aufbau einer homogenen Gesellschaft sorgen. „Das ‚Wesen‘ eines totalitären Regimes besteht also vor allem in der totalen Herrschaft über das Alltagsleben der Bürger, in der Kontrolle ihrer Handlungen, Meinungen und Gedanken“ (Merkel 2010: 49). Dabei ist es aber durchaus schwierig, zu messen, wie „totalitär“ ein Staat ist, oder ob man auch Nischen berücksichtigen soll, die sich die Bevölkerung geschaffen hat, beispielsweise die katholische Kirche in Polen und Litauen. Kommunistische Regime kamen entweder als Parteien- oder Führerdiktaturen vor. Erstere waren meistens autoritär, während Führerregime meistens als totalitär galten, eine Ausnahme stellt dabei Titos Jugoslawien dar. Kennzeichnend für kommunistisch-autoritäre Parteiregime war, dass ein kollektives Führungsgremium die Macht innehatte, dabei ein Minimum an Pluralismus akzeptiert wurde und der Herrschaftsanspruch nicht alle Winkel des Alltagslebens erfasste. Die UdSSR war Merkel zufolge in den Zeiträumen von 1924 bis 1929, von 1953 bis 1956 und von 1985 bis 1991 autoritär, ansonsten totalitär (vgl. Merkel 2010: 43). In den kommunistisch-totalitären Systemen hatte die Kommunistische Partei per Verfassung die exklusive führende Rolle. Es gab weder politischen, noch gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Pluralismus und jegliche Abweichung von der vorherrschenden Herrschaftsform wurde in der Regel repressiv und terroristisch bekämpft. Diese Extremform lässt sich allerdings schwer von einer Parteiendiktatur organisieren, weshalb die kommunistisch-totalitären Staaten meistens von starken „Führern“ geleitet wurden, die mit Hilfe der Partei und der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ihren Herrschaftsanspruch umsetzten. Begünstigt wurde das durch den meist zentralistischen Staats- und Parteaufbau, durch den KP-Generalsekretär zunehmend Macht anhäufen konnte, wie zum Beispiel Stalin in der UdSSR von 1929 bis 1953 (vgl. Merkel 2010: 52).

Für Merkel besitzt der Begriff „Transformation“ selbst keine spezifische Bedeutung, sondern er versteht ihn vielmehr als einen Überbegriff für alle Formen von Systemwandel und Systemwechsel (vgl. Merkel 2010: 66). Vielfach wird „Transformation“ mit Demokratisierung in Zusammenhang gebracht. Die meisten TransformationsforscherInnen unterscheiden zwischen drei großen Demokratisierungswellen. Die erste fand im 19. Jahrhundert statt und wurde durch eine autokratische Gegenwelle in der Zwischenkriegszeit in weiten Teilen Europas unterbrochen. Zur zweiten Demokratisierungswelle werden die Nachkriegsdemokratien in Deutschland, Österreich und Italien gezählt. Der dritte Demokratisierungsprozess umfasst eine längere Zeitspanne und reicht von dem Zusammenbruch der autoritären Regimes in Südeuropa (Spanien, Portugal, Griechenland) über Lateinamerika, Ost- und Südostasien bis zum Systemwandel in den europäischen kommunistischen Staaten. Während in Südeuropa und Lateinamerika im Wesentlichen nur das politische System von der Transformation er-

fasst wurde<sup>8</sup>, war in den postkommunistischen Ländern Europas das gesamte System betroffen, inklusive der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Strukturen (vgl. Merkel 2010: 65). Aus diesem Grund wird der Systemwechsel in diesen Ländern auch oft als vierte Demokratisierungswelle (*fourth wave of democracy and dictatorship*) gesehen, da er sich in vielen Punkten von den Veränderungen in Südeuropa und Lateinamerika unterscheidet. Neben den anderen Ausgangspunkten hatten die Transformationen in postkommunistischen Ländern auch oft ein anderes Ergebnis, da es in vielen Staaten zu keiner vollständigen Demokratisierung gekommen ist. Von den 28 Staaten hätten sich laut Merkel nur neun zu liberaldemokratischen Regimes<sup>9</sup> entwickelt, während andere Staaten wieder autoritär wurden oder „defekte Demokratien“<sup>10</sup> herausbildeten. Die Hauptrichtung in der Transformationsforschung ist aber dennoch, dass der Systemwechsel in Osteuropa auch der dritten Demokratisierungswelle zugeschrieben wird (vgl. Merkel 2010: 324).

Die Auflistung der Begebenheiten, die zum Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Europa geführt und die Demokratisierung eingeleitet haben, würden den Rahmen dieser Diplomarbeit sprengen, weshalb ich mich auf den Transformationsprozess als solchen konzentrieren möchte. Hier sei nur erwähnt, dass die Selbsttransformation der realsozialistischen Gesellschaften daran scheiterte, dass die politischen Eliten „schiefe Ebenen“ befürchteten, also dass ein Reformschritt das ganze System bedrohen hätte können. Das „Ölfleck-Theorem“ besagt, dass auch wenn die Steuerungslogik des Wirtschaftssystems nur an einem Punkt verletzt wird, eine Automatik von flächendeckenden Funktionsstörungen eintreten kann. Die Reformresistenz wurde dahingehend begründet, dass Veränderungen zu unkalkulierbaren Destabilisierungen führen könnten. Die „Reformen von oben“, die von Gorbatschow ausgingen, bestätigten diese Befürchtungen. „Es war diese sowjetische Revolution von oben, welche die notwendigen Bedingungen für den Erfolg der Reformen und Revolutionen von unten schuf, die ihr in den anderen Ländern des Warschauer Paktes bzw. des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe dann auf dem Fuße folgte“ (Offe 1994: 58).

---

<sup>8</sup> Wirtschaftlich waren diese Staaten in den Weltmarkt integriert und auch sonst nicht von der „Weltgemeinschaft“ ausgeschlossen, die Eigentumsverhältnisse veränderten sich meistens nicht. Des Weiteren blieb die territoriale Integrität und Organisation dieser Länder weitestgehend erhalten und es kam auch nicht zu größeren Migrationsbewegungen oder Sezessionskonflikten im Zuge des Demokratisierungsprozesses weshalb die „Transformationskosten“ geringer ausfielen als in Ost-, Mittel- und Südosteuropa und die Revolutionen dort „gründlicher“ waren (vgl. Offe 1994: 59f).

<sup>9</sup> Die liberale Demokratie hat sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs als universelle Norm für die politische und konstitutionelle Organisation moderner Gesellschaften etabliert. Nur dann, wenn ein Staat diese Norm vollständig erfüllt, wird er intern legitimiert und extern anerkannt (vgl. Offe 1994: 81). Zu den 8 „neuen“ liberaldemokratischen Staaten gehören Tschechien, Polen, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Slowenien und verspätet auch Kroatien und die Slowakei (vgl. Merkel 2010: 324).

<sup>10</sup> Bei defekten Demokratien handelt es sich um Herrschaftssysteme, die sich zwar durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes auszeichnen, die aber durch „Störung in der Funktionslogik eines oder mehrerer der üblichen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind“ (Merkel 2010: 37).

Im Gegensatz zum vorangegangenen Systemwechsel waren die postkommunistischen Staaten mit einem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ konfrontiert, was bedeutet, dass zwei (in manchen Fällen drei) Transformationsprozesse nebeneinander abliefen. Neben dem politischen Wandel von einer Diktatur zur Demokratie gab es auch einen Wechsel von der Plan- hin zur Marktwirtschaft. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und Jugoslawiens, sowie der Auflösung der Tschechoslowakei, mussten sich diese Staaten zusätzlich neu gründen. Diese „Probleme der Gleichzeitigkeit“ stellten sie vor erhebliche Herausforderungen, da zwar alle drei Ebenen einer eigenen Entwicklungslogik folgten, diese aber gleichzeitig auch hochgradig interdependent sind. Während andere Transformationsprozesse, beispielsweise in Westeuropa, Jahrzehnte in Anspruch genommen haben, wurde das „Projekt“ der Transformation in den postkommunistischen Staaten innerhalb eines Jahrzehntes von den politischen Eliten konzipiert und realisiert (vgl. Merkel 2010: 324). Offe umschreibt dieses „Dilemma“ mit einem magischen Dreieck, bestehend aus der Aufgabe eine neue Wirtschaftsordnung zu etablieren, eine neue Rechts- und Verfassungsordnung zu entwickeln und neue Regeln sozialer Integration zu schaffen, also „Regeln sozialer Anerkennung und Zugehörigkeit im Großmaßstab ganzer Gesellschaften in Geltung zu setzen“ (Offe 1994: 19). Die vielfältigen Wechselwirkungen und Widersprüche die sich aus diesen drei Ebenen ergeben, stellten die Akteure vor Herausforderungen, für die es bis dato noch keine Beispiele in der Geschichte gab. „Für dieses Transformationsprojekt gäbe es weder historische Vorbilder, noch eine wohlwollende Besatzungsmacht, die die Lösung der grundsätzlichen Territorial-, Verfassungs- und Wirtschaftsfragen ‚von außen‘ oktroyieren könnte, wie dies in der zweiten Demokratisierungswelle in Deutschland und Japan der Fall war“ (Merkel 2010: 325).

Wrobel sieht Transformation als einen Prozess, der sehr zeitintensiv und komplex ist und dabei immer einen offenen Ausgang hat. Obwohl EntscheidungsträgerInnen nicht wissen können zu welchem Ergebnis ihre Transformationsbestrebungen schlussendlich führen, ist dieser Prozess dennoch immer zielgerichtet. Das Ziel ist demnach eine nachholende Entwicklung und der Wunsch nach Modernisierung. Wrobel unterscheidet konkret zwischen zwei Konzepten, der Schocktherapie und dem Gradualismus. „Die Schocktherapie erfordert die simultane Umgestaltung aller Teilordnungen eines Gesellschafts- und Wirtschaftssystems in der Frühphase der Transformation“ (Wrobel 2000: 154). Der Vorteil dabei sei, dass die Interdependenzprobleme zwischen den Teilordnungen minimiert werden und eine schnelle Veränderung wieder schwerer rückgängig gemacht werden könne. Dafür könne man bei gradualistischen Modellen, also der schrittweisen Umsetzung von Reformen, gescheiterte Transformations(teil)prozesse leichter korrigieren. Gerade weil die Reformen aber leichter umkehrbar seien, ist bei letzteren Modellen auch die Gefahr höher, dass der Prozess scheitere. Natürlich sind aber beide Theorien Extremfälle, da sich eine Schockreform kaum punktuell umsetzen lässt und auf der anderen Seite eine gradualistische Vorgehensweise

kaum um die gleichzeitige Umsetzung mehrerer Maßnahmen herumkommt (vgl. Wrobel 2000: 155). Im Falle Estlands wird trotzdem oft von einer Schocktherapie gesprochen, da wie kaum in einem anderen Transformationsstaat innerhalb kürzester Zeit umfassende Reformen umgesetzt wurden. Vor allem in Bezug auf den ökonomischen Wandel wird oft diese Unterscheidung gemacht, weshalb ich im Kapitel 5. „Die wirtschaftliche Transformation Estlands“ noch genauer auf diesen Punkt eingehen werde.

In dieser Diplomarbeit wird im Wesentlichen die Transformation der Gesellschaft, des politischen Systems und der Wirtschaftsordnung in Estland behandelt. Da jeder Transformationsprozess auch kulturell eingebettet ist, fallen auch die Veränderungen von Handlungsmustern, Haltungen, Normen und Werten unterschiedlich aus. Wenn man also die Minderheitensituation in Estland analysieren will, muss man auch den Transformationsprozess in seiner Gesamtheit betrachten. Die allumfassenden Veränderungen in der Politik, im sozialen Machtgefüge und in der ökonomischen Ordnung betrafen die gesamte Bevölkerung Estlands, in besonderer Art und Weise auch die russischsprachige Minderheit. Neben den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen, kam bei ihnen noch eine zusätzliche Komponente hinzu. Für die Russischsprachigen, die nach 1945 eingewandert waren, sowie deren Nachkommen, kam es zu einer Verunsicherung, da nach der Staatsbildung nicht klar war, ob sie dem neu gegründeten Staat Estland als gleichberechtigte BürgerInnen zugerechnet werden würden. Da es sich bei ihnen um ein Drittel der Bevölkerung handelte, beeinflusste dieser Aspekt einen großen Teil des Transformationsprozesses. Die Situation war im postkommunistischen Europa (mit Ausnahme Lettlands) ein Sonderfall. Neben dem Fakt, dass die „Singende Revolution“ im Baltikum weitgehend unblutig verlief, hat diese Besonderheit dazu geführt, dass sich auch „westliche“ Wissenschaftler ausgiebig mit dem „Nation Building“, der Staatsgründung, in Estland beschäftigt haben (vgl. Ruutsoo 2002: 32). Dabei kommt es aber in vielen Arbeiten zu einer deutlichen Wertung und vor allem in frühen Untersuchungen zu Estland hat sich der Leitsatz entwickelt, dass es in dem jungen Staat Demokratiedefizite und ethnische Intoleranz gäbe sowie dass ein Großteil der estnischen Politik auf dem „lex talionis“-Prinzip bestehe (Aug um Aug, Zahn um Zahn), also revisionistisch sei (vgl. Ruutsoo 2002: 40). Dabei werde zu wenig berücksichtigt, dass „Geschichte“ im estnischen Kontext eine entscheidende Rolle spiele, ein Umstand der von „westlichen Wissenschaftlern“ oft außer Acht gelassen werden. Ein weiterer Problemkomplex ist, dass die Minderheitensituation in Estland eine andere ist als in Westeuropa und deshalb (scheinbar) liberale Gesetzgebungen aus den „alten“ EU-Staaten eine völlig andere Wirkung in der Baltenrepublik nach sich ziehen könnten (vgl. Ruutsoo 2002: 36ff). Aus diesem Grund versuche ich in dieser Diplomarbeit auch Werke von estnischen Wissenschaftlern zu berücksichtigen, um somit eine stärker ausgeglichene Analyse der Minderheitensituation in Estland vornehmen zu können.

## 2. Die Geschichte Estlands bis 1991

*„There is possibly no area where history is more important than in the Baltics, where the previous nondemocratic regime, the USSR, brutally transformed these polities demographically, culturally, economically, and even ecologically“ (Linz/Stepan 1996: 402).*

Viele der heutigen Probleme in Estland kann man nur verstehen, wenn man auch die Geschichte vor 1991 betrachtet. Diese war von den unterschiedlichsten Herrschaftsverhältnissen geprägt, wirtschaftlichen und politischen Extremen sowie einem stetigen Machtwechsel der beiden größten Bevölkerungsgruppen. Ereignisse in der Vergangenheit sorgen heute dafür, dass es zu Unstimmigkeiten zwischen ethnischen EstInnen und RussInnen kommt. Eine unterschiedliche Interpretation der jüngeren Geschichte Estlands ist somit nach wie vor mit ein Grund für eine in vielen Bereichen geteilte Gesellschaft.

In diesem Kapitel werde ich auf die Zeit vor dem „modernen“ Estland eingehen. Beschrieben wird die estnische Geschichte, beginnend beim „nationalen Erwachen“ des estnischen Volkes während der Herrschaft der russischen Zaren im 19. Jahrhundert, über die Zeit der ersten Republik zwischen 1918 und 1940 bis zur Situation Estlands während des zweiten Weltkrieges, die Zeit danach unter sowjetischer Herrschaft und schließlich wie diese abgelegt werden konnte. Dabei soll vor allem auch die Lage der Minderheiten zu dem jeweiligen Zeitabschnitt analysiert werden. Mir ist bewusst, dass das folgende Kapitel vor allem die Geschichte aus estnischer Sicht darstellt. Abschließend wird deshalb in dem Teilkapitel „Die Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte in Estland“ auf die unterschiedlichen Geschichtsbilder der EstInnen und der Russischsprachigen eingegangen. Ich werde am Beispiel des Konfliktes um die Denkmäler in den Städten Tallinn, Pärnu und Lihula aufzeigen wie Geschichte unterschiedlich interpretiert, benutzt und geformt wird und welche Konflikte diese Form der Geschichtspolitik nach sich ziehen kann.

### 2.1. Das russische Zarenreich in Estland

Das Gebiet des heutigen Estland war unter dänischer, schwedischer und polnischer Herrschaft und lange Zeit auch im Besitz des Deutschbaltischen Ordens. Von 1710 bis Anfang des 20. Jahrhunderts war Estland Teil des russischen Zarenreiches. Trotz der oft wechselnden Herrscher war es den EstInnen gelungen, ihre Sprache zu erhalten, weshalb diese für sie ein wichtiges Identifikationsmerkmal darstellt. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erwachte

das Nationalbewusstsein der EstInnen. Einer der Auslöser dafür war das Epos Kalevipoeg<sup>11</sup>, welches neben der Etablierung von estnischen Theatern und Zeitungen zur Ausformung von Vorstellungen über eine „estnische Identität“ beitrug. Es bildete sich eine estnische Intelligenzija, die auf der einen Seite bürgerlich demokratisches Gedankengut, begründet auf Ideen der Französischen Revolution und Johann Gottfried Herders förderte, und auch sozialistische Ideen vertrat, die sich hauptsächlich gegen die deutschsprachige Oberschicht richteten. So entlud sich auch der Ärger der überwiegend estnischsprachigen Unterschicht in der Revolution von 1905 auf die Großgrundbesitzer, indem viele deutsche Gutshöfe niedergebrannt wurden (vgl. Urdze 1991: 18).

Zu dieser Zeit gab es eine wirtschaftlich und politisch sehr starke deutsche Elite im Baltikum, die Niederdeutsch mit einem baltischen Dialekt sprach. Da die Deutschen die Oberschicht darstellten, hatten sie auch auf die orthographische und grammatische Formung der estnischen Sprache im 19. Jahrhundert großen Einfluss (vgl. Hogan-Brun 2007: 11). Die russischen Zaren fürchteten deshalb eine zunehmende Germanisierung im Baltikum, weshalb ein Russifizierungsprozess eingeleitet wurde. Obwohl in Estland weniger als 10% der Bevölkerung dieser Sprache mächtig waren, wurde Russisch zur alleinigen Amts- und Bildungssprache. Aufgrund der geringen SprecherInnenzahl gestalteten sich diese Versuche damals aber als zwecklos und war in der Realität nicht durchführbar (vgl. Vetik 2002: 72f). Diese Entwicklung wurde von EstInnen aber nicht nur negativ aufgenommen, vor allem deshalb, weil durch die Zentralisierungsmaßnahmen des Zaren die Vormachtstellung der deutschen Minderheit gebrochen wurde. Im Gegensatz zu den DeutschbaltInnen war es den EstInnen noch immer erlaubt, in ihrer Sprache zu publizieren. So entwickelten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche zivile estnischsprachige Einrichtungen und Organisationen. Das hatte auch zur Folge, dass am Beginn des 20. Jahrhunderts Estnisch einen derartigen Stellenwert erreichte, dass die Schulbildung auf die Sprache der Mehrheitsbevölkerung umgestellt wurde und die Russifizierungsversuche weniger wurden (vgl. Hogan-Brun 2007: 24ff).

## **2.2. Die erste Republik**

Nach der Oktoberrevolution und dem Zusammenbruch des zaristischen Russland wurde Estland am 24. Februar 1918 erstmals unabhängig. Ein anschließender „Befreiungskrieg“ währ-

---

<sup>11</sup> Der estnische Gelehrte Friedrich Reinhard Kreutzwald stellte das Epos aus Volkserzählungen zusammen. Damit wurde er zum „Vater“ der estnischen Literatur, gab den EstInnen eine „gemeinsame Geschichte“, förderte das estnische Selbstbewusstsein und trug mit der Forderungen nach einem eigenen Staat für die EstInnen entschieden zum Erwachen der ersten estnischen Unabhängigkeitsbewegung bei (Buth 2010).



te noch bis 1920 bis schließlich in einer Reihe von Verträgen mit den neuen Machthabern<sup>12</sup> in Russland die Sezession bestätigt wurde. Danach begann zunächst eine Zeit des wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwungs, sowie eine deutliche Westorientierung (vgl. Vetik 2002: 72f). Der kulturelle Aufbruch in dieser Zeit zeigte sich vor allem im literarischen Erblühen der estnischen Sprache und in der Wiedereröffnung der estnischen Universität in Tartu. Durch die großen Investitionen in Bildung war Estland (neben Lettland) in den 1930ern eines der Länder mit der höchsten Alphabetisierungsrate weltweit und hatte mehr StudentInnen pro tausend Einwohner als irgendein anderes Land auf der Welt (vgl. Urdze 1991: 19).

Nach der jahrhundertelangen Vorherrschaft anderer Bevölkerungsgruppen wie den DeutschbaltInnen oder RussInnen, wurde Estnisch zum ersten Mal die wichtigste Sprache im Land. Da durch die sehr junge Entwicklung der estnischen Sprache noch nicht ausreichend Literatur vorhanden war, griff man vor allem im Hochschulbereich noch verstärkt auf Deutsch und Russisch zurück, was den Multilingualismus in Estland stärkte. Obwohl Estnisch, genau wie 1991, einzige Staatssprache wurde, genossen die Minderheitensprachen viele Rechte und wurden auch häufig von ethnischen EstInnen benutzt (vgl. Hogan-Brun 2007: 31).

Politisch und wirtschaftlich kam es, so wie in vielen anderen europäischen Staaten, in den 1930ern dennoch zu Konflikten. Erstmals zeigte sich die instabile politische Lage bereits 1924, als kommunistische Gruppen einen Putsch versuchten. Häufige innenpolitische Krisen und die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise<sup>13</sup> ermöglichten den Staatsstreich von 1934, der zu einem autokratischen, konservativen Regime unter Konstantin Päts führte (vgl. Virsis/Daukšts 1991: 39f). Obwohl sich in seiner Zeit die Stellung der ArbeiterInnen verschlechterte und die liberale Intelligenzija mit Repressionen zu kämpfen hatte, war das Ansehen von Päts in der Bevölkerung damals, aber auch heute, sehr gut. Ab 1937 wurde wieder ein Demokratisierungsprozess eingeleitet (vgl. East/Pontin 1997: 293f). Heute werden die 1920er und 1930er in Estland durchwegs positiv betrachtet und oft auch als „goldenes Zeitalter“ bezeichnet, wie auch an einem Zitat von Mart Laar (ehemaliger estnischer Ministerpräsident und Historiker) ersichtlich wird:

„Im Jahre 1940 war Estland ein schönes und gepflegtes Land. Die Erinnerungen seiner damaligen Bewohner und alte Filme beschwören ein Bild von gepflegten Bauernhöfen, Wohnhäusern, sauberen Straßen, kleine hübschen Cafés und harmonischer, waldreicher Landschaft herauf. 1940 war Estland ein Staat der Eigentümer, wo Besitzerstolz

---

<sup>12</sup> Am 2. Februar 1920 wurde die Unabhängigkeit im Friedensvertrag von Tartu offiziell von sowjetischer Seite anerkannt, und man verzichtete auf „ewige Zeiten auf jegliche Souveränitätsrechte und Gebietsansprüche“ (Virsis/Daukšts 1991: 38).

<sup>13</sup> Durch die Wirtschaftskrise 1929/30 sank der allgemeine Lebensstandard in Estland und die Arbeitslosigkeit stieg, was zu einem Vertrauensverlust der Bevölkerung in das parlamentarischen System führte und Forderungen nach einer „starken Führung“ laut werden ließ (vgl. Kasekamp 2000: 154).

gepaart mit Verantwortungsgefühl Gediegenheit und geordnete Verhältnisse im Land gewährleisteten.“ (Laar 2002: 152)<sup>14</sup>

Die Minderheitenpolitik dieser Zeit in Estland wird von vielen Wissenschaftlern als für die damalige Zeit als fortschrittlich bezeichnet (East/Pontin 1997, Daatland 2001, Lauristin/Heidmet 2002, Rose/Munro 2009, Urdze 1991). Von den 1,1 Millionen Menschen die 1920 in Estland lebten waren 87,7% ethnische EstInnen, 8,2% RussInnen, 1,7% Deutsche und 2,4% fühlten sich anderen Gruppen zugehörig (vor allem FinnInnen, SchwedInnen, Juden und Jüdinnen). Die RepräsentantInnen von Minderheiten waren im Parlament vertreten und es wurde den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermöglicht, ihre Sprache, Bräuche und Traditionen zu pflegen (vgl. Daatland 2001: 255). Es wurde aber zum Beginn der gewonnen Unabhängigkeit durchaus diskutiert, wie man mit den Minderheiten umgehen sollte, wobei die Situation damals vergleichbar mit jener von 1991 war. Man befürchtete, dass ein Großteil der Minderheitenangehörigen nicht loyal gegenüber einem estnischen Staat wäre. Man misstraute vor allem den RussInnen in den größeren Städten sowie den deutschen Großgrundbesitzern. Man war mit dem Problem konfrontiert, dass ein großer Teil des Kapitals und des Landes im Besitz der deutschsprachigen Minderheit war. Auf der einen Seite wurden allen die Staatsbürgerschaft, die Ausübung ihrer Sprache, Kultur und Traditionen, sowie politische Partizipationsmöglichkeiten garantiert. Auf der anderen Seite wurden viele (vor allem deutsche) Großgrundbesitzer zwangsenteignet und in einer großen Landreform die Besitztümer neu aufgeteilt. Diese Maßnahmen seien laut Hogan-Brun unumgänglich gewesen um die Mehrheitsbevölkerung zu stärken (vgl. Hogan-Brun 2007: 31). Seit dem 13. Jahrhundert stellten die Deutschen eine dominante Gruppe in Lettland und Estland dar, was sich auch durch die russische Herrschaft ab 1710 nicht änderte. Die Leibeigenschaft wurde zwar 1816–19 aufgehoben, trotzdem dauerte es bis in die 1860er bis EstInnen eigenes Land erwerben konnten. Diese geschichtlich bedingte Ungleichverteilung musste durch diese Agrar- und Landreformen in den 1920er beendet werden (vgl. Kasekamp 2000: 4).

Heute teilen weniger Historiker die Meinung von Mart Laar und sie sehen die Zwischenkriegsrepublik durchaus auch kritisch. Die estnische Republik hatte durch die Erfahrungen, die in dieser Zeit gemacht wurden trotzdem einen entscheidenden Startvorteil nach der wieder gewonnenen Unabhängigkeit. Neben Lettland war Estland die einzige sowjetische Teilrepublik, die bereits zuvor über einen längeren Zeitraum demokratische und marktwirtschaftliche Erfahrungen gemacht hatte, auf die man nach 1991 wieder zurückgreifen konnte (Linz/Stepan 1996: 403).

---

<sup>14</sup> Dieses Bewusstsein führte dazu, dass sich viele EstInnen die Wiederherstellung der scheinbar so gut funktionierenden ersten Republik wünschten, was auch zum Teil die revisionistische Staatsbürgerschafts- und Sprachpolitik erklärt (siehe Kapitel 4.3. und 4.4.).

### 2.3. Estland während des Zweiten Weltkrieges

Durch den Pakt zwischen der Sowjetunion und dem Dritten Reich geriet das gesamte Baltikum wieder in die sowjetische Interessensphäre. Am 28. September 1939 wurde Estland gezwungen, ein Beistandsabkommen mit der UdSSR zu unterzeichnen. Es wurden sowjetische Militärstützpunkte errichtet und bereits Anfang 1940 waren mehr Sowjetsoldaten als estnische Streitkräfte im Land stationiert. Obwohl die Regierung versuchte sämtliche Handlungen zu vermeiden, die von Stalin als Provokation hätte empfunden können werden, warf man ihr in Estland vor, ein gegen die UdSSR gerichtetes, baltisches Militärbündnis gegründet zu haben. Die Folgen davon waren, dass bereits Mitte Juni 1940 das gesamte Baltikum okkupiert wurde. Eine Marionettenregierung unter J. Vares wurde eingerichtet. Vor den Wahlen versicherten die kommunistischen Parteien noch, dass es zu keinem Anschluss kommen werde. Die Wahlen gerieten zur Farce, da die kommunistische Einheitsliste in Estland 92,9% der Stimmen erreichte und die Versprechungen, die vor der Wahl gemacht wurden, gebrochen wurden, indem man bereits eine Woche später ein Beitrittsgesuch an die UdSSR stellte, welches der Oberste Sowjet Anfang August annahm (vgl. Virsis/Daukšts 1991: 44f). Die unmittelbar einsetzende Sowjetisierungspolitik sah neben Verstaatlichungen und Zwangskollektivierungen auch die Transformation des Bildungssystems (Austausch von Lehrenden und Textbüchern) sowie Massendeportationen nach Sibirien vor, von der weite Teile der Bevölkerung betroffen waren<sup>15</sup>. Vor allem diese Deportationen und Zwangsenteignungen prägten sich tief in das kollektive estnische Gedächtnis ein (vgl. East/Pontin 1997: 295).

Als das Dritte Reich im Juni 1941 der UdSSR den Krieg erklärte, glaubten viele Menschen im Baltikum, dass sie durch eine Kooperation mit den Deutschen langfristig wieder eine Eigenstaatlichkeit erreichen könnten. Es gab aber auch Unterstützung für die UdSSR, die von Moskau gefördert wurde und nach dem zweiten Weltkrieg zum Aufbau der Estnischen KP beitragen sollte<sup>16</sup>. Allgemein führten die Repressionen seitens der Roten Armee und des NKVD (Volkskommissariat des Inneren) dazu, dass viele den deutschen Einmarsch zunächst begrüßten. Bereits am 7. Juli 1941 überquerte die deutsche Wehrmacht die estnische Grenze. Allerdings konnten estnische Einheiten schon vor dem deutschen Einmarsch sowjetische Truppen aus einigen Gebieten (beispielsweise Tartu) zurückdrängen. Da ihnen aber auch die Deutschen die Unabhängigkeit verwehrten, stellte sich bei den EstInnen bald Ernüchterung ein (vgl. Shtromas 1985: 188ff). 1944 marschierte die Rote Armee wieder im gesamten

---

<sup>15</sup> Die Deportationen betrafen Landbesitzer (Bauern und Bäuerinnen) genauso wie Lehrende, ehemalige Politiker (unter anderem den Präsidenten K. Päts), Priester, UnternehmerInnen, Universitätspersonal ua. Man schätzt, dass von dieser ersten Welle der Deportationen 4% der Gesamtbevölkerung betroffen waren. (vgl. East/Pontin 1997: 295).

<sup>16</sup> Laut Shtromas war die estnische KP mit gerade einmal 130 MitgliederInnen allerdings die schwächste im ganzen Baltikum (Shtromas 1985: 186).

Baltikum ein und traf auf Gegenwehr von estnischen Streitkräften, die zunächst aber noch unter deutscher Oberhoheit standen, was vor allem in der späteren Geschichtsschreibung unterschiedlich interpretiert wurde und zu Konflikten führte (siehe unten). Die estnische Abwehr wurde gebrochen, aber ein Teil dieser Männer führte weiterhin einen „Guerillakrieg“ in den Wäldern („Waldbrüder“) gegen die neuen Besatzer. Teile Estlands (etwa 5% des Territoriums) fielen an die RSFSR<sup>17</sup>, der Staatsapparat wurde nun komplett sowjetisiert und eine neue Deportationswelle<sup>18</sup> begann (vgl. Uibopuu 1990: 111). Die sowjetische Kontrolle über die baltischen Staaten wurde von den westlichen Alliierten bei der Konferenz in Jalta de facto akzeptiert, aber de jure wurde die Eingliederung von diesen nie anerkannt. Damit waren die drei baltischen Staaten die einzigen in Europa, die nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr restauriert wurden (vgl. Hogan-Brun 2007: 36). „Der Konstruktion der Aufnahme der Baltischen Staaten in die UdSSR als völkerrechtlicher Vertrag steht auch entgegen, daß die Anträge Estlands, Lettlands und Litauens von Organen ausgingen, welche weder verfassungsrechtlich noch aus allgemeinem Völkerrecht zum Abschluß von internationalen Verträgen kompetent waren“ (Uibopuu 1975: 113f). Dieser „Anschluss“, der nicht freiwillig erfolgte, hatte somit auch völkerrechtlich keine Legitimation und kann somit eindeutig als Okkupation bezeichnet werden.

Durch den zweiten Weltkrieg änderte sich die Bevölkerungsstruktur in Estland dramatisch. 1945 lebten um ein Viertel weniger Menschen auf dem Gebiet des heutigen Estland als davor, wobei 97% der Bevölkerung nun ethnische EstInnen stellten. Die estnische Elite wurde während oder unmittelbar nach dem Krieg praktisch ausgelöscht, vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst umgebracht, nach Sibirien verschleppt oder zur Emigration in den Westen gezwungen. „Ziel des sowjetischen Terrors war, die führenden Köpfe der Gesellschaft zu vernichten und die verbliebene Bevölkerung dadurch hörig zu machen“ (Helme 1991: 60).

Auch die Situation der Minderheiten hatte sich nachhaltig geändert. Juden und Jüdinnen waren komplett dem Holocaust zum Opfer gefallen. Ein großer Teil der schwedischen und finnischen Minderheit emigrierte genauso wie zehntausende EstInnen. Die Deutschbalten, die auf eine jahrhundertelange Geschichte in Estland zurückblicken konnten, wurden schon vor dem Ende des Krieges von Hitler „heim ins Reich“ gerufen und auch viele RussInnen fielen dem Krieg zum Opfer oder lebten durch die Angliederung vormals estnischen Gebietes an die RSFSR nun in einer anderen Unionsrepublik (vgl. East/Pontin 1997: 295). Nicht nur die Bevölkerungsstruktur wurde nachhaltig durch die sowjetische Okkupation geprägt, sondern das gesamte politische, kulturelle, soziale und ökonomische Leben.

---

<sup>17</sup> Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik.

<sup>18</sup> Die zweite Deportationswelle umfasste zu einem großen Teil Männer, die in der deutschen Wehrmacht gedient oder in irgendeiner Weise mit den deutschen Besatzern kollaboriert hatten, sowie deren Familienangehörige (vgl. Uibopuu 1990: 110). Somit waren vor allem auch Frauen und Kinder betroffen, die insgesamt mehr als die Hälfte der Deportierten ausmachten (vgl. Helme 1991: 59).

## 2.4. Die Estnische Sozialistische Sowjetrepublik

Die bei der ersten Besetzung 1940 eingeleiteten radikalen Reformen wurden ab 1945 weitergeführt. Nach der offiziellen Eingliederung in die UdSSR als Estnische Sozialistische Sowjetrepublik wurde neben der Sowjetisierung auch eine Industrialisierung<sup>19</sup> vorangetrieben. Dabei wurden Großprojekte gefördert, die nicht nur ökonomisch fraglich waren. Die Produktion war vor allem auf die RSFSR ausgerichtet, die Konsum- und Nahrungsmittelindustrie wurde vernachlässigt. Durch die zahlreichen Zwangskollektivierung wurden des Weiteren gewachsene Siedlungsstrukturen zerstört und das eigentlich immer sehr landwirtschaftlich geprägte Estland deutlich umgeformt (vgl. Urdze 1991: 20). Durch die Kriegsoffer und Massendeportationen war der estnische Arbeitspool erschöpft, weshalb man für die neuen Fabriken ArbeitsmigrantInnen aus anderen Teilen der UdSSR anwarb. In der ersten Einwanderungswelle zwischen 1945 und 1950 kam ein Großteil der MigrantInnen aus politischen Gründen nach Estland (militärisches und administratives Personal um das Gebiet zu „sichern“). Gleichzeitig flüchteten über 70.000 EstInnen nach Westeuropa und Nordamerika (vgl. Apag 2002: 23f). Zunächst wanderten hauptsächlich ethnische RussInnen aus den umliegenden benachbarten Regionen und Leningrad<sup>20</sup> ein, später auch UkrainerInnen, WeißrussInnen, Bashkiren, Tartaren und andere, die sich aber auch der russischen Sprache bedienten (Rimbach 2009: 93).

Da Estland eine der reichsten Sowjetrepubliken war, stellte es ein attraktives Ziel für MigrantInnen dar, weshalb nach der „politisch“ motivierten Einwanderung nun hauptsächlich Personen wegen der guten Arbeitsmöglichkeiten kamen. Durch Masseneinwanderung wurde von Stalin und später auch von Chruschtschow und Brežnev ganz bewusst eine Russifizierungspolitik betrieben. *„Estonia's large Russian-speaking new minority [...] was a typical empire minority that emerged as the result of the annexation of Estonia and the politics of the central power“* (Hallik 2002: 65). Shtromas geht davon aus, dass die EstInnen generell skeptisch gegenüber den neuen Machthabern waren. Die gesellschaftlichen Strukturen waren eher agrarisch und patriarchalisch geprägt, weshalb sozialistische Ideologien kaum Fuß fassen konnten. Außerdem war die Erinnerung an den Befreiungskrieg 1918/20 noch fest in der Bevölkerung verankert, weswegen man nun einer neuen Oberhoheit aus Moskau sehr negativ gegenüberstand (Shtromas 1986: 183). Demgegenüber standen die neuen EinwanderInnen die gegenüber der Zentralmacht loyaler und über Betriebe und Organisationen besser „steuerbar“ wa-

---

<sup>19</sup> Aufgrund der guten Infrastruktur, der Bodenschätze im Nordosten des Landes und des generell hohen Bildungsgrades der Bevölkerung war Estland für die Industrieproduktion äußerst interessant (vgl. Melnikas: 1999: 11).

<sup>20</sup> Die Regionen Pskow, Leningrad und Novgorod waren vom Zweiten Weltkrieg besonders betroffen, weshalb viele Personen in diesem Gebiet ihre Lebensgrundlage verloren hatten (vgl. Mertelsmann 2004: 112f).

ren als die autochthone Bevölkerung. Durch die Migrationspolitik der UdSSR wollte man somit auch eine stärkere Integration der peripheren, baltischen Gebiete erreichen, sowie die Verminderung von „nationalen Elementen“, die laut Moskau besonders in Estland sehr stark waren (vgl. Hallik 2002: 65).

Diese Politik führte dazu, dass der Anteil der EstInnen an der Gesamtbevölkerung gegen Ende der 1980er Jahre auf 61,5% gesunken war. Russischsprachige EinwanderInnen, die vor allem in den Städten im hoch industrialisierten nordöstlichen Distrikt Ida-Virumaa, sowie in der Hauptstadt Tallinn lebten, stellten über 35% der Bevölkerung (vgl. Daatland 2001: 257). Der Nordosten Estlands wurde in kürzester Zeit am nachhaltigsten von der sowjetischen Herrschaft geprägt. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Ida-Virumaa zu einer Zielregion für „militärisch-industrielle Komplexe“, in denen hauptsächlich russischsprachige MigrantInnen beschäftigt waren. Vertriebenen EstInnen wurde es nach dem zweiten Weltkrieg nur in den seltensten Fällen gestattet wieder in die (weitgehend zerstörten) Städte der Region zurückzukehren. In den Rüstungsbetrieben arbeiteten hauptsächlich RussInnen, wie beispielsweise in der Stadt Sillamäe, die als „geschlossenen Stadt“ damals von den offiziellen Landkarten verschwand und wo einem Großteil der ethnischen EstInnen der Zugang zu einem Beschäftigungsverhältnis verwehrt blieb (vgl. Mertelsmann 2004: 112f). Des Weiteren vermutete man im nordöstlichen Estland Uranvorkommen, weshalb man das gesamte Gebiet zu einer Grenzzone erklärte und die ursprünglichen BewohnerInnen nach dem Krieg nicht mehr in ihre Häuser zurückkehren durften. Auch wenn die Nuklearindustrie später keine Rolle mehr spielte, hatten diese Vermutungen einen entscheidenden Einfluss auf die spätere wirtschaftliche, demographische und soziale Entwicklung der Region (Kilvits 1999: 254f). Eine Folge dieser Migration nach Ida-Virumaa war, dass das vormals sehr ländlich geprägte, durchwegs estnischsprachige Gebiet zu einer stark urbanisierten, überwiegend russischsprachigen Region gemacht wurde, was sich bis heute nicht geändert hat (vgl. Gruber 2008: 127).

Da Russisch zu dieser Zeit als lingua franca in der Sowjetunion diente und man sich ohnehin in einer Union befand, gingen der Großteil der MigrantInnen davon aus, dass sie mit der autochthonen Bevölkerung auf Russisch sprechen konnten, auch wenn die eigentliche (und einzige) Staatssprache Estnisch war. Dies führte zu einem einseitigen Bilingualismus. „Während von allen Bewohnern erwartet wurde auf Russisch kommunizieren zu können, mussten die Russischsprachigen nicht die Sprache derer lernen, mit denen sie nun zusammenlebten“ (Rimbach 2009: 93). Auch Hallik sieht die Ursache für die heutigen Integrationsprobleme in der Sowjetära verankert. Dadurch, dass sich die Russischsprachigen nicht an die lokale Kultur und Gesellschaft anpassen mussten, wäre schon vor der Unabhängigkeit eine ethnische Trennung entstanden, die sich in den Betrieben und Institutionen verfestigte (vgl. Hallik 2002: 65). Hogan-Brun geht noch einen Schritt weiter und behauptet, dass über die MigrantInnen

die Beseitigung der nationalen Sprachen und somit auch der nationalen Identitäten angestrebt wurde. Unter Brežnev; und Chruščëv gab es Konzepte, die besagten, dass jeder Sowjetbürger und jede Sowjetbürgerin als zweite Muttersprache Russisch haben sollte. Russisch wurde als Sprache der Freundschaft unter den Völkern der Sowjetunion bezeichnet und hatte somit auch mehr Prestige als die Nationalsprachen. Das hätte laut Hogan-Brun zu dem bereits erwähnten einseitigen Bilingualismus geführt. Diese Bevorzugung auf ökonomischer, politischer und kultureller Ebene führte zu Ressentiments bei der autochthonen Bevölkerung gegenüber den EinwanderInnen. In den 1980ern war Estnisch bereits in vielen Bereichen zurückgedrängt und die Sprachpolitik ging auch dahin, dass Russisch zunehmend gefördert wurde. So mussten zum Beispiel auch im Bildungsbereich ab dem Kindergarten alle Russisch als zweite Sprache erlernen. Währenddessen wurden andere Minderheitensprachen an den Rand gedrängt und nicht gefördert. Neben den einheimischen Sprachen Finnisch und Schwedisch waren hier auch nicht-russischsprachige EinwanderInnen aus der Ukraine, Weißrussland oder Zentralasien betroffen. Diese assimilierten in Richtung der russischsprachigen Bevölkerung. Sie behielten zwar ihre ethnische Identität, verwenden aber durchwegs Russisch als erste Sprache. Für die Sowjetführung hätten laut Hogan-Brun diese Personen den Idealtypus der „homines sovietici“ dargestellt (vgl. Hogan-Brun 2007: 40).

Im heutigen Gedächtnis der EstInnen stellt die Sowjetära, die mehr als vier Jahrzehnte im Land währte, eine sehr dunkle Periode dar. „Unter Anwendung von massiver Gewalt und begleitet von wohlklingenden Parolen waren die verschiedenen Führer der Sowjetunion stets bemüht, einen Einheitsstaat zu schaffen unter der Führung der Partei, der KPdSU, mit einer Religion, der marxistisch-leninistischen Ideologie, und einer Sprache, der russischen Sprache“ (Urdze 1991: 16). Man sieht sie vor allem als fremdbestimmte Zeit, die erst durch die Reformpolitik von Gorbatschow und eine friedliche Revolution beendet wurde. Uibopuu sieht die kommunistische Herrschaft wie einen bösen Traum, den man aus der Erinnerung zu verdrängen versucht. „Eigentlich war die überwiegende Mehrheit der estnischen Bevölkerung in keinem Moment der kommunistischen Herrschaft vom Sieg des Kommunismus überzeugt, sondern hoffte, wenn auch meist im Stillen, daß eines Tages der estnische Staat wieder entsteht“ (Uibopuu/Urdzu 1997: 16). Durch die weitgehend friedliche „Singende Revolution“ ging dieser Traum, den viele seiner Landsleute teilten, in Erfüllung.

## **2.5. Die singende Revolution – Estland wird wieder unabhängig**

Im Zuge von Glasnost' und Perestrojka begannen Nationalbewegungen in den baltischen Republiken zunehmend selbstbewusst für die Eigenstaatlichkeit zu protestieren. Die von

Gorbačëv<sup>21</sup> eingeleitete Öffnungspolitik und zunehmende Meinungsfreiheit wurden als erstes von EstInnen, LettInnen und LitauerInnen aufgegriffen, die auf Missstände aufmerksam machten und zunehmend für mehr Eigenstaatlichkeit plädierten. Gründe für die Vorreiterrolle der baltischen Völker waren laut Urdze demokratische Traditionen und ein Verbundenheitsgefühl mit dem Westen (Urdze 1991: 16f). Im Baltikum wurde die Vorherrschaft der Sowjets nie wirklich akzeptiert, weshalb man umso vehementer für ein Selbstbestimmungsrecht protestierte. Schon 1988 erklärte Estland, dass estnische Gesetze über jenen der Union stehen würden. Im März 1990 fanden die ersten unabhängigen Wahlen für den obersten Gerichtshof statt. Dieser erklärte danach umgehend, dass Estland völkerrechtswidrig okkupiert wurde und die Unabhängigkeitsbestrebungen deshalb legitim wären (vgl. Vetik 2002: 72f). Durch Volkslieder, die man bei Massenveranstaltungen sang, nationale Symbole, die wieder öffentlich zur Schau gestellt wurden, und die allgemein friedlichen Aktionen, die gesetzt wurden, erreichte Estland neben Lettland und Litauen 1991 (nach dem Putschversuch in Moskau am 20. August)<sup>22</sup> die Unabhängigkeit durch die sogenannte „Singende Revolution“ (vgl. Nolte 2008: 270f). Die Unabhängigkeitsbewegung in Estland war auch ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit der praktisch nicht vorhandenen sowjetischen Umweltpolitik und zeigte sich 1987 explizit in Protesten gegen einen geplanten Phosphoritabbau im Land (vgl. Wrobel 2000: 163). Die Industriepolitik der UdSSR berücksichtigte Umweltschäden kaum, weshalb auch in Estland, hier vor allem im Nordosten und im Großraum Tallinn, die Verschmutzung der Luft, der Gewässer und des Bodens sehr groß waren. Die Brennschieferindustrie zerstörte nicht nur weiträumig ganze Landstriche, sondern verseuchte auch die Umgebung mit Blei und Quecksilber, wobei der Nutzen dieses Industriezweiges für die ESSR selbst sehr gering blieb, da der Großteil der produzierten Energie in den russischen Teil der UdSSR exportiert werden musste (vgl. Helme 1991: 61).

Auf welcher Seite die russischsprachigen MigrantInnen bei der Frage der estnischen Unabhängigkeit standen, wird auch heute noch kontrovers diskutiert. Vetik meint, dass ein Großteil von ihnen gegen diese gewesen wäre, was in gewisser Weise auch verständlich sei, da sie von einer Mehrheit in einem großen Staat zu einer Minderheit in einem kleinen Staat wurden. Organisationen wie Interfront<sup>23</sup>, die im Mai 1990 versuchten, das estnische Parlament zu stürmen, bekräftigten diese These. *„That the Estonians and the majority of the non-*

---

<sup>21</sup> Auch wenn Gorbačëv diesen Demokratisierungsprozess einleitete, trat er doch entschieden gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Sowjetunion ein und verweigerte EstInnen, LettInnen und LitauerInnen den Austritt aus der UdSSR (vgl. Urdze 1991: 33).

<sup>22</sup> Boris Jelzin deklarierte die Souveränität der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, mit einer Gesetzgebung die über der, der UdSSR steht. Nachdem ein Putschversuch von prosovjetschen Kräften in Moskau scheiterte, unterstützte Boris Jelzin aktiv die Unabhängigkeitsbestrebungen der drei baltischen Staaten, was diese erst möglich machte (vgl. Urdze 1991: 30).

<sup>23</sup> Interfront wurde im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung in den baltischen Ländern 1988 gegründet. Es handelte sich um eine politische Organisation außerhalb der kommunistischen Partei, die die Rechte der russischsprachigen Minderheit schützen und gegen Separationsbestrebungen vorgehen sollte (vgl. Gruber 2008: 94).



*Estonians were on different sides on the most fundamental political issue in this critical period for Estonia's future explains to a certain extent the character of further political developments in this country, particularly the citizenship policy*“ (Vetik 2002: 92). Aleksei Semjonov geht hingegen davon aus, dass auch ein großer Teil der russischsprachigen Minderheit die Unabhängigkeit Estlands unterstützte und es sich bei Bewegungen wie Interfront um Organisationen handelte, die weniger von Estland ausgingen, sondern vielmehr von Moskau aus gesteuert wurden (vgl. Semjonov 2002). Aber nicht nur dieser Punkt sorgt auch heute noch für Kontroversen, sondern auch die unterschiedliche Auffassung der Geschichte der letzten 60 Jahre, was nun abschließend im nächsten Teilkapitel analysiert werden soll.

## **2.6. Die Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte in Estland**

Die durch den Zusammenbruch des Realkommunismus gewaltigen Umwälzungen in so gut wie allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stellten für die neuen Staaten individuelle Herausforderungen dar. Ein Teil dieser Umwälzungen betraf eine neue Geschichtspolitik sowie die Aufarbeitung der Zeit, in der Estland okkupiert worden war. Geschichte, Erinnerung und Gedächtnis sind nicht unabänderbar und absolut, sondern in ihrer unmittelbaren Verbindung mit Gegenwart und Zukunft ständig neuen Interpretationen und Bewertungen ausgesetzt. So kann zum Beispiel das gleiche historische Ereignis von unterschiedlichen Gruppen auch unterschiedlich interpretiert werden. Das Geschichtsbild, das in das kollektive Gedächtnis einer Gemeinschaft transferiert wird, wird immer von gegenwärtigen Interessen bestimmt und auch konstruiert (vgl. Münch 2008: 88). Laut Münch wird Geschichtspolitik instrumentalisiert um auch politische Forderungen durchzusetzen, dabei würde die Vergangenheit immer parteiisch interpretiert mit dem Ziel eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen (vgl. Münch 2008: 92). In Estland wird Geschichtspolitik auch dazu benützt, um den Staat einen „monoethnischen“ Charakter zu verleihen. Der Historiker Karsten Brüggemann meint, dass gewisse Ereignisse überbetont werden, wie zum Beispiel der militärische Sieg Estlands über die Bolschewisten 1920, der als „großer Freiheitskampf der Esten“ und wichtigstes Ereignis in der eigenen Geschichte titulierte wird, um sich bewusst von RussInnen abzugrenzen, die sich in ihrer „Erinnerungskultur“ wiederum des „Großen Vaterländischen Krieges“ bedienen können (vgl. Brüggemann 2008: 137)<sup>24</sup>. Eine weitere Trennlinie ist die Zeit um 1940. Während EstInnen (sowie der Großteil der WissenschaftlerInnen) von einer Okku-

---

<sup>24</sup> Am Vabaduse Väljak (Freiheitsplatz, zentraler Platz in der Tallinner Innenstadt) wurde 2009 ein Monument geschaffen, das an diesen Krieg erinnern soll. Laut Münch stellt dieses Denkmal einen exklusiv estnischen Erinnerungsort dar, „dessen Errichtung als Teil des Aufbaus eines unabhängigen estnischen Staates [...] gesehen wird“ (Münch 2008: 59).

pation ausgehen, glaubt ein großer Anteil der RussischsprecherInnen noch immer, dass der „Anschluss“ Estlands an die UdSSR freiwillig erfolgte (vgl. Poleshchuk 2006: 23).

Für Konflikte sorgen immer wieder unterschiedliche Interpretationen der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Die zentralen historischen Beiträge in Estland zu diesem Thema gingen zunächst von ExilestInnen aus, die wieder zurückkehrten, wie zum Beispiel der spätere Ministerpräsident Mart Laar. Auch das Okkupationsmuseum in Tallinn, das sich mit der sowjetischen Ära kritisch auseinandersetzt wurde von ExilestInnen finanziert<sup>25</sup>. Troebst sieht hier eine „erinnerungskulturelle Trennlinie“ die den europäischen Kontinent in zwei Hälften spaltet. In den Transformationsstaaten wird das Ende des zweiten Weltkrieges anders gesehen als in Westeuropa und Russland, was bisweilen in eine „Erinnerungskonkurrenz Gulag vs. Holocaust“ gipfelt (vgl. Troebst: 2005: 381). Auch in Estland wird kritisiert, dass der zweite Weltkrieg zu einem großen Teil aus dem Blickwinkel Westeuropas betrachtet wird und dem Holocaust eine größere Bedeutung eingeräumt wird als den Verbrechen Stalins.<sup>26</sup>

Wie sehr diese geschichtlichen Trennlinien auch die Trennlinien in der estnischen Bevölkerung widerspiegeln, zeigte der so genannte „Krieg der Denkmäler“, der in die schwersten Auseinandersetzungen in Estland seit der Unabhängigkeit mündete. Am 22. September 1947 wurde das Denkmal des „Bronzenen Soldaten“, sein offizieller Name ist „Denkmal der Befreier“, sein inoffizieller „Aljoscha“, auf dem Domberg in Tallinn eingeweiht. Das Denkmal wurde auf der Grabstätte von zwölf sowjetischen Soldaten errichtet, die im Kampf um die Stadt Tallinn gefallen waren (vgl. Münch 2008: 17)<sup>27</sup>. Damals wurden in der ganzen Sowjetunion Kriegsdenkmäler errichtet. Gleichzeitig wurden in Estland Denkmäler zerstört, die laut den neuen Machthabern antisozialistisch waren. Mehr als 100 Denkmäler des estnischen Unabhängigkeitskrieges und andere Skulpturen (wie etwa auch von Martin Luther oder Gustav Adolf II) wurden zerstört und Millionen Bücher und Schriften aus den Bibliotheken und Archiven entfernt. Auf diese Weise und mit der Errichtung von neuen Denkmälern, wie dem „Bronzenen Soldaten“ versuchte man das historische Gedächtnis der EstInnen neu zu prägen. Folgender Satz wurde in russischer Sprache auf dem Denkmal angebracht: „Mögen die gefallenen Helden, welche für die Befreiung und Unabhängigkeit unseres Landes gestorben

---

<sup>25</sup> Mart Laar wird aber durchaus auch kritisch gesehen, da er ein sehr einseitiges Geschichtsbild vertritt (zB die Glorifizierung der ersten Unabhängigkeitsperiode), Münch kritisiert des Weiteren, dass an Erinnerungsorten wie dem Okkupationsmuseum systematisch die nationalsozialistische Zeit verharmlost wird und eine Beteiligung von EstInnen am Holocaust keine Erwähnung findet (vgl. Münch 2008: 27).

<sup>26</sup> Der Bildungsminister Toivo Maimets forderte beispielsweise, dass im Geschichtsunterricht und in Geschichtsbüchern, die Leiden von EstInnen während der Stalinzeit mit den Leiden der Juden und Jüdinnen während des Zweiten Weltkrieges gleichzusetzen seien, was laut Münch eine Relativierung des Holocaust bedeuten würde (vgl. Münch 2008: 25).

<sup>27</sup> Laut Spolitis ist diese (sowjetische) Sicht nicht haltbar. Da sich die deutsche Wehrmacht zum Zeitpunkt als die Rote Armee die Stadt erreicht hat, schon zurückgezogen hatte und ein kurzfristiges estnisches Interregnum bestand, weshalb der „Mythos der Befreiung Tallinns“ falsch sei (Spolitis 2007: 3). So wurde auch in der UdSSR Geschichte instrumentalisiert und konstruiert um politische Forderungen durchzusetzen.

sind, für immer geehrt werden“ (Kaasik, zitiert nach Münch 2008: 18). Dieser Satz zeigt bereits ein Geschichtsbild auf, das im Gegensatz zu dem der Mehrheitsbevölkerung steht. Während die russophone Minderheit annahm, und teilweise noch immer die Meinung vertritt, dass Estland während des zweiten Weltkrieges von den Nationalsozialisten befreit wurde, sehen die meisten EstInnen in diesem Akt eine Okkupation und die endgültige Beendigung ihrer Souveränität (vgl. Münch 2008: 19). Die eine Seite sah das Denkmal als Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus, während es für die andere Seite den Beginn von Unterdrückung darstellte.

Nachdem Estland wieder die Unabhängigkeit erreicht hatte, nahm die Ablehnung gegenüber dem Denkmal zu. Gleichzeitig wollten viele EstInnen für die „Freiheitskämpfer“ des zweiten Weltkrieges Denkmäler errichten, obwohl diese an der Seite der Deutschen und teilweise in SS-Einheiten gedient hatten. Diese werden von weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor als Helden betrachtet, was auch von Politikern wie Mart Laar (vgl. Brüggemann 2007: 157) oder Andrus Ansip unterstützt wird (vgl. Poleschchuk 2006: 22). Historiker wie Rein Ruutsoo sehen das anders und treten gegen die „Glorifizierung“ dieser Kämpfer ein. *„As ‚shield bearer‘ for Hitler, they only managed to gamble away any chance of being saved by the West“* (Ruutsoo, zitiert nach Brüggemann 2007: 157) Weiters meint Vadim Poleschchuk: *„[...] it seems that criticism of Nazi ideology cannot be comprehensive when some politicians try to avoid criticism of high-ranked Estonian collaborationists (those who cooperate with the Nazi Germany occupation administration)“* (Poleschchuk 2006: 23).

Trotz kontroverser Meinungen wurde in Pärnu von privaten Initiatoren ein „Museum der estnischen SS-Legionen“ eröffnet und zudem ein Denkmal, das einen estnischen Maschinengewehrschützen mit deutschen Orden und SS-Runen am Helm zeigte, errichtet. Der Schriftzug unter dem Denkmal lautete „Für alle estnischen Soldaten, die im zweiten Befreiungskrieg für ihr Heimatland und ein freies Europa von 1940 bis 1945 gefallen sind“ (Originalinschrift übersetzt von Münch 2008: 20). Kritik daran kam zuerst nicht aus Moskau, sondern von jüdischen Organisationen, Israel und der EU, weshalb das Denkmal schließlich auch wieder entfernt werden musste. Ein weiterer Versuch ein Denkmal, diesmal in Lihula, für die estnischen SS-Soldaten zu errichten, wurde wieder erst durch internationale Proteste verhindert. Laut der von der estischen Regierung eingesetzten Expertenkommission verherrlichte dieses Denkmal zwar nicht die Naziideologie, musste aber entfernt werden, weil „es schlecht gemacht wurde“ und zu Konflikten führen könnte. Laut Umfragen war ein Großteil der ethnischen EstInnen gegen eine Entfernung, während RussischsprecherInnen diesen Schritt unterstützten (vgl. Poleschchuk 2006: 20f). Die estnische Regierung lenkte somit hauptsächlich wegen des bevorstehenden EU- und NATO-Beitrittes ein und nicht aus innenpolitischer Überzeugung. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum kritisierte die estnische Regierung dafür sehr hart: Das Denkmal würde die Kämpfer in den SS-Einheiten als estnische Frei-

heitskämpfer glorifizieren und stelle somit einen Versuch dar, die Geschichte umzuschreiben. Dies sei laut Dr. Efraim Zuroff allerdings nicht verwunderlich in einem Land, welches noch keinen einzigen Nazi-Kriegsverbrecher je rechtlich belangt hätte (vgl. Simon-Wiesenthal-Zentrum 2004). Wobei man hier aber erwähnen muss, dass die Denkmäler immer auf private und nicht auf staatliche Initiativen zurückzuführen waren, auch wenn sie von Regierungsseite geduldet wurden. Die Entfernung der Denkmäler hat auf jeden Fall zu großflächigen Schändungen von sowjetischen Denkmälern im ganzen Land geführt und „den Boden für wachsende Spannungen zwischen den Volksgruppen in Estland, welche die Kluft zwischen ethnisch estnischen Bürgern auf der einen sowie Angehörigen der russophonen Minderheit auf der anderen Seite, wachsen ließen und die Sensibilität beider Gruppen für ihre historische Sicht verstärkten“ (Münch 2008: 31). Zudem entfachten sie erneut Diskussionen über den „Bronzenen Soldaten“ in der Tallinner Innenstadt.

Durch die Vorfälle in Lihula und Pärnu wurden die Stimmen in Tallinn lauter, die eine Verlegung des „Bronzenen Soldaten“ forderten. Im Vorfeld der Verlegung war die Berichterstattung in den „ethnischen“ Medien klar pro oder contra, was die Debatte weiter emotionalisierte und die Polarisierung der Gesellschaft in Estland verstärkte. Durch eine Gesetzesänderung war es schließlich möglich, das „Denkmal der Befreier“ zu versetzen.<sup>28</sup> Als am 26. April 2007 in der russischsprachigen Bevölkerung bekannt wurde, dass die Exhumierung der Soldaten begann, kam es zu Demonstrationen und auch Ausschreitungen in der Innenstadt Tallinns. Dutzende Personen wurden verletzt, ein russischer Staatsbürger mit ständigem Aufenthaltsrecht in Estland starb und über 1200 Personen wurden verhaftet. Die Reaktion aus der Russischen Föderation kam prompt. Die putinnahe Jugendorganisation „*Naschi*“ besetzte die estnische Botschaft in Moskau und es wurde ein „*Cyberwar*“<sup>29</sup> gegen estnische Einrichtungen gestartet (vgl. Münch 2008: 48ff).

Spolitis meint, dass die Entscheidung des estnischen Ministerpräsidenten Andrus Ansip, das Denkmal gerade vor den Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu entfernen taktisch falsch war, und dass man unterschätzt habe, dass die „heroische Rolle“ der sowjetischen Armee im zweiten Weltkrieg sehr zur modernen russischen Identitätsbildung beitrug (vgl. Spolitis 2007: 3). Das Denkmal wurde auf einem etwa drei Kilometer von Tallinner Stadtzentrum entfernten Soldatenfriedhof wieder aufgestellt. Laut Speitkamp spiegle sich in der Denkmalbeseitigung die Problematik des Umgangs mit der Geschichte und ihrer Zeichen wider. Es würde letztendlich um die Verfügbarkeit von Geschichte gehen und auch um die

---

<sup>28</sup> Das „Gesetz zum Schutz von Militärgräbern“ fand im Parlament eine breite Zustimmung. Dieses „erlaubte fortan der Regierung die Verlegung von Militärgräbern sowie deren Grabstruktur und beinhaltete diesbezüglich eine weitgehende Interpretation des Ersten Zusatzprotokolls über den Schutz der Opfer internationaler Konflikte [...] zu den Genfer Konventionen [...]“ (Münch 2008: 39).

<sup>29</sup> Organisierter (aber in diesem Fall nicht staatlicher) Angriff auf infrastrukturelle Einrichtungen Estlands, wie etwa Webseiten der estnischen Regierung, des Parlaments, Banken, Zeitungen und Parteien (vgl. Heise online 2007).

Art und Weise, wie sich die Gegenwart die Vergangenheit untertan mache, um die Zukunft zu bestimmen (vgl. Speitkamp 1997: 11). Trimborn sieht das ähnlich: „[...] inwieweit mit der Demontage von Denkmälern auch eine Demontage von Vergangenheit angestrebt und erreicht werden kann (und soll), denn zumindest potentiell manifestiert sich im Schleifen eines existierenden Denkmals mit einem spezifischen politischen und historischen Symbolgehalt [...] in jedem Fall der Versuch, Geschichte (für die das Denkmal stand) auszublenden und damit nachträglich zu korrigieren und umzuschreiben“ (Trimborn 1997: 296). Laut Brüggemann hatten die RussInnen den EstInnen etwas voraus: einen zentralen Erinnerungsort an dem ein „politisches Wir-Gefühl“ demonstriert und eine gemeinsame Erinnerung wiederbelebt werden konnte (vgl. Brüggemann 2008: 140). Mit dem neuen Denkmal am Vabaduse Väljak (Freiheitsplatz), das dem ersten Unabhängigkeitskrieg 1920 und seinen Opfern gewidmet ist, versuchte man nun einen solchen zentralen Erinnerungsort zu konstruieren, der allerdings ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausschließt und so kaum zur Versöhnung nach den Vorfällen vom April 2007 beitragen wird. Allerdings lösten die Kontroversen um die Denkmalverlegung und ihre Folgen auch (bisher vermiedene) Diskussionen über die gescheiterte Integration der Russischsprachigen aus, was zum Beispiel zur Gründung eines „*Civic Peace Forum*“ und einer neuen Integrationsstrategie führte (vgl. Pettai/Molder 2009: 207).

Die Vergangenheitsbewältigung und Geschichtspolitik in Estland gestaltet sich insofern schwierig, als die beiden großen Volksgruppen teilweise komplett konträre Geschichtsbilder vertreten. Wie in anderen post-kommunistischen Staaten ist auch in Estland die Abneigung gegenüber dem Kommunismus überaus groß. Dadurch, dass man die sowjetische Ära aber als eine fremdbestimmte Zeit sieht, in der die EstInnen durch die Okkupation die „Opfer“ waren, muss man die Situation in Estland differenzierter betrachten. Die EinwandererInnen dieser Zeit werden heute als markanteste „Hinterlassenschaft“ der UdSSR gesehen. Nach der wiedererlangten Unabhängigkeit stellten sie ein unwillkommenes Vermächtnis einer Zeit dar, die man lieber vergessen würde. Es handelte sich um Menschen, die gegen den Willen eines großen Teiles der autochthonen Bevölkerung gekommen und die über viele Jahrzehnte hinweg von der sowjetischen Politik scheinbar bevorzugt worden waren. Mit dem „Bronzenen Soldaten“ konnte man ein Symbol entfernen, das für EstInnen Unterdrückung darstellte und für eine von Moskau oktroyierte Geschichtspolitik.



### 3. Die gesellschaftliche Transformation Estlands

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, eines totalitären sozialistischen Systems, das die estnische Gesellschaft über mehr als vier Jahrzehnte geformt hatte, setzte ein sehr schneller Transformationsprozess ein, der sich auf alle Lebensbereiche auswirkte. Das bestehende Wirtschaftssystem konnte so nicht mehr aufrecht erhalten werden, weshalb von der estnischen Regierung eine „Schocktherapie“ mit Liberalisierungsmaßnahmen umgesetzt wurde. Die Auswirkungen der Rezession zeigten sich vor allem in den 1990ern, einer politisch ohnehin unsicheren Phase, in der es zu deutlichen sozialen Verwerfungen kam. In der Gesellschaft kann man das daran erkennen, dass besonders viele Menschen in dieser Zeit aus Estland emigrierten, weniger Kinder geboren wurden und somit die Bevölkerung Estlands massiv schrumpfte. Neben einem allgemein niedrigeren Lebensstandard war eine weitere Erscheinung dieser Zeit die Ausbreitung von illegalen Drogen und als eine Folge davon eine HIV-Epidemie. Nachdem sich die allgemeine Lage gegen Ende der 1990er stabilisierte, verbesserte sich auch die Situation der Menschen in Estland und durch den wirtschaftlichen Aufschwung sanken auch die Emigrationen und die Geburtenrate stieg wieder. Allgemein kann man von zwei Trends in der Gesellschaft Estlands sprechen. Diese wurde in ethnischer Hinsicht seit 1991 homogener, was sich auch so fortsetzen wird. Der zweite Trend ist die zunehmende Überalterung aufgrund einer geringen Geburtenrate, einer steigenden Lebenserwartung und einer kaum vorhandenen Zuwanderung. Im folgenden Kapitel soll anhand von demographischen Daten die Entwicklung der estnischen Gesellschaft in den letzten 20 Jahren verdeutlicht werden<sup>30</sup>.

Der zweite Teil dieses Kapitels widmet sich der russischsprachigen Minderheit, die sich nach 1991 in einer neuen Rolle wiederfand. Da sie nach der Unabhängigkeit Estlands plötzlich von einer Mehrheit in einem großen Staat zu einer Minderheit in einem kleinen Staat wurden, waren für sie die Veränderungen noch gravierender als für die EstInnen. Zu der Identitätskrise der Russischsprachigen trug außerdem die unsichere politische Lage in Folge der Exklusionspolitik der estnischen Regierung (auf die im nächsten Kapitel genauer eingegangen wird) bei. Trotzdem kam es kaum zu offenen Gewaltausbrüchen, separatistischen Tendenzen oder Aggressionen gegen die Mehrheitsbevölkerung, wie das beispielsweise in Moldawien der Fall war. Die Gründe dafür liegen unter anderem in der Meinung die Russischsprachigen in Bezug auf die EstInnen vertraten. Eine wichtige Frage hierbei ist, inwieweit sie sich mit dem estnischen Staat identifizieren können. Auf diesen Aspekt und auf die neuen multiplen Identitäten, die sich bei der Minderheit während der Transformationsjahre herausgebildet haben, werde ich abschließend in diesem Kapitel eingehen.

---

<sup>30</sup> Quellen: siehe folgendes Kapitel.

### 3.1. Die Bevölkerungsentwicklung Estlands

Während in der ESSR der Anteil der ethnischen EstInnen an der Gesamtbevölkerung bis 1989 stetig zurückging, gab es seit der erreichten Unabhängigkeit eine Wende, wie in der folgenden Graphik ersichtlich wird. Die Daten dazu stammen von den Volkszählungen 1989 und 2000. Für 2009 wurden die jeweiligen Daten durch die Geburtenrate und Sterbefälle ergänzt. Bei den Volkszählungen wurde sowohl die Staatsbürgerschaft, wie auch die „ethnische Nationalität“, die Muttersprache und die Beherrschung von anderen Sprachen ermittelt. Der Großteil der Personen, die nicht in die Gruppe der „ethnischen EstInnen“ fallen, sind ImmigrantInnen und deren Nachkommen. Auch bei den autochthonen Minderheiten stellen RussInnen mit ca. 39.000 die größte Gruppe. Dabei handelt es sich überwiegend um Altgläubige, die schon seit Jahrhunderten in den Gebieten um den Peipussee siedeln. Auch die finnische und die schwedische Minderheit werden als autochthon angesehen, wobei letztere nur zwischen 300 und 1.500 Personen ausmacht und deshalb nicht in der folgenden Darstellung aufscheint (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 101).

**Abbildung 1: Zusammensetzung der Bevölkerung Estlands**

	1989	%	2000	%	2009	%
<b>Ethnische Nationalität</b>						
Estnisch	963.281	61,53	930.219	67,90	921.484	68,75
Russisch	474.834	30,33	351.178	25,63	342.966	25,59
Ukrainisch	48.271	3,08	29.012	2,12	27.878	2,08
Weißrussisch	27.711	1,77	17.241	1,26	15.717	1,17
Finnisch	16.622	1,06	11.837	0,86	10.767	0,80
Jüdisch	4.613	0,29	2.145	0,16	1.830	0,14
Tatarisch	4.058	0,26	2.582	0,19	2.461	0,18
Deutsch	3.466	0,22	1.870	0,14	1.905	0,14
Lettisch	3.135	0,20	2.330	0,17	2.199	0,16
Polnisch	3.008	0,19	2.193	0,16	2.035	0,15
Litauisch	2.568	0,17	2.116	0,15	2.072	0,16
Andere	14.095	0,90	9.410	0,69	9.101	0,68
Nicht bekannt			7.919	0,58		
<b>Total</b>	<b>1.565.662</b>	<b>100,00</b>	<b>1.370.052</b>	<b>100,00</b>	<b>1.340.415</b>	<b>100,00</b>

1989, 2000 Daten Volkszählung

1989, 2009 EinwohnerInnen, deren „ethnische Nationalität“ nicht bekannt ist wurden proportional aufgeteilt

Daten: Statistical Yearbook Estonia 2010, eigene Darstellung



Die Bevölkerung ging seit 1989 sehr stark zurück und erreichte 2009 einen neuen Tiefststand, wobei sich der Rückgang in den letzten Jahren verlangsamte und sich Null annähert. In absoluten Zahlen haben alle Bevölkerungsgruppen in Estland verloren. Der Anteil von ethnischen EstInnen stieg aber von 61,53% (Tiefstwert) 1989 auf 68,75% im Jahre 2009. Der Anteil aller anderen ethnischen Gruppen hat abgenommen, wobei zahlenmäßig am meisten RussInnen und UkrainerInnen und anteilmäßig am meisten Juden und Jüdinnen betroffen waren. Ein Grund dafür ist vor allem die verstärkte Emigration in die Russländische Föderation (RussInnen und UkrainerInnen) und Israel (Juden und Jüdinnen) in den 1990ern. Personen mit Migrationshintergrund sind in Estland sehr ungleich verteilt. Sie leben vor allem in urbanen Zentren, während sie sich im ländlichen Raum kaum niedergelassen haben. Etwa 60% von ihnen leben in der Hauptstadtregion Harjumaa, weitere 30% leben im Nordosten in Ida-Virumaa (wo sie die Mehrheit stellen) und die restlichen 10% verteilen sich auf alle restlichen Regionen (vgl. Hogan-Brun 2007: 101). Abbildung 2 zeigt den Anteil der ethnischen EstInnen in den jeweiligen Regionen. Mit Ausnahme Ida-Virumaas stellen sie überall die Mehrheit.

**Abbildung 2: Anteil der EstInnen an der Gesamtbevölkerung in den jeweiligen Regionen 2008**

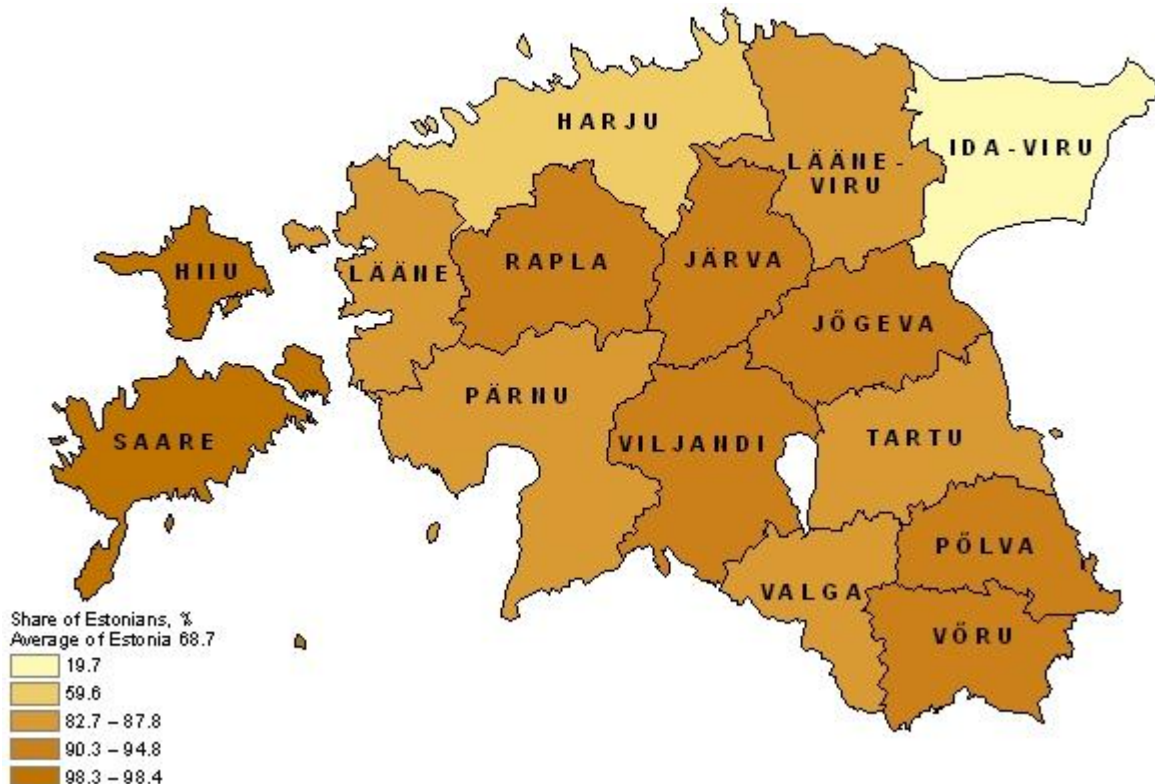


Abbildung 2: Share of Estonians in population (2008) Statistics Estonia

Der massive Rückgang der RussischsprecherInnen in den 1990ern wurde von den EntscheidungsträgerInnen in Estland durchaus begrüßt. Ein dezidiertes Ziel der Staatsbildung war, dass ethnische EstInnen wieder eindeutig die Mehrheit stellen, weshalb ein so genanntes „Dekolonisierungsprogramm“ eingeleitet wurde. 1992 wurde ein Abkommen mit Russland unterzeichnet, dass die Rückkehr von RussInnen in ihr „Mutterland“ erleichtern sollte. Obwohl es keinen Zwang von estnischer Seite gab, verunsicherten die politischen Maßnahmen die Russischsprachigen. Gründe für die Rückkehr in die Russländische Föderation waren neben der anfänglich sehr restriktiven estnischen Politik, und damit einhergehend auch befürchtete Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen, auch Arbeitsmöglichkeiten in der russischen Industrie sowie familiäre Bande. Eine umfassende „Estnisierung“, vor allem der Gebiete im Nordosten, trat aber nicht ein (vgl. Hallik 2002: 69f).

Aber auch viele EstInnen verließen seit 1991, vor allem als ArbeitsmigrantInnen, ihr Land. Da vor allem die junge, gut ausgebildete Bevölkerungsschicht eine größere Mobilitätsbereitschaft aufweist<sup>31</sup>, wirkt sich das negativ auf die ökonomische Entwicklung aus (vgl. Aaviksoo 2009: 14). Während Estland somit in der Zeit zwischen dem Zweiten Weltkrieg und der Unabhängigkeit ein Einwanderungsland war, wurde es nach 1991 zu einem Auswanderungsland. Aufgrund der geographischen Lage, den schlechten wirtschaftlichen Aussichten in den 1990ern und einer konservativen Einwanderungspolitik sei Estland laut Järv für lange Zeit für Zuwanderer nicht interessant gewesen (vgl. Järv 2009: 43). In den letzten Jahren hat sich dieser Trend umgekehrt und die Wanderungsbilanz gegenüber Russland, der Ukraine und auch den USA wurde positiv. Die Hauptzielländer für EmigrantInnen sind nach wie vor Finnland, Großbritannien, Russland, Deutschland und Schweden<sup>32</sup>. Die Wanderungsbilanz mit fast allen EU-Ländern war negativ. Aber auch hier zeigte sich, dass sich bis 2008 die Zahlen der Aus- und EinwanderInnen angeglichen<sup>33</sup>, was auf die besseren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist (Noorkõiv ua. 2010: 50). Inwieweit sich die Wirtschaftskrise in Zielländern wie Großbritannien und Irland auf die Wanderungsbilanz der EstInnen selbst auswirken wird, lässt sich noch nicht genau sagen. Die Zahl von neuen ImmigrantInnen die nach 1991 nach Estland gekommen sind, ist nach wie vor sehr klein. Zuwanderung über Asylsuchende kommt kaum vor. Auffallend hierbei ist aber, dass trotz der geringen Anzahl an AsylwerberInnen die Anerkennungsquote sehr gering ist. Bis 2007 wurden in Estland 127 Ansuchen gestellt, wobei nur sechs Personen Asyl gewährt wurde und weitere 12

---

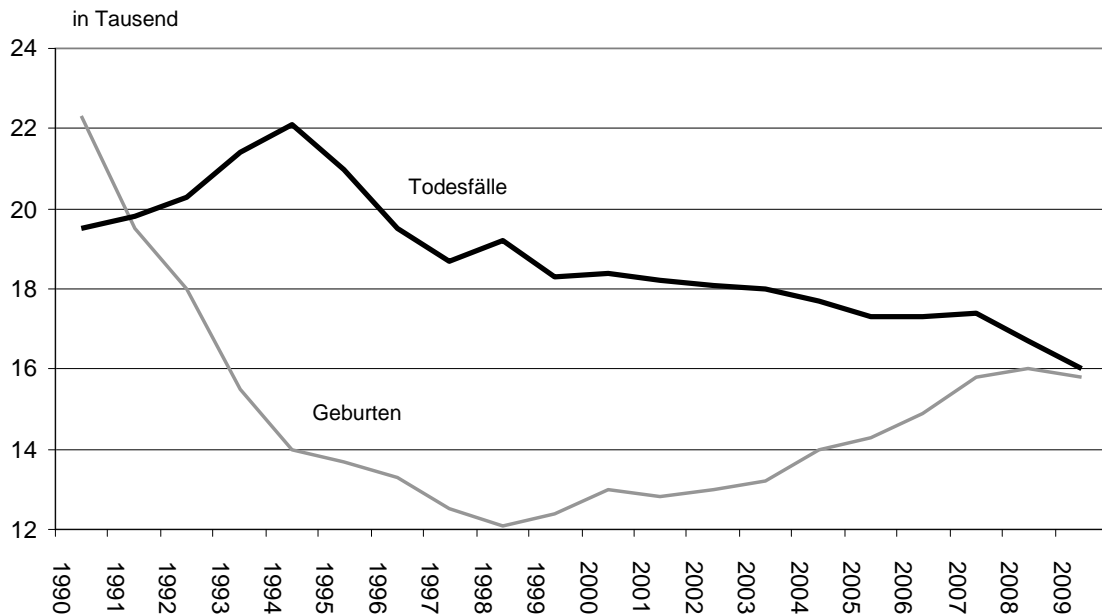
<sup>31</sup> Bils schätzt, dass 34% der AuswanderInnen zwischen 15 und 29 Jahre alt sind und der Großteil von ihnen einen Berufs- oder Hochschulabschluss hat, was somit einen negativen *Braindrain* darstellt, auch wenn dadurch kurzfristig die Arbeitslosigkeit sinkt (vgl. Bils 2009).

<sup>32</sup> Ein Grund dafür ist, dass im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Ländern Finnland, Schweden und Großbritannien ihre Arbeitsmärkte für „neue“ EU-BürgerInnen geöffnet haben (vgl. Järv 2009: 43).

<sup>33</sup> 2008 wanderten 4406 Personen aus Estland aus und 3671 Personen wanderten ein (Noorkõiv ua. 2010: 51).

„*supplementary protection*“ bekamen (vgl. Eesti Koostöö Kogu 2008: 12)<sup>34</sup>. Ein weiterer Grund für den Bevölkerungsrückgang liegt darin, dass es seit 1991 jedes Jahr mehr Sterbefälle als Lebendgeburten gab. Aufgrund des schnell sinkenden Lebensstandards im Zuge des Zusammenbruchs der UdSSR und der Folgen der wirtschaftlichen Transformation sanken die Geburten stark und erreichten 1998 einen Tiefpunkt, wie in Abbildung 3 ersichtlich ist (Noorkõiv ua. 2010: 50ff).

**Abbildung 3: Geburten und Todesfälle, 1990 - 2009**



Daten: Statistical Yearbook of Estonia 2010, eigene Darstellung

Seit dem beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung Ende der 1990er gibt es wieder mehr Geburten und die Anzahl der Sterbefälle sinkt. Da die allgemeine Lebenserwartung steigt, nimmt die Bevölkerungszahl in Estland zurzeit kaum mehr ab. Trotzdem liegt die Lebenserwartung der estnischen Bevölkerung noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Besonders auffallend ist auch, dass Männer in Estland deutlich früher sterben als Frauen<sup>35</sup>. Die Fertilitätsrate liegt mit 1,63 Kindern pro Frau über dem europäischen Durchschnitt<sup>36</sup>. Wie in vielen anderen industrialisierten Staaten überaltert auch die Bevölkerung in Estland stark (siehe

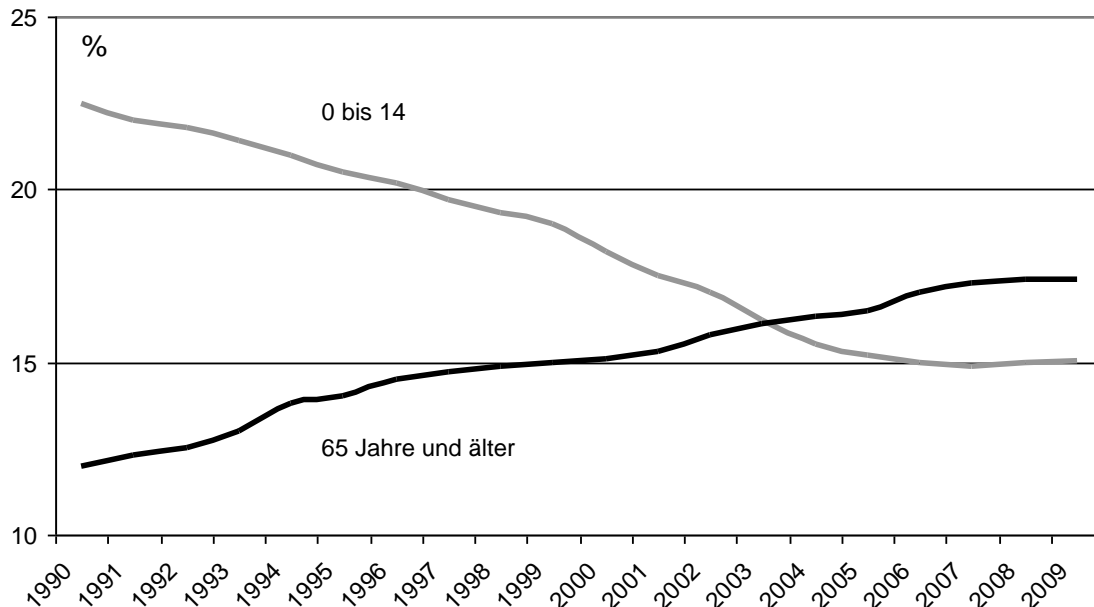
<sup>34</sup> Laut Poleschchuk hat die estnische Bevölkerung noch sehr wenig Erfahrung mit Asylfragen. Umfragen in der Bevölkerung zeigen, dass generell eine neutrale Position zu Flüchtlingen von einer Mehrheit vertreten wird, aber trotzdem von zwei Dritteln eine harte und rigide Asylpolitik gefordert wird. Mehr Toleranz wird gegenüber Flüchtlingen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken gezeigt, während die Toleranzgrenze gegenüber (potentiellen) Flüchtlingen aus muslimisch geprägten Ländern oder aus Afrika sehr gering ist, was erstaunt, da es aus diesen Ländern noch keinen Asylfall in Estland gegeben hat (vgl. Poleschchuk 2006: 9f).

<sup>35</sup> Die Lebenserwartung eines Mannes lag 2008 bei 68,6 Jahren und damit mehr als zehn Jahre unter der von Frauen (79,2). Diese Diskrepanz ist zwar in den letzten Jahren weniger geworden, trotzdem ist dieser Unterschied einer der höchsten innerhalb der EU (vgl. Noorkõiv ua. 2010: 51).

<sup>36</sup> Für ein langfristiges Bevölkerungswachstum müsste diese aber bei 2,1 Kindern pro Frau liegen.

Abbildung 4), was einerseits an der steigenden Lebenserwartung und andererseits an der geringeren Fertilitätsrate liegt.

**Abbildung 4: Anteil der Jungen und Älteren in der Bevölkerung 1990 - 2009**



Daten: Statistical Yearbook of Estonia 2010, eigene Darstellung

Da im Gegensatz zu westeuropäischen Ländern dieses Missverhältnis nicht über neue Zuwanderung ausgeglichen wird, werden sich hier in naher Zukunft große Probleme ergeben, was auch von vielen EstInnen als eine der größten Herausforderungen gesehen wird. Vetik fasst die demographische Entwicklung Estlands während der Transformation folgendermaßen zusammen:

*„According to estimates made by Estonian demographers, in the course of these years Estonia suffered one of the biggest population decreases in the world due to net emigration, low birthrates, lowered average life expectancy, and a general aging of the population“ (Vetik 2002: 75).*

2009 hatten 27,4% der Neugeborenen eine andere „ethnische Nationalität“ als estnisch, wobei dieser Wert sinkt (vgl. Noorkõiv ua. 2010: 51ff). Gründe dafür sind einerseits die geringere Fertilitätsrate bei Russischsprachigen und gleichzeitig ein Durchschnittsalter, das über dem der ethnischen EstInnen liegt. 53% der Menschen mit Migrationshintergrund in Estland sind zwischen 50 und 74 Jahre alt und nur 8% zwischen 15 und 24, während bei der autoch-

thonen Bevölkerung 23% in diese Gruppe fallen, bzw. 31% in die Gruppe der Älteren (vgl. Järv 2009: 45)<sup>37</sup>.

Deshalb wird der Anteil der Russischsprachigen an der Gesamtbevölkerung vermutlich weiter sinken. Interessant ist allerdings, dass bis 1989 die Geburtenrate von ethnischen EstInnen immer unter der von ImmigrantInnen lag (vgl. Vetik 2002: 74). Auch in einem anderen Punkt zeigte sich, dass diese Gruppe zu den sozialen „Verlierern“ der ersten Transformationsjahre gehörte. Die Zahl der Personen, die in Estland illegale Drogen<sup>38</sup> konsumierten, betrug 2002 9% und lag damit deutlich über dem europäischen Durchschnitt (vgl. Downes 2003: 112). Schätzungen gehen davon aus, dass über 90% der KonsumentInnen von „harten Drogen“ wie Heroin Russischsprachige waren. Der Umstand, dass ähnlich wie in anderen Transformationsstaaten das mehrfache Benützen von Injektionsnadeln für einen Großteil der HIV-Infektionen verantwortlich war, führte dazu, dass Estland 2001 der Staat (gemäßen an der Einwohnerzahl) mit der höchsten HIV-Infektionsrate in Europa war. Die HIV-Epidemie<sup>39</sup> ging im August 2000 von Narva aus und verbreitete sich in kurzer Zeit über weitere Gebiete aus, die zum Großteil von Russischsprachigen bewohnt werden. Erst 2002 konnte die Epidemie durch umfassende Präventionsmaßnahmen und ein Nadelaustauschprogramm gestoppt werden (vgl. Downes 2003: 121f).

Die Zahl der Eheschließungen sank bis 2003, stieg dann bis 2007 wieder an und sinkt seitdem. Gleichzeitig wird in Estland mehr als jede zweite Ehe geschieden. Das durchschnittliche Heiratsalter sowie das Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes stiegen seit 1990 kontinuierlich von 22 auf 28 bzw. von 23 auf 26 (vgl. Noorkõiv ua. 2010: 63). Daran kann man eine Angleichung an westeuropäische Standards erkennen. Estland hat nach Rumänien in der EU die zweithöchste Abtreibungsrate. Pro hundert Lebendgeburten werden 47,8 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Dieser Wert sinkt seit 1990, allerdings gab es in Estland noch bis 2002 jährlich mehr Schwangerschaftsabbrüche als Lebendgeburten (vgl. Noorkõiv ua. 2010: 59). Aus der hohen Anzahl an induzierten Aborten kann man erschließen, dass besonders in den 1990ern größere Teile der Bevölkerung unter den Folgen der Transformation zu kämpfen hatten, da soziale Absicherungen wegfielen und es sich viele schlichtweg nicht leisten konnten, Kinder zu bekommen.

Ein wichtiger Indikator, um zu sehen, wie zufrieden Menschen mit ihrem Wohn-, Lebens- und Arbeitsumfeld sind, ist die Wanderungsbilanz eines Landes. Auch hier kam es in den letzten zwanzig Jahren zu starken Veränderungen. Dadurch, dass sich die wirtschaftliche Entwick-

---

<sup>37</sup> Diese Daten beziehen sich nur auf die „*Immigrant Population*“, also Personen die außerhalb Estlands geboren wurden (erste Generation), oder deren Eltern außerhalb Estland geboren wurden (zweite Generation). Sie stellen insgesamt ein Viertel der Einwohner im Alter zwischen 15 und 74 (vgl. Järv 2009: 44).

<sup>38</sup> So genannte „weiche Drogen“ wie Marihuana sind hier ausgenommen.

<sup>39</sup> Downes spricht deshalb von einer Epidemie weil die Infektionen sprunghaft von 390 Fällen im Jahr 2000 auf 1474 im Jahr 2001 gestiegen waren (vgl. Downes 2003: 8).

lung zunehmend auf zwei Regionen beschränkte, die Hauptstadtregion Harjumaa und die Region um die Universitätsstadt Tartu, wurde der Unterschied zwischen den Lebensbedingungen in den unterschiedlichen Regionen größer<sup>40</sup>. Zwischen 2000 und 2007 verzeichnete nur Harjumaa eine positive Wanderungsbilanz, während alle anderen Regionen (in unterschiedlichem Ausmaß) verloren, am stärksten die russisch geprägte Schwerindustrieregion Ida-Virumaa im Nordosten und das ländliche Viljandimaa (vgl. Sepp 2010: 57). Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ab Ende der 1990er stieg die Binnenmigration der EstInnen allgemein, wobei hier die Wirtschaftskrise seit 2008 wieder zu einem Rückgang führte. Ein weiterer Trend ist die zunehmende Suburbanisierung, ein Zuzug in die „Speckgürtel“ der größten Städte Tallinn und Tartu (vgl. Noorkõiv ua. 2010: 50).

In den letzten 20 Jahren hat sich die Bevölkerung Estlands somit in demographischer Hinsicht enorm gewandelt. Die großen Probleme der 1990er scheinen überwunden, aber gleichzeitig entstehen neue Schwierigkeiten, wie die zunehmende Überalterung, die den estnischen Staat in naher Zukunft fordern werden.

### **3.2. Die Russischsprachigen in einer neuen Rolle**

Viele EstInnen sehnten den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Wiederherstellung des estnischen Staates herbei. Wie bereits erwähnt, konnten besonders sie sich nie wirklich mit der sowjetischen Herrschaft abfinden und viele akzeptierten den Sozialismus auch kaum als Teil ihrer Identität. Die ausgeprägte ethnische Identität der baltischen Völker hat sich auch in Opposition zu der lange andauernden Fremdherrschaft entwickelt. Nach dem zweiten Weltkrieg befanden sich die EstInnen in einer Art Verteidigungsposition, in der sie versuchten ihre eigene Sprache<sup>41</sup> und Kultur sowie ihre eigenen Besonderheiten zu bewahren. Es ist deshalb auch auffällig, dass sich die Völker im Baltikum unter allen anderen Völkern in der UdSSR ihre Sprache soweit erhalten konnten, dass die SprecherInnenzahl in der Sowjetära kaum sank. Während in Sowjetrepubliken wie der Ukraine, Weißrussland oder Kasachstan viele die russische Sprache als Mutter- bzw. Umgangssprache annahmen, war das im Baltikum trotz der hohen Anzahl an EinwanderInnen nicht der Fall (vgl. Heidmets/Lauristin 2002: 319).

---

<sup>40</sup> Auf die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung wird in Kapitel 5 genauer eingegangen.

<sup>41</sup> Bei Spracherhebungen 1970 und 1979 war die ESSR die einzige Sowjetrepublik in der die Anzahl der Personen, die Russisch als „Zweitsprache“ angaben offiziell sank (von 29,0% auf 24,2%). Das entsprach natürlich nicht der Realität, verdeutlicht aber die oppositionelle Haltung der EstInnen, die sich gegen die Russifizierung zu wehren versuchten (vgl. Laitin 1998: 46).

Viele Russen und Russinnen hatten vor dem Zusammenbruch der UdSSR nicht das Bedürfnis sich mit der jeweiligen Titularnation<sup>42</sup> zu identifizieren, da man sich ohnehin in einem gemeinsamen Staat befand (vgl. Gruber 2008: 194). 1991 war die russische Diaspora plötzlich in 14 neuen Staaten in einer Minderheitensituation, abgetrennt vom russischen „Mutterland“. Von den circa 32% der Bevölkerung, die aus ethnischer Sicht keine EstInnen sind, werden laut Asari 72% als ImmigrantInnen gezählt. Insgesamt wurden allerdings mehr als die Hälfte der „Nicht-EstInnen“ in Estland geboren (vgl. Asari 2009: 30). Daraus kann man schließen, dass auch die Minderheiten alles andere als eine homogene Einheit waren (und sind), auch wenn immer wieder der Versuch unternommen wurde, durch Termini wie zB „Nicht-Este“ eine solche Einheit zu konstruieren. Mit dem Transformationsprozess ist generell eine Diversifikation der Gesellschaft einhergegangen. Es ist deshalb damals wie heute unmöglich, von einer homogen russischsprachigen bzw. estnischsprachigen Identität zu sprechen. Denis Gruber hat sich mit den unterschiedlichen Identitäten befasst und unterscheidet grob eine sowjetische, baltische, russische, regionale und lokale Identität auf die ich nun näher eingehen werde.

Aus estnischer Sicht war eines der Ziele der sowjetischen Führung eine gemeinsame, verbindende sowjetische Identität zu schaffen. Es sollte ein *homo sovieticus* entstehen, der am besten durch die russischsprachige Diaspora in den Republiken außerhalb der RSRSF vertreten wurde oder, wie Kauppila es formuliert:

*„From the point of view of both Russians and non-Russians, Soviet identity was largely associated with the nationality that held overall power in the Union [...] The overwhelming majority of Russians had been indoctrinated to believe they have moral and historical rights to control and russify the whole Soviet Union, the Baltic republics included“* (Kauppila 1999: 8).

Der Verlust der dominanten Position, einhergehend mit einem Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität führte dazu, dass sich vor allem RentnerInnen und NiedriglohnbezieherInnen, die so genannten „TransformationsverliererInnen“, die UdSSR zurückwünschten. Jüngere RussischsprecherInnen knüpften ihre Identität kaum noch an die Sowjetunion. Für sie sind materielle Sicherheit, Wohlstand, Selbstverwirklichung und ein steigender Lebensstandard wichtiger als für Ältere, bei denen Aspekte wie Sicherheit und Absicherung der Grundversorgung

---

<sup>42</sup> Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden 15 neue Staaten, alle benannt nach der jeweiligen Titularnation, auch wenn jeder einzelne dieser Staaten in demographischer Hinsicht ein multinationaler Staat war. Obwohl es in der Sowjetunion einheitliche Pässe gab und alle die sowjetische Staatsbürgerschaft hatten, wurden trotzdem Merkmale wie die ethnische Herkunft erfasst, was laut Linz und Stepan eine Besonderheit in einem multinationalen Staat darstellte. Obwohl Identitäten laut ihrer Definition zwar konstruiert und abänderbar sind, und jemand auch mehrere Identitäten in sich tragen kann, wurden diese durch die sowjetische Bürokratie singulär und unabänderbar gemacht. *„The fact that this was a legal identity based on territoriality is, we believe, unique in multinational, multilingual societies“* (Linz/Stepan 1996: 401).

oberste Priorität haben. EstInnen verbinden mit der „sowjetischen Identität“ generell einen rückwärtsgerichteten, unmodernen Typus (vgl. Gruber 2008: 167ff). Abgesehen davon ergaben Untersuchungen bereits 1990, dass die „sowjetische Identität“ sowohl von EstInnen wie auch von RussischsprecherInnen in Estland deutlich von einer regionalen Identität überlagert wurde und deshalb nicht so prägend war (vgl. Linz/Stepan 1996: 410).

Verschiedene ForscherInnen fanden heraus, dass Russland auch für einen Großteil der estnischen RussInnen auch keinen wichtigen Identifikationsfaktor darstelle. *„There is clearly a low recognition of ‚Russia‘ as an identifying symbol for Russians in the near abroad, especially in the Baltics“* (Laitin 1998: 321). Ausgehend von seinen Untersuchungen kam Denis Gruber zu dem Schluss, dass obwohl sie sich in kultureller, historischer und vor allem sprachlicher Hinsicht als Russe oder Russin sehen, eine Identifikation mit der Russländischen Föderation kaum gegeben ist. In erster Linie würden sie sich als RussInnen Estlands sehen und eine Verbundenheit von ihnen mit dem russländischen Staat sei kaum gegeben (vgl. Gruber 2008: 174, Vihalemm 2002: 221). Zu einem ähnlichen Ergebnis kamen auch Kolstø und Melberg, die durch Umfragen herausfinden wollten, weshalb es in Estland zwischen den beiden größten Volksgruppen zu keinem bewaffneten Konflikt gekommen ist. Nur 50% der RussInnen gaben an, dass „Ethnizität“ für sie eine große Bedeutung habe, während 83% der EstInnen dieses Identifikationsmerkmal für sehr wichtig hielten. Gleichzeitig gaben 20% der RussInnen an, dass dieser Punkt für sie überhaupt nicht wichtig sei, während nur 2,6% der EstInnen diese Meinung vertraten (vgl. Kolstø/Melberg 2002: 38). Ein Grund dafür ist, dass sich auch die russische Identität zwischen 1917 und 1991 in der Krise befand, da sie von der sowjetischen Identität überdeckt wurde. Ein wichtiges Merkmal, das die „russische Seele“ über Jahrhunderte geprägt hatte, die orthodoxe Kirche, wurde unter den Sowjets systematisch und auch die Geschichte Russlands wurde sowjetisiert. Linz und Stepan meinen, dass deswegen in den 1990ern Nationalismus unter RussInnen schwach ausgeprägt war und irredentistische Strömungen keine Chance hatten. Vor allem die RussInnen im „nahen Ausland“ hätten angesichts der Tatsache, dass die meisten den baltischen Staaten bessere Entwicklungsmöglichkeiten zutrauten, wenig Interesse gezeigt, Teil der Russländischen Föderation zu werden, (vgl. Linz/Stepan 1996: 410ff).

Viel ausgeprägter ist hingegen, wie übrigens auch in den beiden anderen baltischen Ländern, eine regionale und lokale Identität. Das hat auch damit zu tun, dass die meisten RussischsprecherInnen einen Migrationshintergrund haben, ein Merkmal, das untereinander verbindet und sie von den RussInnen in der Russländischen Föderation unterscheidet (vgl. Gruber 2008: 176). Asari hingegen kommt in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass zwar die lokale Identität, also die Identifizierung mit dem Wohn- bzw. Heimatort für Russischsprachige am wichtigsten ist, dass aber die russische und russischsprachige Identität noch vor dem Identifikationsmerkmal BewohnerIn Estlands zu sein, steht (vgl. Asari 2009:



33). Vor allem die jüngere Bevölkerung würde sich aber schon viel stärker mit Estland identifizieren als die Generationen vor ihnen, was natürlich auch mit verbesserten Sprachkenntnissen, besseren Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt und Möglichkeiten, die estnische Staatsbürgerschaft zu erlangen (falls sie diese nicht schon haben), zusammenhängt (vgl. Gruber 2008: 194).

Somit sind die EinwanderInnen und ihre Nachkommen laut Gruber eine eher „diffuse Gruppe individueller Akteure“, die nur durch kulturelle Merkmale wie Religion oder Sprache verbunden sind. Eine ethnische Identität kann zwar ein Identifikationsmerkmal sein, muss es aber nicht, da soziale, kulturelle, ökonomische und politische Bedingungen diese Identität mitprägen (vgl. Gruber 177ff). Vihalemm sieht das ähnlich: *„Estonian Russians can today be called more of an interactive group, sharing certain similarities and common networks, rather than an ethno-cultural group“* (Vihalemm 2002: 219). Wie MigrantInnen in Westeuropa verfügt auch die russischsprachige Minderheit in Estland über multiple Identitäten, die durch *„identity switching“* in verschiedenen Situationen unterschiedlich ausgespielt werden können. Der Wechsel von einer Identität in die andere wird vor allem dann ausgespielt, wenn der oder die Betroffene mit Diskriminierung konfrontiert ist oder sich durch eine Verleugnung seiner/ihrer Identität einen Vorteil erhofft. Dieser Identitätswechsel ist aber natürlich nur Personen vorbehalten, die Russisch und Estnisch ausreichend beherrschen (vgl. Gruber 2008: 177f).

Im Gegensatz dazu stellen Heidmets und Lauristin die Behauptung auf, dass die ImmigrantInnen nach der Wiedererlangung der estnischen Unabhängigkeit in relativ geschlossenen Communities mit eigenen sozialen Netzwerken lebten und einer nach wie vor sehr engen Bindung an das Mutterland Russland. Im Übrigen würden die beiden Volksgruppen auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen stehen. Die Nation der EstInnen sei eine moderne, da sie durch den protestantischen Glauben, Erfahrungen in Marktwirtschaft und Demokratie in der Zwischenkriegszeit sowie eine bereits vollständige Alphabetisierung Ende des 19. Jahrhunderts einen Vorteil gegenüber anderen (vor allem „östlichen“) Nationen hatten. Im Gegensatz dazu stehen die ehemaligen SowjetbürgerInnen, die nichts anderes außer totalitären Regimes, Kollektivierung und sozialistischer Industrialisierungspolitik kennen würden. *„The post-war immigrants in Estonia represented Soviet-type collectivism, including obedience to the party elite, denial of market relations, and paternalism and collectivism in work-place relations“* (Lauristin/Heidmets 2002: 21).

Diese Ansicht zeigt auch das gegensätzliche Bild, das man voneinander hat. In den Untersuchungen von Kolstø und Melberg kamen diese zu dem Ergebnis, dass RussInnen wie auch EstInnen die Meinung vertraten, dass sie sich deutlich voneinander unterscheiden, aber nur

erstere eine durchwegs positive Meinung<sup>43</sup> über die andere Bevölkerungsgruppe hatten. „Whenever they did see a discrepancy, they just as often expressed a higher opinion of the Estonians than of themselves“ (Kolstø/Melberg 2002: 54). Auf der anderen Seite schrieben EstInnen den RussInnen mehr negative Eigenschaften zu, wie „more given to drinking“ und „more drawn into conflicts“ (vgl. Kolstø/Melberg 2002: 54). Diese oft dichotomen Sichtweisen werden von vielen geteilt, und auch von den Medien unterstützt. Es wurde eine Gruppe konstruiert, die in Opposition zu den EstInnen steht und obwohl es im Laufe der Jahre im Mediendiskurs zu einer Verbesserung der Diskussion von Minderheitenfragen gekommen ist, bleiben negative Stereotypisierungen und eine strikte Trennung zwischen „uns“ und den „anderen“ vorhanden. Erst im neuen Jahrtausend hat sich laut Kõuts und Tammpuu die Berichterstattung in diesem Bereich sowohl in estnischsprachigen wie auch in russischsprachigen Medien verbessert (vgl. Kõuts/Tammpuu 2002: 316). An den Aussagen von Mart Laar, der über lange Zeit die Politik Estlands als Ministerpräsident geprägt hat und als Historiker Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess ausübte, ist trotzdem ersichtlich, welches Bild viele EstInnen von den Russischsprachigen haben. So meinte er beispielsweise, dass die MigrantInnen als „Zivilgarnison“ Moskaus gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen Estlands kämpften (vgl. Maar 2002: 201) und weiter:

„Es blieb uns nichts anderes übrig, als in der Fremdenpolitik eine ähnliche Schocktherapie anzuwenden wie in der Wirtschaft. Auch andere Nationalitäten in Estland sollten aus ihrer Erstarrung geweckt und auf ihre Bedeutung und Lage als Ausländer aufmerksam gemacht werden“ (Laar 2002: 203).

Viele EstInnen teilten seine Meinung und sahen „andere Nationalitäten“ in Estland in erster Linie als „Ausländer“, unabhängig davon, wie lange sie schon auf diesem Gebiet lebten oder ob sie hier geboren wurden. Dem gegenüber stehen die Forschungen von Asari, die ergaben, dass 80% der Russischsprachigen bei steigender Tendenz loyal gegenüber dem estnischen Staat sind. Allerdings traut nur ein Drittel der EstInnen den ImmigrantInnen und ihren Nachfahren Loyalität zu (vgl. Asari 2009: 30). Aber auch unter den Russischsprachigen wird oft ein einheitliches Bild von EstInnen konstruiert, so spricht beispielsweise Semjonov davon, dass RussInnen offener und toleranter seien, weil EstInnen aufgrund ihrer „kleinbäuerlichen Strukturen“ eine eher „introvertierte und individualistische Persönlichkeit“ hätten (vgl. Semjonov 2002: 139). Auf jeden Fall standen sich 1991 zwei Gruppen gegenüber, die bis dahin kaum Interaktionen miteinander hatten. Es gab praktisch zwei voneinander getrennte Gesellschaften, wobei die Mehrheitsbevölkerung auf der einen Seite Ressentiments gegenüber der vorher dominanten Gruppe hatte und diese mit der Okkupation verband und die

---

<sup>43</sup> Die hohe Akzeptanz gegenüber dem estnischen Staat, zusammen mit der hohen Meinung der Russischsprachigen gegenüber Angehörigen der Titularnation hatten, hätte Kolstø und Melberg zufolge dazu beigetragen, dass es in Estland nicht zu einem bewaffneten Konflikt gekommen sei, wie beispielsweise in Moldawien, wo diese Voraussetzungen nicht gegeben waren (vgl. Kolstø/Melberg 2002: 58f).

Russischsprachigen auf der anderen Seite ihre schrittweise politische, gesellschaftliche und ökonomische Exklusion befürchteten. Evans fasst diese Situation folgendermaßen zusammen:

*„In the Estonian case, it is probable that the titular ethnicity perceives the large formerly dominant Russian minority as a source of threat to their new-founded national integrity. This threat is likely to be exacerbated by the presence of an extended and still nominally disputed border with Russia, which included areas where Russian speakers dominate numerically. In combination with what is seen by some as 50 years of military occupation and settlement of ethnic Russians in the country, preceded prior to 1918 by two centuries of imperial control, we have ideal conditions for the expression of negative inter-group attitudes and support for exclusionary practices against Russians [...]“* (Evans 1998: 62).

EstInnen fühlten sich in ihrer Existenz bedroht, was zu der ausschließenden Staatsbürgerschaftspolitik und einer Sprachenregelung führte, die so nicht umsetzbar war, da sie nicht der tatsächlichen demographischen Situation gerecht wurde. *„The Estonian demographic threat and the apparent possibility of remaining a minority in their own land accounts for the previous ethno-political decisions“* (Hallik 2002: 70). Zwanzig Jahre nach dem Erreichen der Unabhängigkeit ist es in Estland noch nicht gelungen, eine Identität aufzubauen, die alle BewohnerInnen inkludiert. Dieser Traum einer „Staatsidentität“ würde laut Asari auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl aller BürgerInnen Estlands mit dem heutigen estnischen Territorium gründen und dafür sorgen, dass jeder gleichermaßen am sozialen und politischen Leben partizipieren könnte (vgl. Asari 2009: 33) oder, wie Vihalemm es formuliert:

*„In general, the identity-construction patterns of Estonians and Russians, in the short term, may cause feelings of mutual insecurity- But in the long term, by shaping the further identity-formation process of both groups, they may also contribute to the recreation of a modern, open socio-cultural discourse, which can embrace multiple individual identities and replace the factitious sameness cultivated by the former totalitarian system“* (Vihalemm 2002: 223).

Obwohl in den letzten Jahren Fortschritte erzielt wurden, ist die Gesellschaft heute noch immer in vielen Bereichen nach ethnischen Trennlinien geteilt. Die Mehrheit der Russischsprachigen betrachtet Estland inzwischen als ihr Heimatland, viele fühlen sich allerdings nach wie vor nicht willkommen und in Folge dessen exkludiert. Im folgenden Kapitel sollen die politischen Vorgänge nach 1991 verdeutlicht werden, die zu diesem Ergebnis führten.



## 4. Die politische Transformation Estlands

Um die politische Transformation in Estland verstehen zu können, ist es wichtig, noch einmal das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ aufzuwerfen bzw. auf die „dreifache Transformation“ zurückzukommen, die sich auf den Ebenen der nationalstaatlichen Identität, der Verfassungsgebung und der „herkömmlichen“ politischen Prozesse abspielte. Anders als in „westlichen“ Demokratien gab es in Estland keine Zeit für einen langsamen Reifeprozess, in dem man Erfahrungen sammeln konnte und ein evolutionärer Lernprozess stattfand, der die Nationenbildung, die Verfassungsbildung und die Gesetzgebung über eine lange Zeitstrecke hin verteilte. Es gab weder Vorbilder, die man imitieren konnte, noch eine Besatzungsmacht wie in der zweiten Demokratisierungswelle im Deutschland und Österreich der Nachkriegszeit, wo territoriale und verfassungspolitische Weichenstellungen von außen oktroyiert wurden. Diese Konstellation habe laut Offe dazu geführt, dass Entscheidungen, die gleichzeitig auf allen drei Ebenen getroffen werden mussten, sich gegenseitig obstruierten oder sich als inkompatibel erweisen konnten (vgl. Offe 1994: 63). Diese Prozesse führten bei den beteiligten Akteuren zu strategischem Handeln, insofern als „sämtliche Karten neu gemischt und somit die Lebenschancen ganzer ethnischer Gruppen und sozialer Klassen auf lange Zeit hin festgelegt werden“ (Offe 1994: 64) oder, wie Merkel es formuliert:

„[...] wenn amtierende Parlamente, Parteien und Politiker über Staatsgrenzen, Bürgerstatus und Verfassung entscheiden, dann schreiben sie die Spielregeln selbst, unter denen sie anschließend zu spielen haben. Sie definieren dabei aber nicht nur die Spielregeln (Verfassungsnormen), sondern bestimmen über diese Normen auch, wer durch den Erhalt der vollen Bürgerrechte überhaupt berechtigt ist, unter gleichen Bedingungen mitzuspielen“ (Merkel 2010: 329).

Betrachtet man also die Gesamtheit der estnischen politischen Transformation, darf man diesen Aspekt nicht aus den Augen verlieren. Die Veränderungen in den neuen politischen Systemen der postkommunistischen Staaten in Europa waren gewaltig. Es mussten drei unterscheidbare, hierarchisch angeordnete Festlegungen getroffen werden. Auf der untersten Ebene musste die Entscheidung getroffen werden, wer der Gesamtheit der BürgerInnen zugerechnet wird. Es geht hier um die wichtige Entscheidung über die territorialen, historischen und kulturellen Grenzen eines national verfassten politischen Gemeinwesens und somit über die Identität und die Bürgerrechte in dem Transformationsstaat. Aufbauend auf diesen Entscheidungen werden Regeln, Verfahren und Rechte etabliert, die zusammen die Verfassung und den institutionellen Rahmen ausmachen. Erst wenn dieses Regelwerk besteht, können jene Vorgänge stattfinden, die „fälschlich allein für das Wesen des politischen Prozesses gehalten werden, nämlich Entscheidungen über die Verteilung politischer Entscheidungsbefug-

nis und materieller Ressourcen, wie sie sich als laufend erzeugte Resultate von Wahlkämpfen, Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung darstellen“ (Offe 1994: 61). Von diesen „Problemen der Gleichzeitigkeit“ war laut Merkel die Nations- und Staatsbildung und somit die Herausbildung einer nationalen Identität die größte Herausforderung und eine fundamentale Voraussetzung für die Etablierung eines demokratischen politischen Systems. Schwierigkeiten treten vor allem dort auf, wo Unklarheiten über territoriale Grenzen bestehen, wenn nicht geklärt ist, wer dem Staat als gleichberechtigte/r BürgerIn zugerechnet werden kann, wenn die Monopolstellung des Staates in Frage gestellt wird und wenn unklar ist, wodurch die politische Gemeinschaft eines Staates konstituiert ist. All diese Probleme treten dann auf, wenn ethnische (und/oder religiöse) Konflikte vorhanden sind, die durch das vorherige (autokratische) Regime nur überdeckt wurden (vgl. Merkel 325f). Diese Konflikte konnten von autoritären Staaten für eine gewisse Zeit, auch über Repressionen, kontrolliert werden, so dass sie keine unmittelbare Gefahr für den Staat darstellten. Fallen diese autoritären Systeme allerdings weg, so können ethnische (und/oder religiöse) Konflikte wieder hervortreten, wie das beispielsweise in Jugoslawien oder in Teilen der Sowjetunion der Fall war. Eine ethnisch sehr heterogene Bevölkerung kann den Demokratisierungsprozess somit erschweren, was aber nicht gezwungenermaßen so sein muss. In Estland stellten die EinwanderInnen vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine dominante Gruppe dar bzw. es wurde dies von weiten Teilen der Bevölkerung zumindest so empfunden. Erst durch die Unabhängigkeit wurde die ethnisch estnische Bevölkerung wieder zur bestimmenden Kraft im Land und handelte bei der Staatsbildung durchaus revisionistisch in politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht (vgl. Krusell 2009: 77). Die estnische Republik blieb aber trotz einer ethnisch sehr heterogenen Gesellschaft und einer Politik, die über Staatsbürgerschafts- und Sprachregelungen die Minderheiten vom politischen Leben ausschloss, weitestgehend stabil.

Der erste Teil dieses Kapitels beschäftigt sich einleitend mit der allgemeinen politischen Transformation, der Nationenbildung und der politischen Weiterentwicklung in Estland, mit den wichtigsten Parteien und deren Vorsitzenden. Aufbauend darauf werde ich auf die politischen Partizipationsmöglichkeiten der Minderheitenangehörigen und darauf, wie diese genutzt wurden (und werden) eingehen. Anschließend geht es in den Teilkapiteln um die zwei Aspekte, die die estnische Minderheitenpolitik in den letzten beiden Dekaden am wesentlichsten geprägt haben, die Staatsbürgerschaftspolitik und die Sprachpolitik, wobei auch gesondert auf die Sprachregelungen im estnischen Bildungssystem eingegangen wird.

#### 4.1. Die politische Entwicklung der letzten 20 Jahre

Die Transformation eines Staates kann eingeleitet werden durch Krieg (bzw. Eroberung), freiwillige Machtabgabe der Autoritäten oder durch eine erfolgreiche Opposition. Wenn die Massen als soziale Bewegung hoch mobilisiert sind, können sie in einem frühen Abschnitt des Systemwechsels laut Merkel die Transformation sogar weitgehend selbst beeinflussen (vgl. Merkel 2010: 91). Auch wenn in den Geschichtsbüchern Estlands hauptsächlich auf diese Mobilisierung eingegangen wird, die „Singende Revolution“ der Opposition, so wird laut Pettai oft vergessen, dass im Baltikum zwei Faktoren zur Transformation führten. Das Regime wurde durch groß angelegte Proteste und gesellschaftliche Mobilisierung gestürzt. Gleichzeitig gingen aber auch von kommunistischen Führern Reformen aus, beispielsweise von Vaino Väljas in Estland. Ohne diese Reformen und den allgemeinen Zustand in der Sowjetunion sowie den Einfluss von internationalen Akteuren („Systemkonkurrenz“) wäre eine Transformation zu diesem Zeitpunkt anders verlaufen (vgl. Pettai 2003: 260f). Hervorzuheben ist allerdings, dass Estland im Demokratisierungs- und Unabhängigkeitsprozess eine Vorreiterrolle in der Sowjetunion einnahm. Anfang der 1980er bildeten sich Umweltschutzbewegungen, die aber vor allem auch die estnische Kultur sichern sollten. Die ursprünglichen Bewegungen entwickelten ab 1987 unter den Einfluss von ExilestInnen in den USA und Skandinavien einen stärker nationalistischen Charakter, was schließlich in die Gründung der Volksfront mündete. Die politischen Ziele dieser sehr heterogenen Organisation, die man nicht als Partei verstehen sollte, waren Demokratie und Eigenstaatlichkeit, zwei Punkte, die für EstInnen eng miteinander verbunden waren. Motiviert durch die Reformpolitik Gorbatschow waren auch viele der estnisch-kommunistischen Eliten konsensorientierter, was sich in Konzessionen an die nationale Opposition zeigte. Die „Hardliner“ innerhalb der kommunistischen Partei Estlands (KPE) stellten sich laut Merkel durch zu extreme Forderungen ins politische Abseits und hätten deshalb auf den folgenden Demokratisierungsprozess kaum noch Einfluss gehabt (vgl. Merkel 2010: 362).

Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet ging 1990 die gemäßigte Volksfront als Sieger hervor und dadurch, dass diese zügig die Unabhängigkeit erklärte, schwächte sie die radikaleren Kräfte im Land weiter. Die Reformer innerhalb der KPE spalteten sich von dieser ab und konstituierten sich als eigenständige Partei oder beteiligten sich an der Volksfront und gestalteten so den Unabhängigkeitsprozess in Estland aktiv mit. Anzumerken ist auch, dass die Volksfront keine rein ethnisch-estnische Bewegung war, sondern sich auch viele Russischsprachige, vor allem aus intellektuellen Kreisen daran beteiligten. *„Their common will to destroy Soviet totalitarian rule helped to unify the democratic and patriotic elements in the PF [Popular Front]“* (Semjonov 2002: 109). Neben der Volksfront etablierte sich in diesen Jahren

der estnische Bürgerkongress<sup>44</sup>, der eine deutlich radikalere Politik gegenüber der UdSSR und den russischsprachigen EinwanderInnen vertrat. Vor allem in einer der grundlegenden Fragen konnte sich der estnische Bürgerkongress durchsetzen: Die Entscheidung, dass die Republik von 1940 restauriert und nicht eine neue ausgerufen wurde, sollte auf die Minderheitenpolitik noch wesentliche Auswirkungen haben (vgl. Semjonov 2002: 113). Dadurch, dass bei der Regierungsübernahme 1990 die Sowjetunion bereits vom Zerfall bedroht war und der gemeinsame Gegner, KPdSU bzw. UdSSR wegfiel, war auch das vereinigende Element der Oppositionsbewegung, das gemeinsame Feindbild, nicht mehr vorhanden, weshalb sich auch die heterogene Volksfront teilte. Aus den Fragmenten der Volksfront etablierten sich die ersten estnischen Parteien. Dieser schnell eintretende Parteienpluralismus war wichtig für die demokratische Konsolidierung der estnischen Republik (vgl. Merkel 2010: 362). Die kommunistische Partei hatte sehr schnell keine politische Bedeutung mehr in Estland. Gründe dafür waren, dass viele aus politischem Kalkül ins „andere Lager“ gewechselt hatten, um so ihr politisches Überleben sichern zu können. Die dadurch entstandene „Rumpfpartei“ bestand zu großen Teilen aus Russischsprachigen und wurde von der Öffentlichkeit diskreditiert, da viele ihrer Mitglieder gegen die Unabhängigkeit des estnischen Staates waren. Beim Verschwinden der KPE in die Bedeutungslosigkeit ging es somit nicht nur um eine „Entkommunisierung“ in Estland, sondern vielmehr auch um eine Entrussifizierung des politischen Systems, was auch an vielen anderen politischen Entscheidungen in der ersten Hälfte der 1990er deutlich wird.

Wie bereits im einleitenden Teil dieses Kapitels erwähnt, stellte das „*Nation Building*“ zunächst die größte Herausforderung für den jungen Staat dar, weshalb in den ersten Jahren der Transformation das Hauptaugenmerk auf diesen Bereich gerichtet wurde. Lauristin und Heidmets unterteilen die Entwicklung in Estland in vier Transformationsstufen. Von 1988 bis 1991 wurde das Hauptaugenmerk mit deutlichen ethnozentrischen Einflüssen auf die Staats- und Nationenbildung (*Nation Building*) gerichtet (vgl. Lauristin/Heidmets 2002: 22). Dadurch, dass man sich in der zweiten Phase von 1991 bis 1994 noch in einer sehr unsicheren Lage befand, da beispielsweise noch immer russische Truppen<sup>45</sup> im Land stationiert waren, wurde eine Politik weitergeführt, die eine zunehmende Exklusion der Russischsprachigen nach sich zog. Auch Hallik sieht in dieser Zeit das Hauptaugenmerk auf der ethno-kulturellen Nationalisierung mit dem Wunsch, die Zukunft des Titularvolkes abzusichern. „[...] which was accomplished mainly through changing the national-demographic situation in order to maintain Estonia's majority position. The restoration of the nation-state was the crucial part of

---

<sup>44</sup> Der Bürgerkongress wurde zu einem großen Teil von DissidentInnen getragen und vertrat gegenüber der UdSSR eine radikalere Position als die Volksfront. Genauso wie die Volksfront löste sich diese Bewegung 1992 auf (vgl. Pettai 2001: 111f).

<sup>45</sup> Die letzten russischen Truppen verließen Estland und Lettland erst 1994 Estland und Lettland (vgl. East/Pontin 1997: 301).



*the wider transformation of the post-Communist system* (Hallik 2002: 69). Erreicht wurde das durch die Staatsbürgerschaftspolitik, die den Großteil der russischsprachigen EinwanderInnen zu Staatenlosen in Estland machte (siehe unten). Erst ab der dritten Phase (1995 bis 1997) rückten andere Aspekte als die Sicherung der „estnischen Nation“ in den Vordergrund und vor allem wirtschaftliche Reformen wurden weiter vorangetrieben. Ab 1998 fokussierte man sich auf den EU- und NATO-Beitritt und dementsprechend wurden die politischen Maßnahmen der Erreichung dieser Ziele angepasst (vgl. Lauristin/Heidmets 2002: 22).

Bis 1994 war aber das Projekt, das unter dem Begriff „*Nationalising State*“ in die Transformationsforschung einging, in Estland bestimmend. „*A nationalising state [...] is one understood to be a state of and for a particular ethnocultural 'core nation' whose language, culture, demographic position, economic welfare and political hegemony must be protected by the state*“ (Brubaker 1996: 431). Die nationalistischen Tendenzen in Estland waren zu dieser Zeit kein Sonderfall, sondern in den meisten Transformationsstaaten aufgrund des hohen Grades an Instabilität sowie politischer Unerfahrenheit der neuen politischen Eliten vorhanden. Diese Nationalisierungspolitik begann in Estland bereits in den 1980ern, als im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung bewusst nationale Symbole, die eigene Sprache und Geschichte eingesetzt wurden. Laut Hallik sei es deshalb nicht verwunderlich, dass es nach der erreichten Unabhängigkeit zu einer ethnischen „Monopolisierung“ des Staates gekommen sei. Zum Zeitpunkt der Verfassungswahl 1992 war ein Großteil der MigrantInnen von der Wahl ausgeschlossen, da sie keine estnischen StaatsbürgerInnen waren, was bedeutete, dass 90% der Wahlberechtigten ethnische EstInnen waren, die somit auch über das Schicksal der Russischsprachigen entschieden, die nicht wählen durften (vgl. Hallik 2002: 66f). Auch Heidmets und Lauristin gehen davon aus, dass Estland in erster Linie als Staat für ethnische EstInnen verstanden wurde, was ihrer Meinung nach aber auch wichtig war, um die politische estnische Identität zu stärken (vgl. Lauristin/Heidmets 2002: 320).

Die ersten Wahlen zum Riigikogu<sup>46</sup> fanden im September 1992 statt. Neun Parteien schafften den Einzug ins Parlament und eine Mitte-Rechts-Koalition unter Premierminister Mart Laar stellte die Regierung. Durch einen Misstrauensantrag wurde Mart Laar 1994 abgewählt. Seine Politik war bestimmt von radikalen Marktreformen und groß angelegten Privatisierungen. Seine Regierung wurde für die Rezession und den sinkenden Lebensstandard verantwortlich gemacht (East/Pontin 1997: 301). Er verlor deshalb die Wahlen 1995, bei denen zehn Parteien die Fünf-Prozent Hürde überwandten und sich eine Mitte-Links-Regierung unter Tiit Vähi bildete. Aber bereits nach acht Monaten kam es zu einer neuen politischen Kri-

---

<sup>46</sup> Der Riigikogu ist das estnische Parlament. Das Parlament besteht aus 101 Abgeordneten und wird alle vier Jahre neu gewählt. Um in das Parlament einzuziehen zu können, muss eine Partei mindestens 1000 Mitglieder haben und mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen erhalten (vgl. Rose/Munro 2009: 131). Vor allem diese beiden Kriterien stellen für viele neue Parteien eine unüberwindbare Hürde dar (vgl. Mikkel 2006: 30).

se, nachdem der Verdacht aufgekommen war, dass der Vorsitzende der Zentrumspartei, der Innenminister Edgar Savisaar, Gespräche mit anderen PolitikerInnen geheim aufgenommen hatte. Der Präsident<sup>47</sup> Lennart Meri entließ Savisaar daraufhin auf Vorschlag Vähis aus der Regierung und die Zentrumspartei schied aus dem Koalitionsbündnis aus. Interne Querelen führten schließlich dazu, dass Tiit Vähi von seinem Parteikollegen Mart Siiman aus dem Amt gedrängt wurde. Die Minderheitsregierung hielt noch bis 1999, als bei den Parlamentswahlen erneut der rechtskonservative Mart Laar als Sieger hervorging und Premierminister wurde. Somit gab es in den ersten sieben Jahren der demokratischen Konsolidierung in Estland sieben verschiedene Kabinette und die politische Stabilität war nach wie vor nicht sonderlich ausgeprägt (vgl. Pettai 2001: 133f). Wie in anderen europäischen Transformationsstaaten ist auch in Estland das Parteiensystem sehr fragmentiert. Nur die Zentrumspartei Edgar Savisaars, die unterschiedlichen Parteien und Parteienkonstellationen von Mart Laar (Pro Patria, Pro Patria Union, Pro Patria und Res Publica Union) sowie die Reformpartei Andrus Ansips, die aus Pro Patria hervorgegangen ist, stellen dauerhafte politische Kräfte in Estland dar. Zwischen 1992 und 2007 gab es 29 verschiedenen Parteien und Parteienkonstellationen, von denen aber die meisten nur kurz Bestand hatten (vgl. Rose/Munro 2009: 129ff). Mikkel sieht dabei die allgemeine politische Entwicklung in Estland sehr kritisch, merkt aber an, dass sich in Estland ähnliche Muster vorfinden lassen wie in anderen postkommunistischen Staaten:

*„In general, the Estonian electoral processes have shown similar patterns as those in other former socialist countries in the post-Soviet environment: massive fission and fusion of parties, a weak organizational basis, domination of leaders and candidate-centred electoral processes, a relatively low turnout, apathetical and dissapointed voters, weak party identification, and high volatility“* (Mikkel 2006: 23).

Zwei Aspekte würden aber das politische System in Estland von anderen in Osteuropa unterscheiden. Linksorientierte Parteien haben bei Wahlen in Estland geringe Chancen genauso wenig wie „ethnische“ Parteien, auf deren Rolle weiter unten eingegangen wird (vgl. Mikkel 2006: 23f). Aber auch „radikale Parteien“ spielen nur eine geringe Rolle und erreichten bei den Wahlen 1992 zwar noch insgesamt 15,7%, 2003 jedoch nur noch 0,8%. Bei diesen Parteien handelt es sich hauptsächlich um radikale Rechtsparteien, während auch hier die Linke kaum eine Rolle spielt (vgl. Mikkel 2006: 28f). Das Parteienspektrum wird also hauptsächlich von „*Right-wing Parties*“ und „*Centre Parties*“ abgedeckt, wobei letztere oft auch als „Mitte-Links-Parteien“ bezeichnet werden. Es zeigt sich aber, dass Estland sich in einer Konsolidierungsphase befindet. Estnische WählerInnen tendieren immer mehr dazu,

---

<sup>47</sup> Estland ist eine parlamentarische Demokratie. Der Präsident hat hauptsächlich eine repräsentative Funktion, aber durchaus auch wichtige Aufgaben. Er hat das Recht ein Veto gegen Gesetzesvorschläge einzulegen und nominiert auch den Premierminister.

die größeren Parteien zu wählen, die Chance haben, in das Parlament einzuziehen. Das senkt die Anzahl der Parlamentsparteien, führt dazu, dass die Mitgliederzahl der größeren Parteien steigt und verhindert eine zunehmende Fragmentierung des Parteiensystems. Gleichzeitig gelingt es neuen Parteien wie der rechtsgerichteten Res Publica oder der neoliberalen Reformpartei aber nach wie vor ins Parlament einzuziehen. Das Wahlverhalten der EstInnen ist aber noch von einer großen Unbeständigkeit bestimmt, was sich auch darauf begründet, dass viele Parteien noch in einem Identifikationsprozess sind und für die WählerInnen oft nicht ersichtlich ist, wofür die jeweilige Partei genau steht (vgl. Mikkel 2006: 45f). 2011 wurde erstmals eine Regierung im Amt bestätigt. Bei den Parlamentswahlen gelang es der Mitte-Rechts-Koalition, die sich aus der Reformpartei Andrus Ansips und der rechtskonservativen Partei Res Publica zusammensetzt, ihre Mehrheit im *Riigikogu* auszubauen (vgl. Urban 2011). Dieses Ergebnis spricht dafür, dass das Parteiensystem in Estland stabiler wird.

Einen guten Indikator für die politische Entwicklung in einem Land liefert der Freedomhouse Report, der den *Democracy Score* der Transformationsstaaten ermittelt. Dieser bescheinigt Estland eine dauerhafte politische und wirtschaftliche Stabilisierung seit 1991, die nur von der mangelhaften Minderheitenpolitik überschattet wird<sup>48</sup> (vgl. Pettai/Molder 2009: 200f). Seitdem Estland (gemeinsam mit Lettland und Litauen) 1995 ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnete, wurde die zunehmende Westorientierung verstärkt und je näher der Beitritt rückte, desto mehr orientierten sich die unterschiedlichen estnischen Regierungen an Vorgaben der EU. Auch nach dem Beitritt blieb die EU ein Motor für Reformen im Land, was sich beispielsweise bei der budgetären Konsolidierung nach der Finanzkrise 2008/09 zeigte. Ohne diese Reformen hätte Estland nicht Teil des Euroraumes werden können. Diese Entwicklungen betrafen neben dem wirtschaftlichen Bereich zu einem großen Teil auch die Minderheitenpolitik, die Estland teilweise auf Druck von internationalen Organisationen modifizieren musste. Gemäß Lauristin war diese „*re-Westernisation*“ der baltischen Staaten und die Anerkennung des „Westens“ ein wichtiger Motor für deren weitere Entwicklung. „*Their wish to be accepted again by the West and to be recognized as an integral part of the Western cultural realm is a more substantial driving force in their development than mere economic or political motivation could ever be*“ (Lauristin 1997: 29). Diese Westorientierung war aber auch mit ein Grund für die Exklusionspolitik gegenüber den Russischsprachigen, da viele der ostslawischen Minderheit im Land aufgrund einer ihr attestierten unterschiedlichen „Kultur“ der ostslawischen Minderheit im Land schlicht den Willen ab-

---

<sup>48</sup> Der *Democracy Score*, der sich aus Bereichen wie Wahlen, Zivilgesellschaft, Governance (auf nationaler und lokaler Ebene), juristischen Rahmenbedingungen, Medien und Korruption zusammensetzt, sank in der Zeit von 1999 bis 2009 von 2,25 auf 1,93 Punkte (1 stellt die höchste erreichbare Stufe eines demokratischen Prozesses dar, 7 die niedrigste) (vgl. Pettai/Molder 2009: 199).

sprach, Teil des Westens zu werden und davon ausgingen, dass sie der estnischen Republik bei dieser Entwicklung im Wege stehen würde.

## 4.2. Russischsprachige in der Politik

Multiethnische Transformationsstaaten tendieren laut Merkel dazu, die politische Partizipation eines Teils ihrer Bevölkerung (in der Regel eines Teils der Minderheitengesellschaft) einzuschränken bzw. ihm diese zu verwehren. Wie bereits angedeutet, bildet Estland dabei keine Ausnahme. Es zeigte sich, dass demokratische Vorgänge wie Wahlen oft die Verschärfung von ethnisch bedingten Konflikten bedeuteten. „Wenn aber ethnische Identitäten leicht mobilisiert werden können, ist es für rationale Stimmenmaximierer unter den ‚politischen Unternehmern‘ nur naheliegend, in wettbewerbsoffenen Wahlen entlang ethnischer Konfliktlinien um Stimmen und Ressourcen zu konkurrieren“ (Merkel 2010: 325f). Somit wurden paradoxerweise gerade durch Wahlen in multiethnischen Staaten im Baltikum, am Kaukasus oder in Südosteuropa die ethnischen Konflikte verschärft. Folgt man dieser Logik, würde es bedeuten, dass es für ethnisch, religiös oder kulturell sehr heterogene Gesellschaften schwerer ist, eine Demokratie zu konsolidieren. Eine besondere Gefahr für junge Demokratien sei demnach auch, dass von nationalistischen Eliten zur Mobilisierung der Massen nationalistisch-chauvinistische Methoden angewendet werden, ein Feindbild etabliert wird, das Teil der „kollektiven Identität“ wird und zur Verfestigung der Macht dieser Eliten beiträgt (vgl. Offe 1994: 136ff). Enthält die neue Titularnation allerdings einer ethnischen Minderheit die vollen Bürgerrechte vor und wird diese politisch, wirtschaftlich und sozial benachteiligt, bedeutet das eine qualitative Einschränkung der Demokratie. Außerdem könnte eine Minderheit, wenn sie über längere Zeit unterdrückt und ausgeschlossen wird, die Legitimität des Staates in Frage stellen, was für eine junge Demokratie eine existentielle Bedrohung darstellt (vgl. Merkel 2010: 327). Obwohl in Estland die russischsprachige Minderheit zahlenmäßig sehr stark ist, in einigen Landesteilen sogar die Mehrheit stellt und es zudem mit Russland eine mächtige ausländische Schutzmacht gab (und gibt), kam es weder zu größeren irredentistischen Tendenzen, noch wurde der Demokratisierungsprozess von der benachteiligten Minderheit, sieht man von den vorsichtigen Separationsbestrebungen 1993 ab (siehe unten), offen angegriffen.

In der Unabhängigkeitsbewegung selbst spielten die Russischsprachigen nur eine marginale Rolle. Zwar gab es, wie bereits erwähnt, auch UnterstützerInnen eines eigenständigen Estland, aber viele wollten das auch verhindern, zum Beispiel über die Bewegung Interfront<sup>49</sup>.

---

<sup>49</sup> Die Rolle von Interfront wird auch heute noch sehr kontrovers diskutiert. Während viele EstInnen in Interfront eine Massenbewegung der Russischsprachigen sehen, die sich gegen die Eigenständigkeit

Diese wurden zum Teil von sowjetischen Autoritäten gelenkt und kämpften mit sozialistischen, antinationalistischen Tönen gegen ein unabhängiges Estland. Laut Semjonov sei es aber ein Mythos, dass sich alle RussInnen in Estland gegen eine Souveränität Estlands ausgesprochen hätten. Vielmehr glaubt er, dass die estnischen PolitikerInnen diesen Mythos gebraucht und genutzt hätten, um in den folgenden Jahren die ausschließende Politik rechtfertigen zu können (Semjonov 2002: 110).

Die kommunistische Partei in Estland wurde verboten und ein großer Teil der ehemaligen sowjetischen Elite aus Wirtschaft und Politik emigrierte in die Russländische Föderation, was die institutionelle Stütze der Russischsprachigen verringerte. Dadurch dass viele zu Beginn der 1990er staatenlos waren und sich somit an Wahlen weder aktiv noch passiv beteiligen durften, wurden 1992 deutliche Demokratiedefizite in Estland sichtbar. Beispielsweise gab es in der überwiegend russischsprachigen Stadt Narva schlichtweg keine Personen da, die man wählen konnte, weil alle ehemaligen politischen Führungskräfte in der Region keine StaatsbürgerInnen waren. Gleichzeitig war nur ein geringer Teil der Bevölkerung in den Städten des Nordostens überhaupt wahlberechtigt. Dadurch, dass man einigen PolitikerInnen in einem Eilverfahren die Staatsbürgerschaft aufgrund „spezieller Dienste für den estnischen Staat“ verlieh, konnte man diese Krise entschärfen, aber die Mängel im politischen System blieben zunächst bestehen (vgl. Gruber 2008: 94). Bei den Parlamentswahlen und dem Referendum zur Verfassung 1992 waren von geschätzten 1,1 Millionen Personen im Wahlalter nur 660.000 wahlberechtigt. In Narva konnten nur 6.000 der 77.000 EinwohnerInnen an den Wahlen teilnehmen (vgl. Linz/Stepan 1996: 423). Deshalb kann man davon ausgehen, dass es sich in dieser Transformationsphase bei Estland um eine „exklusive Demokratie“<sup>50</sup> und eventuell sogar um eine „defekte Demokratie“<sup>51</sup> handelte. Somit bestanden für die Russischsprachigen drei Möglichkeiten: Sie konnten weiterhin fordern, dass alle BewohnerInnen Estlands die estnische Staatsbürgerschaft bekommen, die russische Staatsbürgerschaft annehmen oder mehr Autonomie (für die Region im Nordosten) fordern. In den Städten Narva und Sillamäe kam es schließlich auch zu einer Separationsbewegung, in der in einem Referendum 1993 die Mehrheit mehr Autonomie forderte. Der Verfassungsgerichtshof in Tallinn erklärte die Abstimmung aber umgehend für verfassungswidrig und dadurch nicht gültig, was folglich die Autonomiebestrebungen im Sand verlaufen ließ (vgl. Hallik 2002: 82). Parado-

---

Estlands richtete (und ihnen das auch vorwerfen), postuliert Semjonov, dass es sich bei Interfront nie um einen repräsentativen Teil dieser Bevölkerungsgruppe gehandelt hat (vgl. Semjonov 2002: 112).

<sup>50</sup> Wenn eines oder mehrere Segmente der erwachsenen Bevölkerung vom Staatsbürgerrecht der universellen Wahlen ausgeschlossen sind, dann spricht man von „Exklusiven Demokratien“ (vgl. Merkel 2010: 37). Bei den russischsprachigen EinwanderInnen handelte es sich zu diesem Zeitpunkt zwar nicht um StaatsbürgerInnen, trotzdem verwende ich hier den Begriff, da es sich um eine zahlenmäßig sehr große Gruppe handelte.

<sup>51</sup> Als mögliche Gründe für die Herausbildung von defekten Demokratien in der Nations- und Staatsbildung führt Merkel ungelöste „Identitäts- und Staatlichkeitskrisen, Sezessionsbestrebungen und Minderheitendiskriminierungen“ als Defekte an (vgl. Merkel 2010: 39).

xerweise handelte also die Mehrheit dieses Gebietes entgegen einer Verfassung, über die sie nicht abstimmen durfte. Interessanterweise kam es im Baltikum aber nie zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den ethnischen Gruppen, wie beispielsweise im ehemaligen Jugoslawien, im Kaukasusgebiet, in Moldawien<sup>52</sup> oder Zentralasien.

Mitte der 1990er Jahre beruhigte sich die angespannte Situation erstmals. EstInnen akzeptierten zunehmend, dass die russischsprachige Bevölkerung ein Teil Estlands ist und sie dieses Land nicht so schnell verlassen werden. Auf der anderen Seite hätten sich laut Lauristin und Heidmets auch die Russischsprachigen damit abgefunden, dass sie nun eine Minderheit in einem kleinen Land darstellen und nicht mehr die Mehrheit in einer großen Union. Von einer „multikulturellen“ Gesellschaft hätte man aber auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht sprechen können und es gab immer wieder Forderungen, auch von internationaler Seite, dass es neben der Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft auch Russisch als zweite Amtssprache geben sollte (vgl. Lauristin/Heidmets 2002: 321).

Innerhalb Estlands war die erste russisch-politische Bewegung die „*Russian Democratic Movement*“ (RDM), die auch von dem damaligen Premierminister Edgar Savisaar unterstützt wurde. Diese versuchte, die Russischsprachigen wieder stärker in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden. Ihre Partizipation blieb aber äußerst begrenzt und hatte kaum Konsequenzen (vgl. Hallik 2002: 82). 1994 wurde die „*Estonian United People's Party*“ (EUPP) gegründet, die sich als Hauptaufgabe gesetzt hatte, die Bedürfnisse der russischsprachigen Bevölkerung zu vertreten. Des Weiteren wurde die „*Russian Peoples Party of Estonia*“ (RPPE) wieder ins Leben gerufen, die bereits in der Zwischenkriegszeit existierte. Viele Russischsprachige durften bei den Wahlen 1995 noch nicht wählen und von ethnischen EstInnen konnten sie keine Stimmen erwarten, weshalb keine der Parteien die 5%-Hürde schaffte und sie nicht ins Parlament einzogen. Deshalb traten bei den Wahlen 1997 beide Parteien gemeinsam unter dem Namen „*Our Home is Estonia*“ an und erreichten knapp 6% der Wählerstimmen. Somit zogen zum ersten Mal auch Russischsprachige ins Parlament ein, in dem zuvor nur ethnische EstInnen vertreten waren (vgl. Pettai 2001: 135). Auffallend ist trotzdem, dass diese Partei nie ihr gesamtes Wählerpotential abschöpfen konnte. Obwohl 2000 mehr als 15% der StaatsbürgerInnen russischsprachig waren, konnten sie nicht einmal die Hälfte dieser Gruppe erreichen. Nachdem 1999 immerhin noch 8,2% für sie stimmten, sank ihr Anteil 2003 auf 2,4% (vgl. Mikkel 2006: 24). Eine Erklärung dafür könnte sein, dass sämtliche Anträge die sie im Parlament einbrachten, etwa eine Modifizierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes, von den anderen Parteien konsequent abgelehnt wurden und die Partei somit ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten. Neben internen Streitigkeiten

---

<sup>52</sup> Zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Minderheitenkonflikte in Estland und Moldawien siehe: Kolstø, Pål (Hg.) (2002): *National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova*.

in „*Our Home is Estonia*“ führte dieser Punkt dazu, dass sie bei den nächsten Wahlen nicht genug Stimmen erreichten und nicht mehr im Parlament vertreten waren. Das Interesse der Russischsprachigen für Politik verringerte sich infolge dessen deutlich, was sich bei den Gemeinderatswahlen 1999 zeigte, wo die Wahlbeteiligung<sup>53</sup> der russischsprachigen Minderheit nur noch bei 43% lag (vgl. Hallik 2002: 84f). Hier ist allerdings anzumerken, dass auch die Wahlbeteiligung der EstInnen zunehmend sank, da sich bereits gegen Ende der 1990er eine gewisse Politikverdrossenheit im Land bemerkbar machte<sup>54</sup>. Allerdings sieht Mikkel die geringe Präsenz von ethnischen Parteien in Estland durchaus positiv. „[...] *the weakness of the ethnic Russian parties has had a strong impact on determining the poor showing of the extreme Estonian nationalist parties*“ (Mikkel 2006: 25). Dadurch, dass sich die estnischen RussInnen kaum in Parteien organisierten, fehlte den radikalen nationalistischen Kräften im Land ein (politisches) Feindbild und ein Argument gegen die Russischsprachigen, die sich offensichtlich politisch nicht gegen die EstInnen wandten.

Die russischen Parteien verloren in Estland zunehmend an Bedeutung, weshalb immer mehr ihrer PolitikerInnen zu estnischen Parteien wechselten, auch deshalb, weil sie sich in diesen größere Karrierechancen erhofften. Seit dem Verschwinden der ethnisch-russischen Parteien wird von Russischsprachigen verstärkt die Zentrumsparterie gewählt, die von diesen WählerInnen überaus profitiert und durch sie auch seit Jahren den Bürgermeister (Edgar Savisaar) in Tallinn stellen kann (vgl. Gruber 2009: 93). Des Weiteren erkennen aber auch andere estnische Parteien, darunter die Wahlsieger 2011, die Reformpartei und Res Publica, in der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe zunehmend ein großes, ungenütztes Wählersegment. Man will die vielen Wähler und Wählerinnen nicht mehr nur der Zentrumsparterie überlassen, weshalb man auch russischsprachige Abgeordnete in den eigenen Reihen aufstellte (vgl. Gruber 2008: 95f, Mikkel 2006: 27). Das führte aber nicht unbedingt dazu, dass Russischsprachige am politischen Entscheidungsprozess aktiv teilhaben. Staatenlose und russische Staatsbürger mit permanentem Aufenthaltstitel in Estland dürfen nach wie vor nur an lokalen Wahlen aktiv teilnehmen. Durch eine Anpassung an EU-Gesetze 2006 haben EU-BürgerInnen, unabhängig von ihrer Nationalität, bei lokalen Wahlen auch ein passives Wahlrecht und dürfen zudem, unter gewissen Bedingungen, im öffentlichen Dienst arbeiten. Durch diese Adaption wurden somit EU-BürgerInnen größere politische Partizipationsmöglichkeiten zugestanden als der Gruppe der russischsprachigen BewohnerInnen, die keine estnische Staatsbürgerschaft besitzt (vgl. Poleshchuk 2006: 18).

<sup>53</sup> An den Gemeinderatswahlen konnten sich 1999 bereits „Nicht-EstInnen“ beteiligen, sofern sie seit fünf Jahren an dem jeweiligen Ort gemeldet waren (vgl. Hallik 2002: 84f).

<sup>54</sup> 1999 lag die Wahlbeteiligung der offiziell Wahlberechtigten bei den Parlamentswahlen bei nur noch 57,43%. Betrachtet man die Wahlbeteiligung aller Personen im wahlfähigen Alter (also auch die nicht registrierten WählerInnen und nicht-estnische EinwohnerInnen mit einer dauerhaften Aufenthaltsbewilligung) liegt dieser Wert sogar nur bei 45,95%. Bis 2007 stieg der Wert allerdings wieder leicht. Die Wahlbeteiligung an Wahlen für das EU-Parlament ist eine der gesamten in der ganzen Europäischen Union (vgl. International IDEA 2010)

Ein großes Problem ist deswegen nach wie vor, dass ein großer Teil der ethnischen EstInnen anderen Volksgruppen im Land kaum politische und wirtschaftliche Entscheidungen zugestehen will. Untersuchungen von Eva-Maria Asari ergaben, dass ein Drittel von ihnen andere ethnische Gruppen nicht in der Regierung haben will und der große Rest sich wünscht, dass der Anteil von Minderheiten im Parlament auf unter 10% beschränkt ist. Diese Abneigung gegen die Partizipation von Russischsprachigen in der Politik kann man auch daran erkennen, dass es innerhalb von 18 Jahren nur einen Minister gab, der einer ethnischen Minderheit angehörte<sup>55</sup> (vgl. Asari 2009: 32). Dieser Punkt wird auch im estnischen Integrationsprogramm kritisch aufgegriffen. In ihren Untersuchungen kamen sie weiters zu dem Ergebnis, dass sich zwei Drittel der Russischsprachigen als Teil der estnischen Gesellschaft fühlen, wobei hier ein direkter Zusammenhang zwischen dem Besitz der Staatsbürgerschaft und dem Zugehörigkeitsgefühl zum estnischen Staat besteht. Die Staatsbürgerschaft alleine könne aber die Integrationsprobleme nicht lösen, da vor allem von Seiten der „Aufnahmegesellschaft“ große Ressentiments bestehen und noch immer 40% der ethnisch estnischen Bevölkerung Minderheiten nicht als „gleichberechtigte TeilnehmerInnen“ des Staates verstehen wollen, vor allem dann, wenn es darum geht, wer in Estland Entscheidungen treffen darf (vgl. Eesti Koostöö Kogu 2008: 11f).

Je heterogener eine Gesellschaft in ethnischer und/oder linguistischer Sicht ist, desto konsensorientierter müssen demokratische Vorgänge ablaufen und es sollten Vetorechte in die „institutionelle Verfassungsarchitektur“ eingebaut werden. Eine solche „inklusive politische Struktur“ bietet den politischen EntscheidungsträgerInnen aber viele Möglichkeiten, den Reformprozess eines Landes zu verlangsamen, wenn zum Beispiel keine Kompromisse erreicht werden können (vgl. Merkel 2010: 328). Betrachtet man diesen Aspekt, dann erscheint es aus Sicht der estnischen PolitikerInnen zunächst gerechtfertigt eine exklusive Politik zu vertreten, um Reformen rasch umsetzen zu können. Diese These unterstützt auch Hallik, indem sie behauptet, dass es in der ersten Transformationsphase deshalb nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, weil da die Russischsprachigen von der „institutionellen Stufe“ ferngehalten wurden (vgl. Hallik 2002: 67). Das kann die Frage warum es Anfang der 1990er nicht zu Ausschreitungen zwischen den Volksgruppen gekommen ist allerdings nicht vollständig beantworten. Semjonov sieht die Gründe dafür in der ethnischen Verteilung in Estland. Es gibt zwar Gebiete, wo Russischsprachige kompakt siedeln, aber selbst die Region Ida-Virumaa ist nicht rein russischsprachig, da sich die ländliche Bevölkerung dort hauptsächlich aus EstInnen zusammensetzt. Des Weiteren gibt es in diesem Gebiet keine geographischen Grenzen, wie beispielsweise den Fluss Dniester in Moldawien, der in diesem Konflikt eine wichtige Rolle spielte. Aber vor allem der Umstand, dass Anfang der 1990er viele Russischsprachige glaubten, dass sie am estnischen Transformationsprozess aktiv teilha-

---

<sup>55</sup> Eldar Efendijev war von 2002 bis 2003 „Minister for Population and Ethnic Affairs“ (Asari 2009: 32).



ben könnten sowie die wenig ausgeprägte „russische Identität“ und die hohe Meinung, die viele zu dieser Zeit von den EstInnen hatten (siehe Kapitel 3), hätten laut ihm dazu geführt, dass es trotz deutlicher Benachteiligungen nicht zu offener Gewalt kam (vgl. Semjonov 2002: 153f). Diese diskriminierende Politik ist aber auch laut Hallik dauerhaft nicht sinnvoll, da es sich nicht mit einer „modernen europäischen Kultur“ vereinbaren lasse, wenn über einen längeren Zeitraum ein größerer Teil der Bevölkerung politisch, gesellschaftlich und sozial exkludiert bleibe (vgl. Hallik 2002: 67), es außerdem zu Konflikten führe (wie dem „Krieg der Denkmäler“) oder wie etwa Linz postuliert: *„Without a state, there can be no citizenship; without citizenship, there can be no democracy“* (Linz/Stepan 1996: 26).

### 4.3 Die estnische Staatsbürgerschaftspolitik

Wie bereits mehrfach erwähnt, fand in Estland Anfang der 1990er das Projekt *„Nationalising State“* statt. Aleksei Semjonov unterscheidet zwischen einem bürgerlichen (*civic*) und einem ethnischen (*ethnic*) Modell der Nationenbildung, wobei in Estland, wie in den meisten anderen post-kommunistischen Transformationsstaaten, das letztere Modell angewendet wurde. Die „ethnische“ Nationenbildung bezieht sich nur auf eine Ethnie, in der Regel die „Titularnation“. Während die Mehrheit die Staatsbürgerschaft bei der Geburt erhält, müssen sich jene Personen, die sich außerhalb dieses Modells aufhalten, diese verdienen. Das entspricht einer Exklusionsform, weil jene, die nicht der Titularnation<sup>56</sup> angehören, von der Teilnahme ausgeschlossen bleiben (*„Alienation“*) (vgl. Semjonov 2002). Lind betrachtet den Staatsbildungsprozess Estlands allgemein als einen exkludierenden Prozess. *„The state and nation building process are very much overlapping and due to the nationality laws the Estonian nation has gained control over the state institutions and made sure that only ethnic Estonians or linguistic assimilated Russo-phones can get access to the political and civil rights, which citizenship provides“* (Lind 2003: 46). Im folgenden Teilkapitel soll nun die Entwicklung der Staatsbürgerschaftspolitik in Estland aufgezeigt werden.

#### 4.3.1. Phase der Exklusion – Die Russischsprachigen werden zu Staatenlosen

Zu Beginn der 1990er standen einander zwei wesentliche Akteure gegenüber, die Volksfront unter Edgar Savisaar auf der einen Seite und der Bürgerkongress auf der anderen. Letzterer

---

<sup>56</sup> Dieser Punkt trifft auf Estland nur teilweise zu, da auch Personen die Staatsbürgerschaft erhielten, die in ethnischer Sicht nicht der Titularnation angehörten, sofern sie (oder ihre Nachkommen) 1940 BürgerInnen der ersten Republik waren.

vertrat eine radikalere Position. Seine VertreterInnen argumentierten, dass Estland illegal okkupiert wurde und somit sämtliche sowjetische Institutionen auf estnischem Boden keine Legitimität hätten. Jede Form von Kooperation mit diesen Institutionen wäre gleichbedeutend mit einer Zusammenarbeit mit „illegalen Okkupanten“, weshalb die politische Macht wieder auf jene Personen übergehen sollte, von denen diese weggenommen worden war, also auf die estnischen StaatsbürgerInnen, die vor 1940 in Estland lebten sowie ihren Nachkommen. Der Bürgerkongress begann deshalb ab 1989 die Menschen im Land aufzurufen, sich als „echte“ estnische BürgerInnen registrieren zu lassen. Diesem Aufruf folgten über 600.000 Menschen. Aufgrund der zunehmenden Stärke dieser Bewegung machte die Volksfront entscheidende Zugeständnisse. Die eigentliche Idee eines politischen Neustarts wurde verworfen und man entschied sich für eine Restaurierung des Staates, wie er 1940 existiert hatte. Die Botschaft war, dass die Angliederung an die UdSSR eine illegale Okkupation war, eine Annexion der baltischen Staaten, die von der westlichen Welt nie anerkannt worden war. Dadurch umging man auch Begriffe wie „Segregation“, da man *de jure* schon immer ein Staat war, dessen natürlicher Status nun nach einer Unterbrechung wieder hergestellt wurde (vgl. Pettai 2001: 111f). Dieser Punkt sollte für die nachfolgende Staatsbürgerschaftspolitik entscheidende Folgen haben.

Da man den Staat von 1940 restaurierte, wurde die Staatsbürgerschaft nur jenen Personen (und deren Nachfahren) verliehen, die zu diesem Zeitpunkt in der Republik Estland gelebt hatten. Alle die dieses Kriterium nicht erfüllten, wurden zu „*Aliens*“ (AusländerInnen), die sich plötzlich in einem fremden Land wiederfanden und um eine Aufenthaltsberechtigung ansuchen mussten. Das bedeutete nicht nur eine Veränderung des Rechtsstatus dieser Personen, sondern war auch ein soziales und psychologisches Trauma für viele Menschen (vgl. Lauristin/Heidmets 2002: 21). Mit einem Schlag wurden fast 32% der Bevölkerung zu Personen mit einem „*undetermined citizenship status*“, also quasi Staatenlosen (vgl. Amnesty International 2007: 6). Dabei wurde aber der ethnische oder sprachliche Hintergrund dieser Personen nicht berücksichtigt, weswegen sich die offizielle estnische Seite den Vorwurf nicht gefallen ließ, dass die neue Gesetzgebung rassistisch sei. Als einziges Kriterium galt der Staatsbürgerschaftsstatus von 1940, weshalb auch die russische Minderheit, die vor der sowjetischen Okkupation in Estland lebte problemlos die estnische Staatsbürgerschaft erhielt (vgl. Hogan Brun ua. 2007: 54, Amnesty International 2007: 7).

Vor den ersten Wahlen fand ein Referendum statt, bei dem über zwei Fragen entschieden wurde, die mehr symbolischen als praktischen Wert hatten. Erstens ging es um 5.000 Russischsprachige, die sich schon vor der Unabhängigkeit als estnische BürgerInnen registrieren haben lassen und somit die Gruppe derer darstellten, die sich unter den EinwanderInnen am stärksten für ein unabhängiges Estlands engagierten. Trotzdem votierten 52% der Wahlberechtigten, dass auch dieser Gruppe die Wahlbeteiligung verwehrt bleiben sollte. Gleich-

zeitig wurde der zweite Vorschlag, jener, dass ExilestInnen wählen dürfen, angenommen (vgl. Linz/Stepan 1996: 426). Diese Regelung führte dazu, dass an den ersten Wahlen Anfang bis Mitte der 1990er fast 40% der Bevölkerung nicht teilnehmen konnten, weil sie keine StaatsbürgerInnen waren. Paradoxerweise wurde so zum Beispiel ein Russe, der in Estland geboren war, vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen, während ein US-Staatsbürger, auch wenn er noch nie einen Fuß auf estnischen Boden gesetzt hatte, daran teilnehmen konnte, sofern er nachwies, dass seine Vorfahren 1940 die estnische Staatsbürgerschaft hatten (vgl. Linz/Stepan 1996: 415).

Es gab in der Volksfront unter Edgar Savisaar Bemühungen um eine „*zero-option*“, also darum, dass alle BewohnerInnen Estlands zum Zeitpunkt der Eigenstaatlichkeit die Staatsbürgerschaft bekommen, sofern sie diese wollen. Im Baltikum ging diesen Weg nur Litauen<sup>57</sup>, während sich in Lettland<sup>58</sup> und Estland, wie bereits erwähnt, die NationalistInnen durchsetzten (vgl. Pettai 2010: 120). Ein Grund dafür ist gemäß Linz und Stepan, dass viele der „neuen“ Reformkräfte eine kommunistische Vergangenheit hatten. Da sämtliche Institutionen von der KP dominiert waren, blieb vielen nichts anderes übrig als „Lippenbekenntnisse“ zum Regime zu machen um auf der politischen Karriereleiter aufzusteigen. Nachdem sie sich der Unabhängigkeitsbewegung angeschlossen hatten und diese erreicht worden war, distanzierten sie sich umso stärker vom alten Regime, damit sie nicht unter Verdacht gerieten, nicht mit den alten sowjetischen Machthabern gebrochen zu haben. Deswegen gab man in wichtigen Fragen der Staatsgründung, wie eben der Entscheidung über die Staatsbürgerschaft, den radikalen Kräften nach, um diesen den Wind aus den Segeln zu nehmen (vgl. Linz/Stepan 1996: 409).

In der ersten Hälfte der 1990er ging eine Verschärfung des politischen Umgangs mit den gesetzten Maßnahmen einher. Die Gruppe der Personen, die zwischen 1945 und 1989 eingewandert waren, wurde von einigen zu einem Feindbild hochstilisiert. Während sie zuvor mit den Wörtern „Migranten“, „Nicht-Esten“ umschrieben wurden, bezeichnete man sie jetzt als „illegale Einwanderer“, „Ausländer“, „Kolonisierer“ oder „Eindringlinge“. Das sei auch der Grund gewesen, warum man sich zu Beginn noch keine Gedanken über eine Einbindung dieser Bevölkerungsgruppe in die estnische Gesellschaft machte. Vielmehr wurden „Dekolonisierungsprogramme“ oder „Programme zu einer freiwilligen Rückkehr“ thematisiert. Men-

---

<sup>57</sup> 1989 waren nur 9% der litauischen Bevölkerung RussInnen, da es im Gegensatz zu Estland und Lettland zu keiner großen Migrationsbewegung gekommen war. Dadurch, dass der Anteil der Titularnation an der Gesamtbevölkerung in Litauen höher war, konnte man eher eine inklusive Staatsbildung durchführen und es kam nicht zu einem Widerspruch zwischen dem „*Nationalizing State*“ und der Konsolidierung einer liberalen Demokratie (vgl. Linz/Stepan 1996: 405). Nur KGB-MitarbeiterInnen und Militärpersonal waren von der litauischen „*zero-option*“-Regel ausgenommen (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 54).

<sup>58</sup> In Lettland war die Situation des Titularvolkes prekärer als in Estland. Zu Beginn der 1990er stellten Russischsprachige in den sieben größten Städten Lettlands, Riga inklusive, die Mehrheit (vgl. Linz/Stepan 1996: 405).

schen, die so zuvor legal in einem Land lebten, wurden somit als „illegale“ Personen deklariert (vgl. Semjonov 2002: 113). Die restriktiven Staatsbürgerschaftsbestimmungen wurden dahingehend erklärt, dass die erste estnische Republik militärisch und illegal (durch den Molotov-Ribbentrop Pakt) okkupiert worden war. Die internationale Gesetzgebung erklärt, dass die Besatzer eines Staates kein Recht auf die Staatsbürgerschaft des besetzten Gebietes haben. Laut dem Art. 49 der vierten Genfer Konvention zu besetzten Gebieten darf „die Besatzungsmacht [...] nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln“ (Vierte Genfer Konventionen zu besetzten Gebieten Art. 49). Wenn man davon ausgeht, dass die Annektierung Estlands nicht freiwillig erfolgte, hielten sich also MigrantInnen aus anderen Teilen der UdSSR illegal in Estland auf. Des Weiteren zog man Vergleiche mit Europäischen Ländern wie Deutschland, wo EinwanderInnen auch nur durch Naturalisationsprozesse die Staatsbürgerschaft überreicht wird. Kritiker wie Linz und Stepan argumentieren aber, dass die Situation in Estland insofern eine andere war, als es sich im Gegensatz zu west- und mitteleuropäischen Staaten bei der UdSSR um Binnenmigration handelte. Zum Zeitpunkt der Einwanderung befand man sich in einem gemeinsamen Staat, weshalb laut Linz und Stepan diese „*within-state*“ MigrantInnen automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten hätten sollen, wie es (mit Ausnahme von Lettland) in allen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken der Fall war. Es wäre aufgrund der repressiven Erfahrungen, die gemacht wurden, verständlich gewesen, warum Estland und Lettland nicht so gehandelt haben, aber man könne nicht Personen, die zuvor legitime BewohnerInnen eines Gebietes gewesen waren, den rechtlichen Status, den sie schon hatten, wieder entziehen (vgl. Linz/Stepan 1996: 416f).

Von estnischen Behörden wurde das Problem der staatenlosen Personen lange Zeit ignoriert. Man deklarierte diese nicht als „staatenlos“, da ihnen das Recht eingeräumt wurde, StaatsbürgerInnen der Russländischen Föderation zu werden, die der offizielle Nachfolgestaat der UdSSR ist. Deshalb wurde auch in den ersten Reisepässen, die ausgegeben wurden, die Staatsbürgerschaft mit „FSU“ angegeben, was „*Former Soviet Union*“ bedeutete. Das heißt, dass selbst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion diese BürgerInnen noch immer als Teil dieser Union verstanden wurden und somit auch in absehbarer Zeit StaatsbürgerInnen des offiziellen Nachfolgestaates werden sollten, der Russländischen Föderation. Erst später wurde die Staatsbürgerschaft mit „*undefined*“, unbestimmt, angegeben (vgl. Poleshchuk 2006: 38).

Für die Staatenlosen in Estland verwendet Gruber den Begriff „*Denizens*“, einen Begriff, den der norwegische Politikwissenschaftler Hammar geprägt hat. „*Denizens*“, was man am ehesten mit „teilweise eingebürgerte AusländerInnen“ übersetzen kann, haben einen gesicherten Aufenthaltsstatus und sind unter verschiedenen Gesichtspunkten auch Mitglieder des staatlichen Gemeinwesens, da sie beispielsweise die gleichen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen

erhalten wie StaatsbürgerInnen und auch sonst in vielen Bereichen gleichgestellt sind. Gleichzeitig bleiben sie allerdings vom politischen Entscheidungsprozess exkludiert und stellen somit eine Gruppe dar, die einen Status zwischen „Ausländer“ und Staatsbürger hat, eine Entwicklung, die man auch in vielen anderen Ländern Europas beobachten kann (vgl. Gruber 2008: 88). Zunächst befanden sich die „*Denizens*“ allerdings in einer sehr unsicheren Lage, weil sie nicht wussten, in welche Richtung die estnische Politik gehen würde. Viele befürchteten auch, dass sie in absehbarer Zeit nach Russland abgeschoben würden und es herrschte große Frustration und auch Enttäuschung, vor allem derjenigen, die für eine Unabhängigkeit Estlands eingetreten waren. Als eine direkte Folge des Ausländergesetzes (*Alien Act*) von 1993 wurden in Narva und Sillamäe Referenden über mehr lokale Autonomie abgehalten, da viele befürchteten, dass ihnen ihr Aufenthaltstitel wieder entzogen wird (vgl. Kettig 2004: 152, Pettai 2001: 135). Der Grundentwurf des „*Alien Law*“ hätte alle Nicht-StaatsbürgerInnen dazu verpflichtet, innerhalb eines Jahres erneut um einen dauerhaften Aufenthaltstitel anzusuchen. Es hätte allerdings keine Garantien dafür gegeben, dass alle Personen, die sich schon lange in Estland aufhielten, diese Aufenthaltserlaubnis dann tatsächlich erhalten würden. Diese Unsicherheit führte zu großem Unmut unter dieser Bevölkerungsgruppe und veranlasste Max van der Stoep, Hoher Kommissar für nationale Minderheiten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), den estnischen Präsidenten Lennart Meri zu drängen, von seinem Vetorecht bei diesem Gesetz Gebrauch zu machen, was dieser auch tat. Das Parlament musste daraufhin Veränderungen vornehmen, wie eine Garantie für die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigungen (Pettai 2003: 271ff). Ein Großteil der Verunsicherung kam aber auch durch einen Informationsmangel und Fehlinformationen zustande, da die Aufklärungen über die tatsächlichen Bestimmungen des Ausländergesetzes sehr schleppend vorangingen (vgl. Kettig 2004: 156).

#### **4.3.2. Folgen der estnischen Staatsbürgerschaftspolitik**

Mitte der 1990er Jahre veränderte sich der Diskurs über die russischsprachige Minderheit langsam. Man sah, dass ihr Großteil Estland nicht verlassen würde und musste deshalb auch die Staatsbürgerschaftspolitik überdenken, da diese der Entwicklung des Staates hinderlich war. „*In the long term, the exclusiveness of Estonian citizenship policy has proven to be counterproductive in terms of stability and in its effect on nation-building*“ (Ruutsoo 2002: 52). Man musste sich überlegen, wie man die Zahl der Staatenlosen reduzieren konnte und initiierte einen Naturalisationsprozess, der mit der Zeit laufend modifiziert wurde. Durch diesen Prozess können staatenlose Personen in Estland die Staatsbürgerschaft erlangen. Sie müssen dafür mindestens 15 Jahre alt sein, eine permanente Aufenthaltsbewilligung besit-

zen, sich schon mindestens acht Jahre schon in Estland aufhalten (fünf Jahre davon durchgehend) sowie mindestens zwölf Monate nach der Antragsstellung in Estland wohnhaft bleiben. Die AntragstellerInnen müssen ein Basiswissen über die estnische Republik sowie Estnischkenntnisse vorweisen können. Weiters müssen sie über ein geregeltes Einkommen verfügen, wobei hier auch die Arbeitslosenunterstützung als geregeltes Einkommen verstanden wird. Dieses muss seine/ihre Lebenserhaltungskosten decken (und das der zu versorgenden Angehörigen). Durch den symbolischen Akt eines Treueids muss man Loyalität auf die estnische Republik schwören. Hat man seine Schullaufbahn in estnischer Sprache absolviert, so entfällt der Sprachtest. Eine Besonderheit des estnischen Systems ist allerdings, dass die Staatsbürgerschaft alleine oft nicht ausreicht, um im öffentlichen Dienst tätig zu sein (vgl. Gruber 2008: 91, Poleshchuk 2006: 14). Hierzu sind noch weitere Sprachtests zu absolvieren und je höher die Position ist, die man anstrebt, desto höher wird der geforderte Sprachlevel (siehe unten). Für Personen unter 15 Jahren gibt es eine vereinfachte Aufnahmeprozedur, wenn die Eltern um die Staatsbürgerschaft ansuchen. Vereinfachte Verfahren gelten auch für Kinder von staatenlosen Eltern, Personen, die vor 1930 geboren wurden und Personen, die über ein Diplom einer estnischsprachigen Schule verfügen (vgl. Poleshchuk 2006: 18).

Trotz deutlicher Argumente, die dafür sprachen, staatenlosen Kindern, die nach 1992 geboren wurden, die estnische Staatsbürgerschaft zu verleihen, gab es im Parlament harte Auseinandersetzungen in dieser Frage. Trotzdem wurden die Empfehlungen des OSZE-Beauftragten<sup>59</sup> angenommen und eine Gesetzesnovelle trat 1998 in Kraft, die vorsah, dass staatenlosen Kindern, die nach 1992 geboren wurden, ohne irgendwelche Auflagen die Staatsbürgerschaft verliehen wurde, sofern das die Eltern dies wünschten. Betroffen waren mehr als 6.500 staatenlose Kinder. Laut Kettig hätten aber die heftigen Auseinandersetzungen und Emotionen in Bezug auf dieses Thema gezeigt, wie unsicher die estnische Republik in dieser Frage zu diesem Zeitpunkt noch war. „Einer relativ kleinen Zahl (6.500 Kinder) ohne Sprachtest die Staatsbürgerschaft zu verleihen, brachte die Angst hervor, dass man irreversible Änderungen der estnischen Gesellschaft herbeiführen könnte“ (Kettig 2004: 164). Auffallend ist, dass Novellierungen von Gesetzen, die von vielen als diskriminierend betrachtet wurden, oft erst auf Druck von internationalen Organisationen vorgenommen wurden. Vor allem im Zuge des EU- und NATO-Beitrittes kam es in der Integrationspolitik Estlands zu deutlichen Fortschritten. Die estnischen Regierungen verpflichteten sich vor allem, die Anzahl der Staatenlosen im Land zu reduzieren. Das Grundgesetz über die Staatsbürgerschaft blieb aber in seiner ursprünglichen Form weitestgehend bestehen (vgl. Stadnikov 2001: 56). Allerdings wurde es für „Nicht-EstInnen“ zunehmend einfacher den Naturalisierungsprozess zu durchlaufen, da es hier zu Modifikationen gekommen ist. Beispielsweise wurden kostenlose

---

<sup>59</sup> Siehe auch Kapitel 6.2.1. „Der Einfluss von EU und OSZE“.

Staatsbürgerschaftskurse angeboten. Den für viele zu teuren Sprachtest, können SchülerInnen seit einiger Zeit schon in der Schule ablegen. Andere bekommen einen Teil der Kosten der Sprachkurse zurückerstattet, falls sie diesen positiv absolvieren. Seit 2009 werden kostenlose Sprachtests angeboten (Eesti Koostöö Kogu 2010).

Diese Staatsbürgerschaftsregelungen führten dazu, dass es in Estland zu verschiedenen Kategorien kam, die Dittmar folgendermaßen unterscheidet:

- Personen, die die estnische Staatsbürgerschaft automatisch bei der Geburt erhalten und somit über alle Rechte und Pflichten verfügen.
- Personen, die die Staatsbürgerschaft durch einen Naturalisationsprozess erhalten haben. Sie stellen mittlerweile die Mehrheit unter den Russischsprachigen dar. Sie haben weitestgehend die gleichen Rechte wie die obige Gruppe, ihnen ist es aber nicht erlaubt, für das Präsidentenamt zu kandidieren und sie können in bestimmten Fällen die estnische Staatsbürgerschaft<sup>60</sup> auch wieder verlieren.
- Obwohl in Estland eine doppelte Staatsbürgerschaft eigentlich nicht vorgesehen ist, gibt es Personen, die diese besitzen. Bei ihnen handelt es sich vorwiegend um ethnische EstInnen, die während der Sowjetzeit (oder davor) ins Exil gingen oder die in der Russländischen Föderation leben (bzw. lebten), sowie Personen, die bewusst falsche Angaben machten.
- Die Gruppe der Nicht-StaatsbürgerInnen mit permanentem Aufenthaltstitel muss zwar nicht extra um Arbeitserlaubnis anfragen, darf aber beispielsweise keine politischen Parteien gründen und nicht an Wahlen teilnehmen (außer an Kommunalwahlen) und kann gewisse Berufe (im öffentlichen Sektor) nicht ausüben. In diese Gruppe fallen sowohl Staatenlose als auch Russische StaatsbürgerInnen.
- Nicht-StaatsbürgerInnen mit einem temporären Aufenthaltstitel<sup>61</sup> müssen eine Arbeitserlaubnis beantragen, haben im Gegensatz zur vorigen Gruppe kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung und können sich auch nicht am politischen Entscheidungsprozess beteiligen.
- Daneben leben in Estland zahlreiche „Illegale“, die etwa die Fristen zur Beantragung neuer Aufenthaltstitel versäumt haben, aber trotzdem oft über geregelte Einkommen (Rente, Familienbeihilfe usw.) verfügen (vgl. Dittmer 2003: 54f). Vor allem Rentner, die die bürokratischen Hürden oft nicht mehr meistern können fallen in diese Gruppe.

---

<sup>60</sup> Die Staatsbürgerschaft wird nur einer Person in schweren Fällen wieder entzogen, wie zum Beispiel „Staatsverrat“, nicht aber bei der Fälschung von Dokumenten zur Erlangung der Staatsbürgerschaft (vgl. Stadnikov 2001: 56).

<sup>61</sup> Zu dieser Gruppe zählen hauptsächlich Militärrentner der ehemaligen Sowjetunion und teilweise ihre Familienangehörigen (vgl. Stadnikov 2001: 57).

2010 ist die Anzahl der Staatenlosen auf weniger als 8% der Gesamtbevölkerung (102.338 Personen) gesunken. 1992 hatten noch ca. 500.000 Menschen in Estland keine Staatsbürgerschaft. Zwischen 1992 und 2010 durchliefen 151.544 Personen den Naturalisationsprozess, das bedeutet, dass heute 50% der Minderheitenbevölkerung die estnische Staatsbürgerschaft besitzen. 23 % besitzen die Russische Staatsbürgerschaft und 24% von ihnen sind nach wie vor staatenlos (beide Gruppen haben zum Großteil allerdings einen permanenten Aufenthaltstitel). 3% fallen in die Gruppe „Other“, also zum Beispiel „Illegale“ (Integration Fact Sheet 2010).

Trotz der Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft zu erhalten, verblieben viele Russischsprachige in dem Status „Staatenlos“ oder „Russischer Staatsbürger“. Denis Gruber untersuchte in qualitativen Untersuchungen in der Region Ida-Viru aus welchen Gründen sich die RussInnen in diesem Gebiet für die jeweilige Option entschieden hatten. Die InterviewteilnehmerInnen mit estnischer Staatsbürgerschaft gaben an, dass sie sich mit dieser Option als vollwertigere Mitglieder der Gesellschaft fühlten. Neben politischen Partizipationsmöglichkeiten hätten sie durch diese Staatsbürgerschaft auch bessere berufliche Aufstiegschancen, vor allem im öffentlichen Sektor, und bürokratische Hürden fielen weg, was das alltägliche Leben vereinfachte. Vor allem für die jüngere Bevölkerung ist oft auch ein wichtiger Grund, dass sie mit der estnischen Staatsbürgerschaft gleichzeitig EU-BürgerInnen sind und sie Reise-, Arbeits- und Studienmöglichkeiten haben, die ihnen als russische StaatsbürgerIn verwehrt<sup>62</sup> bleiben würden (vgl. Gruber 2008 97f). Die Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft war für Russischsprachige in Estland bis 2001 sehr einfach und durchaus auch von estnischer Seite erwünscht, weshalb sich in den 1990ern viele für diese Option entschieden. Weitere Gründe waren die Diasporapolitik<sup>63</sup> der Russländischen Föderation, die Existenz persönlicher Beziehungsnetzwerke (Familienangehörige in Russland), oder die Inanspruchnahme von persönlichen Vorteilen<sup>64</sup> (vgl. Gruber 100ff). Durch eine estnische Staatsbürgerschaft müssten sie kostspielige und bürokratisch aufwändige Visumverfahren in Anspruch nehmen. Daneben bleiben auch viele staatenlos. Durch den dauerhaften Aufenthaltstitel, den die meisten haben, erhalten sie weitestgehend die gleichen sozialen Leistungen wie estnische StaatsbürgerInnen, weshalb für viele keine Nachteile entstehen. Vor allem die ältere Bevölkerungsgruppe sieht die Bedingungen für den Naturalisationsprozess als zu teuer und mühsam an und empfindet ihn auch teilweise als erniedrigend (vgl. Poleshchuck 2006: 16). Hallik stützt sich auf Studien, die letztendlich gezeigt haben, dass der Großteil der Russischsprachigen seine

---

<sup>62</sup> Allerdings ist es auch Staatenlosen seit 2007 möglich mit einem „Grauen Pass“ visafrei in alle anderen EU-Länder zu reisen (vgl. Gruber 2008: 119).

<sup>63</sup> Auf die russische Diasporapolitik bzw. auf den Einfluss Russlands auf die Integration von estnischen RussInnen wird in Kapitel 6.2.2. eingegangen.

<sup>64</sup> Ökonomische Vorteile entstehen zum Beispiel in den Grenzregionen, wo sie Produkte auf russischer Seite billiger erwerben können; wenn sie keine russische Staatsbürgerschaft hätten, würden die Grenzkontrollen deutlich länger ausfallen (vgl. Gruber 2008: 105).



Zukunft in Estland sieht, unabhängig vom jeweiligen Status. Allerdings erreicht man durch die estnische Staatsbürgerschaft klare Verhältnisse, weshalb auch die Zahl der Staatenlosen und russischen StaatsbürgerInnen beständig, wenn auch langsam, abnimmt (vgl. Hallik 74ff).

Das Staatsbürgerschaftsgesetz habe laut Pettai eigentlich zum Ziel gehabt, dem estnischen Staat einen monoethnischen Charakter zu verleihen. *„The subsequent process was in fact more akin to writing a constitution for a homogeneous nation-state than for the multiethnic republic that the country actually was“* (Pettai 2001: 120). Dabei wurde gar nicht der Frage nachgegangen, ob die Minderheit offen gegenüber multiplen und sich gegenseitig ergänzenden politischen Identitäten ist und sich „loyal“ gegenüber der neuen Republik verhält oder ob sie primär „loyal“ gegenüber ihrem „Ursprungsland“ (das ja in der Form gar nicht mehr existiert) bleiben (vgl. Linz/Stepan 1996: 410). Die Staatsbürgerschaftspolitik hatte vor allem in den 1990ern zunächst gravierende Auswirkungen auf die Lage der russischsprachigen EinwanderInnen in Estland und dieses Thema wurde, vor allem in Bezug auf die Staatenlosen, auch ausreichend von nationalen und internationalen ExpertInnen diskutiert. Trotzdem sei hier noch einmal anzumerken, dass viele bewusst „staatenlos“ blieben (bzw. Russische/r StaatsbürgerIn), hauptsächlich aus dem Grund, dass der estnische Staat auch für diese Gruppe ausreichende Leistungen bereitstellt und es trotz der Erhöhung der Mittel, die für den Naturalisierungsprozess zur Verfügung gestellt wurden, wie zum Beispiel kostenlose Sprach- und Staatsbürgerschaftskurse, zu einem Rückgang der Einbürgerungen gekommen ist. Ein Grund dafür ist laut Gruber, dass Staatenlose sehr rational hinsichtlich Aufwand und Nutzen der Einbürgerung unterscheiden (vgl. Gruber 2008: 124). Eine weitere Ursache könnte allerdings auch die restriktive Politik sein, die über Staatsbürgerschaftsbestimmungen hinausgeht und bei Teilen der russischsprachigen Bevölkerung zu Frustration und Selbstexklusion geführt hat. Weitreichende und vor allem längerfristige Folgen für die Situation und Integration der Russischsprachigen in Estland hatte die Sprachpolitik, auf die ich nun genauer eingehen werde.

#### **4.4. Die estnische Sprachpolitik**

Es gibt einen breiten Konsens darüber, dass „die intergenerationale Integration das zentrale Problem im Zusammenhang der inzwischen entstandenen internationalen Migrationsbewegung darstellt und dass dabei der Sprache eine Schlüsselfunktion zukommt“ (Esser 2006: 11). Die Sprache hat somit in Bezug auf Integration eine zentrale Bedeutung. Sie stellt eine Ressource dar, über die andere Ressourcen erlangt werden können. Esser bezeichnet dies als Humankapital, in das die Akteure investieren können oder nicht. Gleichzeitig ist die Sprache ein Symbol, das Dinge definiert, innere Zustände ausdrückt, Aufforderungen transportiert

und dadurch auch Stereotype über den/die SprecherIn aktivieren kann (zB Diskriminierung wegen des Akzent). „[...] der Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes [ist] eine zentrale Bedingung zunächst jeder weiteren Sozialintegration der Migranten außerhalb des ethnischen Kontextes: Bildungserfolg, die Platzierung auf interessanten Positionen, die Aufnahme von Kontakten und die Strukturierung von Identitäten hängen allesamt deutlich von sprachlichen Kompetenzen ab und wirken, wenigstens teilweise, darauf wieder zurück“ (Esser 2006: 52). Aus diesen Gründen hat auch Estland, vor allem in den letzten zehn Jahren, versucht über Sprachprogramme die Russischsprachigen zu integrieren und orientierte sich dabei durchaus an westeuropäischen Vorbildern. Wie in den vorigen Kapiteln bereits erwähnt, unterscheidet sich die Situation in Estland aber grundlegend von der Situation in den klassischen „GastarbeiterInnenländern“ aufgrund der (anteilmäßig) hohen Zahl an Russischsprachigen, der „kompakten“ Siedlungsgebiete, ihres Status und der Gegebenheiten bei ihrer Einwanderung (Binnenmigration). Trotzdem wurden über die Sprach- und Integrationspolitik über die Jahre Programme formuliert, die auf lange Sicht die sprachliche Assimilation der Minderheiten und eine Homogenisierung der Gesellschaft zum Ziel haben. Ein Grund für diese Politik war, dass viele EstInnen befürchteten, dass ihre Sprache und somit ein wichtiges Identitätsmerkmal aussterben würde.

#### **4.4.1. Sprachpolitik in der UdSSR. Eine Gefahr für die estnische Sprache?**

Innerhalb der UdSSR stellte Russisch die *lingua franca* dar, war Wirtschafts- und Verkehrssprache und sollte darüber hinaus einen möglichst großen kulturell homogenen Raum schaffen. Während die russische Sprache somit in der gesamten Union vorherrschend und für Arbeitsmarkt, Handel, Politik, Wissenschaft und Medien unabdinglich war, wurde das Estnische in den Privatraum zurückgedrängt. Vor dem Gesetz waren zwar beide Sprachen gleichberechtigt, in der Realität sahen aber viele EstInnen durch den einseitigen Bilingualismus<sup>65</sup> ihre Sprache gefährdet, da zwar ein großer Teil von ihnen Russisch beherrschte, auf der anderen Seite aber kaum jemand der russischsprachigen EinwanderInnen Estnisch sprach (vgl. Gruber 2008: 89, Hallik 2002: 7). Für ein Volk ist es besonders tragisch, wenn es seine „ethnische Sprache“ verliert. *„They lose their established sense of a moral universe, of an image of the good life, of the attainability of intergenerational continuity, of a meaningful past, present*

---

<sup>65</sup> Bilingualität bedeutet die Beherrschung der Muttersprache und einer Zweitsprache. Sind die Kompetenzen in beiden Sprachen hoch, spricht man von „kompetenter Bilingualität“, zu „monolingualer Segmentation“ kommt es, wenn die Kompetenz in der Erstsprache hoch ist und die in der Zweitsprache niedrig. Verhält es sich anders herum, spricht man von „monolingualer Assimilation“. Werden beide Sprachen unzureichend beherrscht, wird dies laut Esser als „sprachliche Marginalität“ bezeichnet (vgl. Esser 2006: 210). Zu erwähnen ist, dass Essers Überlegungen aus einer soziologischen Sichtweise heraus erfolgen und nicht aus einer sprachwissenschaftlichen.

*and future, of a right place in the grander design*“ (Fishman 2002: 86). Wegen der verschiedenen Sprachregime<sup>66</sup> und deren unterschiedlichen Auswirkungen auf das Estnische befürchteten viele EstInnen, dass ihre Sprache existentiell gefährdet sei, weshalb man nach dem Erreichen der Unabhängigkeit mit allen Mitteln versuchen wollte, die estnische Sprache auf Dauer abzusichern. Als Negativbeispiel hatte man die ehemalige Sowjetrepublik Weißrussland vor Augen, wo trotz einer ethnisch homogenen Gesellschaft (etwa 80% der Bevölkerung sehen sich ethnisch als WeißrussIn), das Russische als Umgangssprache deutlich dominiert und das Weißrussische zur Minderheitensprache wurde<sup>67</sup> (vgl. Reidinger 2009: 211f).

Das große Ziel in der neuen Republik war, dass Estnisch die einzige Amts- und Verwaltungssprache wird, da der Staat als Nation der Esten und Estinnen gegründet wurde. *„In the case of the language, the presumption was that if the state was an expression of the nation, the only official language that could exist was that one of the nation“* (Linz/Stepan 1996: 415). Allen anderen Sprachen, auch dem Russischen, sollten keine besonderen Rechte eingeräumt werden. Gruber geht deshalb davon aus, dass in Estland nie ein multilinguales System, wie etwa in der Schweiz, angestrebt wurde, sondern die sprachliche Assimilation an die Mehrheitsgesellschaft gewünscht wurde (vgl. Gruber 2008: 89f). Im folgenden Abschnitt wird aber gezeigt, dass zwischen den Idealvorstellungen der estnischen EntscheidungsträgerInnen und den Zuständen in der Realität oft ein großer Unterschied besteht und die tatsächliche Anwendung der jeweiligen Sprache oft pragmatischer ist, als die Gesetzgebung vermuten lässt.

Die Ziele der Sprachpolitik wurden dahingehend legitimiert, dass die EstInnen nur ein kleines Volk mit wenigen SprecherInnen der Nationalsprache und auch wenigen verwandten, finno-ugrischen Sprachen seien. Abgesehen von dem nah verwandten Finnischen und dem entfernt verwandten Ungarischen, waren (und sind) viele Sprachen dieser Sprachfamilie, vor allem auf dem Gebiet der Russländischen Föderation, existentiell gefährdet<sup>68</sup> (Sooman 2008: 191). Linz und Stepan können diese Gefühle der Bedrohung zwar nachvollziehen, stellen dem aber entgegen, dass sich in linguistischer und auch demographischer Hinsicht die Es-

---

<sup>66</sup> Hogan-Brun macht in Estland sechs verschiedene Sprachregime aus: 1. Die zaristische Periode mit Russifizierungsversuchen, die aber zum Großteil scheiterten. 2. Die Etablierung der estnischen Sprache in der Zwischenkriegszeit. 3. Russifizierung während der ersten Besatzungsperiode der UdSSR 1940 bis 1941. 4. Das (kurze) Vordringen der deutschen Sprache während des Nazi-Regimes 1941 bis 1944. 5. Offiziell „sozialistische Gleichheit der Sprachen“ während der Okkupationszeit bis 1989, inoffiziell verdrängte Russisch die estnische Sprache aus vielen Bereichen. 6. Estnisch als einzige Staatssprache im neuen unabhängigen Staat (vgl. Hogan-Brun 2007: 4).

<sup>67</sup> Die Situation in Weißrussland gestaltete sich deutlich anders, da Präsident Lukašénka den in der Sowjetunion eingeleiteten Russifizierungsprozess bis heute unterstützt und die beiden ostslawischen Sprachen viel näher einander sind, als das bei Estnisch und Russisch der Fall ist (und somit ein „Sprachwechsel“ leichter ist) (vgl. Reidinger 2009: 214).

<sup>68</sup> Laut Sooman sind die finno-ugrischen Sprachen Marisch, Mordwinisch und die Komi-Sprache, die sich alle auf dem Gebiet der Russländischen Föderation befinden, existentiell gefährdet (vgl. Sooman 2008: 191).

tlInnen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen in Estland deutlich behaupten könnten, weshalb nicht mehr die Gefahr bestand (oder besteht), dass das Estnische in naher Zukunft ausstirbt. Aber die bewusste Benutzung „[...] of the phrase ‚*linguistic extinction*‘ makes it easier to socially construct a politics of Russian exclusion instead of politics of inclusion“ (Linz/Stepan 1996: 418). Die Gründe dafür, warum es in Estland zu einer geringeren sprachlichen Assimilation während der Sowjetzeit kam als beispielsweise in Weißrussland oder der in der Republik Mari El<sup>69</sup> sind zahlreich. Die Sowjetunion wurde nie wirklich akzeptiert, weshalb es auch einen gewissen Abwehrmechanismus gab und da die Sprache Russisch mit der ungeliebten Union assoziiert wurde, hatte diese ein geringes Ansehen unter der ethnisch estnischen Bevölkerung. Man hatte auch immer vor Augen, dass die nationale Eigenständigkeit wieder erreicht werden kann und griff dabei auch auf kollektive Erinnerungen, die in der Zwischenkriegszeit gemacht wurden, zurück. Einen erheblichen Einfluss übten auch Kräfte von Außen aus, die bei anderen Sowjetrepubliken fehlten. Beispielsweise erwies sich die Nähe zu Finnland als Vorteil, da man im Norden Estlands finnische Kanäle empfangen konnte und so nicht komplett von der nicht-kommunistischen Welt abgeschnitten war. Auf diesem Weg nahmen auch ExilestInnen Kontakt zu ihrem Heimatland auf. Nicht vergessen darf man auch die Rolle der estnisch-kommunistischen EntscheidungsträgerInnen, die oft Widerstand bei der Implementierung von sowjetischer Sprachpolitik zeigten (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 44). Diese Aufzählung bestätigt die These von Sooman, dass die estnische Sprache auch während der Sowjetzeit nie bedroht war, auch (oder obwohl) sie nicht gefördert wurde (vgl. Sooman 2008: 181).

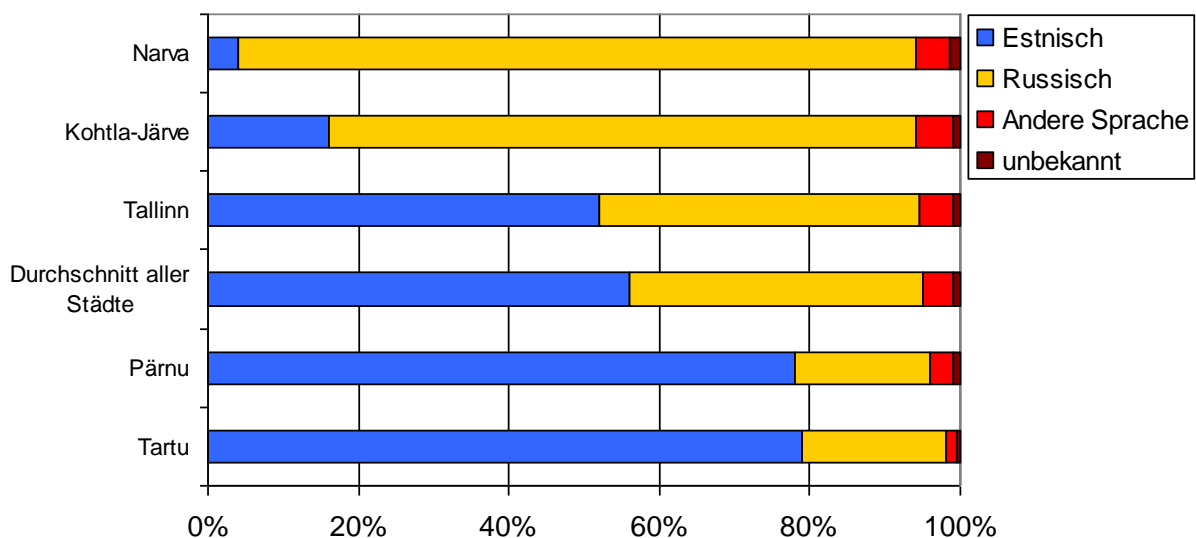
#### 4.4.2. Exklusion der Russischsprachigen über die neue Sprachpolitik?

Bereits 1989 wurde in Estland ein Gesetz verabschiedet, dass zwar noch Bilingualismus vorsah, aber in dem die Estnische Sprache bereits als „erste Sprache“ in der ESSR verstanden wurde. Russisch wurde noch als zweitwichtigste Sprache anerkannt, wobei aber die Bedeutung des Estnischen in allen Bereichen gesteigert werden sollte. Allerdings war dieses Gesetz als Übergangslösung vorgesehen und sollte nur den Grundstein für eine spätere Reglementierung legen. Das Sprachgesetz von 1995 betrachtete Russisch so wie jede andere nicht-estnische Sprache als Fremdsprache. Dadurch dass Minderheitensprachen nicht anerkannt wurden, standen ihnen auch keine besonderen Rechte im öffentlichen Raum zu. Eine Besonderheit stellte allerdings der Zusatz dar, dass in jenen Gebieten, wo eine nicht-estnische Gruppe mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellt, auf Gemeindeebene bürokrati-

<sup>69</sup> Heute eines der 89 Subjekte der Russländischen Föderation mit den Amtssprachen Russisch, Wiesen-Marisch und Berg-Marisch. Praktisch dominiert allerdings das Russische sämtliche Lebensbereiche (auch das Bildungswesen) (vgl. Sooman 2008: 191).

sche Abläufe in der jeweiligen Umgangssprache abgehalten werden dürfen. Von diesem Zusatz profitierten Städte wie Narva und Sillamäe, während Tallinn (mit der zahlenmäßig größten Gruppe an Russischsprachigen) nicht darunter fiel. Grundschul- und Sekundarschulbildung in den Minderheitensprachen blieben bestehen und auch kulturelle Institutionen dieser Gruppen wurden gefördert (vgl. Hallik 2002: 72, Vetik 2002: 86). „Durch diese Regelung garantierte die estnische Regierung die größtmögliche Integration der in Estland verbliebenen russischen Minderheit, die dennoch durch das neue Einbürgerungsgesetz zum minimalen Spracherwerb aufgefordert wurden“ (Kettig 2004: 137). Das es natürlich unterschiedliche Auffassungen darüber gab, was „minimale“ Sprachkenntnisse sind, sollte man hier allerdings nicht unerwähnt lassen. Die folgende Darstellung zeigt die größten Städte Estlands und den jeweiligen Anteil der Muttersprache zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung 2000 und soll darstellen, wie unterschiedlich die Sprachsituation in Estland ist. Zu beachten ist, dass es sich bei den Russischsprachigen in Estland hauptsächlich um städtische Bevölkerung handelt.

**Abbildung 5: Muttersprache in den größten Städten 2000**



Daten: Statistikaamet 2000: 20, eigene Darstellung

Bereits im Leitsatz, den das Außenministerium zur Integration formuliert hat und der sich an der Verfassung orientiert, wird eine gewisse Unvereinbarkeit ersichtlich:

*„Estonia is a culturally diverse society. It is important that all permanent residents of Estonia, irrespective of their ethnic origin, feel secure in Estonia, are competent in the state language, share values underlying the Constitution, are able to lead fulfilled life by participating in the societal, economic and cultural life of the country. Everyone is gua-*

*ranteed the right to preserve and develop his/her language and culture [...] and up to now it has achieved in general good results at ensuring the participation of all ethnic groups residing in Estonia in social life [...]"* (Välisministeerium 2008).

Auf der einen Seite anerkennt man also durchaus, dass es in Estland eine sprachlich und ethnisch sehr heterogene Bevölkerung gibt und dass auch jeder das Recht hat, seine Sprache und Kultur zu fördern. Hingegen wird betont, dass alle BewohnerInnen Estlands die Staatssprache beherrschen sollen. Diese Schwierigkeit zieht sich in den letzten zwanzig Jahren durch die Sprachpolitik, die Minderheitensprachen viele Rechte einräumt, wie Bildung und kulturelle Einrichtungen in ihrer Sprache, gleichzeitig aber im Endeffekt nur eine Sprache als Staatssprache akzeptiert und auch in sprachlichen Belangen eine zunehmende Homogenisierung anstrebt.

Die estnische Verfassung verzichtet bewusst auf eine Definition des Begriffs „nationale Minderheit“<sup>70</sup>. In Artikel 37 wurde geregelt, dass jede nationale Minderheit die Unterrichtssprache in ihrer Bildungseinrichtung wählen kann. In Artikel 49 wird betont, dass jeder das Recht auf die Wahrung seiner ethnischen Identität hat und deshalb gemäß Artikel 50 Selbstverwaltungseinrichtungen im Sinne seiner nationalen Kultur unterhalten werden können. In Artikel 52 wird festgelegt, dass Estnisch die alleinige Amts- und somit auch Staatssprache ist. Eine Ausnahme bildet dabei der bereits erwähnte Zusatz, dass eine Minderheitensprache als „interne Amtssprache“ fungieren kann, sofern sie von mehr als der Hälfte der Wohnbevölkerung als Umgangssprache verwendet wird, was in der Praxis nur auf Russisch zutrifft (vgl. Kettig 2004: 137).

Da zu Beginn der Transformation der Großteil der Russischsprachigen nicht Estnisch beherrschte, wurde die Sprachpolitik zu einem entscheidenden Punkt, noch bevor Integrationsstrategien formuliert worden war. Grundsätzlich wären die Voraussetzungen für eine sprachliche Integration in Estland nicht schlecht gewesen. Obwohl Estnischkenntnisse unter den Russischsprachigen kaum verbreitet waren, genoss die Sprache ein hohes Prestige und wurde mit einer gewissen „Westorientierung“ verbunden (vgl. Heidmets/Lauristin 2002: 325).

---

<sup>70</sup> Diese wurde allerdings im Gesetz über kulturelle Autonomie von 1993 geregelt. Als nationale Minderheit gelten StaatsbürgerInnen Estlands, die sich auf estnischem Territorium aufhalten, eine „lange und stabile“ Bindung zu diesem Land haben und sich in ethnischer, kultureller, religiöser oder sprachlicher Hinsicht von EstInnen unterscheiden und den Wunsch haben, diese Unterscheidung auch weiter zu pflegen. Aufgrund des Kriteriums „Staatsbürgerschaft“ schied zu diesem Zeitpunkt der Großteil der Russischsprachigen in Estland aus. Bis heute hat nur die Gruppe der ingrischen FinnInnen einen Antrag über kulturelle Autonomie (2004) eingereicht. Laut Poleshchuk sind bürokratische Hürden, der Mangel an finanziellen Mitteln sowie die enge Definition ausschlaggebend für den geringen Erfolg dieses Gesetzes. Des Weiteren ergeben sich nicht unbedingt größere Vorteile, wenn man als „kulturelle Autonomie“ anerkannt wird; dessen ungeachtet hätte es aber sicher eine symbolische Bedeutung für die Russischsprachigen (vgl. Poleshchuk 2006: 37f) Lind schreibt weiter: „*The cultural autonomy does, [...] not clearly define what the role of autonomous cultural institutions should be*“ (Lind 2003: 39). Außerdem sei es leichter, in Estland eine NGO mit umfassenden Zielen zu gründen, die die Minderheiten betrifft und die ähnliche finanzielle Unterstützung vom Staat erhält wie „kulturelle Autonomien“ (vgl. Lind 2003: 39).

Man ging zunächst davon aus, dass innerhalb von zwei Jahren Estnischkenntnisse in allen Arbeitsbereichen, die mit Service und Handel zu tun haben, obligatorisch werden würden. Innerhalb von vier Jahren sollte sämtliche staatliche Korrespondenz in Estnisch vonstatten gehen. Es stellte sich aber bald heraus, dass diese Forderungen überzogen und nicht in die Realität umsetzbar waren. Vor allem für viele ältere und weniger gebildete Russischsprachige hätte das den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet (vgl. Linz/Stepan 1996: 415). Die geforderten Estnischkenntnisse, sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Sektor, hätten laut Hogan-Brun ua. vor allem aber auch eine symbolische Bedeutung gehabt. Viele befürchteten, dass sie ihre Arbeitsstelle verlieren könnten, und verbesserten deshalb ihre Estnisch. Der Verlust des Arbeitsplatzes hätte somit eine größere Motivation bedeutet, die Staatssprache zu lernen, als die angebotene Staatsbürgerschaft. Jede Person, die eine Tätigkeit in der „Öffentlichkeit“ hatte, wurde getestet, ob sie über ausreichende Sprachkenntnisse verfügte. Dabei wurden unterschiedliche Stufen festgelegt. So muss beispielsweise eine Hausbesorger nur geringe Kenntnisse haben, Pflegepersonal im Krankenhaus oder ein/e Polizist/in einen mittleren Level erreichen und ein/e Doktor/in, Lehrer/in oder Abgeordnete/r im Parlament den höchsten Sprachlevel vorweisen können. Wie aber schon erwähnt, war es in der Realität nicht machbar, alle Personen, die über mangelnde Kenntnisse verfügten, zu entlassen, weil dann beispielsweise die Städte im Nordosten weder Lehrpersonal noch Exekutivbeamte gehabt hätten (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 57). Im administrativen Bereich, wo man am Estnisch umfassendsten durchsetzen wollte, sieht die Praxis auch heute noch anders aus. In Städten wie Narva werden bei Lokalbehörden Arbeitssitzungen auf Russisch abgehalten und dann pro forma auf Estnisch zusammengefasst. Die Gesetzgebung würde zwar eine andere Vorgehensweise vorsehen, aber bei einer Lokalbehörde, in der von 31 Mitgliedern nur 8 Estnisch fließend beherrschen, wäre diese nicht umsetzbar (vgl. Poleshchuk 2006: 43).

Die Überlegungen, das Estnische für den ganzen Privatsektor verpflichtend zu machen, wurden 2000 verworfen und durch ein Gesetz ersetzt, das besagt, dass Estnisch nur in den Bereichen obligatorisch ist, die das „öffentliche Interesse“ betreffen, also beispielsweise im Gesundheitswesen oder KonsumentInnenschutz. (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 67). Neben dem Arbeitsmarkt hatte die Sprachpolitik auf viele Bereiche erheblichen Einfluss. Man versuchte nicht nur zu erreichen, dass Estnisch auf allen Ebenen dominiert, sondern wollte auch andere Sprachen weitestgehend aus den öffentlichen Bereichen entfernen, weshalb zum Beispiel zweisprachige Tafeln durch einsprachige ersetzt wurden. Falls noch zweisprachige Tafeln benutzt wurden, so wurde die Staatssprache Estnisch größer dargestellt (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 57). Das hatte zur Folge, dass in den 1990er Jahren fast überall in Estland kyrillische Zeichen aus dem öffentlichen Leben verschwanden.

Obwohl in Artikel 45 der Verfassung das Recht auf freie Meinungsäußerung erwähnt wird, gibt es dennoch einige Ausnahmen, die die Stellung des Estnischen stärken sollen. Im

Sprachgesetz wird festgehalten, dass öffentliche Schilder, Wegweiser, Ankündigungen und Werbungen auf Estnisch sein sollten. Ausnahmen gelten nur im Falle von ausländischen DiplomatenInnen, wenn es im Interesse des Tourismus ist und für registrierte kulturelle Autonomien (zu denen estnische RussInnen nicht zählen). Auch wenn das Gesetz den alleinigen Gebrauch der estnischen Sprache in diesem Bereich vorsieht, muss man erwähnen, dass in der Praxis, vor allem im Bereich der Privatwirtschaft (zB Werbung), die Sprachinspektoren in den letzten Jahren zunehmend toleranter wurden und in zweisprachigen Ortschaften auch mehr bilinguale öffentliche Schilder auftauchen (vgl. Poleshchuk 2006: 46). Des Weiteren müssen auch viele EstInnen im Dienstleistungsbereich nach wie vor Russisch beherrschen. Vor allem da, wo es viele russischsprachige KundInnen gibt, muss man sich alleine aus geschäftlichem Interesse auch an diese Gruppe wenden können.

#### **4.4.3. Die Konsequenzen der estnischen Sprachpolitik**

Durch die Annäherung an die EU und die Konsequenzen, die sich daraus ergaben, musste auch die estnische Regierung ihre Minderheitenpolitik überdenken. So wurde 2000 die erste Integrationsstrategie veröffentlicht, die 2008 von einer leicht modifizierten Strategie abgelöst wurde. Dabei wird ersichtlich, dass in beiden Programmen das Hauptaugenmerk auf die Sprache gerichtet wird. Die russischsprechende Bevölkerung wäre nur dann gut integriert, wenn sie loyal gegenüber der estnischen Republik sei, wenn sie sich selber als Teil der estnischen Gesellschaft sehe und wenn sie die estnische Sprache im Alltagsleben verwende (vgl. Eesti Koostöö Kogu 2008: 6). Es ist auffällig, dass sich der Punkt „Sprache“ durch das gesamte Programm zieht, wobei hier wiederum der Schwerpunkt auf den Ausbau der estnischen Sprache in allen Schulen gelegt wird.

Welche Sprache dann allerdings tatsächlich gesprochen wird, können die estnischen PolitikerInnen nicht entscheiden. Der Gebrauch von anderen Sprachen, auch in der Arbeitswelt, wurde nicht verboten. Es konnte auch weiterhin in anderen Sprachen publiziert werden und es gab keine Eingriffe in den Mediensektor (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 57f). Das hat auch dazu geführt, dass sich in Estland im Laufe der Transformation zwei voneinander getrennte Medienlandschaften entwickelten (vgl. Uhrmann 2001: 94). Während in den 1990er Jahren estnischsprachige Medien florierten, verlor der estnisch-russische Zweig zunehmend an Bedeutung, was mit einem Vertrauensverlust der MigrantInnen in unabhängigen Journalismus einherging. Das führte allerdings nicht dazu, dass sie auf estnischsprachige Medien<sup>71</sup> um-

---

<sup>71</sup> Als Gründe dafür nennen Kõuts und Tammpuu (neben der sprachlichen Barriere), dass estnischsprachige Medien vor allem in den 1990ern sehr emotional (und weniger informativ oder analytisch) über die Russischsprachigen berichteten und es klare Abgrenzungen zwischen „uns“ und „de-



stiegen, sondern dazu, dass sie ihre Informationen zunehmend über russische TV-Kanäle bezogen (vgl. Jakobsen/Iljina 2002: 302f).

Die Konsequenzen der Sprachpolitik sind anhand der Forschungen von Kolstø ua. ersichtlich, die zehn Jahre nach dem Erlangen der Unabhängigkeit durchgeführt wurden. Sie zeigen auf der einen Seite auf, dass Russischsprachige zunehmend akzeptieren, dass jeder Bewohner und jede Bewohnerin Estlands die estnische Sprache beherrschen sollte. 79% der TeilnehmerInnen ihrer Untersuchungen unterstützten diesen Punkt. Auf der anderen Seite gab aber ein noch immer geringer Anteil von 15% an, dass er die estnische Sprache fließend beherrschte, während 32% überhaupt keine Estnischkenntnisse hatten. Wiederum 35% der EstInnen sprachen Russisch fließend und weitere 4% gaben an, dass sie Russisch als erste Umgangssprache verwendeten, wobei dieser Anteil deutlich im Sinken begriffen ist (vgl. Kolstø 2002: 62). Es zeigte sich allerdings schon bei der Volkszählung 2000 der Trend, dass mehr und mehr Russischsprachige Estnisch beherrschen. Ihre Zahl stieg von nur 15,0% im Jahr 1989 auf 39,7% 2000 (bei anderen Nationalitäten, wie zB UkrainerInnen von 19,5% auf 48,1%). Gleichzeitig waren die Russischkenntnisse der EstInnen mit einem Wert von 68,2% noch überaus hoch (vgl. Statistikaamet 2000: 16). Die Kenntnisse der jeweiligen Sprachen verteilen sich natürlich regional sehr unterschiedlich. Vor allem da, wo Russischsprachige konzentriert wohnen, etwa in Ida-Virumaa und Teilen Harjumaas, und es entsprechende Möglichkeiten zur ausschließlich intraethnischen Kommunikation gibt, ist der Wille zum Erwerb der Sprache der Aufnahmegesellschaft oft geringer als in anderen Teilen Estlands<sup>72</sup> (vgl. Gruber 2008: 154).

Die Ergebnisse von Studien über die jeweiligen Sprachkenntnisse weichen bei unterschiedlichen Spracherhebungen teilweise voneinander ab. Anhand der Daten, die für den *Estonian Integration Plan 2008 – 2013* verwendet wurden (2005), ist ersichtlich, dass sich die Sprachfähigkeiten von Generation zu Generation sehr stark unterscheiden. Während junge Russischsprachige die Staatssprache zunehmend beherrschen, was eine direkte Folge der Staatsbürgerschafts- und Sprachpolitik ist, ist hier der Anteil der älteren Bevölkerung sehr gering.

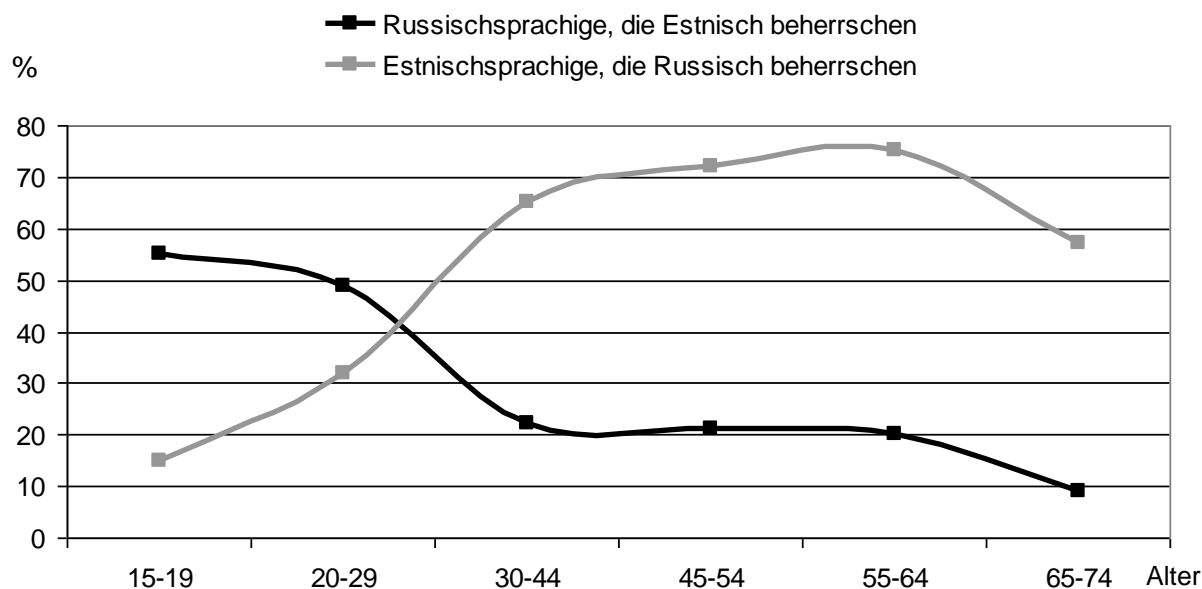
---

nen“ gab. Sie wurden als Teil Russlands beschrieben und stellten somit eine Bedrohung für die junge Republik dar, was wiederum den „Opfermythos“ der EstInnen gestärkt hätte. Erst ab Ende der 1990er kam es in der estnischsprachigen Medienlandschaft zu differenzierteren Bildern der MigrantInnen (vgl. Kõuts/Tammpuu 2002: 307f).

<sup>72</sup> Bei Spracherhebungen 2005 gaben 16% der estnischen RussInnen in Tallinn an, dass sie nicht Estnisch beherrschen, während dieser Wert in Narva mit 62% vier Mal höher lag (Eesti Koostöö Kogu 2008: 6).

Bei Estnischsprachigen verhält es sich genau umgekehrt, wie in der folgenden Abbildung ersichtlich wird.

**Abbildung 6: Kenntnisse der jeweils anderen Sprache in Estland**



Daten: Eesti Koostöö Kögu 2008: 7, eigene Darstellung

Die Ergebnisse der *Immigrant Population Survey 2008* unterscheiden sich von diesen Ergebnissen dahingehend, dass deutlich mehr Russischsprachige Estnischkenntnisse haben als das bei der vorigen Darstellung der Fall ist<sup>73</sup> (Gruppe der 20 – 29-Jährigen ca. 70%, Gruppe der 30 – 39-Jährigen über 60%, Gruppen der 40 – 60-Jährigen um ca. 50%<sup>74</sup>) (vgl. Rummo-Laes 2009: 57). Diese Zahlen verdeutlichen auch die Transformation der Sprachgewohnheiten. Während es für Estnischsprachige während der Sowjetzeit obligatorisch war, Russisch zu beherrschen, hat sich diese Situation für viele nun umgedreht.

Die Implementierung von Empfehlungen seitens der EU hatte nicht nur Auswirkungen auf die Integrationspolitik, sondern auch auf das Erlernen von Zweit- und Fremdsprachen. Durch die Europaorientierung wurde Englisch zur wichtigsten Fremdsprache, sowohl für EstInnen als auch für RussInnen. Das bedeutete, dass immer weniger EstInnen Russisch lernen wollten und auch für junge Russischsprachige gute Englischkenntnisse oft einen höheren Stellenwert haben als die Beherrschung der Staatssprache. Lauristin und Heidmets glauben, dass deshalb in absehbarer Zeit Englisch sogar zur Mittlersprache zwischen jungen EstInnen und RussInnen werden könnte (vgl. Lauristin/Heidmets 2002: 325). Ich denke allerdings nicht,

<sup>73</sup> Ein Grund dafür könnte sein, dass es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie umfassend diese Estnischkenntnisse sein müssen, damit sie für solche Umfragen relevant werden.

<sup>74</sup> Des Weiteren wird zwischen erster und zweiter Generation von ImmigrantInnen unterschieden, wobei der Anteil von letzteren deutlich höher liegt (Rummo-Laes 2009: 57).

dass Englisch diese Funktion übernehmen wird, vor allem auch deshalb, weil gerade über das Bildungssystem Estnischkenntnisse obligatorisch werden und so anzunehmen ist, dass junge Russischsprachige Estnisch zunehmend soweit beherrschen, dass sie sich problemlos mit EstInnen unterhalten können. Allerdings ist Lauristin und Heidmets zufolge spürbar ein gewisser Prestigeverlust der estnischen Sprache. Die ethnische Identität der estnischen RussInnen verstärkt sich und wie EstInnen in der Sowjetzeit ihre Sprache gefördert und gepflegt haben, passiert das Gleiche jetzt bei dieser neuen Generation von Russischsprachigen (vgl. Lauristin/Heidmets 2002: 325). Auf ein ähnliches Ergebnis kam auch Gruber in seinen Untersuchungen. „Sprache als Symbol ist einer der grundlegenden Bausteine für die Identitätsbildung“ (Gruber 2008: 150). Sowohl EstInnen wie auch RussInnen identifizieren sich zu einem großen Teil über ihre Muttersprache. Die InterviewpartnerInnen von Gruber gaben immer wieder an, dass die russische Sprache als „moderne, ökonomische“ Sprache gesehen würde, auf die man stolz sei, auch deshalb, weil sie eine der fünf großen Welt Sprachen sei. Daraus ergibt sich durchaus auch ein gewisses Überlegenheitsgefühl und das Estnische wird von manchen als „bäuerliche, kleinstaatliche“ Sprache mit weltweit sehr wenigen SprecherInnen<sup>75</sup> verstanden (vgl. Gruber 2008 152ff). Auch aus den Daten der Volkszählung ist ersichtlich, dass obwohl die Estnischkenntnisse der Russischsprachigen steigen, es in naher Zukunft nicht komplett vom Estnischen verdrängt werden und es auch nicht zu einer „sprachlichen Assimilation“ kommen wird. Bei der Volkszählung 2000 gaben 98,2% der RussInnen (und 97,2% der EstInnen) an, dass ihre jeweilige „Nationalitätensprache“ ihre Muttersprache sei und daran werden auch die estnischen Sprachgesetze nicht viel ändern können (Statistikaamet 2000: 15). Aus diesen Gründen ist eine „friedliche Assimilierung“ der russischsprachigen Minderheit im Baltikum, von der etwa Riese ausgeht, äußerst unwahrscheinlich (vgl. Riese 2001: 84).

Generell kann man allerdings sagen, dass der Umgang mit Sprachen auf beiden Seiten pragmatischer wurde und Mehrsprachigkeit in Estland zunimmt (Lauristin/Heidmets 2002: 325). Meine Beobachtungen haben gezeigt, dass vor allem im privatwirtschaftlichen Bereich, da wo man Kunden und Kundinnen lukrieren möchte, die russische Sprache und die kyrillische Schrift überall dort allgegenwärtig sind, wo viele Russischsprachige leben. Viele Werbungen sind zweisprachig, Konzerte werden auf Russisch und Estnisch angekündigt, Zeitungen und Zeitschriften werden bilingual angeboten, alle Filme in den estnischen Kinos

---

<sup>75</sup> Der „Wert“ einer Sprache bestimmt sich laut Esser (unter anderem) durch seine Verwendbarkeit über unterschiedlich große Populationen von SprecherInnen hinweg. Das bedeutet, dass der Wert einer Sprache steigt, je mehr Menschen (weltweit) diese beherrschen (vgl. Esser 2006: 486f). Allerdings ist vor allem auch die Anzahl der verfügbaren SprecherInnen im alltäglichen Nahbereich relevant, weshalb auch „kleinere Sprachen“ eine höhere Wertigkeit haben können (vgl. Esser 2006: 493). Für Estland würde das heißen, dass in Städten mit einer überwiegend estnischsprachigen Bevölkerung (Tartu, Pärnu), die Russischsprachigen in alltäglichen Kommunikationen und Transaktionen mehr auf die estnische Sprache zurückgreifen (müssen), weshalb auch der „Wert“ dieser Sprache steigt, während das in Städten wie Narva und Sillamäe nicht der Fall ist.

sind, falls nicht in estnischer Sprache, mit Untertiteln in den beiden dominanten Sprachen versehen und das estnische Fernsehen baut sein zweisprachiges Programm (wenn auch langsam) aus. Überall da, wo man estnisch- und russischsprachige KonsumentInnen erreichen will, ist Zweisprachigkeit gang und gäbe. Und auch wenn die Gesetzgebung vorsieht, dass im öffentlichen Bereich, beispielsweise in Bibliotheken, Postämtern oder anderen staatlichen Einrichtungen, Estnisch die alleinige Sprache ist, so ist das Personal trotzdem oft des Russischen mächtig und man bekommt auch Auskunft in dieser Sprache. Ein Punkt, der nicht unerwähnt bleiben darf, ist die Verwendung der Sprache im Internet. In Estland, dass sich ja selber als eine sehr internetbegeisterte Nation versteht, werden die meisten größeren Websites, egal ob im öffentlichen oder privaten Sektor, sowohl in estnischer, wie auch in russischer und englischer Sprache angeboten. Das ändert allerdings nichts daran, dass durch die Integrationsstrategie nach wie vor ein Weg verfolgt wird, der Estnisch als einzige Staatssprache vorsieht und der die russische Sprache über das Schulsystem weiter zurückdrängen will, woraus sich Nachteile für die Minderheitsbevölkerung ergeben, wie ich im abschließenden Kapitel darstellen werde.

#### **4.4.4. Die estnische und die russische Sprache im Bildungssystem**

„Das Bindeglied zwischen den sprachlichen Kompetenzen und der weiteren strukturellen Integration vor allem auf dem Arbeitsmarkt, speziell in der Folgegeneration, ist die Bildung“ (Esser 2006: 285). Die estnische Regierung hat diesen Punkt schon früh erkannt, weshalb in den Integrationsstrategien das Hauptaugenmerk auf das Bildungssystem gerichtet wurde. Auch wenn es (im Gegensatz zu den westeuropäischen Einwanderungsländern) in Estland ein nach Sprachen getrenntes Schulsystem gibt und die Minderheitsbevölkerung die Möglichkeit hat eine Schullaufbahn (zumindest teilweise) in ihrer Sprache zu absolvieren, versucht man beständig, den Anteil des Estnischen auszuweiten, was durchaus kontrovers diskutiert wird.

Das zweigeteilte Schulsystem der Sowjetunion blieb in den 1990er Jahren noch bestehen, obwohl man schon damals Bedenken hatte, dass es für einen Staat problematisch werden könnte, wenn über ein getrenntes Schulsystem zwei nach Sprachen getrennte Gesellschaften entstehen. Finanziell gab es keine Unterschiede, da russischsprachige Schulen genauso unterstützt wurden wie estnischsprachige. Um die „Attraktivität“ von estnischsprachigen Schulen in russischsprachigen Gebieten zu erhöhen, erhielten diese aber öfter einen höheren finanziellen Zuschuss und eine modernere Ausstattung. Im Gegensatz zur Situation in der Sowjetunion konnten sich nun aber auch Schulen entwickeln, in denen man in einer anderen Sprache als Estnisch oder Russisch unterrichtete. Dieser Punkt war für die estnische

Regierung auch deshalb sehr wichtig, weil man zeigen wollte, dass nicht alle Minderheiten als Umgangssprache bzw. Muttersprache Russisch verwenden<sup>76</sup>. Zusätzlich wollte man verhindern, dass andere slawische Minderheiten (wie etwa UkrainierInnen, WeißrussInnen oder PolInnen) fortwährend sprachlich russifiziert werden. Hierfür wurde das Gesetz für kulturelle Autonomie von 1925 im Jahre 1993 restauriert. Die Sprache in den Hochschulen und Universitäten wurde schon sehr früh auf Estnisch umgestellt. (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 57f). Die Herausforderungen in den 1990ern waren zunächst enorm, da Lehrpläne, Schulbücher und nicht zuletzt die Einstellung des Lehrpersonals teilweise komplett geändert werden mussten. Bei diesen Entwicklungen fielen die russischsprachigen Schulen zurück. Da zu Beginn die notwendigen Ressourcen fehlten, um russischsprachiges Unterrichtsmaterial in Estland herzustellen, orientierten sich diese Schulen an den Curricula der Russländischen Föderation, arbeiteten also nicht im Einklang mit den nationalen estnischen Lehrplänen (vgl. Asser ua. 2002: 237f).

1993 wurde ein Gesetz erlassen, das den Sprachgebrauch in mittleren Schulen regulieren und den bilingualen Unterricht fördern sollte. 60% des Unterrichtes sollten in Estnisch erfolgen und nur noch 40% in der jeweiligen Minderheitensprache. Dieses Gesetz stieß aber nicht nur unter VertreterInnen der Minderheiten auf große Kritik und es war darüber hinaus kaum exekutierbar, da es an geeignetem Lehrpersonal<sup>77</sup> mangelte, das über ausreichende Estnischkenntnisse<sup>78</sup> verfügte. Man befürchtete deshalb auch eine Verschlechterung der Bildungsqualität und schob das Gesetz bis 2007 auf (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 87, Sooman 2001: 65). Das Lehrmaterial wurde aber schon früher ausgetauscht, vor allem auch deshalb, weil man befürchtete, dass zum Beispiel über Geschichtsbücher aus Russland ein (aus estnischer Sicht) „falsches“ Geschichtsbild unter den jungen Russischsprachigen in Estland entstehen könnte. Russische Geschichtsbücher wurden deshalb auch als erste durch nationale ersetzt, die von estnischen AutorInnen verfasst wurden und so zu einem einheitlichen Geschichtsbild im Land beitragen sollten (vgl. Asser ua. 2002: 240).

Wie bereits erwähnt, wurde das tertiäre Bildungssystem komplett auf Estnisch umgestellt. Während der Sowjetzeit hatte das Russische im universitären Sektor eine herausragende Bedeutung, was sich durch die Transformation aber sehr schnell änderte. In russischer Sprache kann seitdem nur noch an privaten Einrichtungen studiert werden, wobei diese oft keine Master- oder Doktoratsprogramme anbieten (bzw. werden regional auch einige Kurse

---

<sup>76</sup> Laut den Erhebungen bei der Volkszählung 2000 gaben allerdings 97% der Bevölkerung Estlands an, dass ihre Muttersprache entweder Estnisch oder Russisch sei, weshalb sich die anderen 107 Sprachen in Estland lediglich auf die restlichen 3% verteilen (vgl. Statistikaamet 2000: 14f).

<sup>77</sup> Viele der russischsprachigen LehrerInnen verfügten zu dieser Zeit kaum über Estnischkenntnisse und viele der estnischsprachige LehrerInnen wollten nicht in diesen Schulen unterrichten, was zum Beispiel in den Städten im Nordosten Estlands bis heute ein großes Problem darstellt (Quelle: Rummo-Laes 2002: 60).

<sup>78</sup> Eine Überprüfung der SprachinspektorInnen von 513 LehrerInnen in russischsprachigen Schulen, zeigte, dass 476 nicht die Anforderungen des Staates erfüllten (vgl. Poleschchuk 2006: 50f).

in russischer Sprache an staatlichen Universitäten angeboten). Das führte dazu, dass die Anzahl der jungen Russischsprachigen in höheren Bildungsinstitutionen durchschnittlich geringer ist, als die der Estnischsprachigen. Deutlich unterrepräsentiert sind sie beispielsweise auf dem *Tallinn College of Engineering*, dem *Tartu Aviation College*, der *Estonian Academy of Music*, der *Estonian Academy of Arts* (überall unter 10%) und schließlich auch auf der prestigeträchtigen Universität in Tartu. Obwohl diese 1999 eine Zweigstelle in Narva eröffnete, liegt hier ihr Anteil ebenfalls bei nur 10%. Die meisten russischsprachigen StudentInnen sind an der Technischen Universität in Tallinn sowie der Universität in Tallinn zu finden (ca. 25%), die zur Einführung auch Lehrveranstaltungen auf Russisch anbieten (vgl. Poleshchuk 2006: 55f, Hogan-Brun ua. 2007: 102). Generell tendieren Personen mit Migrationshintergrund dazu, berufsspezifische Ausbildungen zu wählen wie die Bereiche Ingenieurwesen, Produktion oder Bauwesen, was ihnen laut Rummo-Laes langfristig einen Vorteil bringen wird, da es sich bei diesen Bereichen um die „Zukunftsbranchen“ Estlands handle und EstInnen eher dazu tendieren, allgemein bildende Einrichtungen zu besuchen (vgl. Rummo-Laes 2009: 60).

Die Untersuchungen von Rummo-Laes zeigten, dass Personen mit Migrationshintergrund in Estland einen durchschnittlich höheren Bildungsgrad haben als EstInnen. 2008 hatten nur 15% der „Nicht-EstInnen“ einen Pflichtabschluss, während dieser bei der autochthonen Bevölkerung fast ein Viertel betrug und damit deutlich höher lag. Einen höherwertigen Abschluss (bzw. eine fachspezifische Ausbildung) hatten 44% der EinwanderInnen, bei den EstInnen „nur“ 33%. Beide Gruppen haben mit ca. 20% den gleichen Anteil an HochschulabgängerInnen. Das durchschnittlich geringste Bildungsniveau in Estland haben estnische Männer, das durchschnittlich höchste Frauen mit Migrationshintergrund (37% von ihnen haben einen Abschluss im tertiären Sektor). Der generell höhere Bildungsgrad schützt aber nicht zwangsläufig vor Arbeitslosigkeit oder einer Marginalisierung am Arbeitsmarkt, da auch andere Faktoren neben der Bildung, wie die unzureichende Beherrschung der Nationalsprache, Diskriminierung, die Verfestigung von Stereotypen negative Auswirkungen haben können. Auffallend ist auch, dass die erste Generation hier besser abschneidet als die zweite (vgl. Rummo-Laes 2009: 59). Betrachtet man die Tatsache, dass die erste Generation ihre Ausbildung während der Sowjetzeit praktisch nur in ihrer Muttersprache absolviert hat und über schlechtere Estnischkenntnisse verfügt, kann man die Disparitäten, die am Arbeitsmarkt<sup>79</sup> trotz einer guten Bildung vorhanden sind, besser verstehen.

---

<sup>79</sup> Zu den genauen Ungleichheiten am Arbeitsmarkt zwischen der autochthonen und der allochthonen Bevölkerung siehe Kapitel 5.

*„[...] if Russian was used as the language of instruction in general education and the person has been living in a Russian-speaking environment (e.g., Ida-Virumaa), the benefit of acquisition of education in Estonia is diminished, because the person has not much learned about Estonian language or culture“ (Rumma-Laes 2009: 59).*

Des Weiteren muss man berücksichtigen, dass viele der EinwanderInnen mit einem höheren Bildungsabschluss oder einer fachspezifischen Ausbildung im Industriesektor gearbeitet haben, der besonders von der wirtschaftlichen Transformation betroffen war und heute nur noch eine kleine Rolle in Estland spielt<sup>80</sup>.

Laut Hogan-Brun ua. ist es nicht gelungen umzusetzen, dass alle Russischsprachigen nach ihrer Ausbildung über ausreichend Estnischkenntnisse verfügen. *„In particular, the majority of high school graduates from Russian-language schools do not have sufficient Estonian language skills to be competitive in the job market or to continue their studies in institutions of higher learning“ (Hogan-Brun ua. 2007: 91f).* Dieses Problem sieht Poleshchuk ähnlich:

*„Under-representation of minority members among students of certain educational institutions may be a result of the remaining problem of low proficiency of young Russian-speakers in Estonian under the circumstances when the opportunity to obtain higher education in Russian is rather limited“ (Poleshchuk 2006: 56).*

Ein Grund dafür ist sicherlich, dass auch wenn zunehmend Estnisch in den Schulen unterrichtet wird, die Umgangssprache Russisch bleibt, es kaum zu Interaktionen zwischen den beiden großen sprachlichen Gruppen kommt und somit der Estnischunterricht, vor allem in Städten mit einem sehr hohen Anteil an Russischsprachigen etwas „Künstliches“ bleibt. Für jene Gruppe allerdings, die bilingual aufwächst, bietet die Zweisprachigkeit einen deutlichen Wettbewerbsvorteil auch gegenüber jungen EstInnen, die nicht mehr verpflichtend die russische Sprache lernen müssen und diese deshalb auch zunehmend nicht mehr beherrschen (vgl. Gruber 2008: 155ff). Das bedeutet, dass Russischsprachige neben ihrer Muttersprache auch zwingend Estnisch in der Schule lernen und zusätzlich als zweite Fremdsprache Englisch beherrschen, während EstInnen oft nur eine zusätzliche Sprache (in der Regel Englisch) erlernen (vgl. Vetik 2002: 79f). Darüber hinaus darf man aber nicht vergessen, dass eine kompetente Bilingualität nur dann erreicht werden kann, wenn die Muttersprache ausreichend gepflegt wird<sup>81</sup> (vgl. Esser 2006: 543).

Die Umstellung des Bildungssystems auf verstärkten Unterricht in estnischer Sprache wird von ethnischen EstInnen sehr positiv beurteilt. RussischsprecherInnen befürchten größtenteils, dass sie dadurch, dass ab der ersten Schulstufe mindestens 60% des Unterrichts in estni-

---

<sup>80</sup> siehe unten

<sup>81</sup> Was in Estland, im Gegensatz zu vielen westeuropäischen Einwanderungsländern, aus den zuvor genannten Gründen (Bildung in der Muttersprache, ausreichende Kommunikationsmöglichkeiten, vorhandene Medien) durchaus möglich ist.

scher Sprache sein werden, ihre Identität zunehmend verlieren und ihre sprachliche Fähigkeit in Russisch abnimmt (vgl. Poleshchuk 2006: 53ff). Auch Downes sieht die zunehmende Ausweitung der estnischsprachigen Unterrichtseinheiten in allen Schulen kritisch. Es sei schwieriger Fächer in der „zweiten Sprache“ zu absolvieren, was zwangsläufig zu schlechteren Noten, mehr SchulabbrecherInnen und einem geringeren Bildungsgrad führen würde. In den Schulen arbeiten zudem kaum LogopädInnen und dadurch, dass sich die beiden Sprachen sowohl in der Aussprache, wie auch in der Grammatik deutlich voneinander unterscheiden, kann man verstehen, warum es auch für viele junge Russischsprachige so schwierig ist, Estnisch zu erlernen. *„The danger is that the current trajectory of the planned restructuring of the educational system in Latvia and Estonia will bring a snowball effect of failure for the less academic and less verbally skilled among Russian-speaking minority youth – and will fail in it’s declared aim of including these minority groups as a positive resource for each respective society“* (Downes 2003: 132). Es gab Pläne, im Sekundarschulwesen nur noch auf Estnisch zu unterrichten. Vetik befürchtete dann aber eine „halbgebildete“ und leicht zu „manipulierende“ Gruppe, die durchaus eine Gefahr für den estnischen Staat darstellen könnte, weshalb man auch den Minderheiten ermöglichen sollte, in ihrer Muttersprache Schulen zu absolvieren, da diese Menschen genauso Steuern zahlen und somit ein Recht auf gute Bildung hätten (vgl. Vetik 2002: 81). Da man sich zu sehr auf die Sprache konzentriert, wird vergessen, dass SchülerInnen, die möglicherweise sprachlich nicht sonderlich begabt sind, eventuell andere Fähigkeiten haben, beispielsweise im technischen Bereich. Wenn diese nicht gefördert werden und immer nur der „Mangel“ an Estnischkenntnissen betont wird, könne das schnell zu Frustration und in weiterer Folge sogar zum Schulabbruch führen (vgl. Downes 2003: 144).

Generell wurde aber erkannt, dass man über Bildung verstärkt die russischsprachige Minderheit integrieren kann. Wenn Russischsprachige über eine gute Bildung verfügen, estnische Sprachkenntnisse haben und die estnische Staatsbürgerschaft besitzen, haben sie beinahe die gleichen Möglichkeiten am Arbeitsmarkt wie EstInnen. Leider führen verschiedene Mechanismen nach wie vor zu Ungleichheiten am Arbeitsmarkt, die selbst mit einer guten Ausbildung nicht bekämpft werden können, weshalb die russischsprachige Bevölkerungsgruppe durchaus auch eine „Risikogruppe“ darstellt und verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Stereotype und gewisse Eigenschaften, die man einer Gruppe zuschreibt, spielen am Arbeitsmarkt noch immer eine Rolle und führen zu Benachteiligungen. Auch hier sind die estnischen EntscheidungsträgerInnen gefordert, ein Umdenken in der Bevölkerung herbeizuführen, denn der Ausbau des Estnischunterrichtes an russischsprachigen Bildungseinrichtungen wird die Ungleichheiten zwischen den beiden größten Bevölkerungsgruppen im Land nicht vollkommen beseitigen können (vgl. Rummo-Laes 2009: 62).



## 5. Die wirtschaftliche Transformation Estlands

Im Gegensatz zu anderen Staaten, die der dritten Demokratisierungswelle zugerechnet werden (wie beispielsweise Spanien, Griechenland oder auch Staaten in Südamerika) transformierte sich in den post-kommunistischen Staaten nicht nur das politische System, sondern auch die Wirtschaftsform. Wie bereits erwähnt, wurde dieser Prozess als ein „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ bezeichnet. Diese Transformation bedeutete den gewünschten Wechsel von einer staatsgelenkten Kommandowirtschaft hin zu einer funktionierenden, leistungsfähigen Marktwirtschaft. Dieses Wirtschaftsmodell hatte sich über Jahrzehnte im „Westen“ evolutionär herausbilden können, während dem „Osten“ für dieses Projekt nur kurze Zeit eingeräumt wurde. Die wichtigsten ökonomischen Reformen umfassten die Freigabe der Preise, eine makroökonomische Stabilisierung, Änderung der Eigentumsordnung, Privatisierung von Betrieben, die Herausbildung eines Unternehmertums, Modernisierung maroder Kapitalstöcke, Kompensierung des inländischen Kapitalmangels (auch verbunden mit einer Anreizstruktur für Investitionen aus dem Ausland), Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und vieles mehr. Die Reformlast für die jungen Staaten war also enorm (vgl. Offe 1994: 76). Gleichzeitig waren auch die Erwartungen, die man an dieses Wirtschaftssystem knüpfte, sehr groß. Als grundlegende Prämisse galt die gewünschte Annäherung an „reichere“ Staaten, die als Vorbild dienten. Bei der wirtschaftlichen Transformation in Estland ging es somit auch um einen Aufholprozess und die „Nachahmung“ von erfolgreichen Modellen. Dabei reichte es laut Wrobel nicht aus, diese Modelle einfach nur nachzuahmen, da diese nicht die lokalen Gegeben- und Besonderheiten berücksichtigen würden. Deshalb müssen auch immer „innovative“ Elemente vorhanden sein (vgl. Wrobel 2000: 157).

Der wirtschaftliche Rückgang im Zuge dieser Reformen war erheblich und mit keiner anderen Wirtschaftskrise im 20. Jahrhundert vergleichbar (vgl. Merkel 2010: 33). Gleichzeitig waren auch die Ergebnisse in den postkommunistischen Transformationsstaaten sehr unterschiedlich, wobei Estland in manchen Bereichen besser abschnitt als viele andere postkommunistische Staaten. Dieses Kapitel behandelt eingangs kurz die Bedeutung der staatlich gelenkten Wirtschaft in der ESSR und welche Auswirkungen diese Strukturen auf die spätere Transformation hatten. Die Gründe dafür, warum dieses System scheiterte, würden den Rahmen dieser Arbeit sprengen, weshalb ich nur am Rande darauf eingehen werde. Im Hauptteil dieses Kapitels werde ich mich zuerst mit den 1990er Jahren auseinandersetzen, die von der „Schocktherapie“ und den damit verbundenen sozialen Kosten geprägt waren. Dabei sollen auch die Auswirkungen der Reformen auf den estnischen Arbeitsmarkt aufgezeigt werden. Anschließend werde ich auf das sogenannte „baltische Wirtschaftswunder“ eingehen und der Frage nachgehen, wer nicht von dieser wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte

profitierte. Im Besonderen soll dabei die Lage der Russischsprachigen analysiert werden. Abschließend wird die Wirtschaftskrise 2008/09 behandelt, die scheinbar das vorläufige Ende des Wirtschaftsaufschwungs einleitete.

## 5.1. Das staatswirtschaftliche System bis 1991

Bis in die 1930er konnte sich in Estland eine solide, exportorientierte Wirtschaft entwickeln, die laut Kilvits in etwa das gleiche Niveau erreichte wie Finnland. Durch die Okkupation wurde die weitere „natürliche“ Entwicklung aber aufgehalten. Die lokale Wirtschaft wurde den Interessen der UdSSR untergeordnet. Kilvits zufolge hätten diese Veränderungen und Anpassungen Charakteristika eines kolonialen Systems gehabt (vgl. Kilvits 1999: 252). Komlosy sieht das anders. Estland hätte zwar 1918 das am stärksten industrialisierte Land im Baltikum dargestellt, durch den Bruch mit dem russischen Raum und einer Westorientierung sei es hier aber ähnlich wie in Finnland zu einer „Reagrarisierung“ gekommen, auch deshalb, weil die Mehrheitsbevölkerung hauptsächlich im landwirtschaftlichen Bereich tätig war und man aus nationalistischem Kalkül diese Gruppe stärken wollte (vgl. Komlosy 2008: 159f). Nach der Okkupation wurde die „Agrar- und Westorientierung“ umgekehrt zu einer „Industrie- und Ostorientierung“ und es gab „Bestrebungen, die baltischen Republiken zu modernen wirtschaftlichen Wachstumsregionen zu machen, deren Erfolge der gesamten Sowjetunion zugute kommen sollten“ (Komlosy 2008: 168). Wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, hatte Estland für die Sowjetunion eine durchaus wichtige Bedeutung, weshalb der Aufbau der Industrie stark gefördert wurde. Das Land verfügte bereits über industrielle Erfahrung, hatte eine relativ gut ausgebaute Infrastruktur (inklusive der Nahrungsmittelproduktion), gut ausgebildete Arbeitskräfte, eine sehr hohe Alphabetisierungsrate und wichtige natürliche Ressourcen wie Holz und Ölschiefer. Die geförderten Industriezweige umfassten zu einem großen Teil Schwer- und Militärindustrie, die allerdings auf die Bedürfnisse der UdSSR ausgelegt waren und nicht auf die spezifische Nachfrage in der ESSR<sup>82</sup> (vgl. Kilvits 1999: 254ff). Trotzdem kann nicht die Rede davon sein, dass Estland von der Führung in Moskau aus wirtschaftlicher Sicht bewusst vernachlässigt wurde („Peripherisierung“). *„[...] while many ethnic Estonians in the USSR in various ways expressed strong dissatisfaction with linguistic and cultural Russification, economic statistics showed that Estonia was the most prosperous Soviet republic“* (Kolstø 2002: 44). Man muss allerdings erwähnen, dass der Abstand zu den skandinavischen Nachbarn enorm war, weshalb sich viele EstInnen auch in wirtschaftlicher Hinsicht als „Opfer“ der UdSSR fühlten. 1993 lag das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP) des ver-

---

<sup>82</sup> Als Beispiel führt Kilvits die Ölschieferproduktion an, die hauptsächlich deswegen gefördert wurde, um den Energiebedarf des Leningrader Raums zu decken. (vgl. Kilvits 1999: 255).

wandten Finnland bei 18.300 Euro während der Wert in Estland nur 1.800 Euro<sup>83</sup> betrug, was verdeutlicht, dass Estland durch die Sowjetära in wirtschaftlicher Hinsicht deutliche Nachteile entstanden sind, da man vor der Okkupation noch ähnliche Voraussetzungen hatte wie der nördliche Nachbar (siehe oben) (Daten: economic.growth.EU).

Viele gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Probleme haben ihren Ursprung in der Sowjetära. Laut Götz ua. kam es in der ESSR zu einer relativ deutlichen ethnischen Arbeitsteilung. RussInnen waren in der prestigeträchtigen Industrie beschäftigt und in den Bereichen Miliz, Polizei, Schifffahrt, Luftfahrt und der kommunalen Verwaltung überrepräsentiert. EstInnen waren überproportional in der Landwirtschaft, in kleineren Betrieben sowie im Kultur-, Gesundheits- und Bildungssektor vertreten. Die Zuwanderung vor allem von Spezialkräften aus anderen Teilen der Sowjetunion, die aufgrund der starken Industrialisierung in der ESSR benötigt wurden, führte dazu, dass RussInnen einen durchschnittlich höheren Bildungs- und Urbanisierungsgrad hatten und als eine Folge davon auch in höheren Positionen (zB Wirtschaftsmanagement) überrepräsentiert waren (vgl. Götz/Onken/Hanne 1998: 307). Diese Arbeitsteilung wurde von den EntscheidungsträgerInnen durchaus gefördert. So war es beispielsweise ethnischen EstInnen lange Zeit verwehrt, in gewissen Segmenten wie etwa der Militärproduktion beschäftigt zu sein. „Hieraus kann gefolgert werden, die linguale und ethnische Trennung des heutigen estnischen Arbeitsmarktes ist ein Resultat während der sozialistischen Periode entlang ethnischer Linien gezogener Prämissen“ (Gruber 2008: 130).

Aber nicht nur diese „ethnische Arbeitsteilung“ sondern die gesamte wirtschaftliche Struktur sollte die Bevölkerung in Estland nach der erreichten Unabhängigkeit vor enorme Aufgaben stellen. Der Umfang der ökonomischen Krise in der UdSSR wurde erst nach deren Zusammenbruch vollends erkannt. Der Abstieg begann in den 1970ern, die als Stagnationsperiode bezeichnet wird, weil es weder in der Wirtschaft noch bei der Demokratisierung Fortschritte gab. Neben enormen Rüstungsausgaben und kostspieligen Interventionen in der afrikanischen Politik kam es auch zu einer Einmischung in den afghanischen Bürgerkrieg, der die Gesellschaft und Wirtschaft in der UdSSR schwer belastete (vgl. Nolte 2008b: 269f). Es bestand ein Kapitalversorgungsengpass in den Produktionsanlagen, da gemäß der sozialistischen Ideologie das Privateigentum an sachlichen Produktionsmitteln unerwünscht war. Das vorhandene Sachkapital war wegen fehlender Investitionen entwertet. Aufgrund der jahrzehntelangen Abschottung gegenüber anderen Staaten fehlte es an Humankapital, Wissen und Innovationen. Darüber hinaus entstand bereits Ende der 1980er ein institutionelles Vakuum, in dem sich einige wenige auf Kosten des zusammenbrechenden Systems bereicherten. Die Schattenwirtschaft, die bereits in den 1980er Jahren große Ausmaße erreichte (auch

---

<sup>83</sup> Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß der wirtschaftlichen Aktivität. Es ist definiert als der Wert aller produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen abzüglich des Wertes der zu deren Generierung verbrauchten Güter und Dienstleistungen (Definition: Eurostat)

um Güter des alltäglichen Lebens zu beschaffen), begünstigte die Ausbreitung der organisierten Kriminalität (vgl. Wrobel 2000: 158f).

Obwohl diese Probleme alle europäischen post-kommunistischen Staaten betrafen, hatten die baltischen Länder im Gegensatz zu den Transformationsstaaten in Zentraleuropa einen zusätzlichen Nachteil. Große Bereiche ihres Wirtschaftssystems waren auf die Bedürfnisse der Sowjetunion ausgerichtet und nicht auf den heimischen Markt (der jeweiligen Sowjetrepublik). Folgen davon waren ein De-Industrialisierungsprozess und eine strukturelle Krise. Deshalb bot sich für viele Teile der Bevölkerung gar keine andere Möglichkeit, als durch eine "Schocktherapie" und radikale, umfassende Wirtschaftsreformen ehest möglich ein kapitalistisches System zu etablieren, da man nach dem Zusammenbruch der UdSSR quasi wieder bei Null beginnen musste (vgl. Gruber 2008: 128f, Kilvits 1999: 252).

## **5.2. Die Schocktherapie der 1990er Jahre**

Laut Merkel ist für eine wirtschaftliche Transformation von einer Kommandowirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft gezwungenermaßen ein „ökonomisches Tal“ zu durchschreiten, was teilweise mit erheblichen sozialen Kosten verbunden sein kann, wie beispielsweise hoher Arbeitslosigkeit, dem Zusammenbruch von Produktionsstrukturen, dem Rückgang von sozialen Absicherungsstrukturen und damit verbunden der Verarmung von breiten Bevölkerungsschichten, was auch zu deren allgemeiner Verunsicherung führt. EinwohnerInnen können ein gewisses Maß dieser Kosten tragen, sofern sie Hoffnung haben, dass sich in naher Zukunft die Lage bessert und der Wohlstand steigt. Je nachdem wie heftig der Rückgang des Lebensstandards ist und über welchen Zeitraum er abläuft, kann es aber zu Gefahren für den wirtschaftlichen Reformprozess oder sogar für die Demokratie kommen. Falls die anfängliche Unterstützung für die Reformen nachlässt und die EinwohnerInnen das Vertrauen in ihre neue Regierung verlieren, kann es auch zu einer „Re-Autokratisierung“ kommen, wie es zum Beispiel in Georgien und Weißrussland der Fall war, oder zur Herausbildung von „defekten Demokratien“ wie in der Russländischen Föderation oder der Ukraine (vgl. Merkel 2010: 33).

Wie bereits in Kapitel 1 erwähnt, wird auch bei der wirtschaftlichen Transformation von zwei konträren Modellen gesprochen, der "Schocktherapie" und dem gradualistischen Modell. Bei der "Schocktherapie" werden „ökonomische Grausamkeiten“ am Anfang des Prozesses eingeleitet, wobei die sozialen Kosten zunächst sehr heftig ausfallen, sich dafür aber (im besten Fall) nur über einen kurzen Zeitraum erstrecken. Dadurch, dass sich schneller wirtschaftliche Erfolge einstellen können, könnten die Transformationskosten auch wieder zu einem früheren Zeitpunkt kompensiert werden. Das „ökonomische Tal“ ist somit zwar sehr kurz, dafür

aber tief. Bei der gradualistischen Form fällt dieses Tal zwar flacher aus, erstreckt sich aber über einen längeren Zeitraum. Beide Formen können für eine junge Demokratie eine Gefahr darstellen. Bei ersterem Modell könnte man der Bevölkerung zu viel zumuten, da die sozialen Kosten oft enorm sind. Andererseits muss man bedenken, dass die Erwartungen der Menschen zu Beginn sehr hoch sind und wenn sich nicht rasch Erfolge einstellen, führt das zu Frustration<sup>84</sup> (vgl. Merkel 2010: 336).

Regierungen, die eine „Schocktherapie“ favorisierten, wurden durch die entstandenen hohen sozialen Kosten und durch die kurzen Wahlzyklen in den meisten Fällen wieder abgewählt und von Parteien abgelöst, die einen gradualistischeren Kurs vertraten. Somit scheiterten die ersten Regierungen oft an dem gewaltigen wirtschaftlichen Reformbedarf, weshalb sie durchwegs von der Opposition abgelöst wurden, die eine stärkere soziale Abfederung versprach. Diese konnte dann meistens die Wohlstandserwartungen der BürgerInnen nicht erfüllen, weshalb sie bei den nächsten Wahlen wieder von Parteien abgelöst wurden, die einen stärkeren Reformwillen zeigten. Der so entstandene wirtschaftliche Zick-Zack-Kurs wurde aber oft auch von amtierenden Regierungen vertreten, die ihre ehrgeizigen Reformen in Hinblick auf näherkommende Wahlen „entschärften“ (vgl. Merkel 2010: 337ff). In vielen Reformstaaten kam es zu diesen typischen Regierungswechseln und Estland bildet dabei keine Ausnahme. Die erste Regierung, die von einer Mitte-Rechts-Koalition unter Mart Laar gebildet wurde, wurde auch wegen den umfassenden Marktreformen, der Privatisierungen und Deregulierungen und der damit entstandenen sozialen Verwerfungen abgewählt (East/Pontin 1997: 301). Nach den verlorenen Wahlen 1995 wurde sie von einer Mitte-Links-Koalition abgelöst, die einen gradualistischeren Kurs vertrat und bei den Wahlen 1999 wiederum vom rechtskonservativen Mart Laar geschlagen wurde (vgl. Pettai 2001: 133f). Generell unterschieden sich aber die unterschiedlichen Parteienkonstellationen in ihrer Wirtschaftspolitik nur geringfügig, da alle einen mehr oder weniger starken neoliberalen Reformkurs verfolgten. In der Regel wurden in den post-kommunistischen Staaten von den neuen Regierungen schnell umfassende, neoliberale Maßnahmen erlassen. Auch Estland folgte dem Zeitgeist der 1990er und setzte viele dieser Ideen um.

---

<sup>84</sup> Wie bereits in Kapitel 1 erwähnt, handelt es sich hier um theoretische Extremfälle. In der Realität kam es immer zu Mischformen (Wrobel 2000: 155).

Zu den Grundprämissen dieser sehr heterogenen und breiten Strömung gehören unter anderem möglichst freie Märkte, der Abbau von Bürokratie und Staatsausgaben, Deregulierung und der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft (beispielsweise über die Privatisierung von Staatsbetrieben)<sup>85</sup>. *„The core of the doctrine has been identified by many in the notion that all, or virtually all, economic and social problems have a market solution, with the corollary that state failure is typically worse than market failure“* (Aligaca/Evans 2009: 3). Alle Regierungen in Estland verfolgten marktwirtschaftliche, neoliberale Reformen, die sich nur in ihrer Intensität voneinander unterschieden. *„This extremely liberal and unprotective economic policy has not been carried out for clearly and accurately formulated ideological reasons, but simply because Estonia actually had no choice“* (vgl. Kilvits 1999: 263). Die Zustände 1992 waren katastrophal. Die Lebenserhaltungskosten stiegen alleine in diesem Jahr um 87%. Die enorme Inflation betraf manche Bereiche besonders hart. So stiegen die Strompreise um das Zehnfache und der Preis mancher Lebensmittel um das Fünzigfache. Löhne und Gehälter wurden nicht mehr pünktlich ausgezahlt und die allgemeine Versorgungslage war katastrophal (vgl. Bürggeman/Tuchtenhagen 2011: 309f). Deshalb hatte man keine Wahl, man musste schnell Reformen einleiten. Es habe sich daher eher um ein Reagieren auf Vorkommnisse gehandelt und nicht um eine systematische, ideell bedingte Wirtschaftspolitik. Abgesehen davon begrüßten viele EstInnen diese Politik, da nach der sozialistischen Ordnung wieder das Individuum und Eigenverantwortung in den Mittelpunkt gerückt wurden.

Mart Laar vertrat am konsequentesten eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die die letzten zwei Jahrzehnte in Estland bestimmte und für die er 2002 den Adam-Smith-Preis und 2006 den Milton-Friedman-Preis erhielt (vgl. Klein 2010). Durch diese Preise wird deutlich, welchen Stellenwert die neuen Regierenden in den Reformländern für die VertreterInnen dieser Theorie einnahmen, da diese ihre Vorschläge entschlossener umsetzten als etwa PolitikerInnen in Westeuropa. *„[...] it is former communist countries that seem to be leading the way in liberal, free-market economic reforms“* (Aligaca/Evans 2009: 184). Als Beispiel dafür führen sie die Implementierung der *Flat Tax*<sup>86</sup> an, die in vielen post-kommunistischen Staaten umgesetzt wurde. Estland führte bereits 1994 als erster Staat ein Flat-Tax-System ein. Es wurde ein Einheitssteuersatz von 26% auf Privateinkommen (derzeit 22%) und Firmenprofite fixiert (vgl. Aligaca/Evans 2009: 184ff). Dieses vereinheitlichte Steuersystem hätte laut Vesper dazu ge-

<sup>85</sup> Das Thema „Neoliberalismus“ stellt ein sehr komplexes, weitläufiges Gebiet mit vielen unterschiedlichen Strömungen dar. Der Begriff wurde 1938 auf einer Konferenz in Paris von den Ökonomen Hayek, Röpke und Eucken geprägt. Die Theorie gewann vor allem in den 1970ern durch die „Chicagoer Schule“ an Gewicht und bestimmte über Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien in den 1980er Jahren die Wirtschaftspolitik. Der „Rückzug“ des Staates aus vielen Bereichen, der Abbau von Sozialleistungen und die Dominanz „des freien Marktes“ führen laut KritikerInnen (wie beispielsweise Noam Chomsky) zu zunehmender Ungleichheit auf der Welt (vgl. Brodbeck 2005). Aufgrund der Komplexität dieser Theorie kann an dieser Stelle nicht weiter auf die postulierten Vor- und Nachteile des Neoliberalismus eingegangen werden.

<sup>86</sup> Statt gestaffelten Steuern (je höher das Einkommen, desto höher wird der Steuersatz), gibt es bei der Flat Tax einen fixierten Einkommenssteuersatz (vgl. Aligaca/Evans 2009: 185).

führt, dass sich Estland von den Transformationskosten schneller erholte als beispielsweise Litauen und Lettland, trotz aller Befürchtungen keinen Verlust von Steuereinnahmen hinnehmen musste und einen ausgeglichenen Haushalt erreichte (vgl. Vesper 2004: 95f). Neben der Einführung der *Flat Tax* wurde die estnische Krone<sup>87</sup> an die Deutsche Mark gekoppelt um der Währung Stabilität zu verleihen, was durchaus gelang. Gleichzeitig machte man sich dabei aber auch abhängig von der deutschen Fiskalpolitik und konnte hier keine eigenen Akzente<sup>88</sup> mehr setzen (vgl. Kilvits 1999: 263). Zusätzlich zu diesen beiden Maßnahmen waren die estnischen EntscheidungsträgerInnen in vielen Reformbereichen deutlich radikaler als jene anderer Transformationsstaaten. Mit teils unpopulären Maßnahmen ging man gegen Inflation und Staatsverschuldung vor. Dazu zählten die fast vollständige Streichung von Subventionen von Wohnungsmieten oder auch die Entscheidung, dass defizitäre Banken vom Staat nicht unterstützt werden, was dazu führte, dass 1993 drei Banken Konkurs anmelden mussten und 25.000 Menschen ihre Ersparnisse verloren (vgl. Vesper 2004: 96).

Ein Kernelement der wirtschaftlichen Reformen stellte der Privatisierungsprozess dar, welcher sich in Estland äußerst kompliziert gestaltete. Neben Restituten von Eigentum, Privatisierung durch verschiedene Formen von Verkäufen und Kompensationen durch Voucher<sup>89</sup> kamen auch „Munizipalisierungen“, also die Überführung von Staatseigentum in den Besitz der Kommunen, vor. Gleichzeitig mussten viele Vermögenswerte zunächst auch verstaatlicht werden, da sie sich im Besitz der Kommunistischen Partei befanden. Die ersten Rahmenbedingungen für Privatisierungen wurden noch in der Sowjetzeit durch das Unternehmengesetz (1990) und die Eigentumsreform<sup>90</sup> (1991) gelegt. Zahlreiche weitere Gesetze und Novellen folgten, die den gesamten Prozess unübersichtlich machten und somit auch der ehemaligen estnisch-sowjetische Nomenklatur dazu verhalfen, mehr von den Privatisierungen zu profitieren als andere. Als erste wurde die „kleine Privatisierung“ durchgeführt, die 2800 Unternehmen betraf, deren Wert unter 500.000 Rubel lag. Diese war bereits im Jahre 1995 abgeschlossen. An der „kleinen Privatisierung“ durften nur estnische StaatsbürgerInnen teilnehmen, was somit einen Großteil der russischsprachigen Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt ausschloss (vgl. Wrobel 2000: 166f). Da die erste estnische Republik in ihrer Form von 1940 restauriert wurde, wollte man auch die Eigentumsverhältnisse so herstellen, wie sie 1940 vorhanden gewesen waren. „Die Restitution des privaten Eigentums stellte für sie somit eine

---

<sup>87</sup> Am 20. Juni 1992 verließ Estland die Rubelzone, da diese zunehmend von einer starken Inflation betroffen war (vgl. Wrobel 2000: 197).

<sup>88</sup> Ein Problem dabei war beispielsweise, dass durch die hohe Inflationsrate in Estland in den 1990ern generell eine Überbewertung der Krone entstand. Es folgte eine reale Aufwertung der estnischen Währung gegenüber den westlichen Handelspartnern, was den exportorientierten Kurs behinderte (vgl. Borrmann 1998: 13).

<sup>89</sup> Anteilsscheine an Staatsunternehmen, dieser Vorgang wurde auch Volksprivatisierung genannt.

<sup>90</sup> Die Eigentumsreform sah vor, dass der zwischen 1940 und 1981 unrechtmäßig enteignete Besitz wieder an die jeweilige Person bzw. deren Erben zurückgegeben werden sollte (Restitution) bzw., falls das nicht möglich war, diese entschädigt werden sollten (etwa durch Kompensationsvouchers) (vgl. Wrobel 2000: 211).

Analogie zur Wiederherstellung der gesamten Republik dar und war damit politisch unverzichtbar“ (Wrobel 2000: 168). Es ist durchaus legitim, dass enteigneter Besitz wieder den ursprünglichen EigentümerInnen zurückgegeben wird. Dabei hätte man aber berücksichtigen müssen, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und die demographische Struktur in den letzten fünfzig Jahren deutlich verändert hatten. Der Ausschluss von vielen Russischsprachigen aus dem Privatisierungsprozess stellte für sie somit eine weitere Benachteiligung im beginnenden Transformationsprozess dar. Ein weiterer Grund für den Ausschluss der Nicht-StaatsbürgerInnen von Privatisierungen war, dass viele Betriebe von diesen Personen geleitet wurden und man verhindern wollte, dass sie durch „spontane Privatisierungen“ weiter im Geschäft blieben. Laut van Meurs ging es deshalb auch konkret um die Festschreibung von Prosperitätsunterschieden anhand ethnischer/sprachlicher Linien (van Meurs 1999: 4). Ein weiteres Problem war, dass man die über 220.000 Restitutionsansuchen, die teilweise auch von AuslandsestInnen gestellt wurden, oft nur gerichtlich klären konnte, da es beispielsweise bei Immobilien zu Konflikten zwischen den neuen und alten BesitzerInnen kam, bzw. im Falle von vielen Erben der Aufwand sehr groß war, die genauen Verhältnisse zu eruieren (vgl. Wrobel 2000: 213f). Für die „große Privatisierung“, die 300 Unternehmen betraf, die alle über 600.000 Rubel wert waren, wurde nach dem Vorbild der deutschen Treuhandanstalt ein estnisches Privatisierungsunternehmen (*Erastamissettevõtte*, später *Erastamsagentuur*) gegründet, die diese Unternehmen weiterverkaufen sollte. Man wollte auf diese Art und Weise auch ausländisches Kapital lukrieren, wobei das Interesse von ausländischen InvestorInnen zunächst sehr gering war (vgl. Wrobel 2000: 169). Auch die Privatisierung von Wohnungen wurde in Estland schon sehr früh umgesetzt. Nachdem Restitutionen stattgefunden hatten, hatten alle MieterInnen nach dem Wohnungsprivatisierungsgesetz (1993) bis Ende 1994 das Vorkaufsrecht auf ihre Wohnungen. Der Schutz der MieterInnen gegen Privatisierungen endete im Juli 1997. Waren in Tallinn 1994 noch 75% des Wohnraums in öffentlicher Hand so befanden sich 1997 bereits 82% im Privateigentum, weshalb man hier von einem erfolgreichen Prozess spricht (vgl. van Meurs 1999: 24).

Auch wenn sich an den Privatisierungen zunächst nur wenige ausländische Unternehmen beteiligten, so war das Interesse von InvestorInnen, vor allem aus dem skandinavischen Raum, an Estland bereits in den 1990ern sehr groß. „Die Gründe für die Beliebtheit Estlands als Zielland von Direktinvestitionen liegen neben den ordnungspolitisch günstigen Rahmenbedingungen in niedrigen Personalkosten bei relativ hohem Qualifikationsniveau, einer vergleichsweise geringen Unternehmerbesteuerung (linear 26%) und einer stabilen Währung“ (Borrmann 1998: 14). Laut King und Szélenyi etablierte sich deshalb in Estland ein „Kapitalismus von außen“. Es handelt sich dabei um ein liberales System, wobei die Klassenkonstellation so gestaltet ist, dass multinationales Kapital dominiert und sich daneben einige wenige einheimische Kapitalisten etablieren konnten (King/Szélenyi 2005: 213). Durch auslän-



disches Kapital versuchte man, direkt nach der Erreichung der Unabhängigkeit die wirtschaftlichen Beziehungen zu Westeuropa wieder aufzubauen. Viele sprechen dabei von einer „Rückkehr“, da historisch gesehen (zumindest in der Periode der ersten Unabhängigkeit) eine Westorientierung bestand. Bis zur Oktoberrevolution 1917 gehörte Estland zwar zum russischen Zarenreich, aber wirtschaftlich agierte man viel mehr mit dem skandinavischen Raum und Deutschland, was sich auch daran zeigte, dass der Anteil des Handels mit der Sowjetunion von 22% 1922 auf nur 3% 1932 sank (vgl. Radošević/von Tunzelmann 2006: 322). Die Annäherung an den Westen war gleichzeitig verbunden mit einem Bruch mit den GUS-Staaten und bedeutete die Auflösung von alten, in der Sowjetära entstandenen Wirtschaftsverbindungen zum Osten, speziell zur Russländischen Föderation. Komlosy sieht diese Entwicklung negativ, weil sich das Baltikum von den Vorteilen abschnitt, die es als „Westflanke des Ostens“ genossen hatte und gleichzeitig zu einem „peripheren Zulieferer“ für die Europäische Union wurden, degradiert zu einer „verlängerten Werkbank“ (vgl. Komlosy 2008: 170). Trotzdem wäre auch in wirtschaftlicher Sicht ein anderer Weg als die Westorientierung für die baltische Bevölkerung nicht in Frage gekommen. Dass die Einschätzungen Komlosys nur bedingt zutreffen, werde ich in den nächsten Teilkapiteln ausführlicher behandeln. Für die russischsprachige Bevölkerung hatte allerdings die veränderte wirtschaftliche Orientierung oft auch den Verlust ihres Arbeitsplatzes und eine Verschlechterung der Lebensumstände zur Folge, da diese Bevölkerungsgruppe überproportional in Betrieben tätig war, die Handelsbeziehungen zum russischen Raum pflegten. Dies hatte, neben dem Ausschluss vom Privatisierungsprozess sowie der bereits in der Sowjetära entstandenen „ethnischen Arbeitsteilung“, auch einen Abstieg der alten (wirtschaftlichen) Elite zur Folge. *„Exclusion of the alien elite, which was directly connected with the Eastern economic sphere, from economic and political decision-making accelerated rapidly, as did radical changes in foreign economic relations and transition to a market economy“* (Hallik 2002: 67).

Ende der 1990er hatte sich das Wirtschaftssystem in Estland grundlegend verändert. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung waren dabei enorm. Innerhalb kürzester Zeit mussten auch sie sich umstellen und ihre Lebens- und Arbeitsgewohnheiten verändern. Soziale Absicherungssysteme fielen weg, die Arbeitslosigkeit stieg und der Wettbewerb am Arbeitsmarkt führte dazu, dass es neben Transformationsgewinnern auch viele Verlierer gab. Im folgenden Teilabschnitt werden die sozialen Auswirkungen dieser ökonomischen Veränderungen und die Bewegungen am Arbeitsmarkt erläutert.

### 5.2.1. Die Folgen der Schocktherapie für die estnische Bevölkerung

Reformen in Estland waren aufgrund der großen geopolitischen Veränderungen unumgänglich. Die estnische Wirtschaft konnte mit dem Weltmarkt nicht mithalten, sie produzierte zu teuer und ineffizient, weshalb man aus ökonomischer Sicht fast wieder bei Null starten musste. Viele Industriezweige, vor allem jene, die zu Sowjetzeiten noch über einen hohen Stellenwert verfügt hatten, hatten mit massiven Problemen zu kämpfen. Die Ölschieferindustrie wurde durch die generell niedrigere Nachfrage von Wärmekraftwerken und der chemischen Industrie in Mitleidenschaft gezogen. Die Nahrungsmittelindustrie kämpfte gegen billige Importe aus dem Ausland an, wo vielerorts günstiger produziert werden konnte. Durch geringere Bautätigkeiten waren auch weitere Sektoren wie Zementwerke, Holzindustrie und Ziegeleien betroffen (vgl. Kilvits 1999: 259f). Hinzu kam, dass ein Großteil dieser Betriebe nicht nur ökonomisch eine Belastung war, sondern sie auch (vor allem in der Hauptstadtregion sowie in Ida-Virumaa) ökologisch eine Gefahr für das Land darstellten<sup>91</sup>. Kostspielige Umbauten, um sie Umweltschutzrichtlinien anzupassen, konnten in den 1990ern nicht subventioniert werden, da dafür schlichtweg die finanziellen Mittel nicht vorhanden waren (van Meurs 1999: 17). Eine Folge dieser Umwälzungen war, dass ein bis dato nicht bekannter De-Industrialisierungsprozess und eine Veränderung der gesamten estnischen Volkswirtschaft einsetzte. Die Industrieproduktion sank 1990 um 0,2%, 1991 bereits um 9%, 1992 um 35,6%, 1993 um 18,7% und 1994 um 3%. 1994 erreichte man nur noch 46,1% der produzierten Menge von 1989 und der Anteil, den der Industriesektor am BIP ausmachte, sank von 34,3% 1991 auf nur noch 18,2% 1994 (vgl. Kilvits 1999: 259ff).

Als Konsequenz dieser Veränderungen transformierte sich auch der estnische Arbeitsmarkt zu Beginn der 1990er rapide. Alleine im industriellen Sektor ging die Anzahl der Beschäftigten in der Zeit zwischen 1989 und 1994 von 220.000 auf 130.000 zurück (vgl. Kilvits 1999: 260). In der ersten Transformationsperiode gingen deutlich mehr Arbeitsplätze verloren, als neue geschaffen werden konnten. Gleichzeitig nahm gezwungenermaßen auch die Mobilität unter den Beschäftigungsarten zu. Arbeitsstellen in den staatlichen und großen Betrieben wurden gestrichen, während in Klein- und Mittelbetrieben neue entstanden (vgl. Masso/Eamets/Philips 2006: 115f). Im landwirtschaftlichen Bereich verloren noch mehr Personen ihren Arbeitsplatz als im Industriesektor. Dieser Trend war für Estland nicht einzigartig, sondern vollzog sich in den 1990ern auch in anderen post-kommunistischen Transformationsstaaten (vgl. Masso/Eamets/Philips 2006: 123). Durch die Wirtschaftskrise in Russland

---

<sup>91</sup> Als große Umweltbelastungen zählt van Meurs beispielsweise die Phosphorminen in Maardu auf, die durch ihren schwermetallbelasteten Abfall die Umwelt belasten. Die Uranminen und die Urananreicherung in Sillamäe (wurden bereits vor 1991 geschlossen) sowie die Energiegewinnung aus Ölschiefer führten in Ida-Virumaa zu großräumigen Umweltzerstörungen (van Meurs 1999: 17).

1998/99 nahmen die wirtschaftlichen Kontakte zum östlichen Nachbar gezwungenermaßen weiter ab und weitere 11.000 Arbeitsplätze wurden abgebaut. (vgl. Masso/Eamets/Philips 2006: 125). Diese Krise betraf vor allem den landwirtschaftlichen Bereich im Südosten, was gezwungenermaßen zu einer weiteren Umstrukturierung führte (vgl. Kilvits 1999: 277). Eine Folge davon war, dass man sich noch stärker darum bemühte in westliche Wirtschaftsstrukturen integriert zu werden und die Abhängigkeit von der politisch und wirtschaftlich instabilen Russländischen Föderation zu minimieren. Bis zu diesem Zeitpunkt hoffte man noch auf eine Wiederbelebung des Handels mit Russland und man wollte als „Brücke“ zu den GUS-Staaten fungieren (vgl. Borrmann 1998: 13). Von diesem Weg kehrte man 1998 endgültig ab.

Die schnellen wirtschaftlichen Veränderungen zwangen die estnischen ArbeitnehmerInnen flexibel zu sein, was zu einer hohen Mobilität unter den verschiedenen Beschäftigungsarten führte. Diese schnelle Entwicklung sehen Masso ua. durchaus positiv, weil somit zwar die ersten Jahre der Transformation sehr hart und viele Menschen davon betroffen waren, die sozialen Kosten aber durch eine Veränderung des Arbeitsmarktes schnell wieder kompensiert werden konnten. Es wird geschätzt, dass in der Zeit zwischen 1989 und 1995 35 bis 50% aller ArbeitnehmerInnen in Estland ihren Beruf wechselten, was einem sehr hohen Grad an Mobilität entspricht. Die großen Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes seien laut Masso ua. 2001 beendet gewesen, was sich daran zeigte, dass nicht mehr so oft zwischen den Berufssegmenten hin und her gewechselt wurde (vgl. Masso/Eamets/Philips 2006: 135f). Auf jeden Fall hätte diese hohe Flexibilität dazu beigetragen, dass Estland in wirtschaftlicher Sicht besser abschnitt als andere post-kommunistische Transformationsländer. *„This suggests that Estonians economic development is a good example of a success story of economic shock therapy, as a result of which relatively fast restructuring was accompanied by higher labour reallocation”* (Masso/Eamets/Philips 2006: 134).

Die neoliberale Wirtschaftspolitik und das geförderte unternehmerfreundliche Umfeld, führten aber auch dazu, dass viele soziale Maßnahmen und Absicherungen reduziert oder gestrichen wurden. Bis zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung (2003) war der Schutz vor Arbeitslosigkeit kaum gegeben<sup>92</sup>. Von der estnischen Regierung wurden lange keine aktiven, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gesetzt. *„In this sense, Estonia’s social policy further fostered the dominance of the employer over the employee, resulting low wages and one of the highest levels of inequality in Europe“* (Võõrmann ua. 2010: 75). Dabei war die Arbeitslosigkeit in den 1990ern beträchtlich und erreichte 2000 mit 13,6% (der 15-74-jährigen Bevölkerung) einen Höchstwert, der allerdings in den Jahren darauf sank und mit 4,7% im Jahr 2007 einen Tiefstwert erreichte (vgl. Pettai 2010: 146). Vermutlich war allerdings die reale Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte der 1990er deutlich höher, da sich viele nicht als „arbeits-

---

<sup>92</sup> Erst 2003 wurde eine Arbeitslosenversicherung eingeführt. Davor gab es nur eine geringfügige Unterstützung von Arbeitslosen (vgl. Randlepp 2010: 132).

los“ meldeten, sondern als „inaktiv“ eingestuft und somit nicht von der offiziellen Arbeitslosenstatistik<sup>93</sup> erfasst wurden (vgl. Venesaar/Marksoo/reet 2001: 178f).

Auch das soziale Absicherungssystem wurde in den 1990er Jahren radikal geändert. Sozialleistungen wurden rigoros gekürzt oder gestrichen. Der öffentliche Haushalt wurde (und wird) nach strengen Austeritätsregeln geführt und man versucht bis heute die Schuldenquote möglichst gering zu halten, was allerdings den Spielraum in der Sozialpolitik einschränkt. Bereits 1998 schrieb Borrmann allerdings, dass die estnische Bevölkerung bis dahin die soziale Härte mit „bemerkenswerter Geduld“ hingenommen hätte. Um soziale Unruhen zu vermeiden sei aber vor dem EU-Beitritt eine stärkere soziale Absicherung der Transformationsverlierer unbedingt notwendig (vgl. Borrmann 199: 15). Bis 2004 wurden auch viele dieser Anpassungen gemacht, um soziale Härtefälle (darunter vor allem PensionistInnen<sup>94</sup> und Arbeitslose) abzufedern. Trumm und Ainsaar beschreiben das gegenwärtige Wohlfahrtssystem in Estland als einen Mix, der von der Hinterlassenschaft der UdSSR und den vorherrschenden Rechtsparteien in den 1990ern, sowie Einflüssen aus skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und Vorgaben der Europäischen Union geprägt wurde. Die Regierungsparteien in den 1990ern vertraten die neoliberalen Ideen, dass der Staat dafür sorgen muss, dass jede/r die gleichen Möglichkeiten hat, sich selbst zu entfalten und gleichzeitig jede/r selbst dafür die Verantwortung tragen sollte. Der Staat gibt nur Rahmenbedingungen vor und das soll dazu beitragen, dass die Einzelverantwortung jedes Individuums gefördert wird. *„A proportional tax system, removal of subsidies and considerable decline of universal schemes and the introduction of means-tested ones are the main outcomes of the implementation of a liberal ideology as a result“* (Trumm/Ainsaar 2009: 154). In Estland wird generell die „individuelle Freiheit“ mehr geschätzt als „Gleichheit“, was sich laut Trumm und Ainsaar damit erklären lässt, dass ein Großteil der EstInnen in ersterem eine „Opposition“ zu dem System der UdSSR sehen. Vieles, was in den Verdacht kam „sozialistisch“ zu sein, wurde negativ betrachtet. Gleichzeitig nahm man auch viele Vorschläge von Expertenkommissionen aus den Wohlfahrtsstaaten in Skandinavien an. Im *„Social Welfare Act“* (1995) kann man Trumm und Ainsaar zufolge nordische Traditionen erkennen und im *„Social Benefits for Disabled Persons Act“* (2002) wurden direkt Paragraphen aus den gleichwertigen Gesetzen Dänemarks, Finnlands und Schwedens übernommen. Sehr große Auswirkungen hatten der EU-Beitritt und die damit verbundenen Rahmenbedingungen, die man in der Sozialpolitik umsetzen musste (vgl. Trumm/Ainsaar 2009: 154f). Nach den 1990er Jahren begann für Estland eine Zeit des wirt-

---

<sup>93</sup> Aus diesem Grund ist es auch schwierig, Arbeitslosenstatistiken vor 2003 mit jenen danach zu vergleichen (vgl. Randlepp 2010: 132).

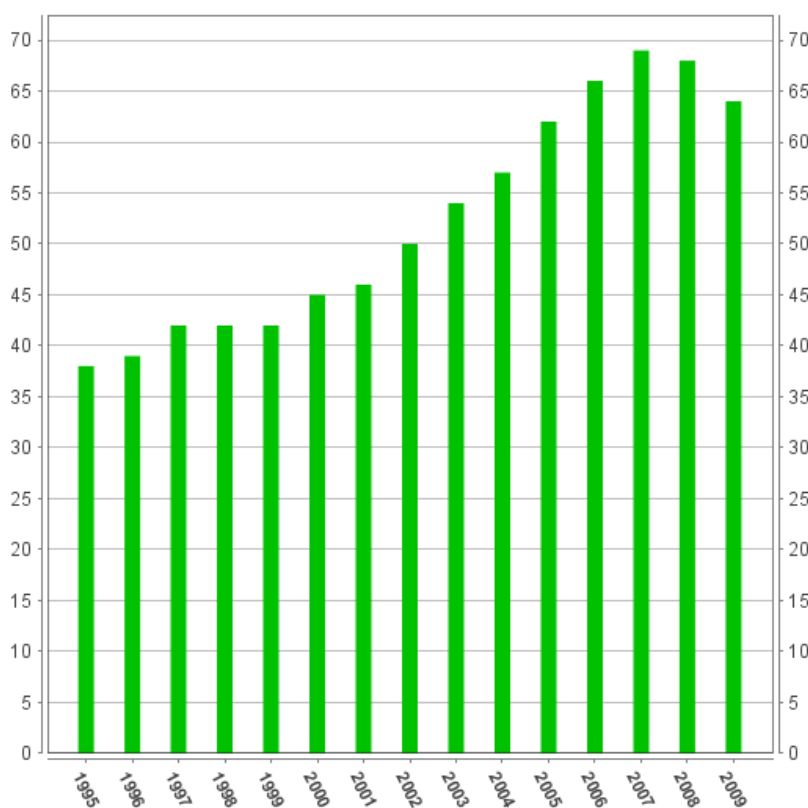
<sup>94</sup> 1993 bekam ein estnischer Pensionist durchschnittlich nur ca. 400 Kronen (entspricht ca. 25 Euro). Bis 2002 stieg dieser Betrag moderat auf ca. 1.700 Kronen (ca. 105 Euro). Die Pensionen wurden seitdem kontinuierlich erhöht und machten 2009 durchschnittlich 4.250 Kronen aus (ca. 265 Euro). Dieser Betrag reicht noch immer kaum zum Leben aus, weshalb PensionistInnen auch heute noch zu einer „sozialen Risikogruppe“ gezählt werden (vgl. Randlepp 2010: 133, Randoja 2010: 107).

schaftlichen Aufschwungs, verbunden auch mit einer Verbesserung des Lebensstandards für breite Bevölkerungsgruppen. Nachdem viele in den Reformjahren einen sozialen Abstieg hinnehmen mussten, begann nun eine Zeit der Erholung und wirtschaftlichen Prosperität.

### 5.3. Der baltische Tiger

Wie in Abbildung 7 und 9 ersichtlich, konnte die estnische Wirtschaft über lange Zeit wachsen und den Abstand zu den „reicheren“ EU-Staaten deutlich verringern. In der Zeit zwischen 2000 und 2007 wuchs das estnische BIP um durchschnittlich 7%. Kaum ein anderes Land in Europa entwickelte sich somit schneller als die Baltenrepublik. Das brachte Estland, neben Lettland und Litauen, die ein ähnlich hohes Wachstum erzielten, den Beinamen „Baltischer Tiger“ ein, in Anlehnung an die asiatischen Wachstumsökonomien wie Singapur, die Republik Korea oder Taiwan, die als Asiatische Tigerstaaten bezeichnet werden.

**Abbildung 7: BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) (EU27 = 100)<sup>95</sup>**



Grafik und Daten: Eurostat 2011

<sup>95</sup> „Der Volumenindex des BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-27), der zu 100 gesetzt ist, ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveaunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt“ (Definition: Eurostat 2011).

Diese Entwicklung war verbunden mit einer beständigen Annäherung an die Europäische Union, die von dieser gefördert wurde. Dabei war diese Integration in die EU auch ein wichtiger Bereich des *Nation Building*, da laut Veser zumindest noch in den 1990ern die nationale und die europäische Identität untrennbar miteinander verbunden gewesen wären und die Westanbindung (siehe oben) von großen Teilen der Bevölkerung gewünscht wurde. „Esten, Letten und Litauer betonten während des Kampfes um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit, dass sie seit Jahrhunderten zum westlichen Kulturkreis gehörten und damit nicht in ein russisches Imperium passten. Die Westorientierung war im Baltikum Anfang der neunziger Jahre eines der Steckpferde bekennender Nationalisten“ (Veser 2004: 17). Bereits 1994 wurde mit den drei baltischen Staaten ein Freihandelsabkommen unterzeichnet, dem 1995 ein Assoziierungsabkommen folgte. Im Juli 1997 empfahl die Europäische Kommission Aufnahmegespräche mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien und Estland, nicht aber mit Litauen und Lettland, was wiederum die Vorreiterrolle der estnischen Republik unter den baltischen Staaten in dieser Zeit verdeutlicht. Vor allem die nordischen Staaten machten sich für die baldige Integration des Baltikums in die EU stark (vgl. Pettai 2003: 271). Laut Wrobel ist diese Annäherung aber nicht nur positiv zu sehen, da es seiner Meinung nach für einen Transformationsstaat durchaus problematisch sein kann, wenn er Regeln und Vorschriften einer Gemeinschaft in kürzester Zeit übernehmen und umsetzen muss, die sich in dieser über vier Jahrzehnte herausgebildet haben (vgl. Wrobel 2000: 225f). Borrmann sprach 1998 davon, dass die estnische Gesetzgebung über 1000 EU-Richtlinien übernehmen müsse, was auch mit sehr hohen Kosten verbunden ist (Borrmann 1998: 14). Trotzdem stand der Wunsch der EntscheidungsträgerInnen und der Bevölkerung nach einer möglichst raschen Integration in die Europäische Union (sowie der NATO) außer Frage. Gründe für die schnelle Eingliederung in die EU waren laut Rajasalu, dass Estland (nach wie vor) als eines der wirtschaftlich freiesten Länder der Welt gilt. Die fiskalische Belastung ist geringer als in vielen alten und neuen EU-Staaten, was auch immer wieder positiv von der EU beurteilt wurde. Die Investitionen, vor allem aus dem europäischen Ausland, stiegen vor dem Beitritt kontinuierlich an und gleichzeitig sank die Inflationsrate. Man konzentrierte sich zunehmend auf Zukunftsbranchen in der Hochtechnologie sowie auf das Informationswesen und setzte mit dem Ausbau des Internets hier bereits früh Akzente (vgl. Rajasalu 2003: 24f). In den späten 1990ern waren die Hauptexportartikel Estlands noch Lebensmittel, Textilien, Holz und Möbel, alles Produkte, die mit geringen Lohnkosten und einer geringen Wertschöpfung verbunden sind. Deshalb sei es wichtig gewesen, den Fokus auf Bereiche wie Hochtechnologie, Informationstechnologien und den Maschinenbau zu lenken, wo die Wertschöpfung deutlich höher liegt (vgl. Kilvits 1999: 268).

Aus diesen Gründen wurde Estland immer wieder als „Musterschüler“ bezeichnet und konnte ohne größere Probleme 2004 der Europäischen Union beitreten<sup>96</sup>. Mit der Westorientierung und der damit verbundenen Annäherung an die Europäische Union, ging auch wieder eine gewisse Peripherisierung des Baltikums einher, das von der vorher wirtschaftlich potentesten Region (pro Kopf) in der UdSSR zu einer Region mit geringer ökonomischer Bedeutung innerhalb der EU wurde, wobei man dabei aber beachten muss, dass die Kategorien „Peripherie“ und „Zentrum“ nicht unabänderbar sind und es einem Land durchaus gelingen kann, durch die Integration in die EU näher an das „Zentrum“ zu rücken (vgl. Radošević/von Tunzelmann 2006: 322). Bei dem Referendum über einen EU-Beitritt waren noch zwei Drittel der Bevölkerung für diesen, auch wenn es viele kritisch sahen, dass sie damit einen gewissen Teil der eben erst erlangten Souveränität erneut abgaben. Bereits vor dem Referendum wurden von manchen PolitikerInnen, wie beispielsweise dem Vorsitzenden der damals stimmenstärksten Partei, Edgar Savisaar, in dieser Sicht gewisse Ängste geschürt und die EU mit der Sowjetunion verglichen<sup>97</sup> („Gestern Moskau, morgen Brüssel“) (vgl. Vesper 2004: 72). Seit 2004 ist die Zustimmung zur EU zwar gesunken, aber noch immer über dem EU-Durchschnitt<sup>98</sup>.

Dadurch, dass Estland eine sehr exportorientierte Volkswirtschaft ist und der Großteil der Handelspartner EU-Staaten<sup>99</sup> sind, ergeben sich bedeutende Vorteile durch die Mitgliedschaft. Ein erheblicher Teil des BIP wird über Exporte erwirtschaftet. Die exportorientierte Wirtschaftspolitik war laut Varblane und Vahter durchaus klug gewählt, da aufgrund der geringen Bevölkerungszahl der Inlandsmarkt sehr klein ist (vgl. Varblane/Vahter 2006: 42f). Estland war eines der ersten post-kommunistischen Länder, in dem eine Investitionsagentur gegründet wurde, die gezielt ausländisches Kapital lukrieren sollte. Im Gegensatz zu ihren südlichen Nachbarn hatten die EstInnen den entscheidenden Vorteil, dass die sprachlich verwandten FinnInnen in hohem Maße investierten und einen leistungsfähigen Wirtschaftspartner darstellen (vgl. Vesper 2004: 97). Damit machte sich die Wirtschaft aber von drei Faktoren abhängig: dem Ausmaß von FDI (*Foreign Direct Investments*), dem Wohlstand der Außenhandelspartner und der Wirtschaftsleistung Deutschlands bzw. der EU durch die Bin-

<sup>96</sup> Im Vorfeld des Beitritts gab es allerdings deutliche Kritik in Bezug auf die estnische (und lettische) Minderheitenpolitik. Auf den Einfluss der EU (und anderer Organisation) auf die Integrationspolitik Estlands werde ich in Kapitel 6 eingehen.

<sup>97</sup> Diese Entscheidung Savisaars hätte Vesper zufolge die Zentrumsparterie an den Rand der Spaltung gebracht. Savisaar wollte EU-kritische BürgerInnen in seine Partei holen. Es zeigte sich aber, dass die Zentrumsparterie dadurch WählerInnen verlor und gleichzeitig die Zustimmung zur EU stieg. Interessanterweise verlor er gerade in seiner Stammwählerschaft, RussInnen mit estnischer Staatsbürgerschaft, Unterstützung, die sich zu einem großen Teil den EU-Beitritt wünschten (vgl. Vesper 2004: 72).

<sup>98</sup> Laut Erhebungen von Eurobarometer im Herbst 2009 vertreten 62% die Meinung, dass die Mitgliedschaft in der EU eine „gute Sache“ ist (EU-27 53 %). 79% glauben, dass Estland von dem Beitritt profitiert hat (EU-27 57%) (vgl. Eurobarometer 2010).

<sup>99</sup> 2009 gingen 19% aller Exporte nach Finnland, gefolgt von Schweden (13%) und Lettland (10%). Auch bei Importen stellt Finnland den Haupthandelspartner dar (15%), die Importe aus Litauen und Lettland machen jeweils 11% aus (vgl. Kazakova/Kerner 2010: 229).

derung an die Währung (zuerst D-Mark, dann Euro). Diese hohe Abhängigkeit kann sich bei internationalen Krisen schnell negativ auswirken. Die Einbettung in internationale wirtschaftliche Netzwerke kann auf der anderen Seite aber auch eine stabilisierende Wirkung haben. Darüber hinaus kommt es durch vermehrte ausländische Investitionen zu einem Technologietransfer, der weitere positive Effekte im Land auslösen kann (vgl. Kilvits 2001: 41). Durch die Größe des Landes, seine politische Ökonomie und die EU-Integration wäre ein Wachstum aus dem „inneren heraus“ kaum möglich gewesen, auch wenn dieses vielfach als die stabilere (wenn auch langsamere) Variante empfohlen wurde (vgl. Radošević/von Tunzelmann 2006: 325). Das Wirtschaftswachstum wurde zunächst auch durch Steuererleichterungen für InvestorInnen und UnternehmerInnen, eine Vereinheitlichung durch die *Flat Tax* und eine hohe Transparenz geschaffen. Heute gilt Estland nach wie vor als eines der wirtschaftlich „freiesten Länder“ der Welt und wird immer wieder als Musterbeispiel angeführt, um zu zeigen, welche Erfolge man mit neoliberalen Reformen erreichen kann. Nichtsdestoweniger muss man auch darauf hinweisen, dass Estland erst 2004 wieder das BIP von 1989 erreichte und damit im Vergleich zu den anderen neuen EU-Staaten neben Lettland und Litauen das geringste Wachstum hatte. Wie anfangs bereits erwähnt war aber die Ausgangslage in den baltischen Staaten eine andere als etwa in Slowenien oder Polen. Außerdem ist auch fraglich, ob die (sowjetischen) Wirtschaftsdaten von 1989 der realen Wirtschaftskraft entsprachen und man hier Vergleiche ziehen kann (vgl. Radošević/von Tunzelmann 2006: 320f). Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die wirtschaftlich grundsätzlich positive Entwicklung auf die Bevölkerung verteilt hat, wer davon profitierte und wer nicht.

### **5.3.1. Entwicklung für alle? Disparitäten in Estland**

Der wirtschaftliche Aufschwung kam auch bei weiten Teilen der Bevölkerung an. Die Beschäftigungsrate stieg bis 2008 kontinuierlich auf 63% an und die Arbeitslosigkeit sank bis 2007 auf 4,7%, den niedrigste Wert seit dem Ende der Sowjetunion, der darüber hinaus deutlich unter dem EU-Durchschnitt lag<sup>100</sup> (vgl. Pettai 2010: 146f). Gleichzeitig spürten die Menschen auch deutlich die Reallohnzuwächse die teilweise beträchtlich waren und 2007 über 13% ausmachten. (vgl. Kusma/Mere 2010: 162). In den Zeiten des Aufschwunges wurde mehr gebaut, investiert und konsumiert. Die durchschnittliche Lebensqualität der Bevölkerung stieg, was man neben den höheren Löhnen unter anderem auch daran erkennen kann, dass sich die Qualität des Wohnraumes ständig verbesserte und soziale Absicherungssys-

---

<sup>100</sup> Beschäftigungs- und Arbeitslosenrate der 15 bis 74-jährigen Bevölkerung. Daten von Eurostat (vgl. Pettai 2010: 147).



teme ausgebaut wurden (vgl. Nestor/Sinisaar 2010: 300, Randoja 2010: 307, Randlepp 2010: 131ff).

Auch wenn Estland aufgrund des überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums als „Baltischer Tiger“ bezeichnet wird, entwickelte sich das Land in den letzten zwanzig Jahren regional und gesellschaftlich sehr unterschiedlich. Der Gini-Koeffizient<sup>101</sup>, der die Einkommensungleichheiten in einem Land verdeutlichen soll, ergibt für Estland, dass es sich um eine sehr „ungleiche“ Gesellschaft in Europa handelt. Allerdings führte der EU-Beitritt dazu, dass sich auch hier der Abstand zum Durchschnittswert der EU 27 verringerte und Estland 2009 nur noch knapp darüber lag<sup>102</sup>. In Ländern mit einem marktwirtschaftlichen Prinzip sind Gehaltsunterschiede normal, allerdings schätzen 90% der EstInnen, dass diese in Estland zu hoch sind (Võõrmann ua. 2010: 78f). Und obwohl sich die Beschäftigungsverhältnisse in den 1990ern stark verändert haben (siehe oben), zeigte sich, dass nach 2000 die soziale Durchlässigkeit abnahm und es zunehmend schwerer wurde in höhere berufliche Stufen aufzusteigen (vgl. Võõrmann ua. 2010: 88). In Sektoren wie dem Finanz- und Versicherungswesen sowie dem Kommunikations- und Informationsbereich stiegen die Gehälter deutlich stärker als beispielsweise in der Gastronomie, was teils zu erheblichen Einkommensunterschieden führte (vgl. Kusma/Mere 2010: 162).

Die unterschiedliche Entwicklung in Estland kann man sehr gut erkennen, wenn man die Regionen vergleicht, da sich der rasante wirtschaftliche Aufschwung nur auf wenige Gebiete konzentrierte. Sepp verglich die estnischen Regionen anhand des *Regional GDP dispersion indicator*<sup>103</sup>. Dabei wird ersichtlich, dass Estland (hinter Lettland) die zweitgrößten regionalen Ungleichheiten in der EU aufweist. In Harjumaa ist das BIP/Kopf 1,6 mal höher als im nationalen Durchschnitt. Alle anderen Regionen, außer Tartumaa, liegen unter dem nationalen Durchschnitt. Bereits 2006 konzentrierten sich 61,6% des erwirtschafteten BIP in Harjumaa, weitere 9,7% fielen auf Tartumaa, alle anderen Regionen sind weit abgeschlagen. Man befürchtete, dass sich dieser Trend verstärken werde, weshalb die *„Regional Development Strategy of Estonia“* vorsieht, dass 2015 nicht mehr als 70% des nationalen BIP in der Hauptstadtregion erwirtschaftet werden sollen (vgl. Sepp 2010: 52). Ein Grund dafür ist, dass sich die jeweiligen Branchen schon in der Sowjetzeit sehr konzentriert in dem Land verteilten. Jene Industriebetriebe, die in der Transformation die schlechtesten Karten hatten, waren vor allem im Nordosten angesiedelt und betrafen den Bergbau, die Schwerindustrie und die

---

<sup>101</sup> „Der Gini-Koeffizient wird als die Beziehung von kumulativen Anteilen der Bevölkerung eingeordnet gemäß dem Niveau des verfügbaren Äquivalenzeinkommens zum kumulativen Anteil des verfügbaren Äquivalenzeinkommens definiert“ (Definition: Eurostat 2011).

<sup>102</sup> 2004 betrug der Gini-Koeffizient für Estland noch 37,5 (sieben Punkte über den EU27-Durchschnitt), 2009 nur noch 31 (ein Punkt über dem EU27-Durchschnitt) (Daten: Eurostat).

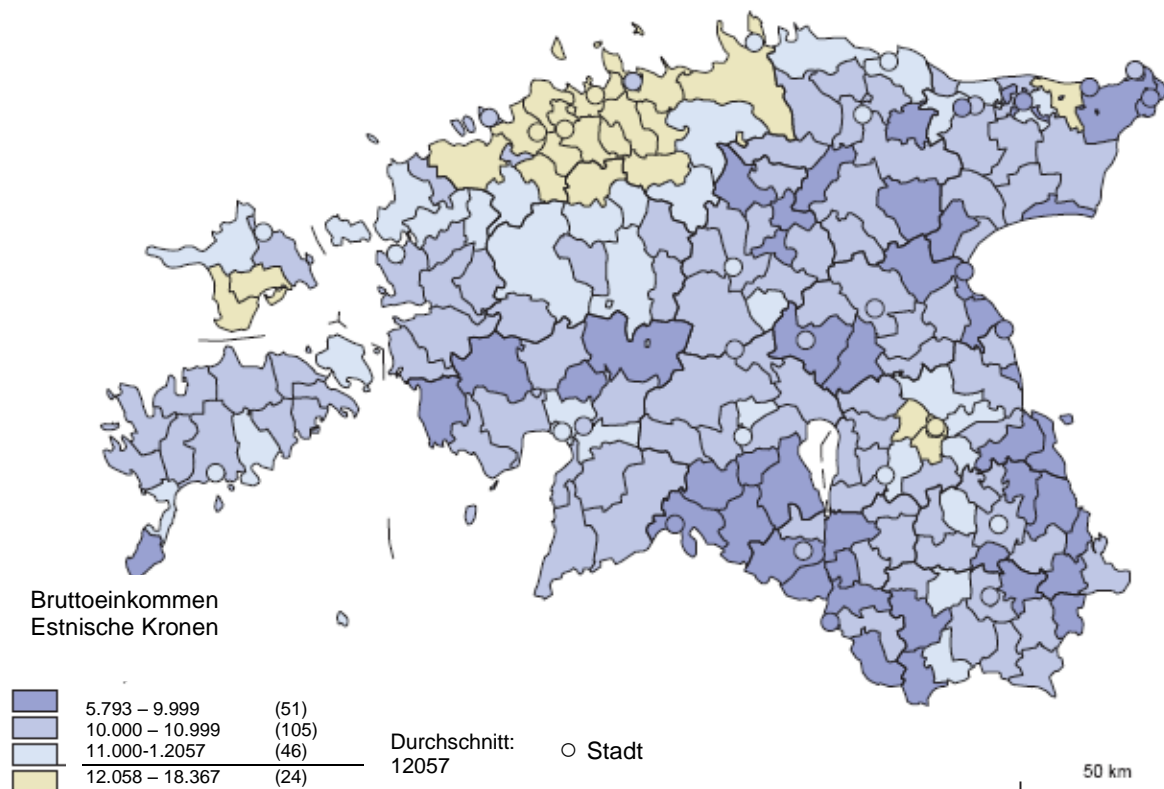
<sup>103</sup> Dieser Indikator gibt Auskunft über die Abweichungen des relativen Bruttoinlandsproduktes innerhalb eines Staates. Er wird auf den Anteil der Bevölkerung in der jeweiligen Region gewichtet und in einem Prozentsatz des BIP des Staates ausgedrückt (vgl. Sepp 2010: 51).

Chemie. Dagegen hatten die Lebensmittelindustrie (Tallinn, Pärnu) und die Gerätebau-, Holz-, Textil- und Papierindustrie (Tallinn, Tartu) sowie die Elektronik und Elektrotechnik bessere Chancen, den Wandel zu einer marktorientierten Volkswirtschaft erfolgreich zu vollziehen. Diese Wirtschaftszweige hätten auch über ein größeres „baltisches Element“, sprich ethnische EstInnen, in ihrer Belegschaft verfügt, was laut Meurs auch ein Grund dafür war, dass EstInnen in der Transformation besser ausstiegen als Russischsprachige (vgl. Meurs 1999: 17). Diese Unterschiede wurden laut Sepp noch verstärkt, da alle wichtigen Staats- und Landeseinrichtungen, sowie alle Einrichtungen, die „Wissen“ produzieren, in Tallinn und Tartu zentriert sind, weswegen sich diese Entwicklung fortsetzen wird und andere Regionen weiter zurückfallen werden (vgl. Sepp 2010: 68f).

Gleichzeitig mit dem Erfolg in Harjumaa ist Ida-Virumaa, das in Sowjetzeiten nach Tallinn die wirtschaftlich stärkste Region war, in ökonomischer Sicht zu einem peripheren Gebiet geworden. Der Nordosten Estlands hatte mit massiven strukturellen Problemen zu kämpfen. Durch eine veraltete industrielle Monostruktur, Wirtschaftszweige, die sich auf einen (nicht mehr vorhandenen) Markt im Osten konzentrierten, hohe Arbeitslosigkeit und einen starken Bevölkerungsrückgang entstand ein deutliches Peripherie-Zentrum-Gefälle zwischen der prosperierenden Hauptstadtregion und Ida-Virumaa. Es gab immer wieder Kritik von Russischsprachigen, dass dieses Gebiet von den verschiedenen Regierungen bewusst vernachlässigt wurde, weil aufgrund der geringen Anzahl ethnischer EstInnen kein Interesse daran bestand, Geld in den Nordosten Estland zu transferieren. Die These, dass es eine geringe Priorität in der Regionalpolitik der estnischen Regierungen an der „heruntergekommenen sowjetischen Industrieregion“ Ida-Virumaa gegeben habe, wird auch von Meurs unterstützt, weshalb er bei diesem Punkt von „ethnischer Diskriminierung“ spricht (vgl. Meurs 1999: 4). Die sowjetische Wirtschaftsstruktur dürfte allerdings größere Auswirkungen auf die Region gehabt haben, als die estnische Regionalpolitik. Die Wirtschaft war vor 1991 im großen Maße auf den russischen Markt fokussiert und Schwerindustrie (vor allem Produktion für das sowjetische Militär) dominierte. Durch den Zusammenbruch der UdSSR fiel dieser Markt weg (vgl. Gruber 2008: 128f). Diese Probleme betrafen aber nicht nur das industrielle Ida-Virumaa sondern vor allem auch den Südosten Estlands, der sehr agrarisch geprägt ist und hauptsächlich von ethnischen EstInnen bewohnt wird. Durch den Transformationsprozess gingen die Absatzmärkte für landwirtschaftliche Produkte in Russland über die Zeit verloren. Aus diesem Grund hat diese Region auch die höchste Arbeitslosenrate in Estland, was auch zu einer starken Abwanderung, vor allem der jungen Bevölkerung, führte. Die sprachlich homogene Region im Südosten wird auch immer als Beispiel angeführt, um zu beweisen, dass sich die negativen Folgen des Transformationsprozess in Estland nicht partout auf die Russischsprachigen auswirkten, sondern Estnischsprachige, sofern sie in unproduktiven Bereichen beschäftigt waren, genauso betroffen waren (und sind) (vgl. Vetik 2002: 76). Betrachtet

man die Situation im gesamten Estland, treten aber doch einige Unterschiede im Arbeitsbereich hervor. In Abbildung 8 ist das regional sehr unterschiedlich verteilte Einkommen der estnischen Bevölkerung ersichtlich. Deutlich über dem Durchschnitt liegt die gesamte Hauptstadtregion. Eine Ausnahme bilden dabei die beiden Städte Paldiski und Maardu<sup>104</sup>, die überwiegend über eine russischsprachige Bevölkerung verfügen. Daneben ist das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen nur in Tartu (mit Umland) und Teilen Hiiumaas über dem landesweiten Durchschnitt.

**Abbildung 8: Durchschnittliches Bruttomonatseinkommen in Estland 2009**



Karte: Regional Development in Estonia 2010: 106

Aber selbst im „reichen“ Tallinn gibt es deutliche Unterschiede. Die sozialen Disparitäten in der Hauptstadt sind sehr groß und verschwinden nur sehr langsam, was sich auch an der Einkommensverteilung zeigt. 2006 verdienten Estnischsprachige beispielsweise 20% mehr als der Durchschnitt, während Personen, deren Muttersprache nicht Estnisch ist, 18% unter dem Durchschnitt liegen. Letztere Gruppe lebt auch oft in schlechteren Wohnverhältnissen.

<sup>104</sup> Die beiden Städte kämpfen auch heute noch mit ihrem sowjetischen Erbe. Paldiski war in der UdSSR eine geschlossene Stadt und diente hauptsächlich als U-Boothafen und in Maardu konzentrierte sich chemische Industrie (Phosphorminen), die nach 1991 aus oben genannten Gründen (Umweltproblematik) nicht mehr haltbar war.

Russischsprachige wohnen zwar in „neueren“ Wohnhäusern, da es sich dabei aber um die Plattenbauten in den „sowjetischen“ Stadtteilen<sup>105</sup> handelt, sind diese eher in einem schlechteren Zustand als der übrigen Gebäudebestand in Tallinn (vgl. Brüggemann/Tuchtenhagen 2011: 314).

Laut Meurs haben die Benachteiligungen der Russischsprachigen zwei zentrale Gründe: „Die sowjetische Nationalitäten- und Modernisierungspolitik sowie die heutige Minderheiten- und Transformationspolitik der baltischen Staaten haben dazu geführt, daß die russische Diaspora in den Wachstumssektoren der Dienstleistung und High-Tech-Industrie unterrepräsentiert ist“ (Meurs 1999: 4).

In der estnischen Integrationsstrategie wird erwähnt, dass Russischsprachige unterproportional in hohen Positionen in Firmen anzutreffen sind, sie überproportional ungelernte Arbeitskräfte stellen und weniger zufrieden mit ihrem Job sind. Sie sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und bekommen durchschnittlich weniger Gehalt (vgl. Eesti Koostöö Kogu 2008: 18). Die *Immigrant Population Survey 2008* kam zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigungsrate der ImmigrantInnen (62,4% der 15 – 74-Jährigen) fast gleich hoch ist, wie jene von EstInnen (63,1%). Allerdings lag die Arbeitslosigkeit bei ersterer Gruppe (24 – 49-Jährige) 2008 mit 7,2% fast doppelt so hoch (EstInnen unter 4%). Weiters gaben 21% der Personen, die vor 1992 nach Estland emigrierten an, dass sie für ihre derzeit ausgeübte Tätigkeit überqualifiziert seien (vgl. Järv 2009: 46f). Eine Schlussfolgerung davon könnte sein, dass Russischsprachige am Arbeitsmarkt in Estland generell benachteiligt sind, was von dieser Gruppe oft auch so empfunden wird.

Diese „gefühlte“ Diskriminierung der Russischsprachigen am estnischen Arbeitsmarkt ist laut den AutorInnen der Integrationsstrategie allerdings nicht gerechtfertigt. Die größere Gefahr arbeitslos zu werden, bzw. die angesprochenen Gehaltsunterschiede hätten strukturelle und regionale Gründe und nichts mit „ethnischer Diskriminierung“ zu tun. *„Even though there are disproportionately many Russian speakers in several social risk groups, on closer inspection it becomes apparent that in most cases we are dealing with general regional or other structural reasons“* (Eesti Koostöö Kogu 2008: 10). Die zuvor genannte Überqualifizierung von manchen Russischsprachigen kann auch mit dem Niedergang von Industriezweigen erklärt werden, durch den ihre Positionen obsolet wurden und sie Jobs unter ihrer Qualifizierung annehmen mussten. Durch den Wegfall von ganzen Wirtschaftsbereichen bestand kein Bedarf mehr an diesen spezifischen ExpertInnenstellen (vgl. Järv 2009: 46f). Das sieht Luuk ähn-

---

<sup>105</sup> Dabei handelt es sich um die drei Trabantenstädte Mustamäe, Õismäe und Lasnamäe, die alle nach sozialistischen Idealvorstellungen gebaut wurden und Platz für die zugezogenen ArbeiterInnen und ihre Familien boten. Die Stadtteile wurden schnell und billig errichtet und teilweise auch mit einer sozialen Infrastruktur, zB der Technische Universität in Mustamäe, bedacht. Obwohl das letzte Großprojekt, Lasnamäe, nie fertig gestellt wurde, lebt heute fast die Hälfte der Bevölkerung Tallinns in diesem Stadtteil, darunter sehr viele Russischsprachige (vgl. Brüggemann/Tuchtenhagen 2011: 309f).

lich, die behauptet, dass ein Großteil dieser Überqualifizierten seien Ausbildung in den 1970ern und 1980ern absolviert habe und aufgrund der geänderten wirtschaftlichen Bedingungen die heutigen Anforderungen nicht mehr erfüllen könne (vgl. Luuk 2009: 99). Die These, dass es in Estland zu keiner „ethnischen Diskriminierung“ kommt, wird auch von Heidmets und Lauristin unterstützt. Die entstandenen Unterschiede sind eine Ursache der schnellen wirtschaftlichen Transformation, bei der zwar auf beiden Seiten Gewinner und Verlierer vorzufinden seien, die russischsprachige Bevölkerungsgruppe aufgrund struktureller Nachteile aber schwerer betroffen wäre (vgl. Heidmets/Lauristin 2002: 325f). Russischsprachige wären laut Gruber aufgrund ihres „sozial-industriellen Hintergrundes“ weniger in der Lage gewesen, die negativen Folgen des Transformationsprozesses ausgleichen zu können. Die breitere berufliche und regionale Verteilung der ethnischen EstInnen, hätte diesen einen entscheidenden Vorteil gebracht (vgl. Gruber 2008: 137).

Auf jeden Fall hatten die Sprachregelungen<sup>106</sup> dazu geführt, dass im Berufsleben sprachliche Barrieren für Russischsprachige gezogen wurden. Für einen beruflichen Aufstieg, vor allem in gemischtsprachigen Gebieten oder in mehrheitlich estnischsprachigen Gebieten, sind Kenntnisse der Staatssprache obligatorisch. Zwar fügen Vöörmann ua. an, dass junge Estnischsprachige beruflich stärker von höherer Bildung profitieren als Russischsprachige, gleichzeitig weisen sie aber darauf hin, dass diese Begünstigung der EstInnen wegfällt, wenn Russsprachige über sehr gute Estnischkenntnisse verfügen (Vöörmann ua. 2010: 101). Durch ausgezeichnete Sprachkompetenzen sowie den Besitz der estnischen Staatsbürgerschaft, kommt es beinahe zu keinen Unterschieden, wenn man das Lohnniveau oder die Zahl der Arbeitslosen vergleicht. Durch unzureichende Estnischkenntnisse, eine fehlende Staatsbürgerschaft und die strukturell-regionalen Nachteile lassen sich laut Vöörmann und Lindemann auch die durchschnittlich 10 bis 15% Gehaltsunterschied zu ethnischen EstInnen erklären. Dies seien keine estnischen Besonderheiten, sondern diese Unterschiede würde man, sogar in verstärkter Form, auch bei ImmigrantInnen in Westeuropa finden. Wobei hier wieder die Problematik auftaucht, ob man die Russischsprachigen in Estland als nationale Minderheit betrachtet oder als ImmigrantInnen, vergleichbar mit den ZuwanderInnen in den „alten“ EU-Staaten. Wichtig ist aber, hervorzuheben, dass sich soziale Unterschiede nicht nur aufgrund des ethnischen Hintergrundes, sondern aus einer Vielzahl von Faktoren ergeben (Vöörmann ua. 2010: 100). Nichtsdestoweniger stellt der ethnische Hintergrund eine mögliche Form der Benachteiligung dar, weshalb auch die russischsprachige Minderheit immer wieder als „soziale Risikogruppe“ bezeichnet wird. Benachteiligungen ergaben sich vor allem in den 1990ern durch die noch restriktiveren Staatsbürgerschaftsregelungen. Auch der weitgehende Ausschluss von der ersten Privatisierungswelle (siehe oben) kann als deutliche Benachteiligung der staatsbürgerschaftslosen Russischsprachigen gesehen werden.

---

<sup>106</sup> Siehe Kapitel 4.4. "Die estnische Sprachpolitik".

Zu den Mechanismen, die zu Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt führen, gehört auch die Reproduktion von Stereotypen, die man ethnischen Gruppen zuschreibt. EstInnen werden natürlich auch aus nicht rationell erklärbaren Gründen bei Einstellungen, Beförderungen und Gehaltserhöhungen bevorzugt, wie Rummo-Laes postuliert. Durch Vorurteile, mit denen Russischsprachige konfrontiert werden, entwickelt sich oft auch eine pessimistische Einstellung. Sie können den Glauben an ihre Fähigkeiten verlieren und finden sich mit Jobs ab, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen. Dadurch würde auch ein großes Potential an gut ausgebildeten Fachkräften für den estnischen Arbeitsmarkt verloren gehen (vgl. Rummo-Laes 2009: 62). Die bereits erwähnte geringe soziale Durchlässigkeit am estnischen Arbeitsmarkt führt auch hier bei der russischsprachigen Bevölkerung zu Problemen. Ein großer Teil der zweiten Generation arbeitet in ähnlichen Feldern wie seine Eltern. Die sich verändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen und der Wegfall von ganzen Wirtschaftszweigen hatten aber auch hier Konsequenzen und führten dazu, dass heute der Anteil der SpezialistInnen bei der zweiten Generation um 10% niedriger ist als bei der ersten und der Anteil an Personen im Verkaufs- oder Servicebereich um 10% höher liegt. Krusell spricht deshalb von einem Trend nach unten und einem, wenn auch nicht gravierenden, beruflichen Abstieg der russischsprachigen Bevölkerung (vgl. Krusell 2009: 79). Natürlich wäre es wünschenswert, dass sich dieser Trend umkehrt. *„In order to increase integration of immigrants in society, they should be employed in jobs of higher quality and move from lower-quality jobs to better jobs, not vice versa“* (Randoja 2009: 120). Gleichzeitig erwähnt Randoja, dass Arbeitsstellen, die eine geringere Qualifikation erfordern, wichtig für diese Gruppe bleiben werden, da es für Personen, die über geringe Estnischkenntnisse verfügen, eine Möglichkeit ist, in den Arbeitsmarkt eintreten zu können (vgl. Randoja 2009: 120).

Wie bereits erwähnt, kommt es aber nicht nur zwischen unterschiedlichen sprachlichen Gruppen in der Gesellschaft Estlands zu Unterschieden. Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist eine der höchsten innerhalb der EU<sup>107</sup>. Russischsprachige Frauen sind deshalb oft doppelt benachteiligt und verdienen durchschnittlich am wenigsten in Estland, da sie auch öfter in Bereichen mit geringerer Bezahlung arbeiten (beispielsweise in der Gastronomie oder im Verkauf). Wie bereits in Kapitel 4.4.1. „Die estnische und die russische Sprache im Bildungssystem“ angesprochen wurde, haben russischsprachige Frauen den durchschnittlich höchsten Bildungsgrad, weshalb es hier zu besonderen Ungleichheiten zwischen Ausbildung und tatsächlichem Beruf (und Einkommen) kommt. Vor allem in den 1990ern schützte ein höherer Bildungsgrad allerdings nicht vor Armut. Obwohl Frauen stär-

---

<sup>107</sup> 2007 betrug die Einkommensschere (Vergleich Brutto-Stundenverdienst Männer – Frauen, *Gender Pay Gap*) in Estland 30,9% (EU-27 Durchschnitt 17,6%), was den höchsten Wert innerhalb der EU bedeutete. Es scheint sich dabei nicht um ein generelles Problem in post-kommunistischen Staaten zu handeln, da ein Großteil der „neuen“ EU-Staaten, darunter Polen, Lettland und Slowenien deutlich geringere Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männer haben, als der EU-Durchschnitt (Daten: Eurostat).

ker im Dienstleistungssektor vertreten waren, in dem die negativen Begleiterscheinungen der Transformation geringer ausfielen, bzw. die Gefahr arbeitslos zu werden geringer war als im Industriesektor, waren sie stärker von Armut betroffen als Männer, unabhängig von ihrer sprachlichen Zugehörigkeit (vgl. Wilder/Viies 2001: 117). Positiv ist anzumerken, dass gegenwärtig Frauen in Estland von Arbeitslosigkeit weniger betroffen sind als Männer und die Frauenbeschäftigungsrate eine der höchsten innerhalb der EU ist (Pettai 2010: 145). Eine weitere Gruppe, auf die sich die Transformation zunächst sehr negativ auswirkte, waren die PensionistInnen, die besonders in der ersten Hälfte der 1990er unter sehr prekären Umständen lebten. Eine Änderung der Sozialpolitik, die unter anderem eine Erhöhung der Pensionen (siehe oben) und gleichzeitig eine Änderung der Zuverdienstgrenzen vorsah, führte allerdings dazu, dass die Armutsgefährdung dieser Gruppe von 66% 1995 auf 20,4% 1999 sank (vgl. Wilder/Viies 2001: 117). Trotzdem leben viele PensionistInnen unter sehr schwierigen Lebensumständen und müssen sich bis ins hohe Alter durch einen Job etwas Geld hinzuverdienen, da die Pensionen für viele nicht zum Leben reichen. Dadurch, dass allerdings die Löhne seit 2003 immer stärker stiegen als die Pensionen, erhöhte sich auch der Anteil der älteren Personen unter der Armutsgrenze von 20,3% 2003 auf 39% 2007, was deutlich über dem nationalen Durchschnitt von 19,7% (2007) lag (vgl. Randoja 2010: 110).

Sozialstudien, die in Estland durchgeführt wurden, sollten zeigen, in welcher „wahrgenommenen“ sozialen Position sich die EstInnen selbst einstufen. Die Daten der International Social Justice Studien (von 1992, 1996 und 2004) ergaben, dass sich zu Beginn der Transformation deutlich mehr Menschen in höhere Stufen einordneten. Vöörmann ua. zufolge lag das auch daran, dass mit dem Umbruch auch viele Hoffnungen und Erwartungen verbunden waren, die sich für viele Menschen bis 2004 nicht erfüllten, weshalb sie sich selbst in niedrigeren Stufen einordneten (Vöörmann ua. 2010: 76). *„Most people see themselves as belonging to the middle or lower levels of the economy of the scale of social hierarchy and the rapid development of the economy during the past decade has not had any noticeable positive effects on people's perception of their social position“* (Vöörmann ua. 2010: 78). Die Frustration, die sich bei manchen einstellte, führte auch dazu, dass nach der Öffnung der europäischen Arbeitsmärkte für ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Staaten, viele EstInnen in ein anderes EU-Land emigrierten. Dabei blieb die Abwanderung aber immer deutlich geringer als in Lettland oder Litauen. Auffallend ist auch, dass durchschnittlich mehr ethnische EstInnen als RussInnen ins Ausland gehen, um dort zu arbeiten. Zusammen mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung führte diese Abwanderung dazu, dass bis 2007 die Arbeitslosigkeit auf 4,7% schrumpfte, was auch viele AuswanderInnen zur Rückkehr bewog (vgl. Bils 2009). Generell wird die Abwanderung aber sehr negativ gesehen, da es sich vor allem um gut ausgebildete junge ArbeitnehmerInnen handelt, die ihr Glück in einem anderen EU-Staat su-

chen. Da die Geburtenrate ohnehin sehr niedrig ist, werden auf lange Sicht durch Abwanderung die sozialen Sicherungssysteme gefährdet (vgl. von Below 2005).

Wie bereits in Kapitel 3 „Die gesellschaftliche Transformation Estlands“ erwähnt, wird die größte Herausforderung für die EntscheidungsträgerInnen in Estland die Überalterung der Bevölkerung sein. Auch wenn die Geburtenrate in den letzten Jahren wieder gestiegen ist, so steigt der Anteil der Personen, die über 65 Jahre alt sind, kontinuierlich an, von 11,4% 1989 auf 16,2% 2007. Das bedeutet auch eine größere finanzielle Belastung für den Staat durch gesteigerte Kosten für Pensionen und Pflege, weshalb die zukünftigen estnischen Regierungen das Sozialsystem erneut diesen neuen Herausforderungen anpassen werden müssen (vgl. Trumm/Ainsaar 2009: 156). Dabei ist der Anteil an Sozialausgaben gemessen am BIP in Estland ohnehin schon sehr gering und betrug etwa 2005 nur ein Fünftel der durchschnittlichen pro Kopf Ausgaben der EU. Für die Unterstützung von Arbeitslosen wird noch weniger ausgegeben, wobei Estland hier 2008 hier das Schlusslicht innerhalb der EU-27 bildete (vgl. Trumm/Ainsaar 2009: 158f). Diese Politik wurde immer dahingehend legitimiert, dass durch Austerität und ein ausgeglichenes Budget eine Verschuldung des Staates vermieden werden könne, und somit kommende Generationen nicht durch eine Schuldenlast vorbelastet würden. 2009 betrug das Haushaltsdefizit 1,7% und die Schuldenquote lag bei 7,2% des BIP, was bedeutet, dass Estland innerhalb der EU am geringsten verschuldet ist (Naarits 2010: 193).

War die Stimmung in Estland bis Anfang 2008 noch euphorisch, da man teilweise höhere Wachstumsraten als China aufweisen konnte, so kam die Ernüchterung mit der weltweiten Finanzkrise, die sich zunächst im Baltikum am negativsten auswirkte, die estnische Gesellschaft besonders hart traf und viele Errungenschaften, auch im sozialen Bereich, wieder zunichte machte.

#### **5.4. Die Krise 2009 – das Ende des Wirtschaftswunders?**

Seit 2000 wuchs die Wirtschaftsleistung in Estland kontinuierlich und erreichte 2006 mit einem Zuwachs des BIP von 10,7% ihren Höhepunkt (vgl. Aaviksoo 2010: 10). Das schnelle Wachstum war zu einem großen Teil aber auf geliehenes, ausländisches Kapital gestützt. *„It should be kept in mind that so far Estonia’s economic success has been based to a significant degree on the inflow of cheap foreign capital (debt financing and direct investments) which is unlikely to continue at the same pace“* (Aaviksoo ua. 2010: 12). Es kam zu einer „Überhitzung“ der Volkswirtschaft. Das zeigte sich auch daran, dass die Inflationsrate, die schon seit Jahren über dem EU-Durchschnitt lag, 2008 auf 10,4% stieg (Šokman 2010: 166).



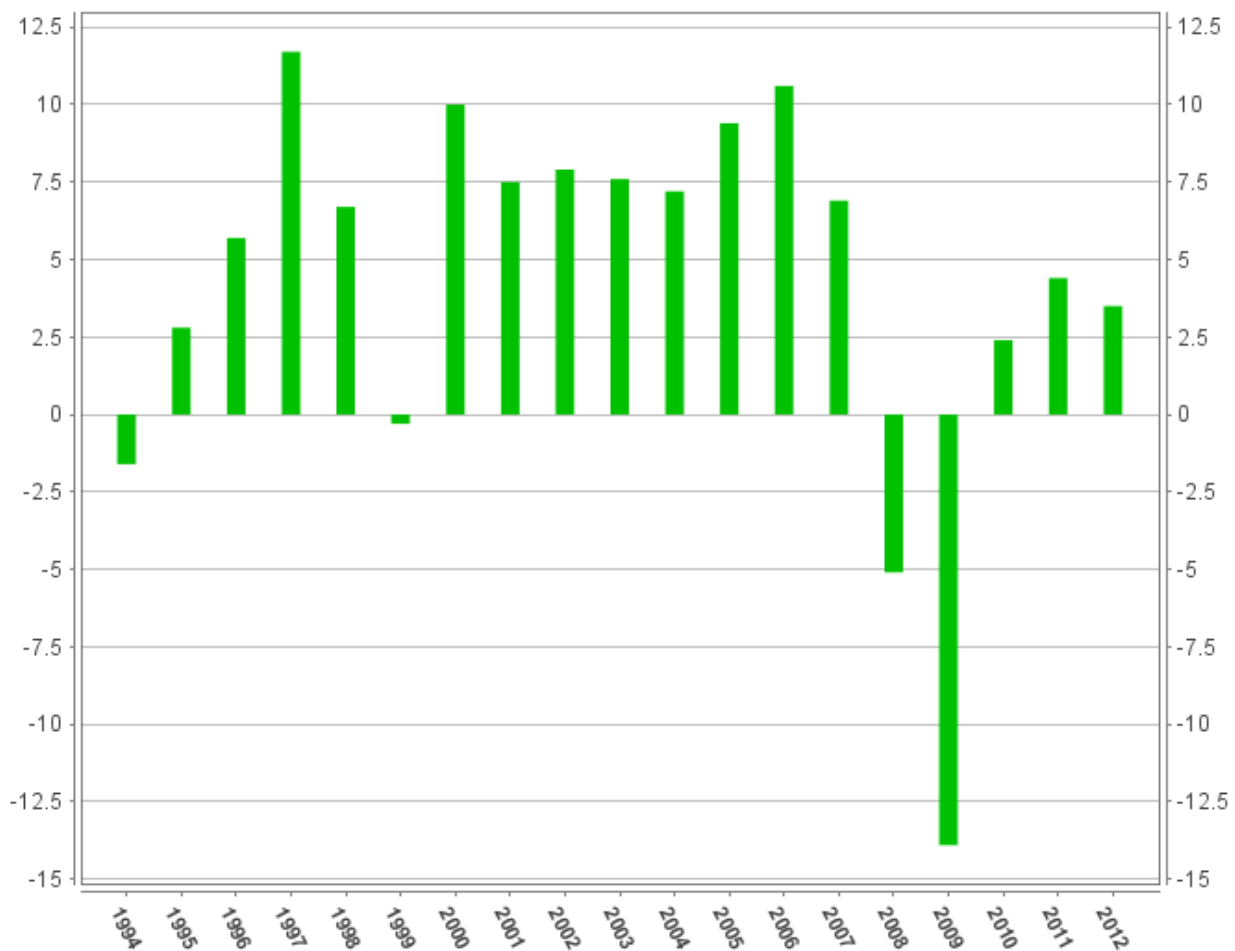
Die Wirtschaftskrise die 2008 von den USA ausging, hatte auf die drei baltischen Staaten besonders große Auswirkungen. Es zeigte sich, wie instabil diese Volkswirtschaften noch waren und es schien, dass das Wunder des „Baltischen Tigers“ mit einem Schlag vorbei war. In Estland sah man sich als ein Opfer der US-amerikanischen Krise und stellte das eigene System kaum in Frage. 2008 dachte man noch, dass man die Krise schnell und gut überstehen werde, da man den schwedischen Geldinstituten, die zu einem großen Teil die Kreditgeschäfte im Land bestimmen, hohe Stabilität zuschrieb. Dabei hätten laut Klein genau diese Institute viel zu leichtfertig Kredite vergeben und somit zur Krise beigetragen<sup>108</sup>. 2009 sank das BIP um über 12%, die Kreditwürdigkeit wurde von der Ratingagentur Fitch von A auf A- zurückgestuft, was natürlich angesichts der gegenwärtigen „Eurokrise“ in Griechenland und Irland noch immer ein gutes Rating darstellte (vgl. Klein 2008). Ein erheblicher Teil des geliehenen Geldes floss vor der Krise in Immobilien, wobei es hier vor allem in der Hauptstadtregion zu einem Boom kam, der mit der „Immobilienblase“ in anderen Ländern vergleichbar war. Das Angebot an neuen Immobilien war deutlich höher als die Nachfrage und sowohl die Mieten wie auch die Kosten für Eigentum waren überwertet. Nach einem Höhepunkt 2007 sanken diese Kosten wieder deutlich, was man auf die geringere Nachfrage zurückführen kann, wobei sich hier Ende 2009 wieder eine Trendwende zeigte (vgl. Smirnova 2010: 310ff).

Die Regierung reagierte mit einem radikalen Sparkurs und weiteren Liberalisierungsschritten wie beispielsweise Steuererleichterungen oder einer weiteren Lockerung des Kündigungsschutzes, der ohnehin schon zu den unternehmerfreundlichsten in Europa zählt (vgl. Puhl 2008). Weitere Maßnahmen waren die Einfrierung oder Kürzung von öffentlichen Gehältern und Pensionen. Betroffen waren sämtliche Bereiche. Durch Wachstumsraten bei den wichtigsten Wirtschaftspartnern in Skandinavien und Mitteleuropa schaffte man es, bereits 2010 wieder ein positives Wachstum zu verzeichnen und auch zu vorsichtig optimistischen Prognosen für die Jahre 2011 und 2012 zu gelangen. Die Europäische Kommission geht wieder von einem deutlichen Wachstum (4,4% bzw. 3,5% für diese Jahre) des realen BIP aus, dass deutlich über dem EU-Durchschnitt liegen wird (1,7% bzw. 2%). Dabei ist allerdings zu beachten, dass der vorherige Rückgang 2008 und 2009 in Estland deutlich stärker ausfiel als im gesamteuropäischen Durchschnitt und das Wachstum hauptsächlich auf den gesteigerten Export zurückzuführen ist, da die Inlandsnachfrage weiterhin noch gering ist (Daten: Eurostat 2011).

---

<sup>108</sup> Beispielsweise wurden Kunden mit Sofortkrediten in der Höhe von 2.200 Euro gelockt, die man einfach über SMS ohne jegliche Sicherheitskontrollen erhielt (vgl. Klein 2008).

**Abbildung 9: Wachstumsrate des BIP-Volumens in Estland – prozentuale Veränderung relativ zum Vorjahr<sup>109</sup>**



Daten und Grafik: Eurostat 2011

Allgemein lässt sich sagen, dass sowohl die Bevölkerung wie auch die politischen EntscheidungsträgerInnen auf die Krise äußerst gelassen reagierten und es im Gegensatz zum Nachbarn Lettland zu keinen gewaltsamen Ausschreitungen gekommen ist. Neben den bereits erwähnten Maßnahmen wurde auch der Schutz von Kleinanlegern gestärkt, was zur Beruhigung in der Bevölkerung beigetragen hat. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern, versuchte man in Estland nicht, die Inlandsnachfrage durch gesteigerte öffentliche Ausgaben wieder anzukurbeln. Ein Grund dafür war der gewünschte Beitritt in die Eurozone und die damit verbundenen Maastricht-Kriterien, die unter anderem eine Preisstabilität und

<sup>109</sup> „Die Berechnung der jährlichen Wachstumsrate des BIP-Volumens soll Vergleiche der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit hinweg als auch zwischen Ländern unterschiedlicher Größe ermöglichen. Zur Berechnung der Wachstumsrate des BIP in Volumeneinheiten wird das in aktuellen Preisen gemessene BIP zu Preisen des Vorjahres bewertet und die so berechneten Volumenänderungen das Niveau eines Referenzjahres angewendet; daraus ergibt sich eine sog. verkettete Reihe. Dies bewirkt, dass Preisänderungen keinen Einfluss auf die Wachstumsrate ausüben“ (Definition: Eurostat 2011).

eine geringe Schuldenquote vorsieht. Am 1. Jänner 2011 trat Estland als erstes baltisches Land der Eurozone bei (vgl. Marold 2011).

Laut Sepp habe die Wirtschaftskrise dazu geführt, dass manche Unterschiede, vor allem in regionaler Hinsicht, geringer wurden. Da die wirtschaftliche Entwicklung in den beiden „Wachstumszentren“ Tallinn und Tartu stärker von (vor allem ausländischen) Krediten abhängig war, waren diese Regionen auch besonders von der Krise betroffen, da ein Teil des Wohlstandes über diese Kredite finanziert wurde (vgl. Sepp 2010: 69). Der eiserne Sparkurs den die estnische Regierung ihrer Bevölkerung verordnete, führte aber dazu, dass die sozialen Ungleichheiten wuchsen. *„The toll taken on social services – such as unemployment benefits and daycare for children – is the flip-side of the budget cuts which allowed Estonia to meet the deficit and public debt criteria required for joining the euro“* (Pop 2010). Die größten Budgetkürzungen wurden im Sozialbereich vorgenommen, der aufgrund der neoliberalen Politik der letzten zwanzig Jahre ohnehin nur marginal ausgebaut ist. Auch wenn die Zuwachsraten des BIP wieder positiv sind, so bleibt der Arbeitsmarkt in Estland weiterhin angespannt. Zunächst sank die Beschäftigungsrate wieder auf den Wert von 2004 und die Arbeitslosigkeit stieg von 4 auf 14%, was für den Staat zusätzlich eine große finanzielle Belastung bedeutete. Dabei ist wieder der Industriesektor am stärksten betroffen und hier im Besonderen Männer im Alter von 15 bis 24, von denen jeder Dritte arbeitslos ist (vgl. Aaviksoo ua. 2010: 10ff). Bis Anfang 2010 waren über 18% der 15-74-Jährigen Erwerbspersonen arbeitslos. Seit Juli 2010 sinkt dieser Wert kontinuierlich, was auch die Erholung der estnischen Volkswirtschaft verdeutlicht. Die Krise betraf vor allem Beschäftigte mit einem niedrigen Bildungsstand und sogenannten „blue-collar worker“<sup>110</sup>. Die Arbeitslosigkeit von ArbeitnehmerInnen mit Grundschulbildung betrug 2009 28,6%, jene von Personen mit einer Sekundärbildung bzw. einer Berufsausbildung 15,8% und mit einem höheren Bildungsabschluss 5,1%. Gleichzeitig stieg die Zahl der Personen, die halbtags oder geringfügig beschäftigt sind, deutlich. Ein besonderes Problem stellt die Jugendarbeitslosigkeit dar, die schon während der „Boomjahre“ immer deutlich über dem EU-Durchschnitt lag, sich von 2008 auf 2009 von 12 auf 27,5% mehr als verdreifachte (vgl. Pettai 2010: 146f) und laut Daten von Eurostat Anfang 2010 mit 39,6% einen Spitzenwert erreichte. Im Zuge des Sparkurses wurde auch das Arbeitslosengeld deutlich reduziert, weshalb in Estland die Gefahr unter die Armutsgrenze zu fallen, gestiegen ist (vgl. Marold 2011). Arbeitslose werden in Estland in zwei Kategorien eingeteilt: Jene, die vorher eine Stelle hatten, bekommen nun für 100 Tage 50% ihres alten Gehalts und für weitere 170 Tage 40%. Jene, die schon länger arbeitslos sind, bekommen ca. 64 Euro im Monat für 270 Tage. Sie bleiben für die Zeit danach zwar krankenversichert, bekommen aber keine Arbeitslosenunterstützung mehr (vgl. Pop 2010). Neben einer verstärkten Arbeitslosigkeit waren die EstInnen auch das erste Mal seit der Unabhängigkeit damit konfrontiert, dass die

---

<sup>110</sup> ArbeiterInnen bzw. Personen, die einfache Tätigkeiten ausführen.

Löhne durchschnittlich nicht mehr stiegen sondern landesweit um 4,9% sanken. Laut Kusma und Mere hat das aber auch damit zu tun, dass während der Hochkonjunktur öfter irregulär ausbezahlte Boni nun vermehrt wegfielen (vgl. Kusma/Mere 2010: 162). Eine hohe Arbeitslosigkeit und niedrigere Löhne führten dazu, dass auch die Inlandsnachfrage sank.

Die große Abhängigkeit von ausländischem Kapital blieb trotz der Krise und Umstrukturierungen weiterhin bestehen. Gleichzeitig ist durch die über die Zeit gestiegenen Gehälter und sehr hohe Energiepreise die Wettbewerbsfähigkeit Estlands gesunken, weshalb man heute nicht mehr von einem „Billiglohnland“ sprechen kann. Da Estland aufgrund seiner peripheren Lage aber ohnehin für viele Betriebe als Produktionsstandort unattraktiv ist (im Gegensatz etwa zur Slowakei, wo sich in Zentraleuropa namhafte Autohersteller niedergelassen haben), wirkt sich dieser Punkt kaum auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aus (vgl. Klein 2008). Estland ist deshalb nur in geringem Ausmaß eine „verlängerte Werkbank“ der Europäischen Union, wie es etwa Komlosy behauptet (Komlosy 2008: 170). Die Produktionskosten waren in Estland schon immer höher als in vergleichbaren Ländern, was auch mit den klimatischen Bedingungen und dem damit verbundenen höheren Energieeinsatz in Zusammenhang steht. Aus diesem Grund kann Estland auch nicht mit niedrigen Produktionskosten potentielle Investoren anlocken. Umso wichtiger ist es deshalb, die Forschung und Entwicklung von Bereichen mit einer hohen Wertschöpfung zu fördern, speziell in der Hochtechnologie und in wissensintensiven Sektoren (vgl. Kilvits 2001: 73). Dieser Weg wurde von Estland schon vor Jahren eingeschlagen und wird jetzt konsequent weitergeführt. Unter den „neuen“ EU-Staaten nimmt die Baltenrepublik dabei eine Voreiterrolle ein, vor allem was die Informationstechnologien betrifft. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (R & D) verdreifachten sich in der Zeit zwischen 2003 und 2008. Innerhalb der EU sind nur in Portugal die Ausgaben in einem größeren Maß gestiegen. Obwohl somit der Anteil der Ausgaben für R & D gemessen am BIP 2008 auf 1,29% stieg, liegt man aber immer noch weit hinter den skandinavischen Nachbarn (Finnland 3,73%) (vgl. Heinlo 2010: 348f). Mit Ausnahme der IT-Firma *Skype* fehlen große Hi-Techfirmen in Estland und die Anzahl der Beschäftigten, die in diesem Segment arbeiten, wurde 2008 auf höchstens 10.000 geschätzt, weshalb noch große Anstrengungen seitens der estnischen EntscheidungsträgerInnen nötig sein werden, um dem Anspruch eines Hi-Tech-Landes gerecht zu werden (vgl. Puhl 2008).

## 6. Inklusion oder Exklusion? Die estnische Integrationspolitik

„Sie [die Integrationspolitik] soll einerseits dazu beitragen, die Chancengleichheit von Angehörigen der Minderheit zu sichern, was am besten durch Integration möglich ist, andererseits soll sie den Minderheiten die Möglichkeit geben, ihre eigene Sprache und Kultur zu pflegen. Durch eine ausschließende Förderung der Integration kann ein Druck auf die Minderheit entstehen, die eigene Nationalität zu verleugnen, eine einseitige Betonung der eigenen Identität birgt die Gefahr einer Abgrenzung von der umgebenden Gesellschaft, wodurch das Entstehen von Konflikten begünstigt wird“ (Veser 2004: 170).

Esser erwähnt zwei Perspektiven der Integration, die man unterscheiden muss. Die Sozialintegration betrifft Individuen und deren Beziehungen zu einem bestehenden gesellschaftlichen Kontext, worunter auch die Beziehungen zu anderen Individuen fallen. Die andere Perspektive betrifft die Systemintegration, die den Bezug zum sozialen System und dessen Zusammenhalt als kollektive Einheit insgesamt herstellt (vgl. Esser 2006: 23f). Unterscheidet man der Einfachheit halber zwei mögliche Zugehörigkeiten von MigrantInnen zu sozialen Systemen, die Aufnahme- und die Herkunftsgesellschaft, ergibt sich eine (vereinfachte) Übersicht, über Formen der individuellen Sozialintegration. Kommt es im Idealfall zu einer Sozialintegration in beide Gesellschaften spricht Esser von einer multiplen Inklusion. Von einer Assimilation spricht er, wenn die ethnische Minderheit nur noch in der Aufnahmegesellschaft integriert ist. Der umgekehrte Fall wäre die Segmentation. Die Marginalität bezeichnet den Fall der Exklusion aus beiden Gesellschaften (vgl. Esser 2006: 25). Diese Darstellung umfasst natürlich nur grob das Spektrum der „Integration“ und auch für Estland ist zu sagen, dass hier alle unterschiedlichen Grade von Assimilation bis Marginalität (in unterschiedlichem Ausmaß) vorkommen. Asari setzt Integration auf einer strukturellen und auf einer subjektiven Ebene an. Die strukturelle Ebene beinhaltet objektive Faktoren, wie beispielsweise den Staatsbürgerschaftsstatus oder Reglementierungen am Arbeitsmarkt und im Bildungssystem. Die subjektiven Faktoren umfassen etwa „Heimatgefühl“, Identifikation mit Estland, gelebte kulturelle Diversität die und Möglichkeit, am Entscheidungsprozess teilhaben zu können (vgl. Asari 2009: 30). Je nachdem, wie die objektiven und subjektiven Faktoren in einem Land definiert werden, kommt es zu einem Ein- oder Ausschluss der Minderheitengesellschaft (Inklusion oder Exklusion).

Inklusion bzw. Exklusion von Menschen kann auf verschiedenen Ebenen unterschiedlich stattfinden. Auf dem Arbeitsmarkt beispielsweise finden sowohl über Regeln (Staatsbürgerschafts- und Sprachpolitik) wie auch über Marktmechanismen (Angebot und Nachfrage) einschließende oder ausschließende Prozesse statt. Schon während der Sowjetperiode wurden

hier Mechanismen entwickelt, die in Estland zu Inklusion und Exklusion führten<sup>111</sup>. Durch die damalige Industrialisierungs- und Russifizierungspolitik war es für viele Russischsprachige schlicht nicht von Nöten, die Sprache der autochthonen Bevölkerung zu lernen. Die beiden größten Bevölkerungsgruppen Estlands lebten in Gesellschaften, die mehr oder weniger getrennt voneinander waren (vgl. Gruber 2008:130). Unter den Russischsprachigen kam es zu einer gewissen „Selbstexklusion“, da es die Umstände nicht nötig machten, sich in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren<sup>112</sup>. Im Zuge der wieder gewonnenen Souveränität wurde eine Vielzahl von „Regeln“ erlassen, die für Russischsprachige Exklusion bedeuteten. Ein Beispiel hierfür ist das Sprachgesetz, durch das sie aus vielen Berufen, sofern sie Estnisch nicht ausreichend beherrschten oder die Staatsbürgerschaft nicht besaßen, ausgeschlossen blieben<sup>113</sup>. Wie bereits mehrmals erwähnt wurde, sind Russischsprachige, die über ausreichend Estnischkenntnisse verfügen und die estnische Staatsbürgerschaft besitzen, in Estland kaum mit Nachteilen konfrontiert und deshalb in vielerlei Hinsicht inkludiert. (vgl. Heidmets/Lauristin 2002: 330) Gleichzeitig gibt es jetzt auch eine andere Gruppe, die separierter lebt als in der Sowjetzeit und praktisch keine Kontakte zu EstInnen pflegt. *“Those are people for whom exclusion, not only political, but also social, informational and economical, has become a permanent way of life”* (Heidmets/Lauristin 2002: 330).

In Estland ist vor allem die politische Exklusion augenfällig, die vor allem jene Personen betrifft, die staatenlos sind bzw. die russische Staatsbürgerschaft besitzen. 1991 wollten nur 13% der Russischsprachigen die estnische Staatsbürgerschaft explizit nicht annehmen, was eine hohe Zustimmung für den estnischen Staat bedeutet (vgl. Gruber 2008: 109). Von den darauf folgenden politischen Entscheidungen waren aber viele dermaßen enttäuscht, dass neben der Fremdexklusion auch zunehmend die bereits angesprochene Selbstexklusion vieler Russischsprachiger einsetzte. „Die mangelnde Kompromissbereitschaft des estnischen Staates in den neunziger Jahren hat viele Angehörige der Minderheitengruppe enttäuscht, was in Resignation (mangelnde Identifikation mit Estland) und Desinteresse zur Platzierung [in der Gesellschaft] [...] mündete (Gruber 2008: 111). Das würde auch erklären, warum viele den Status „staatenlos“ beibehielten, auch wenn sich die Bedingungen für die Naturalisation verbesserten. Abgesehen von dieser politischen Exklusion kommt es in Estland zu einer „kompensatorischen Inklusion“, die alle Personen umfasst, die einen langfristigen Aufent-

---

<sup>111</sup> Die „ethnische Arbeitsteilung“ ist ein Resultat dieser Zeit (siehe Kapitel 5.1. „Das staatswirtschaftliche System bis 1991“).

<sup>112</sup> Semjonov sieht diesen Punkt genau umgekehrt. Die sprachliche Distanz zwischen den beiden Gruppen sowie der demographische Druck durch die Migration führten bei den EstInnen und nicht bei den Russischsprachigen zu einer Selbstexklusion. Die Segregation der EinwanderInnen sei nicht auf Diktat Moskaus beschlossen worden, sondern sei eine Folge der „Einkapselung“ der EstInnen gewesen, da diese durch die Exklusion eine Art „Selbstschutz“ aufbauten. Deshalb hätten Semjonov zufolge nicht die MigrantInnen in einer abgeschlossenen Gesellschaft gelebt, sondern EstInnen (vgl. Semjonov 2002: 139).

<sup>113</sup> Siehe Kapitel 4.4. „Die estnische Sprachpolitik“.

haltstitel besitzen. Diesen Personen werden (beinahe) die gleichen Rechte gewährt, wie StaatsbürgerInnen, wie etwa Arbeitslosenunterstützung oder das Recht auf Bildung (vgl. Gruber 2008: 119).

Dieses Kapitel soll abschließend noch einen Überblick über die Integrationspolitik Estlands geben. Viele Maßnahmen, die diese Politik betreffen, etwa Regelungen, die den Bildungsbe-  
reich oder den Arbeitsmarkt betreffen, wurden schon in den vorangegangenen Kapiteln be-  
sprochen und werden deshalb an dieser Stelle nicht mehr erwähnt. Genauer werde ich auf  
das Integrationsprogramm des estnischen Staates, sowie auf den Einfluss von außerestni-  
schen Akteuren, im Speziellen der Russländischen Föderation, der EU und der OSZE einge-  
hen.

## **6.1. Estlands Integrationsstrategie**

Erfahrungen, die in der Zwischenkriegszeit und während des Weltkrieges gemacht wurden, spielten nicht nur in der Staatsbürgerschaftspolitik eine Rolle, sondern beeinflussten die Min-  
derheitenpolitik generell. Diese wird für damalige Verhältnisse als sehr fortschrittlich einge-  
schätzt, führte aber auch dazu, dass (vor allem von der deutschen Minderheit) eine komplet-  
te Parallelgesellschaft mit eigenen wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Institu-  
tionen gebaut werden konnte. *“Strongly based on views of the elevated nature of German culture and it’s ‘civilizing’ function, the German minority at times could demonstrate an almost serene superiority to the embedding national life, and detachment from it”* (Hogan-Brun ua. 2007: 33). EstInnen hätten deshalb aus dieser Zeit gelernt, dass Minderheiten in die Mehr-  
heitsgesellschaft integriert werden müssen. Fragen über die Zustimmung zur Titularnation und deren Sprache müssten gleichzeitig mit Gedanken bezüglich Minderheitenrechte beant-  
wortet werden. Des Weiteren dürften interne Beziehungen zwischen den Ethnien nicht von Drittstaaten benützt und manipuliert werden, wie das etwa Hitler unter passierte (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 34). Aus diesen Überlegungen kann aber durchaus die Frage entstehen, wie weit Minderheitenrechte und Minderheitenschutz gehen können (oder müssen), ohne dass sich dadurch eine Parallelgesellschaft herausbildet. Und auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wie viel „Zustimmung zur Titularnation und deren Sprache“ verlangt werden kann, ohne dabei die Existenz der Minderheit durch einen „Zwang“ zur Assimilation zu gefährden.

In den ersten fünf Jahren nach der erreichten Unabhängigkeit gab es keinerlei Integrations-  
maßnahmen, vor allem deshalb, weil der Status und die Rolle der Russischsprachigen von der neuen politischen Führung noch nicht definiert worden waren. Man könnte allerdings auch sagen, dass diese Menschen zu diesem Zeitpunkt schlichtweg noch nicht als Teil der

estnischen Gesellschaft gesehen wurden. 1998 wurde „Integration“ erstmals auf die politische Agenda gesetzt und zu einem zentralen Ziel der Regierung erklärt, interessanterweise von jener politischen Fraktion, die für die strikte Staatsbürgerschafts- und Sprachpolitik der frühen 1990er verantwortlich war (vgl. Heidmets/Lauristin 2002: 322). Eine Vielzahl von WissenschaftlerInnen, internationale Organisationen und ausländische Regierungen förderten diesen Prozess. Unter dem Titel *„Integrating Non-Estonians into the Estonian Society: Setting the Course“* wurden erstmals Leitlinien einer Kommission formuliert. Als Ziel wurde die Etablierung einer „multikulturellen Demokratie“ postuliert und dass sich sowohl die Mehrheits- wie auch die Minderheitsgesellschaft ihre „kulturelle Identität“ bewahren sollte (vgl. Lauristin/Heidmets 2002: 25). Laut Pettai sei das erste Programm dieser Kommission noch sehr vage gewesen und hat darüber hinaus nur vier Seiten umfasst, es markierte aber trotzdem einen Meilenstein in der estnischen Minderheitenpolitik, weil erstmals überhaupt von „Integration“ gesprochen wurde und somit auch eine gewisse Akzeptanz gegenüber den Russischsprachigen in den politischen Alltag einkehrte (vgl. Pettai 2003: 275).

1998 wurde das Ressort für „ethnische Angelegenheiten“ wieder eingeführt, dass 1994 abgeschafft worden war. Außerdem konnten Staatenlose 1998 um einen dauerhaften Aufenthaltstitel ansuchen, zuvor mussten sie ihre temporäre Bewilligung ständig erneuern (vgl. Hallik 2002: 70). Des Weiteren wurde eine umfassende Integrationsstrategie entwickelt, das Staatsprogramm *„Integration in Estonian Society 2000 – 2007“*. In diesem Programm wurde das Hauptaugenmerk auf Fähigkeiten in der estnischen Sprache gelegt (vgl. Gruber 2008: 84). Lind sah dieses Programm deshalb sehr kritisch, weil es unter Integration vor allem Assimilation verstand *„[...] the State Integration Program was analyzed and I concluded that although the program was in no way blind to the minority problems in the Estonian society the focus on only linguistic integration is not enough to solve the structural cleavages between Estonians and Russo-phone minority“* (Lind 2003: 45). Kritisiert wird die alleinige Fokussierung auf die sprachliche Komponente, die den Naturalisationsprozess voranbringen soll. Konzessionen gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung werden in keiner Weise gemacht. Das staatliche Integrationsprogramm würde sich für die Integration von ImmigrantInnen im klassischen (westeuropäischen) Sinn aber nicht für nationale Minoritäten eignen. Laut Lind hat es deshalb assimilatorische Züge, weil von Russischsprachigen verlangt wird, dass sie die estnische Sprache lernen und estnische Werte akzeptieren, von der Mehrheitsbevölkerung aber kein Entgegenkommen gefordert wird. Das estnische Element wird in der Integrationspolitik überbetont, deshalb würde die Institutionalisierung eines Staates vorangetrieben, der sich nicht als multikulturell, sondern als monoethnisch sieht (vgl. Lind 2003: 45). Auch Sooman sieht in diesem Programm eine Forderung zur Assimilation, weil es auf eine vollständige Einführung einer „Staatssprache Estnisch“ ausgerichtet ist (vgl. Sooman 2008: 182).



Das zweite Programm hatte bereits einen offeneren Zugang und Teile der Kritik wurden berücksichtigt, wobei die grundlegenden Punkte des ersten Programms erhalten blieben. In der „*Estonian Integration Strategy 2008 – 2013*“ wurden folgende sieben Prinzipien festgelegt:

- Das Programm basiert auf den Werten der Europäischen Union, auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden, dem individuellen Recht auf Selbstbestimmung und dem Respekt vor Menschenrechten und kultureller Diversität. Man orientierte sich dabei an der Menschenrechtscharta der EU.
- Die Bedeutung der estnischen Sprache in der Öffentlichkeit soll weiter steigen, wobei Estnisch als lingua franca in Estland dienen soll. Der genaue Wortlaut: *“Command of the Estonian Language is one of the prerequisites for successful integration. It gives every person the opportunity to be involved in the social life on the equal basis. The long-term objective of language integration is the situation when all permanent residents of Estonia are able to communicate in the official language (Eesti Koostöö Kogu 2008: 4).*
- Die Herausbildung einer gemeinsamen estnischen Identität soll gefördert werden, wobei auch die kulturellen Unterschiede im Land akzeptiert werden sollen.
- Alle BewohnerInnen Estlands sollen die Möglichkeit haben, sich an der Entwicklung des Landes beteiligen zu können.
- Dabei sollen alle die gleichen Chancen haben (*„principles of the rule of law, personal freedom and human rights“*)
- Separation, die auf Ethnizität oder Sprachbarrieren beruht, soll abgebaut werden.
- Integration wird als ein Prozess verstanden, der sowohl das einzelne Individuum, wie auch die gesamte multikulturelle Gesellschaft Estlands betrifft (und fordert) (vgl. Eesti Koostöö Kogu 2008: 4f).

Als eines der Ziele, die man bis 2013 erreichen will, wird beispielsweise angegeben, dass die Estnischkenntnisse jener Personen, deren Muttersprache nicht Estnisch sind, verbessert werden sollen. Die Kontakte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sollen ausgedehnt werden. Disparitäten, zum Beispiel im öffentlichen Bereich, bei Arbeit, Gehalt usw. müssen verringert werden. Estnische Medien sollen für Russischsprachige attraktiver werden<sup>114</sup> und die Anzahl der staatenlosen Personen muss weiter reduziert werden (vgl. Eesti Koostöö Kogu 2008: 16).

---

<sup>114</sup> Die Unruhen um den „Bronzenen Soldaten“ wurde durch unterschiedliche Berichterstattung verstärkt. Bei Erhebungen nach dem Konflikt, gaben nur 20% der Russischsprachigen an, die estnischen Medien zu verfolgen und nur 18% vertrauten diesen (vgl. Eesti Koostöö Kogu 2008: 17). Steigert man

Auch durch dieses Programm zieht sich der Punkt „Sprache“, wobei dem Bereich Bildung eine zentrale Bedeutung zukommt. Das spiegelt auch die Sprachpolitik im Bildungsbereich wieder, die den Unterricht in estnischer Sprache in russischsprachigen Schulen kontinuierlich ausweitet. Somit ist „*Estonian Integration Strategy 2008 – 2013*“ auch eng verknüpft mit der „*Strategy for Developing Estonian Language 2004 – 2010*“ und der „*Strategy for General Education System 2007 – 2013*“ (Eesti Koostöö Kogu 2008: 28). Eine Folge dieser Politik ist, dass der Anteil der jungen Russischsprachigen, die Estnisch beherrschen in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Die AutorInnen der Integrationsstrategie sehen dies als deutlichen Erfolg. Auf der anderen Seite wird kritisch angemerkt, dass die sprachlichen Fähigkeiten zwar steigen, es aber dennoch kaum zu Interaktionen zwischen den zwei Gruppen außerhalb der Schule kommt. „*Little knowledge of the life of same-age people of other nationalities and absence of personal communication experience may cause negative stereotypes towards one another*“ (Eesti Koostöö Kogu 2008: 8). Aus diesem Grund soll auch die Zusammenarbeit zwischen estnisch- und russischsprachigen Schulen verstärkt werden, damit es hier zu einem interkulturellen Austausch kommt. Im Bereich Bildung wird darüber hinaus im Integrationsprogramm propagiert, dass die Förderung ihrer Sprache und Kultur ermöglicht werden soll. Es muss in Estland ein Verständnis dafür geschaffen werden, dass kulturelle Verschiedenheit in einem Land etwas Wertvolles sein kann und nicht in erster Linie ein Problem darstellt (vgl. Eesti Koostöö Kogu 2008: 19). Allerdings bleibt dieser Punkt vage. Es ist zwar begrüßenswert, dass man die „Trennung der Gesellschaft“ aufweichen will, aber die Maßnahmen, wie diese Ziele erreicht werden können, sind zum Großteil sehr allgemein formuliert. Des Weiteren ist kritisch anzumerken, dass man den Bereich „estnische Sprachförderung“ überbetonte, obwohl es hier zu deutlichen Verbesserungen gegenüber dem ersten Programm gekommen ist. Aleksei Semjonov vom Informationszentrum für Menschenrechte kritisiert in einem Interview mit Matthias Kolb vor allem, dass es zu keinem „ehrlichen Dialog“ zwischen der Regierung und VertreterInnen der Minderheit kommt. „Niemand diskutiert darüber, wer zur estnischen Nation gehört. Sind es nur die Esten und diejenigen, die sich anpassen wollen? Oder sind es nicht vielmehr alle, die in diesem Land leben“ (Semjonov in Kolb 2011). Downes teilt diese Kritik. Die Russischsprachigen werden selbst zu wenig einbezogen und Integration wird alleinig von der Minderheitengruppe verlangt, während von der Mehrheitsgesellschaft kaum Entgegenkommen gefordert wird. Des Weiteren sollte der Fokus auch im Schulbereich mehr auf sozioökonomische Faktoren und weniger auf die alleinige Beherrschung der estnischen Sprache gelegt werden (vgl. Downes 2003: 143).

---

die Anzahl der Russischsprachigen, die estnische Medien verfolgen (und denen vertrauen), so vertreten diese auch eher die estnische Sicht der Dinge.

## 6.2. Externe Integrationsakteure

Die internen Integrationsakteure in Estland, vor allem auf politischer Ebene, wurden in Kapitel 4. bereits ausreichend diskutiert, weshalb ich mich an dieser Stelle mit der Rolle der internationalen Akteure, auf der einen Seite der EU und der OSZE und auf der anderen Seite der Russländischen Föderation, und deren Einfluss auf die Integrationspolitik Estlands beschäftigen werde.

### 6.2.1. Der Einfluss von EU und OSZE

Auf die eigentliche demokratische Transformation hatten westliche Institutionen sehr wenig Einfluss, dafür spielten sie bei der Konsolidierung, vor allem wenn es um heikle Fragen in der Minderheitenpolitik ging, eine wichtige Rolle. Im Falle Estlands waren hierbei die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Europarat und später die Europäische Union entscheidend (vgl. Pettai 2003: 266). Darüber hinaus gibt es auch eine Vielzahl von internationalen Resolutionen<sup>115</sup>, die die Minderheitensituation betreffen würden, von denen aber nicht alle ratifiziert bzw. in Estland umgesetzt wurden (vgl. Semjonov 2002: 127). Laut Wrobel waren die politischen Gründe für eine schnelle Integration in die EU entscheidender als wirtschaftliche. Man sah sich als Teil des „westeuropäischen Kulturraumes“ und man versuchte durch einen EU-Beitritt eine klare Trennung zu Russland vollziehen. Durch eine Integration in „westliche“ Strukturen wollte man auch Interventionen des östlichen Nachbarn vorbeugen, da man bis heute wirtschaftliche und politische Eingriffe der Russländischen Föderation in Estland befürchtet (vgl. Wrobel 220). Um diese „Integration“ zu erreichen, mussten aber in den letzten zwei Jahrzehnten auch viele Vorgaben von diesen Organisationen erfüllt werden, die sämtliche Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erfassten und somit in weiterer Folge auch die Minderheitenbevölkerung betraf.

In den 1990ern spielte die OSZE die wichtigste externe Rolle bei der Minderheitenpolitik Estlands. Vor allem die Konflikte in multiethnischen Gebieten in Moldawien, Georgien und Nagorno Karabakh veranlassten die OSZE im Falle Estlands und Lettlands eine „präventive Politik“ zu betreiben, damit die ethnischen Spannungen nicht eskalierten. Max van der Stoel,

---

<sup>115</sup> Semjonov erwähnt unter anderem *UN Convention of the Status of Stateless Persons* (1954), *UN Convention of the Status of Married Woman* (1957), *UN Convention on the Reduction of Statelessness* (1961), *Convention of the International Commission of Civil Status to Reduce the Number of Cases of Statelessness* (1973), *European Charter for Regional and Minority Languages* (1992), *Framework Convention for the Protection of National Minorities* (1994), *European Convention on Nationality* (1997) usw. (vgl. Semjonov 2002: 127).

der hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, besuchte Estland 1993 und war zwar besorgt über Defizite bei den Menschenrechten, sprach aber bewusst nicht von deren systematischer Verletzung. Daraufhin wurde eine dauerhafte Mission initiiert, die die Minderheitensituation in Estland untersuchte und für einen Dialog zwischen den Gruppen sorgte. Für Estland war die Zusammenarbeit mit der OSZE auf diesem Gebiet essentiell, da so der internationale Ruf des Landes wiederhergestellt werden konnte. Gleichzeitig erfolgte ein Dialog mit der Russländischen Föderation, der schließlich 1994 dazu führte, dass die letzten russischen Truppen von estnischem Gebiet abgezogen wurden (vgl. Pettai 2003: 268).

Die Kritik der internationalen Organisationen betraf hauptsächlich die estnische (und lettische) Staatsbürgerschaftspolitik. Als 1992 die Rahmenbedingungen für den Naturalisationsprozess bekannt wurden und 1993 das „*Alien Law*“ beschlossen wurde, tauchten einige grobe Mängel auf, die die russischsprachige Bevölkerung verunsicherten. Max van der Stoep kritisierte beispielsweise, dass es keine Garantie für die Staatenlosen gab, dass ihre Aufenthaltstitel verlängert würden und dass es keinen gelockerten Naturalisationsprozess für Kinder oder ältere Personen gab<sup>116</sup>. Er intervenierte bei dem damaligen Präsidenten Lennart Meri, der daraufhin ein Veto einlegte. Das Gesetz musste vom Parlament geändert werden, wobei ein großer Teil der Empfehlungen der OSZE berücksichtigt wurde (vgl. Pettai 2003: 271ff). Kettig zufolge hatte der hohe Kommissar entschieden dazu beigetragen, dass in Estland eine Gesetzgebung verhindert wurde, die zu lang anhaltenden Spannungen zwischen der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung und in weiterer Folge mit Russland geführt hätte (vgl. Kettig 2004: 151).

Mit der zunehmenden Integration in die Europäische Union stieg auch deren Einfluss auf Estland. Um eine Annäherung an die EU zu erreichen, musste eine aktive Integrationspolitik forciert werden. Eine Kommission für Integrationsangelegenheiten wurde initiiert, die neben dem estnischen Spracherwerb auch die Reduzierung der Staatenlosen zum Ziel hatte (vgl. Pettai 2003: 275). Nach der vierten EU-Erweiterung („EFTA-Erweiterung“) wurden neue Richtlinien beschlossen, die auch die Rechte von ethnischen und nationalen Minderheiten garantieren sollten. Minderheitenfragen gehören seit 2000 zu den Kopenhagener Kriterien und werden von der Europäischen Kommission im Zuge der Beitrittsfähigkeit der Staaten streng überprüft. „Die Verknüpfung des Schutzes ethnischer Minderheiten mit dem EU-Beitritts-gesuch ist insoweit als ein wesentliches Druckmittel zur Umsetzung des Minderheitenschutzes zu verstehen, als auf diese Weise die beitriftswilligen Staaten auf ihre Bemühungen zur Implementierung neuer Minderheitenpolitiken quasi gezwungen werden“ (Kettig 2004: 144). Eine mögliche EU-Mitgliedschaft wurde direkt an die Verbesserung der Minderheitensituation geknüpft. Dieser Punkt ermöglichte estnischen PolitikerInnen mit dem Hinweis auf die EU, Adaptionen in der Minderheitenpolitik durchzuführen, die von größeren Tei-

---

<sup>116</sup> siehe dazu 4.3. „Die estnische Staatsbürgerschaftspolitik“.

len der Bevölkerung abgelehnt wurden (vgl. Neukirch 2002: 244). Kettig beschreibt Minderheitenschutz des Weiteren als „unverzichtbares Demokratiekennezeichen“, weshalb es für die EU einen Glücksfall dargestellt hatte, dass diese Länder um Beitritt ansuchten, weil man, auch finanziell über die Strukturfonds ein Druckmittel in dieser Frage hatte (vgl. Kettig 2004: 145). Auf der anderen Seite wurde der Schutz von Minderheiten zu einem Großteil deshalb ausgebaut, weil ein erheblicher Druck von außen bestand. Es handelte sich somit nicht um einen Prozess von innen heraus. Viele EstInnen zeigten wenig Verständnis in dieser Frage und hätten diesen Prozess so nicht mitgetragen.

Auch Wrobel ist skeptisch, ob die exakte Imitation der EU-Regulierungen in einem kleinen Transformationsland wie Estland immer passend ist (vgl. Wrobel 2000: 232). Neukirch meint allerdings, dass der Einfluss dieser Organisationen sehr positive Auswirkungen auf das Land hatte. *„These organizations were able to strengthen the hand of the moderate forces in Estonia side as well as bolster the Estonian commitment to adhere to the standards of Western human rights and democratic values in general through their interconnecting and mutually reinforcing efforts“* (Neukirch 2002: 243). Und auch laut Merkel hat die Kombination aus marktwirtschaftlicher Interessens- und demokratischer Wertegemeinschaft die EU zu einem einzigartigen, demokratiefördernden Modell gemacht. *„Die Einbindung in internationale, multilaterale, wirtschaftliche oder demokratische politische Integrationszusammenhänge ist von erheblicher Bedeutung für die Stabilität und Qualität einer Demokratie“* (Merkel 2010: 36). Insgesamt ist die Rolle der internationalen Organisationen bezüglich der Verbesserungen der Minderheitensituation in Estland als sehr positiv zu beurteilen.

### 6.2.2. Der Einfluss der Russländischen Föderation

Das Verhältnis Estlands zur Russländischen Föderation ist von Krisen und Konflikten geprägt. Neben unterschiedlichen Geschichtsinterpretationen führen auch offene Grenzstreitigkeiten<sup>117</sup> und die Frage der russischsprachigen Minderheit in Estland immer wieder zu Spannungen zwischen den zwei Ländern (vgl. Kempe 2008: 54f).

Dabei waren die Beziehungen zu Beginn noch freundschaftlich und von Solidarität geprägt. Die reformorientierten Kräfte in Moskau rund um Boris Jelzin unterstützten die Opposition im Baltikum und bereits am 24. August 1991 erkannte Russland die Souveränität der baltischen Staaten an, was auch für die pro-sowjetischen Kräfte im Nordosten Estlands das Ende be-

---

<sup>117</sup> In Artikel 122 der estnischen Verfassung wird die Staatsgrenze auf Grundlage des Friedensvertrages von Tartu (1920) definiert, was nicht mehr dem heutigen estnischen Staatsgebiet entspricht, da es nach der Okkupation zu einer Westverschiebung der Grenze zugunsten der RSFSR kam. Ein neuer Grenzvertrag wäre erforderlich, doch die russische Staatsduma weigert, sich einen solchen zu ratifizieren (vgl. Kempe 2008: 54f).

deutete. Zu Beginn der 1990er standen die Probleme der russischen Diaspora in den ehemaligen Sowjetrepubliken nicht an erster Stelle, da in Russland die sozialen Kosten der Transformation sehr hoch ausfielen. Der Umstand, dass sich in Estland russischsprachige BewohnerInnen frei für die estnische oder russische Staatsbürgerschaft entscheiden konnten, hatte genauso eine de-eskalierende Wirkung, wie die Weigerung Moskaus, die separatistischen Kräfte in Ida-Virumaa zu unterstützen (vgl. Neukirch 2002: 239). Nach 1992 waren aber die Beziehungen zwischen den beiden Ländern schnell von Misstrauen geprägt, was sich auch daran zeigte, dass keiner der drei baltischen Staaten der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) beitrug, weil sie in dieser Gemeinschaft eine Fortsetzung der russischen Hegemonie sahen (vgl. Hogan-Brun ua. 2007: 59). In Moskau stieg der Einfluss von nationalistischen Kräften, die ein hartes Vorgehen gegenüber Estland als Reaktion auf das Staatsbürgerschaftsgesetz und das „*Alien Law*“, forderten. Laut Neukirch wäre eine militärische Intervention zu diesem Zeitpunkt aber unwahrscheinlich gewesen und es kam auch zu keiner Aufrüstung der Autonomiebewegungen durch russische Truppen. Man versuchte stattdessen diplomatischen und ökonomischen Druck auf das kleine Land auszuüben. Zu den wirtschaftlichen Sanktionen zählte unter anderem die Aussetzung von Gaslieferungen im Oktober 1992<sup>118</sup>. Ein weiteres Druckmittel waren die russischen SoldatInnen, die noch in Estland stationiert waren. Nach den blutigen Auseinandersetzungen in Moskau 1993 konnte Jelzin die nationalistischen, konservativen Kräfte eindämmen und es kam zu einer leichten Entspannung zwischen den beiden Ländern, was schließlich zum vollständigen Truppenabzug russischer Truppen im August 1994 führte (vgl. Neukirch 2002: 240ff).

Die Forderungen Russlands sind bis heute, dass alle Russischsprachigen in Estland die estnische Staatsbürgerschaft ohne Bedingungen erhalten und Russisch als zweite Amtssprache anerkannt wird. Dabei trat Russland, vor allem in der Ära Putin, zunehmend als Schutzmacht der Russischsprachigen im Baltikum auf. Man ging davon aus, dass die ethnischen Konflikte in Estland keine interne Angelegenheit des estnischen Staates sind und versuchte deshalb außenpolitisch immer wieder Druck auszuüben. Dabei wurde die Politik Moskaus gegenüber Estland laut Hogan-Brun von einigen wenigen radikalen Angehörigen der Minderheit bestimmt und vice versa nahm Moskau wiederum Einfluss auf diese Gruppe (vgl. Hogan-Brun 2007:60). Dabei ist es laut Kempe allerdings überhaupt fraglich, inwieweit wirklich ein Interesse der russischen Führung an der russischen Minderheit im Baltikum besteht oder ob diese lediglich für politische und wirtschaftliche Zwecke missbraucht wird (vgl. Kempe 2008: 53). Ähnlich sieht das Smith: „[...] *Russia's accusations of 'ethnic cleansing' and 'apartheid' have not only been thoroughly unhelpful, but also have also [sic!] lacked any basis in reality. [...] Moscow's rhetoric towards Estonia and Latvia is inspired by geopolitical objectives rather*

<sup>118</sup> Bis heute bleibt Estland zu einem großen Teil von russischen Energielieferungen (Erdöl und Erdgas) abhängig. Der russische Gasmonopolist Gazprom ist zudem am estnischen Hauptgasversorger AS Eesti Gas beteiligt (vgl. Kempe 2008: 59).

*than any real concern for the fate of ethnic Russians living in these countries*” (Smith 2002: 172).

Offensichtlich wurde das auch bei dem Konflikt um den „Bronzenen Soldaten“, in dem die größte Kritik aus Moskau geäußert wurde. Innenpolitisch konnte Putin diesen Konflikt nutzen. Nach der Verlegung des Denkmals kam es zu einer Blockade der estnischen Botschaft in Moskau durch aufgebrachte Protestierende der putinnahen Jugendorganisation *Naschi* und zu Cyberattacken auf Webseiten der estnischen Regierung<sup>119</sup>. Dieser Konflikt verdeutlichte auch die unterschiedlichen Geschichtsauffassungen der beiden Länder. In der Russländischen Föderation wird noch immer das Geschichtsbild propagiert, dass die baltischen Staaten freiwillig der UdSSR beigetreten waren<sup>120</sup> und Teile der politischen Elite Russlands zählen das Baltikum noch immer zu der Interessenssphäre ihres Landes, die früher oder später wieder eingegliedert werden kann (vgl. Gruber 2008: 100). Dabei handle es sich um eine traditionelle, russische Politik, verbunden mit dem Wunsch, sich als Großmacht zu behaupten. „Der Kreml benutzt sowjetische Propaganda, um seine Nachbarn einzuschüchtern und die EU zu teilen. Das Unvermögen Russlands, die wahre Natur des stalinistischen Regimes zu akzeptieren, forciert allerdings nur die Integration der europäischen Staaten“ (Spolitis 2007: 4). Der Konflikt in Estland wurde innenpolitisch insofern genutzt, um ein Feindbild zu kreieren. Und tatsächlich gaben bei einer Umfrage des Lewada-Zentrums 2007 61% der Befragten an, dass Estland kein befreundetes Land sei und nur 4% sahen die Umsetzung des Denkmals als interne Angelegenheit Estlands an (vgl. Russland Analysen 2007). Diese Sichtweisen führen bei vielen EstInnen dazu, dass sie dem östlichen Nachbarn misstrauen und dass, da estnische RussInnen von vielen noch mit Russland in Zusammenhang gebracht werden, auch diesen Skepsis entgegengebracht wird. Ein Grund dafür ist, dass viele estnische RussInnen das russische Geschichtsbild vertreten und laut Poleshchuk eine Mehrheit von ihnen auch nach wie vor von einem „freiwilligen Beitritt“ ausgeht (vgl. Poleshchuk 2006: 23). Ein großer Teil der Fernsehkanäle, die von Russischsprachigen in Estland konsumiert werden, überträgt aus Russland und deshalb vertreten sie auch in gewisser Weise die Meinungen der EntscheidungsträgerInnen der Russländischen Föderation. Deshalb kann man behaupten, dass die Russländische Föderation, auch wenn sie Missstände in Estland anspricht, insgesamt einen negativen Einfluss auf die Integration der Russischsprachigen hat. Russland sieht die baltischen RussInnen noch als Teil ihrer Föderation an und auf der anderen Seite werden diese von vielen EstInnen und LettInnen als „fünfte Kolonne“ Moskaus wahrgenommen, als eine Bedrohung für die staatliche Souveränität. Dabei

---

<sup>119</sup> Die Internetangriffe auf estnische Einrichtungen ließen sich nach Russland zurückverfolgen (vgl. Kempe 2008: 54). Zwei Jahre später bekannte sich *Naschi* zu diesen Attacken (vgl. Welt Online 2009).

<sup>120</sup> Nur etwa ein Viertel der Bevölkerung geht von einer „erzwungenen Angliederung“ aus, weniger als 10% vertreten die Meinung, dass die Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR den Ländern geschadet hat (vgl. Russland Analysen 2007).

entwickelte sich, wie ich bereits in Kapitel 3 schilderte, eine eigene estnisch-russische bzw. regionale Identität der Russischsprachigen im Baltikum. Am ehesten identifizieren sich jene mit Russland, die die russische Staatsbürgerschaft besitzen und an der russischen Grenze leben. Diese stellen aber eine Minderheit innerhalb der Minderheit dar.

„Ungeachtet der Identifikation der Russen mit Estland und der Bevorzugung des estnischen und europäischen Kontexts gegenüber dem russischen Kontext sorgt die wahrgenommene Unwilligkeit der Russen, sich ausreichend von Russland zu distanzieren, bei den Esten für Besorgnis. Dies ist auch der Grund dafür, dass der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Naturalisation für die Esten ein Schlüsselaspekt bei der Akzeptanz der Loyalität der Russen zur Estnischen Republik ist“ (Gruber 2008: 182).



## Conclusio - Aussichten

Die zentrale Fragestellung dieser Diplomarbeit war, ob Russischsprachige in Estland stärker von den negativen Folgen der Transformation betroffen waren und ob es folglich zu sozio-ökonomischen Disparitäten zwischen der Mehr- und Minderheitsbevölkerung gekommen ist. Diese Frage kann man heute, zwanzig Jahre nach Loslösung Estlands von der UdSSR, eindeutig mit „Ja“ beantworten. Die russischsprachige Minderheit verdient durchschnittlich weniger, ist häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen, in der Politik, an Universitäten und im Management unterrepräsentiert und lebt in Gebieten, die vom Wirtschaftswachstum in Estland weniger erfasst werden. Schwieriger wird es nach dem „Warum“ zu fragen. Die Antwort darauf fällt von Amnesty International eindeutig aus:

*„Persons belonging to this minority [Russian speaking linguistic minority] enjoy very limited linguistic and minority rights, and often find themselves de facto excluded from the labour market and educational system through a system of rigorous language and citizenship requirements for employment and limited possibilities of studying in minority languages in higher education” (Amnesty International 2007: 1).*

Wie ich eingangs allerdings erwähnte, ist die Minderheitensituation zu komplex, so dass man die heutigen Probleme der Russischsprachigen nicht alleine auf die politischen Entscheidungen zurückführen kann. Betrachtet man die letzten zwanzig Jahre, so fällt tatsächlich auf, dass vor allem in den 1990er Jahren eine Politik betrieben wurde, die über Staatsbürgerschafts- und Sprachregelungen die (überwiegend russischsprachigen) EinwanderInnen und ihre Nachkommen vom Transformationsprozess teilweise ausschloss. Daraus ergaben sich deutliche Nachteile für die Minderheitsbevölkerung, die eine dreifache Transformation erlebten und sich deshalb ohnehin in einer prekären Lage befanden. Neben den wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen befanden sie sich in einem neuen Staat und wurden von einer Mehrheit in einer großen Union zu einer Minderheit in einer kleinen Republik. Zu beachten ist dabei, dass viele Entscheidungen der frühen 1990er einen geschichtlichen Hintergrund haben. Beim Staatsgründungsprozess setzten sich jene Kräfte durch, die die erste estnische Republik wiederherstellen und nicht „neu“ gründen wollten. Diese Entscheidung sollte für den gesamten Transformationsprozess in Estland eine wesentliche Rolle spielen. Dadurch, dass die Zwischenkriegsrepublik formal nie aufhörte zu existieren und nur von einer illegalen Okkupation einer fremden Macht unterbrochen wurde, waren somit auch jene Personen, die in dieser Zeit nach Estland kamen und sich dort niederließen, in den Augen der neuen EntscheidungsträgerInnen keine „legitimen“ BewohnerInnen dieses Landes. Bei dieser revisionistischen Politik ging es darum, die Macht wieder an die „rechtmäßigen“ EinwohnerInnen Estlands zu übergeben, also in erster Linie ethnische EstInnen, und den Russischsprachigen

wollte man dabei keine Entscheidungsbefugnisse mehr zugestehen. Die Sowjetära wurde als große Belastung gesehen, auch deshalb weil ein Großteil der Bevölkerung nie Teil dieser Union sein wollte. Aus diesem Grund war auch die Akzeptanz gegenüber den Russischsprachigen sehr gering, da man diese mit der Sowjetisierungs- und Russifizierungspolitik Moskaus in Verbindung setzte.

Auch wenn sich die schrillen Töne in der Minderheitenpolitik heute gelegt haben, viele der Russischsprachigen zu estnischen StaatsbürgerInnen wurden und gewisse Unterschiede abgenommen haben, will man ihnen dennoch bis heute kaum Mitsprache bei der Gestaltung des Landes zugestehen. Dabei ist die Trennung der beiden größten Bevölkerungsgruppen im Land offensichtlich. Estland wird in erster Linie als ein Staat der EstInnen gesehen, was sich auch daran zeigt, dass es nur eine Staatssprache gibt: Estnisch. Auf der anderen Seite werden den Minderheiten umfassende Rechte zugestanden, wie Bildungs- und Kultureinrichtungen in ihrer Sprache. Darüber hinaus werden Russischsprachigen, sofern sie einen dauerhaften Aufenthaltstitel besitzen, was für eine deutliche Mehrheit zutrifft, die gleichen Sozialleistungen gewährt wie EstInnen.

Es wäre deshalb zu kurzfristig, den alleinigen Grund für die gegenwärtigen Disparitäten in der estnischen Politik der letzten beiden Dekaden zu suchen. Russischsprachige und EstInnen agierten schon während der Sowjetära kaum miteinander. Durch eine forcierte „ethnische Arbeitsteilung“ arbeiteten sie in unterschiedlichen Branchen und dadurch, dass Russisch in der UdSSR als Lingua franca fungierte, war es für die Allochthonen auch nicht nötig die Sprache der Autochthonen zu lernen, während diese Russisch beherrschten mussten um im öffentlichen und beruflichen Alltag durchzukommen. Für die EstInnen war es demnach rechtmäßig, dass ihre Muttersprache nun wieder in sämtlichen Bereichen dominant wird.

Die Benachteiligung der Russischsprachigen ergab sich somit aus mehreren Faktoren. Zum einen schlossen sie die Sprach- und Staatsbürgerschaftsregelungen aus vielen beruflichen Zweigen aus, da nun Estnisch zur wichtigsten Sprache im Land wurde. Viele konnten am Privatisierungsprozess nicht teilnehmen, da sie zu diesem Zeitpunkt noch keine estnischen StaatsbürgerInnen waren. Gleichzeitig wurden viele aus dem Management und vom öffentlichen Dienst entfernt, da sie die Staatssprache nur unzureichend beherrschten. Über sprachpolitische Maßnahmen konnte Estnisch auch als bestimmende Sprache an den Universitäten durchgesetzt werden. Zusätzlich wirkte sich die so genannte „ethnische Arbeitsteilung“ äußerst negativ auf die Russischsprachigen aus. Sie waren überdurchschnittlich häufig in großen Industrieunternehmen beschäftigt, die zu Sowjetzeiten noch überaus prestigeträchtig waren. Es zeigte sich aber, dass die Schwer- und Militärindustrie sowie der Bergbau die ersten Opfer der wirtschaftlichen Transformation waren. Durch ihre unproduktiven Strukturen, ihre Fokussierung auf einen Markt, der so nicht mehr existierte (Sowjetrussland) und neu entstandene Grenzen zu den ehemaligen Unionsrepubliken, waren diese Betriebe nicht

überlebensfähig. EstInnen, die während der Sowjetära bereits häufiger in kleineren Betrieben, im Dienstleistungssektor, Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich beschäftigt waren, konnten durch ihre breitere Streuung flexibler auf die Anforderungen der Reformjahre reagieren. Kritik, dass man in den 1990ern durch neoliberale Maßnahmen bewusst den De-Industrialisierungsprozess in Kauf genommen hat, um auch die russischsprachige Minderheit zu schwächen, ist aber insofern nicht haltbar, da auch der von EstInnen dominierte Agrarbereich unter den neuen Bedingungen nicht mehr rentabel war, und Tausende Arbeitsplätze hier verloren gingen.

Somit hat die sowjetische Industrialisierungs- und Nationalitätenpolitik, sowie die estnische Minderheiten- und Transformationspolitik dazu geführt, dass die Russischsprachigen bis heute am Arbeitsmarkt schlechter abschneiden als EstInnen. Ohne eine genauere Analyse ist es deshalb nicht möglich, ein Phänomen wie Arbeitslosigkeit oder geringere Bezahlung als Folge von Diskriminierung zu sehen, oder als allgemeine Konsequenz der wirtschaftlichen Transformation. Es ist deshalb auch schwierig davon zu sprechen, wie stark in Estland eine „ethnische Diskriminierung“ vorhanden ist. Dabei ist immer der Konflikt evident, wie weit Minderheitenrechte gehen müssen, um diese zu schützen und wie viel Zustimmung zur Titulierung und ihrer Sprache verlangt werden kann, um die Konsolidierung des Staates zu fördern und der Teilung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Dabei kommen bei der estnischen Republik Besonderheiten hinzu, wie die zahlenmäßige Größe der Russischsprachigen, ihre kompakte Siedlungsweise, die Bedingungen zum Zeitpunkt ihrer Immigration sowie der Wunsch der EstInnen, ihre Sprache bewahren zu können, die weltweit gerade mal von etwas mehr als einer Million Menschen gesprochen wird. Alleine aus diesen Gründen ist es schwierig die Minderheitenpolitik Estlands mit jener von anderen europäischen Staaten zu vergleichen, da es sich bei der russischsprachigen Diaspora weder um eine autochthone Minderheit im Land handelt, sie aber auch keine „klassischen“ GastarbeiterInnen im westeuropäischen Sinn darstellen. Diese Punkte sollen aber nicht die unrechtmäßige Exklusionspolitik der 1990er legitimieren, die sich suboptimal auf den Staat ausgewirkt haben und die Teilung der Gesellschaft in Estland gefördert hat.

Allerdings muss man erwähnen, dass es trotz der angesprochenen Nachteile nie die Gefahr eines Bürgerkrieges zwischen den beiden größten Bevölkerungsgruppen gab und es wurde von Minderheitenangehörigen kaum offen gegen den Staat protestiert, abgesehen von den „Bronzenen Nächten“ 2007. Separationsbestrebungen hatten genauso wenig Erfolg wie ethnisch-russische Parteien und es kam zu keiner größeren Rückkehrbewegung der russischen Diaspora in die Russländische Föderation. Gründe dafür sind, dass die Mehrheit der Russischsprachigen inzwischen Estland als ihr Heimatland betrachtet, sie eine ausgeprägte regionale Identität entwickelten und ihre Aussichten im Baltikum besser einschätzen als in Russland. Die Zustimmung zu Estland ist unter der Minderheitsbevölkerung, vor allem unter

jenen die die estnische Staatsbürgerschaft besitzen, beachtlich. Haben diese Personen auch ausreichend Estnischkenntnisse, so entstehen für sie zumindest am Arbeitsmarkt kaum Nachteile. Trotzdem bleiben weite Teile der Gesellschaft getrennt, vor allem in jenen Gebieten, in denen die Minderheit die Mehrheit stellt. In Ida-Virumaa und Teilen der Hauptstadtregion Harjumaa, kann man eine gewisse „ethnische Konservierung“ beobachten und sozialen Netzwerke bleiben in sich geschlossen. Hier zeigt sich, dass die Beherrschung der Staatssprache alleine nicht ausreicht, um von einer gelungen Integration zu sprechen. Trotzdem konzentriert man sich in der Integrationspolitik nach wie vor hauptsächlich auf den Aspekt „Sprachbeherrschung“. Die Teilung der Gesellschaft ist mitunter zurückzuführen auf konstruierte symbolische Grenzen, die bewusst von der Politik und Medien aufrecht erhalten werden. Kulturelle Unterschiede werden überbetont und das jeweilige Geschichtsbild wird vehement vertreten, was der Bevölkerung bei den Unruhen um den Bronzenen Soldaten schmerzlich vor Augen geführt wurde. Diese Ereignisse haben vielen EstInnen gezeigt, dass sich eine dauerhafte Exklusionspolitik suboptimal auf den Staat und das gesellschaftliche Leben auswirkt und es setzte ein Dialogprozess ein, bei dem offen Probleme angesprochen wurden.

Auch wenn man heute nicht von einer vollständig gelungenen „politischen Integration“ der Russischsprachigen in Estland sprechen kann, so zeigt sich, dass in den letzten zehn Jahren deutliche Fortschritte gemacht wurden, was auch ein Verdienst von Europäischen Organisationen ist, die hier eine äußerst positive Wirkung auf die Wahrung der Minderheitenrechte ausübten. Russischsprachige werden zunehmend als Teil der Gesellschaft wahrgenommen, wie man auch offiziellen Seiten der Regierung entnehmen kann: „Estlands Wunsch ist es, ein estnisches Modell der multikulturellen Gesellschaft zu realisieren, für das kultureller Pluralismus, ein starkes Gemeinschaftsgefühl sowie die Erhaltung und Entwicklung des estnischen Kulturraums charakteristisch sind. Die Integration umfasst die gesamte Gesellschaft [...]“ (Botschaft von Estland in Berlin 2010).

Wie sich die Minderheitensituation in Estland entwickeln wird, ist dennoch nicht klar ersichtlich. Es ist allerdings äußerst unwahrscheinlich, dass sich in naher Zukunft die Russischsprachigen assimilieren und somit „estnifiziert“ werden. Deshalb ist es wichtig, dass ein friedliches Zusammenleben der beiden großen sprachlichen Gruppen im Land ermöglicht wird. Dazu ist es kontraproduktiv Integration nur von einer Seite einzufordern und eine sprachliche Homogenisierung anzustreben. Viel mehr wäre es nötig, dass Minderheitenangehörige auch zunehmend in politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse integriert werden und die jeweiligen Bevölkerungsgruppen verstärkt miteinander agieren. Nur dann wird im Staat kultureller Pluralismus einer multikulturellen Gesellschaft gelebt.

## Literaturverzeichnis

**Aaviksoo, Ain ua. (2010):** Estonian human development indicators under the pressure of the economic crisis. In: Estonian Human Development Report 2009. AS Eesti Ajalehed, Tallinn, S. 10 – 25.

**Aligaca, Paul Dragos/Evans, Anthony J. (2009):** The Neoliberal Revolution in Eastern Europe. Economic Ideas in the Transition from Communism. Edward Elgar Publishing Limited, Cheltenham.

**Amnesty International (2007):** Estonia: Linguistic minorities in Estonia. Discrimination must end.

Online: <http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR51/002/2006/en/06934dad-d3d3-11dd-8743-d305bea2b2c7/eur510022006en.pdf> [Zugriff 02.05.2011]

**Apap, Joanna (2002):** Immigration Law and Human Rights in the Baltic States. Comparative Study on Expulsion and Administrative Detention of Irregular Migrants. International Organization for Migration, Helsinki.

**Asari, Eva-Maria (2009):** Attitudes toward integration in Estonia. In: Immigrant Population in Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 12 – 34.

**Asser, Pedastsaar ua. (2002):** From Monolingual to Bilingual Russian Schools in Estonia 1993 – 2000: Problems and Perspectives. In: Lauristin, Heidmets (Hg.): The Challenge of the Russian Minority. Emerging Multicultural Democracy in Estonia. Tartu University Press, Tartu, S 237 – 254.

**Baumann, Müller (2006):** Arbeitspapier Nr. 164/2006: Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in den Ländern Mittelost- und Südosteuropas. Berlin/Sankt Augustin.

Online: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_9323-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_9323-544-1-30.pdf) [Zugriff 02.05.2011]

**Botschaft von Estland in Berlin (2010):** Die Bevölkerung Estlands und ihre nationalen Beziehungen. Ethnische und kulturelle Vielfalt.

Online: <http://www.estemb.de/estland/bevolkerung> [Zugriff 02.05.2011]

**Bils, Barbara (2009):** Baltikum: Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Bundeszentrale für politische Bildung, Migration-info.de, Vilnius, Ausgabe 05/09. Online:

[www.migration-info.de/mub\\_artikel.php?id=090507&Ansicht=Druck](http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?id=090507&Ansicht=Druck) [Zugriff 02.05.2011]

**Blaschke, Jochen (2006):** Kulturelle Minderheiten und Ethnizität in der Sozialforschung. In: Heller, Wilfried/Jordan, Peter ua. (Hg.): Ethnizität in der Transformation. Zur Situation nationaler Minderheiten in Rumänien. LIT Verlag, Wien, S. 26 – 39.

**Borrmann, Christine (1998):** Estland – Wirtschaftslage und Reformprozesse. In: Borrmann, Christine/Plötz, Peter/Polkowski, Andreas (Hg.): Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Estland, Lettland, Litauen. HWWA-Report 182, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, S 11 – 19.

**Brodbeck, Karl-Heinz (2005):** Neoliberalismus. Korrigierte Version. Aus: Ethik-Letter LayReport 2/1999, S. 5-9. Online: <http://www.khbrodbeck.homepage.t-online.de/neolib.htm> [Zugriff 02.05.2011]

**Brubaker, Rogers (1996):** The Old 'New Europe' – and the New Ethnic and Racial Studies 19(2), 411 - 437

**Brüggemann, Karsten (2008):** Denkmäler des Grolls. Estland und die Kriege des 20. Jahrhunderts. In: Osteuropa 58/2008, S 129-146.

**Brüggemann, Karsten/Tuchtenhagen Ralph (2011):** Tallinn. Kleine Geschichte der Stadt, Böhlau Verlag, Köln.

**Bundesministerium für Bildung und Forschung:** Allgemeine Landesinformation: Estland. Online: <http://www.kooperation-international.de/estland/themes/international/fub/laender/landesinformationen/> [Zugriff 02.05.2011]

**Buth, Christine (2010):** Kalevipoeg – das estnische Nationalepos. Planet Wissen. Online: [http://www.planet-wissen.de/laender\\_leute/baltische\\_staaten/estland/legenden.jsp](http://www.planet-wissen.de/laender_leute/baltische_staaten/estland/legenden.jsp) [Zugriff 02.05.2011]

**Coversi, Daniele (2002):** Conzeptionalizing nationalism: an introduction to Walker Connor's work. In: Conversi, Daniele (Hg.): Ethnonationalism in the Contemporary World. Walker Connor and the study of nationalism. Routledge, London. S 1 – 23.

**Daatland, Christer C./Svege, Hans Petter (2001):** The Russian-speakers in Estonia. In: Aarebrot/Knutsen (Hg.): Politics and citizenship on the Eastern Baltic Seaboard: the structuring of democratic politics from North-West Russia to Poland. Kristiansand: Hoyskoleforlaget; S 255 – 275.

**Dittmer, Stephanie (2003):** Die Politisierung der ethnischen Differenz. Ethnische Mobilisierung und Ethnopolitik seit der Perestrojka. Dissertation: Fakultät für Sozialwissenschaften, Georg-August-Universität Göttingen.

**Downes, Paul (2003):** Living with Heroin. Identity, Social Exclusion and HIV among the Russian-speaking Minorities in Estonia and Latvia. Legal Information Centre for Human Rights, Tallinn.

**East, Roger/Pontin, Jolyon (1997):** The Baltic Countries. In: East / Pontin (Hg.): Revolution and Change in Central and Eastern Europe. London, Pinter.

**Eesti Koostöö Kogu** (Estonian Cooperation Assembly) **(2008)**: Estonian Integration Strategy 2008 – 2013, adopted by the Government of the Republic 10.04.08, Order No 172. Online: [http://www.kogu.ee/public/documents/Loimumiskava\\_2008-2013\\_ENG\\_VV\\_11.06.pdf](http://www.kogu.ee/public/documents/Loimumiskava_2008-2013_ENG_VV_11.06.pdf) [Zugriff 02.05.2011]

**Eesti Koostöö Kogu** (Estonian Cooperation Assembly) **(2010)**: Integration Fact Sheet 2010  
Online: [http://www.kogu.ee/public/Integration\\_at\\_a\\_glance\\_2010.pdf](http://www.kogu.ee/public/Integration_at_a_glance_2010.pdf) [Zugriff 02.05.2011]

**Eesti Statistika** (Statistics Estonia) **(2010)**: Eesti Piirkondlik Areng. Regional Development in Estonia, Statistic Estonia, Tallinn.

**Ehrlich, Üllas/Habich, Kalju/Krusberg, Peep (1999)**: Territories with Limited Economic Utilisation as a Factor of Economic and Social Development. In: Ennuste, Ülo/Wilder, Lisa (Hg.): Harmonisation with the Western Economics: Estonian Economic Developments and Related Conceptual and Methodological Frameworks. Estonian Institute of Economics at Tallinn Technical University, Tallinn, S. 303 – 328.

**Elwert, Georg (1999)**: Stichwort: Minderheit, in: Neues Wörterbuch der Völkerkunde. Reimer, Berlin.

**Esser, Hartmut (2006)**: Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten. Campus Verlag, New York.

**Europäische Kommission (2011)**: Eurobarometer Estonia 2010. Public Opinion. Online: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb72/eb72\\_fact\\_ee\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_fact_ee_en.pdf) [Zugriff 02.05.2011]

**Eurostat** (Europäische Kommission) **(2011)**: Europäische Statistiken. Online: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/> [Zugriff 02.05.2011]

**Evans, Geoffrey (1998)**: Ethnic Schism and the Consolidation of Post-Communist Democracies: The Case of Estonia. Communist and Post Communist Studies 31(1), 57 – 74.

**Fishman, Joshua A. (2002)**: The primordialist-constructive debate today: the language-ethnicity link in academic and in everydaylife perspective. In: Conversi, Daniele (Hg): Ethnonationalism in the Contemporary World. Walker Connor and the study of nationalism. Routledge, London. S 83 – 92.

**Forsmann, Berthold (2007)**: Der Streit um Sowjetdenkmäler in Osteuropa. Eurotopics. Online: [http://www.eurotopics.net/de/archiv/magazin/politik-verteilerseite/denkmalstreit\\_2007\\_05/debatte\\_denkmalstreit\\_2007\\_05/](http://www.eurotopics.net/de/archiv/magazin/politik-verteilerseite/denkmalstreit_2007_05/debatte_denkmalstreit_2007_05/) [Zugriff 02.05.2011]

**Götz, Norbert/Onken, Eva-Claire/Hanne, Gottfried (1998)**: Ethnopolitik. In: Graf, Heike/Kerner, Manfred (Hg.): Handbuch Baltikum, Berlin-Verlag, Berlin S. 299 – 334.

**Grabbe, Heather (2006):** The EU's transformative power: Europeanization through conditionality in Central and Eastern Europe. Palgrave Macmillan (Palgrave studies in European Union politics), Basingstoke.

**Gruber, Denis (2008):** Zuhause in Estland? Eine Untersuchung zur sozialen Integration ethnischer Russen an der Außengrenze der Europäischen Union. LIT Verlag, Berlin.

**Hallik, Klara (2002):** Nationalising Policies and Integration Challenges. In: Lauristin, Heidmets (Hg.): The Challenge of the Russian Minority. Emerging Multicultural Democracy in Estonia, Tartu University Press, Tartu, S 65 – 88.

**Heidmets, Mati/Lauristin, Marju (2002):** Learning from the Estonian Case. In: Lauristin, Heidmets (Hg.): The Challenge of the Russian Minority. Emerging Multicultural Democracy in Estonia, Tartu University Press, Tartu, S 319 – 334.

**Heinlo, Aavo (2010):** Research and Development. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 348 – 356.

**Heise Online:** In Estland wurde der Cyberkrieg getestet. 29.05.2007. Online: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/In-Estland-wurde-der-Cyber-Krieg-getestet-133482.html> [Zugriff 02.05.2011]

**Heller, Wilfried (2006):** Zur Bedeutung von Ethnizität in Transformationsländern unter dem Einfluss von Globalisierung. In: Heller, Wilfried/Jordan, Peter ua. (Hg.): Ethnizität in der Transformation. Zur Situation nationaler Minderheiten in Rumänien. LIT Verlag, Wien, S. 9 – 25.

**Helme, Rein (1991):** Kolonialwirtschaft. Die Folgen der sowjetischen Besetzung Estlands. In: Andrejs Urdze (Hg.): Das Ende des Sowjetkolonialismus. Der baltische Weg. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, S. 55 – 64.

**Hiden, Salmon (1994):** The Baltic Nations and Europe: Estonia, Latvia and Lithuania in the Twentieth Century. Longman. London.

**Hogan-Brun, Gabrielle/Ozolins, Uldis ua. (2007):** Language Politics and Practises in the Baltic States. Current Issues Language Planning Vol. 8, No. 4, Tallinn University Press, Tallinn.

**Institut für Wachstumsstudien (IWS):** Überblick zur Wirtschaftskraft der europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten. Daten: Eurostat. Online: <http://www.economic-growth.eu/Seiten/20-Jahres-Ueberblick/BIP-pro-Kopf-20-Jahre.html> [Zugriff 02.05.2011]



**International IDEA (2010):** Voter turnout data for Estonia (Letztes Update 08.11.2010)

Online: [http://www.idea.int/vt/country\\_view.cfm?country=EE](http://www.idea.int/vt/country_view.cfm?country=EE) [Zugriff 02.05.2011]

**Jakobsen, Valeria/Iljina, Jelena (2002):** The Role of the Minority Press in the Process of Integration. In: Lauristin, Heidmets (Hg.): The Challenge of the Russian Minority. Emerging Multicultural Democracy in Estonia, Tartu University Press, Tartu, S 295 – 304.

**Järv, Kaili (2009):** Recent immigrants in Estonia. In: Immigrant Population in Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 35 – 48.

**Kauppila, Eleonoora (1999):** The Baltic Puzzle: Russia's Policy towards Estonia and Latvia, University Press, Helsinki. Online: <http://ethesis.helsinki.fi/julkaisut/val/yhteis/pg/kauppila/thebalti.pdf> [Zugriff 02.05.2011]

**Kazakova, Dina/Kerner, Riina (2010):** Foreign Trade. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 227 – 244.

**Kasekamp, Andres (2000):** The radical right in interwar Estonia. Studies in Russia and East Europe. Macmillan Press, Basingstoke.

**Kasekamp, Andres (2009):** Estonia under Communism. Global Museum on Communism.

Online: <http://estonia.globalmuseumoncommunism.org/estonia/history> [Zugriff 02.05.2011]

**Kempe, Iris (2008):** Die baltischen Staaten, Russland und die EU. Regionale Konflikte als europäische Aufgabe. In: Osteuropa, 2(58), S. 53 – 64.

**Kettig, Silke (2004):** Europäischer Minderheitenschutz im Wandel. Konfliktprävention in Estland, Lettland und Litauen. Nomos Universitätsschriften Band 126, Bonn.

**Kilvits, Kaarel (1999):** Innovation and Restructuring in Estonian Industry. In: Ennuste, Ülo/Wilder, Lisa (Hg.): Harmonisation with the Western Economics: Estonian Economic Developments and Related Conceptual and Methodological Frameworks. Estonian Institute of Economics at Tallinn Technical University, Tallinn, S. 251 – 282.

**Kilvits, Kaarel (2001):** Structural Changes in Industry. In: Ennuste, Ülo/Wilder, Lisa (Hg.): Factors of Convergence: A Collection for the Analysis of Estonian Socio-Economic and Institutional Evolution. Estonian Institute of Economics at Tallinn Technical University, Tallinn, S. 37 – 82.

**Klein, Andreas Michael (2008):** Zuversicht in Zeiten der Krise. Von Hang-over nach dem Ende der Party (noch) keine Spur. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Verbindungsbüro Estland.

Online: <http://www.kas.de/estland/de/publications/14922/> [Zugriff 02.05.2011]

**Klein, Andreas Michael (2010):** Der Vater des „Estrnischen Wirtschaftswunders“ wird 50. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Verbindungsbüro Estland.

Online: <http://www.kas.de/estland/de/publications/19400/> [Zugriff 02.05.2011]

**Kolb, Matthias (2008):** Estlands neue Integrationsstrategie. Ein Jahr nach dem Denkmalstreit von Tallinn. Deutschlandfunk, 25.04.2008.

Online: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/775872/> [Zugriff 02.05.2011]

**Kolstø, Pål/Melberg, Hans Olav (2002):** Integration, Alienation, and Conflict in Estonia and Moldova at the Societal Level: A Comparison. In: Kolstø, Pål (Hg.): National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova. Rowman & Littlefield Publishers, Oxford, S. 31 – 70.

**Komlosy, Andrea (2008):** Wirtschaftliche Entwicklungswege im Ostseeraum. Von der britischen Herausforderung zum Ende der Sowjetunion (19. und 20. Jahrhundert). In: Komlosy/Nolte/Sooman (Hg.): Ostsee 700 – 2000, Gesellschaft – Wirtschaft – Kultur. Promedia Verlag, Wien, S. 148 – 173.

**Kõuts, Ragne/Tammpuu, Piia (2002):** Changing Media Discourse on Minority Issues: From Ignorance towards Recognition. In: Lauristin, Heidmets (Hg.): The Challenge of the Russian Minority. Emerging Multicultural Democracy in Estonia, Tartu University Press, Tartu, S 305 – 318.

**Krusell, Siim (2009a):** Data and general characterisation of immigrant population. In: Immigrant Population in Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 8 – 9.

**Krusell, Siim (2009b):** Positions of native and immigrant population in the labour market. In: Immigrant Population in Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 63 – 81.

**Kusma, Mare/Mere, Vilma (2010):** Wages and Salaries. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 162 – 164.

**Laar, Mart (2002):** Das estnische Wirtschaftswunder. Konrad Adenauer Stiftung, Tallinn.

**Laitin, David D. (1998):** Identity in Formation: The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad. Cornell University Press, Ithaca.

**Lauristin, Marju (1997):** Context of Transistion. In: Laurisitn, Marju (Hg.): Return to the western world: cultural and political perspectives on the Estonian post-communist transition. Tartu University Press, S 25 – 40.

**Lauristin, Marju/Heidmets, Mati (2002):** Introduction: The Russian Minority in Estonia as a Theoretical and Political Issue. In: Lauristin, Heidmets (Hg.): The Challenge of the Russian Minority. Emerging Multicultural Democracy in Estonia, Tartu University Press, Tartu, S 19 – 30.

**Leoma, Rain (2010):** Education. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 69 – 80.

**Lind, Maibritt (2003):** Estonia – One or Two Societies? An analysis of whether the Russo-phone minority constitutes a structural security threat to the consolidation of Estonia as a strong democratic state. Institute for Defence Studies, Baltic Defence College, Tartu.

**Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996):** Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. The John Hopkins University Press, London.

**Luuk, Mai (2009):** Labour market risks of immigrants. In: Immigrant Population in Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 82 – 99.

**Marold, Manuel (2011):** Estland führt Euro ein. 17. Mitglied der Eurozone. Ö1 Mittagsjournal, Wirtschaft, Finanzen, 30.12.2010, Online: <http://oe1.orf.at/artikel/265822> [Zugriff 02.05.2011]

**Masso, Jaan/Eamets, Raul/Philips, Kaia (2006):** Job Creation and Job Destruction in Estonia: Labour Reallocation and Structural Changes. In: Hannula, Helena ua. (Hg.): Estonia, the New EU Economy. Building a Baltic Miracle? Ashgate Publishing Limited, Aldershot, S. 105 – 142.

**Meurs, Wim P. van (1999):** Die Transformation in den baltischen Staaten: Baltische Wirtschaft und russische Diaspora. Bericht des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln.

**Meissner, Boris (1990):** Die Baltischen Nationen: Estland, Lettland, Litauen. Markus Verlagsgesellschaft mbH, München.

**Melnikas, Borisas (1999):** Probleme der Integration der baltischen Staaten in westliche Strukturen. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

**Merkel, Wolfgang (2010):** Systemtransformation, eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

**Mertelsmann, Olaf (2004):** Die Herausbildung des Sonderstatus der Nordostregion innerhalb der Estnischen SSR. In: Brüggemann, Karsten. (Hg.): Narva and the Baltic Sea Region. Papers Presented at the II International Conference on Political and Cultural Relations between Russia and the Baltic Region States; Narva, 1-3 May 2003, S. 105 – 122.

**Mertsina, Tõnu (2010):** National Accounts. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 175 – 184.

**Mikkel, Evald (2006):** Patterns of Party Formation in Estonia: Consolidation Unaccomplished. In: Jungerstam-Mulders (Hg.): Post-Communist EU member states: parties and party system. Burlington, VT. Aldershot; S 24 – 47.

**Münch, Felix (2008):** Diskriminierung durch Geschichte? Der Deutungsstreit um den „Bronzenen Soldaten“ im postsowjetischen Estland. Tectum Verlag Marburg

**Naarits, Agnes (2010):** Government Finance. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 192 – 200.

**Nestor, Reet/Sinisaar, Merike (2010):** Construction. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 297 – 304.

**Neukirch, Claus (2002):** Russia and the OSCE: The Influence of Interested Third and Disinterested Fourth Parties on the Conflicts in Estonia and Moldova. In: Kolstø, Pål (Hg.): National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova. Rowman & Littlefield Publishers, Oxford, S. 233 – 248.

**Nolte, Hans Heinrich (2008):** Nach dem Zweiten Weltkrieg – im langen Schatten der USA. In: Komlosy/Nolte/Sooman (Hg.): Ostsee 700 – 2000, Gesellschaft – Wirtschaft – Kultur. Promedia Verlag, Wien, S. 253 – 275.

**Noorkõiv, Kalev/Plakk, Mari/Rannala, Helerin (2010):** Population. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 50 – 66.

**Offe, Claus (1994):** Der Tunnel am Ende des Lichts: Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten, Campus-Verlag, Frankfurt.

**Pettai, Ülle (2010):** Labour Market. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 145 – 160.

**Pettai, Vello (2001):** Estonia: Positive and Negative Institutional Engineering. In: Zielonka, Jan (Hg.): Democratic Consolidation in Eastern Europe. Volume 1, Institutional Engineering. Oxford Studies in Democratization, University Press, Oxford, S. 111 – 138.

**Pettai, Vello (2003):** Estonia and Latvia: International Influences on Citizenship and Minority Integration. In: Zielonka, Jan/Pravda, Alex (Hg.): Democratic Consolidation in Eastern Europe. Volume 2, International and Transnational Factors. Oxford Studies in Democratization, University Press, Oxford, S. 257 – 280.

**Pettai, Vello/Molder, Martin (2009):** Freedomhouse Report Estonia 2009. Nations in Transit. Online <http://www.freedomhouse.eu/images/nit2009/estonia.pdf> [Zugriff 02.05.2011]

**Peuckert, Rüdiger (2003):** Minderheiten. In: Schäfers, Bernhard (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie, Leske & Budrich, Opladen, S 234 – 237.

**Poleshchuk, Vadim (2006):** Estonian Minority Population and Non-Discrimination, Report. Legal Information Centre for Human Rights, Tallinn.

**Ponomariova, Galina:** Russian Old Believers in Estonia. Online: <http://www.starover.ee/index.html> [Zugriff 02.05.2011]

**Pop, Valentina (2010):** Euro accession offers little comfort for Estonia's unemployed. EU Observer. 28.08.2010. Online: <http://euobserver.com/9/30655> [Zugriff 02.05.2011]

**Puhl, Jahn (2008):** Wirtschaftskrise im Baltikum. Das Ende des Estland-Booms. Spiegel Online. Online Wirtschaft, 31.08.2008  
Online: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,574531,00.html> [Zugriff 02.05.2011]

**Radoševic, Slavo/von Tunzelmann, Nick (2006):** Conclusions – From the European Periphery to the Core? In: Hannula, Helena ua. (Hg.): Estonia, the New EU Economy. Building a Baltic Miracle? Ashgate Publishing Limited, Aldershot, S. 319 – 326.

**Rajasalu, Teet (2003):** Indicators of Economic Freedom and Economic Structure as Determinants of Growth and Convergence in Enlarging EU and Priorities for Estonia. In: Ennuste, Ülo/Wilder, Lisa (Hg.): Essays in Estonian Transformation Economics. Estonian Institute of Economics at Tallinn Technical University, Tallinn, S. 7 – 32.

**Randlepp, Marve (2010):** Social Protection. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 130 – 142.

**Randoja, Marin (2009):** Quality of working life of native and immigrant populations. In: Immigrant Population in Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 100 – 120.

**Randoja, Marin (2010a):** Social Exclusion. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 107 – 116.

**Randoja, Marin (2010b):** Housing. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 305 – 308.

**Reidinger, Roger (2009):** Sprachensituation und Sprachpolitik im südöstlichen Ostseeraum im Lichte der Nationenbildung und der interkulturellen Beziehungen. In: Sooman, Imbi/Donecker, Stefan (Hg.): The „Baltic Frontier“ Revisted. Power Structures and Cross-Cultural Interactions in the Baltic Sea Region. Proceedings of the International Symposium in Florence, Wien 2009, S 207 – 224.

**Riese, Timothy (2001):** Sprachen im Baltikum – Alt und neu nebeneinander. In: Sooman, Imbi/Uhrmann, Erwin (Hg.): Kulturelle Vielfalt im Ostseeraum. Internationale Fachtagung im Rahmen der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft. Tagungsbericht, Universität Wien. S. 79 – 84.

**Rimbach, Katrin (2009):** Sprachpolitik und Sprachgebrauch im Baltikum: die russische Sprache in Estland ; ein Einblick in die historische Entwicklung und die aktuelle Brisanz. In: Daute, Stefan/Fiedler, Adrian (Hg.): Slavische nationale Minderheiten im Ostseeraum: Beiträge zu einer Exkursion nach Polen und ins Baltikum vom 23. September – 6. Oktober 2006 Potsdam: Univ.-Verl., 2008. - S. 91 – 102. Online: <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2009/2756/pdf/baltikum06.pdf> [Zugriff 02.05.2011]

**Rose, Richard/Neil Munro (2009):** Parties and elections in new European democracies. ECPR Press, Wivenhoe Park.

**Rummo-Laes, Tiit-Liisa (2009):** Education level of immigrant population. In: Immigrant Population in Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 49 – 62

**Russland Analysen (2007):** Russland und die baltischen Staaten: Denkmalstreit und russische Minderheit in Estland, Russlandanalysen Nr. 134  
Online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen134.pdf> [Zugriff 02.05.2011]

**Ruutsoo, Rein (2002):** Discursive Conflict and Estonian Post-Communist Nation-Building. In: Lauristin, Heidmets (Hg.): The Challenge of the Russian Minority, Emerging Multicultural Democracy in Estonia. Tartu University Press, Tartu, S 31 – 54.

**Schrader, Heiko (2001):** Vertrauen, Sozialkapital, Kapitalismen – Überlegungen zur Pfadabhängigkeit des Wirtschaftshandelns in Osteuropa, Otto-von-Geuericke-Universität Magdeburg. Fakultät für Geistes-, Soziale- und Erziehungswissenschaften. Institut für Soziologie, Arbeitspapier Nr. 13.

**Semjonov, Aleksei (2002):** Nation-Building and Integration-Political and Legal Aspects. In: Kolstø, Pål (Hg.): National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova. Rowman & Littlefield Publishers, Oxford, S. 105 – 158.

**Sepp, Vaiko/Noorkõiv, Rivo (2010):** Regional Development and the human environment. In: Estonian Human Development Report 2009. AS Eesti Ajalehed, Tallinn, S 49 – 72.

**Shtromas, Alexander (1986):** The Baltic States. In: Conquest, Robert (Hg.): The last empire. Nationality and the Soviet future. Hoover Institution Press, Stanford University, S. 183 – 217.

**Smirnova, Olga (2010):** Real Estate. In: Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S 309 – 315.

**Smith, Anthony D. (2002):** Dating the Nation. In: Conversi, Daniele (Hg.): Ethnonationalism in the Contemporary World. Walker Connor and the study of nationalism. Routledge, London. S 58 – 71.

**Smith, David J. (2002):** Estonia, independence and European integration. In: Smith, David J./Pabriks, Artis ua. (Hg.): The Baltic States. Estonia, Latvia and Lithuania. Routledge, London.

**Simon Wiesenthal Zentrum (2004):** Press Information: Wiesenthal Center Protests erection of monument commemorating Estonian SS-Division which fought with Nazis in World War II, 25.08.2010  
Online:

<http://www.wiesenthal.com/site/apps/s/content.asp?c=lsKWLbPJLnF&b=4442915&ct=5850421> [Zugriff 02.05.2011]

**Šokman, Evelin (2010):** Prices. In: Eesti statistika aastaraamat 2010. Statistical Yearbook of Estonia. Statistics Estonia, Tallinn, S. 166 – 172.

**Sooman, Imbi (2008):** Sprachen, wofür stehst du wirklich? Sprachen des Ostseeraums unter Berücksichtigung von Nations- und Staatenbildung, Nachbarbeziehungen und Integrationsprozessen. In: Komlosy, Andrea ua. (Hg.): Ostsee 700 – 2000, Gesellschaft – Wirtschaft – Kultur. Promedia Verlag Vienna, S 174 – 196.

**Sooman, Imbi (2001):** Alte und Neue Sprachen im erweiterten Ostseeraum – zur Dynamik nachbarschaftlicher Beziehungen von Schweden bis zum Uralgebirge. In: Sooman, Imbi/Uhrmann, Erwin (Hg.): Kulturelle Vielfalt im Ostseeraum. Internationale Fachtagung im Rahmen der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft. Tagungsbericht, Universität Wien. S. 59 – 69.

**Speitkamp, Winfried (1997):** Denkmalsturz und Symbolkonflikt in der modernen Geschichte. Eine Einleitung. In: Speitkamp, Winfried (Hg.): Denkmalsturz. Zur Konfliktgeschichte politischer Symbolik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 5-21.

**Spolitis, Veiko (2007):** Der estnische Denkmalstreit und die Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Staaten. In: Russlandanalysen Nr. 134, S. 2 – 4.

Online: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen134.pdf> [Zugriff 02.05.2011]

**Stadnikov, Sergej (2001):** Die Nationalitätenfrage in Estland. In: Sooman, Imbi/Uhrmann, Erwin (Hg.): Kulturelle Vielfalt im Ostseeraum. Internationale Fachtagung im Rahmen der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft. Tagungsbericht, Universität Wien. S. 56 – 58.

**Statistics Estonia (2008):** Share of Estonians in population, 01. January 2008. Online: <http://www.stat.ee/29849> [Zugriff 02.05.2011]

**Statistikaamet (Statistical Office of Estonia) (2000):** 2000 Aasta Rahva Ja Eluruumide Loendus. Kodakondsus, rahvus, emakeel, ja võõrkeelte oskus. 2000 Population and Housing Census. Citizenship, Nationality, Mother Tongue and Command of Foreign Languages. Statistikaamet, Tallinn.

**Sutela, Pekka (2003):** Baltic Economic Space – Vision or Illusion? Geography is not enough. In: Sooman, Imbi (Hg.): Transformationsprozesse im Ostseeraum und die osteuropäische Erfahrung. Universität Wien, Wien, S. 101 – 122.

**Triin, Ojari (2009):** Post Soviet Tallinn: Challenging the Urban Space. In: Kulturen der Differenz – Transformationsprozesse in Zentraleuropa nach 1989. Fassmann, Heinz ua. (Hg.) Vienna University Press, Wien. S. 97 – 107.

**Trimborn, Jürgen (1997):** Denkmale als Inszenierung im öffentlichen Raum. Ein Blick auf die gegenwärtige Denkmalproblematik in der Bundesrepublik Deutschland aus denkmalpflegerischer und medienwissenschaftlicher Sicht. Verlag Ralf Leppin, Köln.

**Troebst, Stefan (2005):** Jalta versus Stalingrad, Gulag versus Holocaust. Konfligierende Erinnerungskulturen im größeren Europa. In: Berliner Journal für Soziologie 15(3), S. 381 – 400.

**Trumm, Avo/Ainsaar, Mare (2009):** The welfare system of Estonia: past, present, future. In: Schubert, Klaus/Hegelich, Simone/Bazant, Ursula (Hg.): The Handbook of European Welfare System. Routledge, Oxon, S. 153 – 170.

**Tsypylma, Darieva / Kaschuba, Wolfgang (Hg.) (2007):** Representations on the Margins of Europe: Politics and Identities in the Baltic and South Caucasian States. Campus Verlag, Frankfurt.

**Tuchtenhagen, Ralf (2008):** Zwischen Klasse und Rasse - Nordosten beim Ertasten der Staatlichkeit 1918 – 1940. In: Komlosy, Andrea ua. (Hg.): Ostsee 700 – 2000: Gesellschaft – Wirtschaft – Kultur. Promedia Verlag Vienna, S. 218 – 236.

**Uhrmann, Erwin (2001):** Medien als Indikator für getrennte Kulturen? Das Beispiel Estland. In: Sooman, Imbi/Uhrmann, Erwin (Hg.): Kulturelle Vielfalt im Ostseeraum. Internationale Fachtagung im Rahmen der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft. Tagungsbericht, Universität Wien. S. 91 – 96.



**Uibopuu, Henn-Jüri (1975):** Die Völkerrechtssubjektivität der Unionsrepubliken der UdSSR. Springer Verlag, Wien.

**Uibopuu, Henn-Jüri (1990):** Estland pocht auf seine Eigenständigkeit. In: Die Baltischen Nationen Estland Lettland Litauen. Markus Verlag Köln, S 110 – 130.

**Uibopuu, Henn-Jüri/Andrejs Urdze (1997):** Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Estland und Lettland. Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien.

**Urban, Thomas (2011):** Premier Ansip siegt. Deutliches Wahlergebnis in Estland. Süddeutsche Zeitung, 07.03.2011, Online:  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/deutliches-wahlergebnis-in-estland-premier-ansip-siegt-1.1068672>  
[Zugriff 02.05.2011]

**Urdze, Andrejs (1991):** Ein Kolonialreich vor der Auflösung. Die baltischen Staaten auf dem Weg in ihre Unabhängigkeit. In: Andrejs Urdze (Hg.): Das Ende des Sowjetkolonialismus. Der baltische Weg. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, S. 13 – 34.

**Välisministeerium (Estonian Ministry of Foreign Affairs) (2008):** Integration in Estonian society. Online: <http://www.vm.ee/?q=en/node/5696> [Zugriff 02.05.2011]

**Varblane, Urmas/Vahter, Priit (2006):** An Analysis of the Convergence Process in the Transition Countries. In: Hannula, Helena ua. (Hg.): Estonia, the New EU Economy. Building a Baltic Miracle? Ashgate Publishing Limited, Aldershot, S. 19 – 46.

**Veser, Reinhard (2004):** Die Neuen in der EU. Holzhausen Verlag, Wien.

**Vetik, Raivo (2002):** The Cultural and Social Makeup of Estonia. In: Kolstø, Pål (Hg.): National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova. Rowman & Littlefield Publishers, Oxford, S. 71 – 104.

**Venesaar, Urve/Marksoo, Ülle/Maldre, Reet (2001):** Outflow from Employment and the Resulting Social Exclusion of the Vulnerable Groups in Estonia. In: Ennuste, Ülo/Wilder, Lisa (Hg.): Factors of Convergence: A Collection for the Analysis of Estonian Socio-Economic and Institutional Evolution. Estonian Institute of Economics at Tallinn Technical Universtiy, Tallinn, S. 153 – 192.

**Vierte Genfer Konventionen zu besetzten Gebieten:** Abschnitt III, Besetzte Gebiete, gefunden auf [bds-info.ch](http://www.bds-info.ch), Boykott Apartheid: Made in Israel. Online:  
<http://www.bds-info.ch/argumente/vierte-genfer-konvention-zu-besetzten-gebieten> [Zugriff 02.05.2011]

**Vihalemm, Triin (2002):** On the Perspective of Identity Formation among Estonian Russians. In: Lauristin, Heidmets (Hg.): The Challenge of the Russian Minority. Emerging Multicultural Democracy in Estonia, Tartu University Press, Tartu, S 219 – 226.

**Virsis, Mārtiņš/Daukšts, Bonifācijs (1991):** Jetzt verbreitet sich der Geist der Tscheke. Die Okkupation der baltischen Staaten. In: Andrejs Urdze (Hg.): Das Ende des Sowjetkolonialismus. Der baltische Weg. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, S. 35 – 46.

**Von Below, Andreas (2005):** Abwanderung aus dem Baltikum. Konrad-Adenauer-Stiftung Verbindungsbüro Estland, 19.12.2005.

Online: [www.kas.de/estland/de/publications/7744/](http://www.kas.de/estland/de/publications/7744/) [Zugriff 02.05.2011]

**Võõrmann, Rein ua. (2010):** Social environment and the labour market. In: Estonian Human Development Report 2009. AS Eesti Ajalehed, Tallinn, S. 73 – 106.

**Welt Online (2009):** Kreml-Jugend bekennt sich zu Attacke auf Estland, 11.03.2009. Online: <http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article3355416/Kreml-Jugend-bekannt-sich-zu-Attacke-auf-Estland.html> [Zugriff 02.05.2011]

**Wilder, Lisa/Viies Mare (2001):** Demographics, Poverty and Poverty Relief in Estonia. In: Ennuste, Ülo/Wilder, Lisa (Hg.): Factors of Convergence: A Collection for the Analysis of Estonian Socio-Economic and Institutional Evolution. Estonian Institute of Economics at Tallinn Technical University, Tallinn, S. 105 – 139.

**Wrobel, Ralph Michael (2000):** Estland und Europa: Die Bedeutung des Systemwettbewerbs für die Evolution und Transformation von Wirtschaftssystemen, Tartu.

**Zägel, Jörg (2007):** Vergangenheitsdiskurse in der Ostseeregion Band 2: Die Sicht auf Krieg, Diktatur, Völkermord und Vertreibung in Russland, Polen und den baltischen Staaten. LIT Verlag, Berlin.

---

Ich habe mich bemüht sämtlich Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir

Erich Größwang

---

## Zusammenfassung

---

Die zentrale Forschungsfrage dieser Diplomarbeit war, ob die russischsprachige Minderheit in Estland stärker von den negativen Folgen der Transformation betroffen war als die estnische Mehrheitsbevölkerung und was die Gründe für mögliche Disparitäten sind. Um diese Frage zu beantworten, wurde der Transformationsprozess als Ganzes betrachtet und die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen erörtert. Zwanzig Jahre nach der erreichten Unabhängigkeit ist es heute offensichtlich, dass viele Minderheitenangehörige zu den TransformationsverliererInnen zählen. Die Russischsprachigen verdienen durchschnittlich weniger, sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen, in der Politik, an den Universitäten und im Management unterrepräsentiert und leben in Regionen, die vom Wirtschaftswachstum weniger erfasst werden als der Rest Estlands.

Die Gründe für diese Ungleichheiten zwischen der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung sind vielfältig und ergeben sich einerseits aus der Transformations- und Minderheitenpolitik der estnischen Republik und andererseits aus der Nationalitäten- und Industrialisierungspolitik der UdSSR. Die Staatsbürgerschafts- und die Sprachregelungen, die bereits in den frühen 1990er Jahren beschlossen wurden, exkludierten die Russischsprachigen aus vielen beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen. Diese Gesetze hatten einen revisionistischen Charakter, da man den Staat in seiner Form, wie er vor der Okkupation durch die Sowjetunion existierte, wieder herstellen wollte und man somit die (meist) russischsprachigen EinwanderInnen aus anderen Unionsrepubliken nicht mehr als legitime EinwohnerInnen dieser Republik verstand. Gleichzeitig wurden ihnen aber auch umfassende Rechte zugestanden, etwa ein Bildungssystem in ihrer Sprache, die Verwendung des Russischen als Amtssprache in Gebieten wo sie die Mehrheit stellen, kulturelle Förderungen und die gleichen sozialen Absicherungen, wie sie estnische StaatsbürgerInnen genießen. Die Sprach- und Staatsbürgerschaftsregeln kann man deshalb nicht alleine für eine ungleiche Entwicklung verantwortlich machen. Viele Probleme der Gegenwart haben ihren Ursprung in der Sowjetära. Die Industrialisierungspolitik der UdSSR führte in Estland zu einer „ethnischen Arbeitsteilung“. Die russischsprachigen EinwanderInnen waren überdurchschnittlich in großen Industrieunternehmen beschäftigt, die sich in der Hauptstadtregion und im Nordosten konzentrierten, weshalb sie sich auch hauptsächlich in den Städten dieser Gebiete niederließen. Diese Schwer- und Militärindustrie sowie der Bergbau waren jene Bereiche, die nach der Wende nicht überlebensfähig waren, da sie unproduktiv für einen Markt produzierten, der so nicht mehr existierte. EstInnen waren überdurchschnittlich oft in kleineren Betrieben, im Dienstleistungssektor, Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich beschäftigt und konnten somit durch die breitere Streuung flexibler auf die neuen Anforderungen reagieren.

Mit der Annäherung an die EU wurde auch die Minderheitenpolitik Estlands moderater und man formulierte Integrationsstrategien, was bedeutet, dass gegen Ende der 1990er die Russischsprachigen zunehmend als Teil des Staates akzeptiert wurden. Die Teilung Estlands entlang der beiden größten Bevölkerungsgruppen ist aber nach wie vor offensichtlich. Sie agierten schon während der Sowjetära kaum miteinander, was mit der „ethnischen Arbeitsteilung“ und der Dominanz des Russischen als Lingua franca in der UdSSR zusammenhängt. Vor allem in jenen Gebieten, in denen die Minderheit die Mehrheit stellt, kann man erkennen, dass eine gewisse „ethnische Konservierung“ weiter besteht und die sozialen Netze in sich geschlossen bleiben, obwohl der Anteil jener Personen, die auch Estnischkenntnisse haben, deutlich gestiegen ist. Die Teilung der Gesellschaft entlang sprachlicher Linien ist des Weiteren zurückzuführen auf konstruierte, symbolische Grenzen, die bewusst von Politik und Medien aufrechterhalten werden, wie beispielsweise bei dem Konflikt um den „Bronzenen Soldaten“ ersichtlich wurde.

Generell kann man allerdings sagen, dass in der Minderheitenpolitik der letzten zehn Jahre deutliche Fortschritte gemacht wurden, auch wenn man nicht von einer vollständig gelungenen politischen Integration der Russischsprachigen in Estland sprechen kann, da sie noch immer in politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse zu wenig integriert sind. Deswegen ungeachtet betrachten sie inzwischen Estland überwiegend als ihr Heimatland und die Zustimmung zu dieser Republik ist beachtlich. Besitzen Russischsprachige die estnische Staatsbürgerschaft und beherrschen sie ausreichend Estnisch, so entstehen für sie auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem deutlich weniger Nachteile. Dadurch, dass die Anzahl der Staatenlosen beständig sinkt und gleichzeitig immer mehr Personen Estnisch sprechen können, ist anzunehmen, dass gewisse Ungleichheiten in Zukunft abnehmen werden.

## Abstract

---

The paper discusses if the Russian speaking minority in Estonia is more concerned by the negative consequences of the transformation than the Estonian speaking majority and points out the reasons for these disparities. To answer this question, I analyzed the transformational process as a whole and reconsidered the societal, political and economical changes. Twenty years after Estonia regained its independency it is obvious, that many members of the minority don't benefit from the transformation process of the state. The Russian speakers earn on average less, are more often unemployed and underrepresented in politics, in universities and in management as well. They live in areas with lower economic development than in other parts of Estonia.

The reasons for these disparities between the majority and minority are manifold and on the one hand a result of the transformation and minority policy of the Estonian republic and on the other hand the nationality and industrialization policy of the Soviet Union. The citizenship regularizations and the language policy of the early 1990ies excluded the Russian speakers from occupational and societal areas. These laws are regarded as revisionist since the state of the interwar period was rebuilt. The occupation of the Soviets was illegal and that was the reason why also the immigrants (most of them Russian speakers) were no longer legal inhabitants of the Estonian republic. Contemporaneously they were granted several rights like an educational system in their language, the use of Russian as an official language in areas where they are the majority, cultural subsidies and the same social coverage as Estonian citizens. Therefore the citizenship and language requirements are not only accountable for the unequal development. Many problems of the present have their origin in the Soviet era. The industrializing policy of the USSR caused a division of the labor market according to ethnicity. The Russian speaking immigrants were employed above average in large scale industrial enterprises in the capital region and the northeast. This is also the reason why they settled mostly in these areas. The military, the mining and the heavy industry were the first collapsing economic branches since they produced highly unproductively for an inexistent market. Estonians worked above average in small enterprises, the tertiary sector, cultural and educational areas and in healthcare. For this reason they were more able to cope with the new requirements of the economy, because they were employed in more different branches.

After Estonia entered negotiations for accession to the EU the Estonian minority policy got more moderate and an integration strategy was developed. The Russian speakers were more accepted as part of the state's population by the end of the 1990s. But the division of the main ethnic groups in the country is still evident. Both groups hardly interacted with each other in Soviet times because of the division of the labor market and the dominance of the Russian language as lingua franca in the USSR. Most notably in areas where the Russian

speakers are the majority you can see that there is a so called "ethnic conservation". Although the number of the Russians with Estonian language skills is constantly increasing the social structures of both groups still remain closed for each other. The division of the society along linguistic lines is also a result of the created symbolic borders which are perpetuated by politics and media, as seen in the "Bronze soldier" conflict in 2007.

Generally, there was a positive development of the minority policy in the last decade although the political integration of the Russian speakers is still not fully achieved since they are not much participating in the political and economical decision-making process. Despite this, they predominantly see Estonia as their homeland and approval for this republic is remarkable. If Russian speakers have the Estonian citizenship and if they have sufficient knowledge of the Estonian language, than they hardly face disadvantages on the job market and in the educational system. Since the number of stateless people is decreasing and at the same time the number of people with Estonian language skills is increasing, it can be assumed that disparities will drop in the near future.

## **Lebenslauf**

Name: Erich Größwang

Geboren in: Linz, am 10.06.1983

derzeitiger Wohnort: Wien

Kontakt: [erich\\_groesswang@yahoo.de](mailto:erich_groesswang@yahoo.de)

## **Ausbildung**

- Seit Oktober 2006: Studium Internationale Entwicklung an der Universität Wien, Spezialisierungen auf postkommunistische Staaten, Migration und Minderheitenpolitik.
- Von September bis Oktober 2010: Forschungsaufenthalt in Tallinn und Narva (Estland) im Rahmen eines KWA-Stipendiums der Universität Wien.
- Von Februar bis Juni 2009: Erasmusstudium an der Universität Tallinn, Schwerpunkt Baltic Studies and European Studies.
- August 2007: Sprachpraktikum an der Universität Nischni Nowgorod (Russische Föderation)
- Von Oktober 2006 bis Jänner 2009: Studium Slawistik/Russisch an der Universität Wien.
- Handelsakademie in Linz/Auhof, Matura im Juni 2004.

## **Beruflicher Werdegang (Auswahl)**

- Seit Februar 2011: Ludwig Boltzmann-Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit, Mitarbeit im wissenschaftlichen und administrativen Bereich.
- Juli 2010: AIDS 2010, Volunteer, Mitarbeit im Pressebereich bei der Internationalen Aidskonferenz in Wien.
- Juli 2009 bis Jänner 2009: ARGE Schöpfungsverantwortung, Klimareferent, Planung und Durchführung von Projekten zu den Bereichen Klima und Mobilität.
- Februar 2008 bis Mai 2008: Wiener Integrationskonferenz Vernetzungsbüro, Projektassistenz, redaktionelle Unterstützung und Eventplanung.
- August 2007: SGS Industrial Services GmbH Russia, Praktikum in der Zentrale in Samara (Russische Föderation)
- Mai bis September 2006: Siemens VAI Linz, kaufmännischer Angestellter.

## **Sprachen**

Deutsch: Muttersprache

Englisch: Sehr gut in Wort und Schrift

Russisch: gute Grundkenntnisse

Französische: Maturaniveau